REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 366 · 11.5.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. ANC vor neuen Aufgaben - J., Westberlin
2. Bündnis gegen den EU-Gipfel in Essen im Dezember
3. Es wird Zeit, daß sie rauskommen! - Christine Kuby
4. Bernd Rössner - endlich frei!
5. Nürnberg: Den REPs was gepfiffen. 2000 Menschen verhindern Wahlkundgebung der Schönhuber-Partei - Har., Al., Nürnberg
6. Arolsen und ein (vorläufiges) Ende. AntifaschistInnen wegen Überfall auf Neonazi verurteilt - Bunte Hilfe Marburg, Soligr. Kassel
7. Aktion gegen den BDA in Köln - BAG gegen Arbeitslosigkeit
8. Sabotiert die Zwangsarbeit! - BAG gegen Arbeitslosigkeit
9. "Neue Armut". Eine Untersuchung über die Situation in West- und Ostdeutschland - Sy.
10. Den Sparschweinen die Schweinepest! (Hamburger Demo gegen Sparmaßnahmen im Bildungsbereich) - gg.
11. Neue politische Offensive im Osten. Thesen zu einer Strategie gegenüber der PDS von Ludger Vollmer und Christine Ziller (Dokumentation)
12. Poppe, Thierse, Blüm & Gremliza. Wahlkampf gegen die PDS eröffnet - Claudia Gohde
13. Sensation im Bundesinnenministerium: "Der Schlesier" nun doch rechtsextrem - Ulla Jelpke
14. Die Stadt Köln und ihre Schlägerschwadrone (Dokumentation)
15. Der sozialdemokratische Wolf im humanistischen Schafspelz. Transfair-Kaffee und "Dritte-Welt-Läden" - El Rojito, Hamburg
16. Wahlen mit Infrarotlicht und unsichtbarer Tinte. Interview mit Norman Paech
17. Südafrikas Wirtschaft: ANC plant "Wiederaufbau und Entwicklung" - J., Westberlin
18. Gespräch mit dem stellvertretenden Gouverneur von Van, C. Aksoy, am 20.3.94
19. Mexikos Weg in die Tributwirtschaft - Stephanie und Boris
20. Dritte Welt in der Ersten Welt. Einwanderungsland USA. Teil 1 - Michael Hahn
21. Islam des Reichtums - Islam der Revolution. Islamismus, Staat und Gesellschaft in Ägypten - Jörn Schulz
22. Peripherer Kapitalismus in Osteuropa - Hannes Hofbauer
23. Nationale "Versöhnung" gescheitert. Mailand, 25. April: Massendemonstration gegen Geschichtsrevisionismus und Rechtsruck - Js.
24. Vor 50 Jahren: Völkermord an Ungarns Juden. Teil 2 - Knut Mellenthin
25. Chile - Ein Lehrstück in Sachen Integration und Ausgrenzung politischer Gefangener - Chile AG Braunschweig
26. Das Ende des Abschiebestopps - der Anfang von Massenausweisungen - Rote Hilfe Berlin
27. "Frauen und Rechtsextremismus" - Eindrücke von einer Tagung - Petra Wlecklik
28. Dokumentation der nicht veröffentlichten Erklärung der Redaktion der "Jungen Welt" vom 13.4.94 - Charlotte Wiedemann
29. Über Schmäh- und Lumpenjournalismus - Heinrich Eckhoff
30. Verletzte Eitelkeit? (Rückblick auf kritische ak-Artikel über Gremliza) - Js.
31. "Hang zum Kadi". Kein Interview mit Hermann L. Gremliza - Js.
32. Warum gleich die Keule, Herr Gremliza? (Dokumentation des Briefwechsels der Anwälte)
33. "Seite an Seite mit DDR-Kollegen". AusländerInnen in der DDR - internationale Solidarität nach deutscher Hausordnung - Js.
34. Fluchtpunkt "wirkliche Bewegung". Rezension von "Marxistisches Menschenbild - eine Utopie?" - Werner Rätz
35. Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde - gg.
36. Quelldatei 05.htm

37. Quelldatei 09.htm
38. Offener Brief
39. Quelldatei 20.htm
40. Das Ergebnis soll den Streit lohnen
41. Armut und Zwangsarbeit
42. Quelldatei ddr.htm
43. WIDERRUF
44. Islamismus in Ägypten
45. Massenabschiebungen von kurdischen Aktivisten
46. Einwanderungsland USA

1. ANC vor neuen Aufgaben

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/anc.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:anc

Mit dem großen Wahlsieg des Afrikanischen Nationalkongresses bei den ersten freien und gleichen Wahlen in der Geschichte Südafrikas und der Wahl Nelson Mandelas zum Staatspräsidenten hat ein jahrzehntelanger, vorbildlich geführter Befreiungskampf sein vorläufiges Ende gefunden. Der Bogen spannt sich von der Gründung des ANC als einheitlicher Organisation aller schwarzen südafrikanischen Völker im Jahre 1912 über die Unterstützung von Streikkämpfen südafrikanischer Arbeiter um 1917 bis 1920 und die Zeit des Selbstverständnisses als gemäßigte Bürgerrechtsbewegung. Mit der Bildung der ANC-Jugendliga 1944 gewann eine neue Generation militanter Führungspersönlichkeiten innerhalb der Bewegung an Einfluß (u.a. Nelson Mandela, Oliver Tambo, Walter Sisulu). Als ab 1948 die weiße Regierung sich anschickte, mit einer Politik der Apartheid die Unterdrückung der nicht-weißen Afrikaner zu institutionalisieren und festzuschreiben, antwortete der ANC darauf mit der fortgesetzten Organisierung von gewaltfreien Massenaktionen.

Fortsetzung auf Seite 13

Die Mitgliederzahl des ANC stieg in den 50er Jahren rasch von 7.000 auf über 100.000 an. Aus dieser Zeit stammt auch das enge Bündnis mit Organisationen andersfarbiger Bevölkerungsgruppen des Landes.

Nachdem das Rassistenregime am 21. März 1960 bei dem Massaker von Sharpeville in eine Großdemonstration von Schwarzen schießen ließ und dabei 69 Menschen tötete, wurde der ANC neun Tage später mit Hilfe eines "Gesetzes zur Unterdrückung des Kommunismus" verboten. (Das Verbot traf auch den Panafrikanischen Kongreß/PAC, der sich ein Jahr zuvor vom ANC unter anderem mit der Begründung abgespalten hatte, der ANC sei von Kommunisten - gemeint waren Menschen weißer Hautfarbe - unterwandert. Die Kommunistische Partei selbst war schon 1950 illegalisiert worden.)

Als auf einer mit 1.400 Delegierten illegal durchgeführten Konferenz im März 1961 die ultimative Forderung des ANC nach Einberufung eines Nationalkonvents zur Ausarbeitung einer nichtrassischen Verfassung ungehört verhallte, begann der ANC unter der Leitung unter anderem von Nelson Mandela mit dem Aufbau eines militärischen Arms, des "Speers der Nation" (Umkhonto We Sizwe). Bald darauf einsetzende Sabotageaktionen und Anschläge verdeutlichten die Absicht des ANC, die Unterdrückung mit organisierter Gegengewalt zu beantworten.

Nelson Mandela wurde im August 1962 verhaftet und 1964 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, die er bis zu seiner Freilassung im Februar 1990 auf der Gefängnisinsel "Robben Island" vor Kapstadt verbrachte. Während dessen entwickelte der ANC seinen Kampf praktisch und programmatisch weiter. Die 1. Nationale Konsultativkonferenz 1969 in Tansania stellte fest, daß die schwarze Arbeiterklasse die Hauptkraft des Befreiungskampfes darstellt; zweitens wurde die besondere Bedeutung des bewaffneten Kampfes hervorgehoben, ohne ihn von anderen Kampfformen isoliert zu betrachten; drittens wurde das breite, auf maximale Einheit aller Apartheid-Gegner ausgerichtete Bündniskonzept bestätigt. Der ANC selbst öffnete sich für Menschen aller Hautfarben.

Dem ANC gelang die praktische Umsetzung dieser Konzeption. Die "Black Consciousness Bewegung" der 70er Jahre, die auch von ANC-Kadern initiiert war und ihren Höhepunkt im Schüleraufstand von Soweto 1976 fand, führten ANC und "Speer der Nation" tausende neuer und junger Mitglieder zu. In den 80er Jahren gelang die Zusammenfassung verschiedener, nicht nur "schwarzer" Gewerkschaften im 1985 gegründeten Dachverband COSATU und die zunehmende Organisierung der schwarzen Arbeiter. Die Streikkämpfe nahmen deutlich zu. Die Führung hatten ANC-Mitglieder auch in der 1983 gegründeten "United Democratic Front", die hunderte von Basisgruppen umfaßte und den zivilen Widerstand koordinierte.

Das Rassistenregime versuchte mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, das Apartheid-Regime zu verteidigen: Mord und Folter durch Armee und Polizei, Aufbau von Killerbanden, die scheinbar wahllose Massaker durchführten, Vertreibung der schwarzen Bevölkerung in die sogenannten "Homelands", Unterstützung der Inkatha-Bewegung, um eine schwarze Alternative zum ANC zu installieren, aber auch kleinere Zugeständnisse z.B. in der Arbeitsgesetzgebung. Vergeblich. Im Februar 1990 wurde das Verbot von

ANC, PAC und Kommunistischer Partei aufgehoben, Nelson Mandela wurde nach über 27 Jahren aus der Haft entlassen.

Mit seiner Legalisierung begannen sich die Kampfbedingungen für den ANC grundlegend zu ändern. Mit de Klerk an der Spitze hatten sich diejenigen in der Nationalen Partei durchgesetzt, die das Apartheid-Regime aus ökonomischen Gründen beseitigen und den ANC an der Macht beteiligen wollten. Der ANC sah sich einer schwierigen Situation gegenüber: Auf der einen Seite hatte die herrschende weiße Fraktion das Interesse, aus der sich abzeichnenden politischen und wirtschaftlichen Sackgasse herauszukommen, was nur mit Hilfe des ANC gelingen konnte; auf der anderen Seite hielten "die Weißen" nach wie vor ihre militärisch weit überlegenen Repressionsmittel in den Händen, ebenso wie sie sich vor allem im Besitz der Produktionsmittel befanden und weiterhin befinden. Hinzu kommen die Einflußmöglichkeiten des ausländischen Kapitals.

Der ANC mußte diese Kräfteverhältnisse berücksichtigen und unter diesen Bedingungen versuchen, ein Maximum an politischer Einflußnahme zu gewinnen mit dem Ziel, die sich ergebenden Möglichkeiten für eine grundlegende Verbesserung der Lebensbedingungen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu nutzen. Angesichts der Mehrheiten im Land mußte dies zwangsläufig in die Einwilligung zur Übernahme der Regierungsverantwortung münden, ohne daß der ANC gleichzeitig eine Veränderung der Produktionsverhältnisse hätte erreichen können.

Es ist zu erwarten, daß der ANC angesichts der politischen Möglichkeiten, die sich ihm nun eröffnen, nicht nur sozialdemokratische Politik macht, sondern auch mehrheitlich eine so zu charakterisierende Organisation wird bzw. schon geworden ist. Das liegt einfach zunächst einmal in der Logik der anstehenden nächsten großen Aufgaben: Menschenwürdige Wohnungen für alle, gleiche Bildungschancen usw.

Es liegt an der Linken innerhalb des ANC, in dieser Situation die Bedürfnisse nach besseren Lebensverhältnissen, nach umfassender Demokratie auch unter der neuen Machtkonstellation voranzutreiben und deren neuartige Möglichkeiten zu nutzen. COSATU, die sich auf ihrem letzten Kongreß im September 1993 ausdrücklich als Teil der Linken definierte, der den Sozialismus aufbauen wolle, will auf ihrem nächsten Kongreß im September 1994 über die Fortführung der Dreierallianz zusammen mit ANC und Kommunistischer Partei beraten. Kritische Töne gab es schon auf dem letzten Kongreß: "Falls eine ANC-Regierung ihre Versprechen nicht einhält, muß die Gewerkschaft sie ebenso bekämpfen wie zuvor die Apartheidregierung." Es war Nelson Mandela, der dies dort äußerte.

J./Westberlin

Da zum Zeitpunkt der Erstellung dieses ak noch keine genaueren Ergebnisse der südafrikanischen Wahlen vorlagen, verschieben wir ihre Kommentierung auf die nächste Ausgabe.

2. Bündnis gegen den EU-Gipfel in Essen im Dezember

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:02

Folgender Bericht erreichte uns vom "Essener Bündnis gegen das Treffen des Europäischen Rates in Essen":

Am 16. April hat in der Zeche Carl die 1. bundesweite Aktionskonferenz zur Vorbereitung von Gegenkongreß, Großdemonstration und Aktionstagen anläßlich des Treffens des Europäischen Rates in Essen stattgefunden. Da viele bis jetzt weder vom offiziellen Ereignis noch von den Gegenaktivitäten gehört haben, hier noch einmal der Ausgangspunkt: Am 9./10. Dezember 1994 treffen sich die zwölf Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen. Als Höhepunkt des bundesdeutschen EU-Vorsitzes wird der Stadt Essen die Ehre zuteil, diesen Festakt mit einem kostspieligen Begleitprogramm auszutragen. Der Essener Gipfel beschäftigt sich im wesentlichen mit einem angeblichen "Beschäftigungsförderungsprogramm" und dem Beitritt von Österreich, Schweden, Norwegen und Finnland sowie weiteren Beitrittsoptionen.

Dieser Gipfel ist die große Gelegenheit, unsere Kritik am EU-Prozeß einer breiten Öffentlichkeit kundzutun und unseren Protest auf die Straße zu tragen. Die Gelegenheit, die unsoziale, neokoloniale und chauvinistische Politik der EU zu thematisieren, war noch nie so günstig wie 1994. Deshalb dürfen wir diese Ereignisse nicht ungenutzt vorübergehen lassen.

In der Region Essen hat sich ein Bündniskreis zusammengefunden. Dieses regionale Bündnis allein ist jedoch zu schwach, um großangelegte Aktivitäten unsererseits vorzubereiten, geschweige denn durchzuführen.

Deshalb hat am 16. April die 1. Aktionskonferenz stattgefunden. Etwa 50 Teilnehmer/innen informierten sich über den Stand der Aktivitäten und diskutierten über unsere möglichen Gegenaktivitäten zum Essener Gipfel. Nach einer langen Diskussion wurde folgendes verabschiedet: In den Monaten vor dem Gipfel-Wochenende soll die inhaltliche Auseinandersetzung bundesweit damit beginnen, daß, ausgehend von einer ersten politischen Einschätzung und im Blick auf Perspektiven der Auseinandersetzung mit der EU, vier bis fünf regionale Vorbereitungsseminare zu wichtigen Aspekten der EU-Politik durchgeführt werden. Diese Seminare sollen das Thema regional bekanntmachen und die Diskussion am Gipfel-Wochenende vorbereiten. Am ersten Gipfeltag (Freitag, 9.12.) wollen wir tagsüber Aktionen gegen den Gipfel durchführen. Abends soll eine Plenumsveranstaltung stattfinden: Eine Anklage der Europäischen Integration aus internationalistischer Perspektive auf Grundlage kontrovers zu diskutierender Analysen und Standpunkte. Die dort beginnende Debatte wollen wir entweder am Samstag abend oder spätestens am Sonntag fortführen, indem wir sie wieder auf die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Auseinandersetzung mit der EU beziehen. Tagsüber, beginnend am Vormittag, soll am zweiten Gipfeltag (Samstag. 10.12.) die Großdemonstration durch die Essener Innenstadt ablaufen.

Leider sind wir auf der 1. Aktionskonferenz nicht mehr dazu gekommen, bundesweite Trägerkreise für die Diskussionsveranstaltungen (die regionalen Seminare und die Konferenz am Gipfel-Wochenende selber) und die Großdemonstration zu bilden. Dies müssen wir auf der 2. Aktionskonferenz nachholen. Dort muß auch geklärt werden, welche Themen die Schwerpunkte unserer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der EU bilden. Alle die, die zu dieser Aktionskonferenz hoffentlich zahlreich erscheinen, mögen sich also überlegen, wie sie beitragen können und ob in ihrer Region nicht auch eine Veranstaltung stattfinden könnte.

Die 2. Aktionskonferenz findet statt am 4. Juni 1994 von 11.30 bis 18.00 Uhr in der Zeche Carl, Wilhelm Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen.

Kontakt: Stadtteilbüro der Zeche Carl (s.o.), Tel: 0201/8344416.

3. Es wird Zeit, daß sie rauskommen! - Christine Kuby

Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:13

Christine Kuby wurde im Januar 1978 in Hamburg nach einer Schießerei verhaftet. Damals war sie 20 Jahre alt. Bei der Festnahme wurde sie und einer der Polizisten verletzt. Angeklagt und verurteilt wurde sie wegen "versuchtem Mord". Das Jahr 1978 war geprägt von einem Klima der "Terroristen"-Hetze und des staatlichen Ausnahmezustands. Allein in Hamburg wurden damals innerhalb von 10 Monaten 4.133 Personen und 3.496 Fahrzeuge überprüft. Das Kontaktsperregesetz wurde erlassen, die Trennscheibe auch bei Verteidigerbesuchen zur Vorschrift. Christine wurde während des Prozesses ausgeschlossen und zur Urteilsverkündung gefesselt vorgeführt. Sie wurde zu lebenslänglich und zusätzlichen 10 Jahren verurteilt - für zwei Schüsse, die sie auf Polizisten abgab, um sich ihrer Verhaftung zu widersetzen. Im SPIEGEL wurde damals die Frage nach einem "Scheinverfahren" gestellt, das "gespenstische Form" angenommen habe, "wie bei Kafka".

Die ersten 19 Monate nach ihrer Verhaftung war Christine in Einzelisolation. Nach einem kollektiven Hungerstreik der RAF-Gefangenen kam Christine Kuby 1979 nach Lübeck, wo sie heute mit Hanna Krabbe und Irmgard Möller in einer Kleingruppe inhaftiert ist.

Wie die anderen Gefangenen, die 15 Jahre oder länger in Haft sind, stellte Christine Kuby im Oktober 1992 einen Antrag auf Haftentlassung, in dem sie noch einmal erklärt: "Die RAF hatte sich auf der Grundlage ihrer politischen Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu Beginn der siebziger Jahre entschlossen, das von ihr angestrebte Ziel einer gesellschaftlichen Veränderung mit dem Mittel des bewaffneten Kampfes durchzusetzen. (...) alleinige Motivation für alle war das angestrebte politische Ziel einer durchgreifenden gesellschaftlichen Umwälzung." Trotzdem wurde zur Vorbedingung für eine Haftentlassung ein psychiatrisches Gutachten von den Richtern bei ihrer Anhörung gefordert. Ein Vorgang, der von allen RAF-Gefangenen abgelehnt wird, weil ein solches Gutachten ihre damalige Entscheidung psychiatrisieren und damit entpolitisieren soll.

4. Bernd Rössner - endlich frei!

Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:44

Nach fast 19 Jahren Knast ist Bernd Rösser ab dem 16. Mai endlich frei. Über drei Jahre hat es gedauert, bis Bundespräsident Weizsäcker dem Gnadengesuch von Bernds Mutter nachkam. Bereits 1988 war eine Anstaltsärztin zu dem Schluß gekommen, Bernd Rössner sei haftunfähig. Physische und psychische Schäden sind die Folgen von fast zehnjähriger Einzelisolation und brutalen Mißhandlungen durch beamtete Rollkommandos, gegen die er sich mit sechs Hungerstreiks zur Wehr setzte.

Bei diversen Haftprüfungsverfahren war immer wieder ein vollständiges Abschwören von politischer Gewalt von ihm gefordert worden. Seine Einschränkung, bei einer Machtübernahme des Faschismus könne er sich einen bewaffneten Widerstand vorstellen, mußte als Begründung für die Ablehnung herhalten. Trotz seines sich immer weiter verschlechternden Gesundheitszustandes wurde ihm für eine Therapie lediglich eine achtzehnmonatige Haftaussetzung zugestanden. Kurz vor Ablauf dieser Frist hat Weizsäcker nun ohne jede Auflage die Begnadigung ausgesprochen.

Wir wünschen Bernd Rössner, daß er nun ohne die Drohung der erneuten Inhaftierung die gesundheitlichen Folgen seiner Haft überwinden kann.

5. Nürnberg: Den REPs was gepfiffen. 2000 Menschen verhindern Wahlkundgebung der Schönhuber-Partei

Autor: Har., Al., Nürnberg · Rubrik: Republikaner; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:37

Am 30. April versuchten die Republikaner, in Nürnberg eine öffentliche Kundgebung abzuhalten. Das ging gründlich in die Hose. Ein linkes Bündnis von über 40 Gruppen sowie der DGB hatten zu Gegenaktionen aufgerufen, an denen sich 2.000 Menschen beteiligten. Mit einem ohrenbetäubenden Spektakel übertönten sie die REP-Redner. Höchstens zwei Dutzend REP-Anhänger hatten sich überhaupt an den Kundgebungsort gewagt. Sie wurden ebenso wie der Lautsprecherwagen von mehreren Hundertschaften Polizei geschützt. Im Vorfeld der Kundgebung wurden 89 Demonstrantinnen und Demonstranten festgenommen.

Die REPs hatten wohl schon mit massiven Protesten gerechnet und ihre gesamte Bühne sowie ihre Lautsprecheranlage auf einen 7,5t-LKW-Pritschenwagen montiert. Ihr mobiles Podium wurde von einem dreifachen Ring von Angehörigen polizeilicher Sondereinsatzkommandos (USK) gesichert. Das ermöglichte dem Nürnberger REP-Stadtrat Franz Fischer (die REPs stellen vier Stadträte) und dem bayerischen Landesvorsitzenden der REPs, Wolfgang Hüttl, ca. 90 Minuten lang so zu tun, als hielten sie eine Wahlkundgebung ab. Es war aber wie im Stummfilm, denn mit einem andauernden und absolut ohrenbetäubenden Pfeifkonzert übertönte die antifaschistische Zuhörerschaft die Technik. Selbst in der Nähe der Lautsprecherboxen waren nur Wortfetzen zu verstehen. 2.000 GegendemonstrantInnen drängelten sich um den LKW, auf dem die REP-Funktionäre ihr Schmierentheater spielten.

Die Reihen der AntifaschistInnen waren von Polizeitrupps durchsetzt. Diese waren mit einem Überangebot von Videokameras, Fotoapparaten und dergleichen ausgerüstet. "Wir wurden ständig von vorne und hinten, von oben und unten gefilmt", berichtete ein Genosse. "Daß ich unter diesen Umständen das ak-Verkaufen sein ließ, werdet ihr verstehen." Die Polizei hatte offenbar Order, an diesem Tag zu tolerieren, daß aus Leibeskräften in die Trillerpfeifen gepustet wurde. Sie ging aber mit brachialer Gewalt vor, wenn Bananenschalen, Eier oder Tomaten in Richtung Podium geworfen wurden. 15 Festnahmen, so meldete die Pressestelle der Polizei, habe es während der Kundgebung gegeben. Die Betroffenen müssen mit Verfahren wegen Störung einer Kundgebung und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt rechnen.

Parolen wie "Nazis raus" und "haut ab" zeigten Wirkung. Etliche Schönhuber-Getreue zogen es offenbar vor, in nahegelegenen Supermärkten und Kaufhäusern ihrem Konsumentenglück zu frönen. Etwa zwei Dutzend Hardcore-Anhänger der REPs ließen es sich aber nicht nehmen, mit versteinerter Miene das Treiben vom Rande aus zu verfolgen. Unter die Demonstrantinnen und Demonstranten hatte sich auch lokale Prominenz gemischt. Neben Nürnbergs drittem Bürgermeister Klaus-Peter Murawski (Bündnis 90/Die Grünen) waren Abgeordnete wie Horst Schmidtbauer (SPD-MdB), Hans-Günther Schramm (B90/Die Grünen-MdL) und führende VertreterInnen der Gewerkschaften zugegen. Der Nürnberger SPD-Stadtrat Arno Hamburger, gleichzeitig Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnbergs (IKG), streckte den Schönhuberfunktionären den "Stinkefinger" (Nürnberger Nachrichten, 2.5.) entgegen.

Auch die Kirchengemeinde St. Lorenz machte deutlich, was sie von der REP-Kundgebung hielt. Ein ca. 5 mal 3 Meter großes Bibelzitat prangte über dem Eingangsportal der Kirche, der Meßdiener verteilte Getränke, und der Pfarrer ließ die Kirchenportale öffnen, um so im Falle denkbarer Eskalationen den DemonstrantInnen Rückzugsmöglichkeiten anzubieten. Die Polizei protestierte gegen diesen Schritt, konnte die Kirchenleute aber nicht umstimmen und postierte kurzerhand Einsatzkräfte vor dem Kirchenportal.

Insgesamt waren mehrere Hundertschaften im Einsatz. Alle Zugänge zum Lorenzer Platz, einem der zentralen Plätze der Stadt, wurden im Vorfeld mit Polizeiketten abgesperrt. Zu Beginn durften auch Leute mit klassisch autonomen Outfit die Polizeiketten passieren, wenn sie sich kontrollieren ließen. Zeitweise jedoch wurden "vor allem junge Leute, die auch nur entfernt als Linke erscheinen, (...) gnadenlos zurückgewiesen." (NN, 2.5.)

Das Pfeifkonzert wurde mit einer spontanen Demonstration und einer Kundgebung beendet, an der noch etwa 500 Leute teilnahmen. Die ansonsten gelungene antifaschistische Aktion wurde von einem Vorfall überschattet, der sich zu einem Zeitpunkt ereignete, als sich erst einige wenige GegendemonstrantInnen auf dem Platz eingefunden hatten. Bei vorherigen Bündnisabsprachen war eingeschätzt worden, daß es aus

taktischen Gründen klüger wäre, sich erst auf dem Kundgebungsplatz zu sammeln. Dennoch organisierten die "Muflons gegen Rechts", eine junge lokale Antifa-Gruppe, einen antifaschistischen Block, um so vom nahegelegenen KOMM zum Lorenzer Platz zu laufen. Der Block wurde nach wenigen Minuten und noch vor Erreichen des Kundgebungsortes sofort von starken Polizeikräften eingekesselt. Alle 89 - teils sehr jungen AntifaschistInnen - wurden in einer mehrstündigen Prozedur verhaftet, obwohl nichts vorgefallen war - außer daß sie sich in dem besagten Demozug bewegten.

Bei den Festnahmen kam es zu Übergriffen seitens der Polizei. Im Polizeipräsidium wurden besonders die jüngeren Verhafteten massiv eingeschüchtert. Polizeibeamte beleidigten die Antifaschistinnen mit üblen sexistischen Sprüchen und schlugen Männer in die Hoden. Die Festgenommenen, unter ihnen viele junge und bisher in der Szene unbekannte Gesichter, wurden erkennungsdienstlich behandelt. Alle 104 Verhafteten kamen noch am gleichen Tag frei.

Für Nürnbergs grünen Bürgermeister Klaus-Peter Murawski, ein ehemaliger FDPler, der seit über zehn Jahren die örtlichen Grünen auf ihrem Realokurs anführt, war die Massenverhaftung nicht weiter der Rede wert. Er "lobte (...) die Polizei-Taktik. Dadurch hätten die Beamten gewalttätige Ausschreitungen verhindert." (Abendzeitung, 2.5.) Wegen des Kessels wollte er der Polizei "ausdrücklich keinen Vorwurf machen" (Nürnberger Zeitung, 2.5.). Welche Gewalt außer der Polizeigewalt es eigentlich an diesem Tag gegeben haben soll, verriet er wohlweislich nicht.

Rückblende

Die letzten Versuche von Nazis, in Bayern vorher angekündigte öffentliche Aktionen durchzuführen, liegen zwei Jahre zurück. Am 28.3.92 versuchte die NPD, in der nahegelegenen Kleinstadt Zirndorf vor einem Flüchtlingslager eine Kundgebung durchzuführen. Dies konnte durch ein Bündnis, in dem sowohl Linke als auch bürgerliche Kreise (vor allem der DGB) mitwirkten, verhindert werden. Nach einer breit angelegten Mobilisierung im Vorfeld zog die NPD zurück (siehe ak 341).

Mehrere Monate später konnte ein zweiter Anlauf der NPD ebenfalls bereits im Ansatz unterbunden werden. Dieses Bündnis trug in den Folgemonaten mehrere erfolgreiche antirassistische Aktionen. Obwohl es sich zwischenzeitlich aufgelöst hat, gelang es erneut, den DGB in die Gegenmobilisierung zur REP-Kundgebung mit einzubinden. Aber der Reihe nach.

Im Vorfeld der Rep-Kundgebung

In den ersten Apriltagen wurde bekannt, daß die "Republikaner" für Samstag, den 30. April, von 10 bis 13 Uhr vor der Lorenzkirche eine Wahlkampfveranstaltung zur Europawahl durchziehen wollten. Der Lorenzer Platz liegt zentral in Nürnbergs Fußgängerzone. Hier finden viele linke Kundgebungen statt. Die REPs hatten ihre Kundgebung bereits Mitte März angemeldet.

Der DGB, der dies zuerst in Erfahrung gebracht hatte, meldete daraufhin eine Gegenkundgebung für 9 Uhr, gleicher Platz, gleicher Tag an. Der DGB hatte jedoch ursprünglich nicht vor, auf die Straße zu gehen. Er wollte laut eigenen Angaben mit seiner Kundgebungsanmeldung der Stadt Nürnberg eine Handhabe geben, um beide Veranstaltungen verbieten zu können. Als Begründung dafür sollten angeblich zu erwartende Ausschreitungen dienen, die durch das Zusammentreffen von REP-Anhängern und GegendemonstrantInnen zu befürchten seien. Erst nachdem der DGB Fakten geschaffen hatte, erreichte die Nachricht weitere Kreise.

Ein linkes "Bündnis zur Verhinderung der REP-Wahlkampfveranstaltung" wurde einberufen, um über die Vorgehensweise zu beraten. Dort wurde kritisiert, daß das Vorgehen des DGB nicht richtig sei, weil er sich lediglich auf die "Gewaltfrage" stützte und somit der gängigen Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus Vorschub leistete. Zum anderen konnte niemand so recht glauben, daß der DGB, der ja eigentlich auf ein Doppelverbot hinauswollte, ernsthaft mobilisieren würde. Gleichwohl wurde es für richtig und notwendig erachtet, die Zusammenarbeit mit dem DGB zu suchen, um dadurch die Kräfte gegen die REPs zu bündeln. Es wurde beschlossen, ebenfalls eine Kundgebung für 9 Uhr vor der Lorenzkirche anzumelden, für diese, wenn nötig, auch mit juristischen Mitteln zu kämpfen und vor allem politisch zu argumentieren. Der zu erwartenden rassistischen und antisemitischen Hetze der REPs sollten antifaschistische Inhalte entgegengesetzt werden. Darüberhinaus wurde die Mobilisierung zur REP-Kundgebung angeleiert.

Danach traf sich der "Bunte Tisch", ein Zusammenschluß aus DGB, Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg, Sozialdemokraten etc. VertreterInnen des linken Bündnisses waren ebenfalls anwesend. Der DGB-Kreisverbandsvorsitzende Harald Weininger berichtete von einem ersten Gespräch mit dem Nürnberger Rechtsreferenten Hartmut Frommer. Dieser stellte sich auf den Standpunkt, der DGB stelle kein "Gefährdungspotential" dar, er könne deswegen die REP-Kundgebung auch nicht verbieten. Der DGB-Chef kündigte an, für den Fall eines Verbotes beider Veranstaltungen werde der DGB nur dann Rechtsmittel einlegen, wenn dies auch die Republikaner täten. Sollten die REPs erlaubt und die eigene Gegenkundgebung verboten werden, rufe der DGB dazu auf, vor Beginn der REP-Veranstaltung den Platz zu besetzen. Den anwesenden Linken legte er nahe, auf ihre Kundgebungsanmeldung zu verzichten, sie könnten dies ja immer noch nachholen, wenn sich der DGB nach einem Verbot der REPs zurückziehen sollte. An der tatsächlichen Durchführung einer Kundgebung schien der DGB nicht interessiert.

Einige Tage später verlautete aus Gewerkschaftskreisen, daß der DGB seine Kundgebung zurückziehe. Frommer habe Weininger in einem weiteren Gespräch erklärt, er könne die Kundgebung der REPs nicht verbieten, da es sich um eine legale Partei handele. Auch müsse er den Rechtsradikalen den Platz zur Verfügung stellen und nicht dem DGB, weil sie zuerst angemeldet hätten. Den angebotenen Ausweichplatz für die DGB-Kundgebung lehnte Weininger ab. Als das linke Bündnis seinerseits eine Kundgebung anmeldete, wurde ihm mitgeteilt, die Stadt Nürnberg habe keine Handhabe für ein Verbot der REP-Kundgebung.

Nachdem die größte örtliche Tageszeitung das Thema aufgriff und, was selten genug der Fall ist, auch über die Aktivitäten des linken Bündnisses berichtete, wurde die Kritik an der völlig unpolitischen Haltung des Rechtsreferats selbst innerhalb der SPD immer lauter. Dabei war es kein Wunder, daß der sozialdemokratische Rechtsreferent Frommer sich in dieser brisanten Geschichte hinter seinen Paragraphen verschanzte. Denn kein städtischer Politiker hatte sich bis dahin dazu öffentlich geäußert. Offenbar hofften die rot-grünen Stadträte und der SPD-Oberbürgermeister, einfach "abtauchen" zu können, um der peinlichen Frage nach dem Umgang mit der Republikaner-Provokation zu entgehen. Für das rot-grün-regierte Nürnberg war dieses "Kopf in den Sand stecken" ein besonderes Armutszeugnis.

Erst als die Schweigetaktik nicht mehr durchzuhalten war, weil die Linke eine eigene Kundgebung angemeldet hatte und bereits breit dafür mobilisierte, verbot Nürnbergs Oberbürgermeister Peter Schönlein (SPD) sowohl die Kundgebung der Republikaner, als auch die Gegenkundgebung des linken Antifa-Bündnisses - und ebenso die des DGB, der seine Anmeldung offiziell noch nicht zurückgezogen hatte. Als Begründung nannte der Oberbürgermeister, daß "sich die REP-Veranstaltung am Vorabend des 1. Mai zunehmend zu einem Sprengsatz für die innere Sicherheit der Stadt" (NN 27.4.94) entwickele und "der Ruf Nürnbergs als Stadt des Friedens und der Völkerversöhnung gefährdet ist." (NZ 27.4.94)

Diese Verbotsbegründung folgte dem Kalkül des DGB, der auf ein Doppelverbot wegen der zu erwartenden Ausschreitungen setzte. Zur Programmatik der rechtsradikalen Partei ließ sich weder in der städtischen Verbotsbegründung noch in den Pressemeldungen darüber auch nur ein einziges Wort finden. Die Republikaner legten sofort und mit Erfolg Rechtsmittel ein. In der Urteilsbegründung betonten die Richter, daß die Republikaner eine zugelassene Partei seien und Stadt und Landesanwaltschaft ihre Sicherheitsbedenken nicht "hinreichend dargelegt" hätten . (NZ 29.4.94) Einen Tag vor der Kundgebung wurde dieses Urteil in der zweiten Instanz vom Verwaltungsgerichtshof (VGH) bestätigt.

Vorher waren aus Amtsstuben der Stadt Informationen durchgesickert, daß die Polizeiführung sich der städtischen Argumentation angeschlossen habe und sich nicht in der Lage sähe, vor der Lorenzkirche die öffentliche Sicherheit zu garantieren. Da die Polizeiführung sogar öffentlich eine Verlegung der REP-Kundgebung auf einen von Passanten nicht sonderlich frequentierten Platz ins Spiel brachte, meldete die PDS/Linke Liste dort in Absprache mit dem Bündnis sofort eine eigene Kundgebung an, um diese Ausweichvariante zu blockieren.

Zwischenzeitlich hatte der DGB erklärt, er werde auch ein Gerichtsurteil zu Gunsten der REPs akzeptieren. Der DGB-Vorsitzende, der eine Woche lang dazu aufrief, den Platz zu besetzen, bekam offenbar Angst vor der eigenen Courage. So wiederholte er seinen Aufruf nicht, erklärte aber gleichzeitig, er werde vor Ort sein, jedoch "als Privatperson". Der DGB hatte im letzten Moment einen Teilrückzug angetreten, steuerte aber zumindest seiner vorher zögerlich betriebenen Mobilisierung nicht entgegen. Er äußerte sich in der Öffentlichkeit auch in keinem Moment negativ über die Aktivitäten des linken Bündnisses.

Es kam, wie es nach Einschätzung der Linken kommen mußte. Während die Richter der rechtsradikalen Kundgebung ihren Segen gaben, verboten sie in zwei Instanzen die antifaschistische Kundgebung, die das linke Bündnis am gleichen Ort angemeldet hatte. Die Begründung der Richter war formal. Sie könnten die Kundgebung nicht erlauben, weil bereits vorher eine Kundgebung angemeldet und genehmigt worden sei.

Fazit

Die Debatte um den Protest gegen die REP-Kundgebung füllte die Spalten der örtlichen Presse mehr als eine Woche lang. Dabei kamen die Gegenaktivitäten verhältnismäßig gut weg. Für die Ausweitung der Debatte hatte die Kundgebungsanmeldung durch das linke Bündnis eine Katalysatorfunktion inne. Durch die Anmeldung wurden die Stadtpolitiker gezwungen, sich zu äußern. Das Thema REP-Kundgebung wurde aus sozialdemokratischen Kungelrunden in die Stadtöffentlichkeit gezerrt. Das zunächst ausgesprochene Doppelverbot sorgte für neue Aufregung.

Die Linke konnte die zunehmende öffentliche Aufmerksamkeit nutzen. Sie trat von Anfang an mit dem klaren Ziel an, auf jeden Fall vor die Lorenzkirche zu mobilisieren, unabhängig davon, wie die Gerichte entscheiden. Dies nachvollziehbar und hartnäckig zu vertreten, war wichtig, um der Verwirrung der Öffentlichkeit durch das Hin-und-Her des DGB, das aufgrund vergangener Erfahrungen von vornherein ins Kalkül gezogen werden mußte, vorzubeugen. Neben den bündnispolitischen Bemühungen dürfte dies wesentlich mit dazu beigetragen haben, daß sich so viele Leute an der Verhinderungsaktion beteiligten. Daß es zweitausend und nicht nur zweihundert waren, bewog die Polizei zur Duldung der Störaktion. Auf der anderen Seite hat die breit angelegte linke Vorfeldmobilisierung die REP-Klientel abgeschreckt.

Diese im großen und ganzen gelungene Aktion zeigte erneut, daß es vor Ort im Antifa-Bereich ebenso wie in der Antirassismus-Arbeit für die Linke Bündnismöglichkeiten gibt. Es zeigte sich auch, daß die undogmatische Kombination verschiedenster Aktionsformen, einschließlich legalistischer Formen wie Kundgebungsanmeldung, die Handlungsmöglichkeiten der Linken verbesserten. Ob die Linke ihre Mobilisierungskraft wiederholen oder sogar ausdehnen kann, muß sich vielleicht schon am 21. Mai beweisen. Für diesen Tag hat die NPD vor der Lorenzkirche eine Kundgebung anläßlich ihres "Europatages" angemeldet.

Har., Al., Nürnberg

6. Arolsen und ein (vorläufiges) Ende. AntifaschistInnen wegen Überfall auf Neonazi verurteilt

AntifaschistInnen wegen Überfalls auf Neonazi verurteilt

Autor: Bunte Hilfe Marburg, Soligr. Kassel · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:15

Am 14.8. 1993, mehrere Stunden vor dem sogenannten "Rudolf-Hess-Gedenkmarsch", der mit 500 TeilnehmerInnen in Fulda stattfand, wurde in Allendorf-Rennertehausen bei Frankenberg in Nordhessen der Neonazi Thomas Kubiak zusammengeschlagen. Er erlitt, so die Angaben von Polizei und Presse, eine lebensgefährliche Kopfverletzung und mußte in der Marburger Uni-Klinik operiert werden.

Bei Thomas Kubiak handelt es sich um einen Funktionär der "Nationalen Jugend" und den Mitinitiator der "Sauerländer Aktionsfront" (SAf). Die SAf ist eine faschistische Organisation, die seit dem Spätsommer 1991 vor allem im Hochsauerlandkreis und im Kreis Waldeck-Frankenberg aktiv ist. Auf Flugblättern der SAf wurde zu Angriffen auf Flüchtlingswohnheime und AusländerInnen aufgerufen und das Pogrom von Hoyerswerda als Erfolg gefeiert. Auch diese Öffentlichkeits- und Aufbauarbeit der SAf führte im Laufe des Jahres 1992 zum Anstieg faschistischer Aktivitäten in der Region: Am 18.7.1992 kam es in Meschede im Sauerland zum Aufmarsch mehrerer neonazistischer Gruppen, u.a. von NL-Mitgliedern. Einen Tag später wurde ein Brandanschlag auf das Flüchtlingswohnheim in Schröck bei Marburg verübt. Am 12.9.1992 wurden zwei Antifaschisten in Arolsen überfallen und einer von ihnen erheblich verletzt. In der Nacht vom 5. auf den 6.12.1992 verprügelten flugblattverteilende Skinheads in Bromskirchen in Nordhessen zwei Diskothekenbesucher. Erst Anfang November 1993 kam es zu großangelegten Hausdurchsuchungen gegen Mitglieder der SAf.

Nach dem Überfall auf Thomas Kubiak reagierte die Polizei schneller. Zwei Tage später, also am 16.8.1993, wurde eine erste Person mit dem Vorwurf des "schweren Landfriedensbruchs" und des "gemeinschaftlich begangenen versuchten Totschlags" festgenommen. In der folgenden Woche wurden neun weitere Menschen verhaftet, die alle aus antifaschistischen Zusammenhängen im Raum Arolsen kommen. Zwischenzeitlich befanden sich zehn Menschen in U-Haft, drei weitere Antifaschisten wurden von der Polizei vernommen und nach einer Nacht in der Zelle freigelassen. Gegen eine weitere flüchtige Person bestand ein Haftbefehl. Nach vier bis sieben Wochen Haftdauer wurden die Festgenommenen wieder auf freien Fuß gesetzt. Den Vorwurf des "gemeinschaftlich begangenen versuchten Totschlags" ließen die Justizbehörden fallen. Es stellte sich heraus,daß die Verletzungen von Thomas Kubiak zu keinem Zeitpunkt lebensbedrohlich gewesen waren. Bereits zwei Wochen nach dem Überfall erschien er auf einem Treffen der "Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener" (HNG) im Vogelsberg.

Die Anklagepunkte gegen die insgesamt 14 Beschuldigten lauteten dann im Januar 1994 "(schwerer) Landfriedensbruch", "Nötigung", "Sachbeschädigung" und in einem Fall "gefährliche Körperverletzung". Das Verfahren gegen die AntifaschistInnen wurde in zwei Blöcke aufgeteilt. Die Version der Justizbehörden sah einen inneren und äußeren TäterInnenkreis vor. D.h., den einen wurde der Angriff auf die Person und das Auto zur Last gelegt, den anderen nur ihre Anwesenheit vor Ort.

Die Verhandlung gegen die fünf schwerer beschuldigten Antifas fand im Februar 1994 vor dem Kasseler Landgericht statt. Nach drei Verhandlungstagen hatten die Richter ihr Urteil fertig. Erwartungsgemäß sind alle fünf Betroffenen schuldig gesprochen worden. Als Urteile gab es vier mal neun Monate Haft ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung und einmal 15 Monate auf drei Jahre Bewährung mit einem Jahr Vorbewährung. Letzteres heißt, daß die Richter in einem Jahr in einer Sitzung darüber befinden, ob die entsprechende Person in den Knast muß oder nicht. Darüberhinaus müssen alle jeweils 100 Arbeitsstunden ableisten, und drei Leuten wird für ein halbes Jahr der Führerschein entzogen.

Der zweite Block gegen weitere neun AntifaschistInnen begann Anfang März. Dieser Prozeß wurde nach einem Tag wegen der geringen Tatbeteiligung der Angeklagten eingestellt. Die Verfahren gegen zwei Antifas, die einen Befangenheitsantrag gestellt hatten, wurden abgetrennt und sind nach wie vor nicht entschieden.

Mit dem Ende der Prozesse ist für uns als Soligruppen aus Marburg und Kassel jetzt der Zeitpunkt gekommen, uns mit dem Verfahren (vorerst) abschließend auseinanderzusetzen und unsere Überlegungen öffentlich zu machen. Wenn wir uns im folgenden nicht nur mit der staatlichen Repression und dem Verhalten der Antifas beschäftigen, sondern auch mit der Aktion selber, dann geschieht das aufgrund der Einschätzung, daß es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Charakter der Aktion und der nachfolgenden Repression gab. Wir hoffen, daß unsere Kritik, wo es solche gibt, nicht anmaßend und überheblich rüberkommt, aber sie erscheint uns notwendig, um Fehler zu vermeiden .

Thomas Kubiak ist Mitte August gegen 6 Uhr morgens am Rande eines Dorfes überfallen worden. Es war bereits hell, und die Antifas fuhren in einem kleinen Konvoi, als sie Kubiak und sein Auto vor einer Telefonzelle sahen. Wenige Augenblicke später lag er schon verletzt im Auto. Es gab einige AugenzeugInnen, die der Polizei Tat- und Personenbeschreibungen lieferten. Darüberhinaus waren die Antifas schon eine Zeitlang in der Region unterwegs, und es gab die Vermutung, daß sie bereits vorher von Zivilbullen beobachtet worden waren. Diese Vermutung wird von der Tatsache gestützt, daß die Polizei bereits vor den Verhaftungen die Kennzeichen von drei beteiligten Autos hatte. Zwei Tage später wurde der erste Antifa verhaftet: er war Halter eines der PKW, die gesehen worden sind.

Es gab einige taktische Fehler bei der Aktion. Dabei war natürlich nicht vorauszusehen, daß sich einer der örtlichen Nazis einer Gruppe von Antifas so angreifbar präsentieren würde. Allerdings sind wir der Meinung, daß sich bei einer sogenannten "spontanen Aktion", die überdies aufgrund des Kräfteverhältnisses wenig Gefahren für die Antifas barg, auf Sachbeschädigungen, Abnahme von Papieren u.ä. und leichte Verletzungen der Faschos beschränkt werden sollte. Diesen Anspruch formulieren wir ausschließlich wegen der Folgen, die es für Antifas haben kann, wenn kein Überblick über das Umfeld einer Aktion besteht. Die Strategie der direkten Angriffe auf Nazis bedarf einer eigenen Diskussion, die ja auch geführt wird. Nur, wenn wir offensiv werden, sollten wir die Situation möglichst in der Hand haben und uns nicht mit taktischen Fehlern das Leben schwer machen. Uns ist auch klar, daß eine höhere Hemmschwelle bei unorganisierten Angriffen auf Nazis nicht das Allheilmittel schlechthin ist, aber u.E. kann sie Möglichkeiten der Repression einschränken.

Mit der ersten Verhaftung kam die erste Vernehmung. Neben den Informationen, die die Bullen ohnehin über die örtliche Antifa-Szene gesammelt hatten, und den Angaben der ZeugInnen waren die Aussagen der Antifas die dritte, wenn nicht gar die entscheidende Grundlage für die zahlreichen Festnahmen und die nachfolgenden Verurteilungen. Die Aussagen sind direkt, ohne Beistand von AnwältInnen und teilweise unaufgefordert gemacht worden. Sie bezogen sich auf die eigene Tatbeteiligung, die Beteiligung anderer und auf linke Treffpunkte in der Region. Die Bullen sind an ein gerüttelt Maß gerichtsverwertbarer Informationen gekommen, die keineswegs alle in dem Verfahren Berücksichtigung gefunden haben. Nur ganz wenige der Verhafteten haben erstmal nix gesagt. Gründe für das Aussageverhalten gab es mehr als genug: familiärer Druck, die Ohnmacht in der Verhörsituation, der Schreck nach der Konfrontation mit dem Totschlagsvorwurf, der Streß in der U-Haft etc. Für uns zeigt sich in dem Aussageverhalten aber auch, daß sich die meisten Antifas mit einer möglichen Bullenrepression völlig unzureichend auseinandergesetzt haben. Wir müssen ein Bewußtsein dafür entwickeln, daß dieser Staat dazu da ist, die bestehenden Macht- und Ausbeutungsverhältnisse zu sichern bzw. eine Neuordnung nur zugunsten der herrschenden Eliten vorzunehmen. Und der Repressionsapparat ist der Büttel dieses Staates. Die Methoden, die entwickelt worden sind, um Leute zu verhören, sind vielfältig. Gerade deshalb ist es notwendig, sich Gedanken zum eigenen Verhalten in so einer Situation zu machen und sich Mißtrauen und Ablehnung gegenüber Polizei und Justiz auch dann zu bewahren, wenn sie erstmal ganz nett erscheinen.

Nachdem alle Verhafteten Anfang Oktober wieder auf freiem Fuß waren, konnte sich innerhalb einiger Monate auf den Prozeß vorbereitet werden. Dabei gab es diverse Schwierigkeiten: die Größe der Gruppe, die Unterschiedlichkeit der Leute, lange Wege und die Tatsache, daß so umfangreiche Aussagen gemacht worden sind. Die Herangehensweise an das Verfahren war bestimmt von einer Prämisse: Schadensbegrenzung. Die Angeklagten einigten sich schließlich darauf, zu Beginn des Prozesses eine politische Erklärung zu verlesen, schriftliche Einlassungen zu machen, in denen die Aussagen zum eigenen Tatbeitrag wiederholt werden würden, und ansonsten nichts mehr zu sagen. Die Unterstützung des Prozesses sollte durch Öffentlichkeitsarbeit zur SAf, eine Kundgebung gegen die Kriminalisierung von Antifa-Widerstand in der BRD zum Auftakt der Verhandlung und dem frühzeitigen Besetzen der Plätze im Sitzungssaal durch Antifas gewährleistet werden.

Die Taktik des Wohlverhaltens vor Gericht entstand also aus einem gewissen Pragmatismus, aber unserer Meinung nach wurde im Prozeß an verschiedenen Punkten zu weit gegangen. Die politische Dimension des Verfahrens blieb weitgehend außen vor. Die grundsätzliche Distanzierung von antifaschistischer Militanz war unserer Meinung nach überflüssig und ist inhaltlich falsch. Und als sich einer der Beschuldigten (nur einer!) für den Angriff auf Kubiak entschuldigte, kam es zu verstärktem Magengrimmen und Kopfschütteln in UnterstützerInnenkreisen. Die Initiative für das Vorgehen der Antifas einem Auto und dessen Insassen aus einer anderen Stadt anzulasten, mag ja kurzfristig Erleichterung schaffen, kann aber letztlich dazu führen, daß, irgendwann einmal, Antifas aus eben dieser Stadt sich nicht nur dem Vorwurf der Tatbeteiligung, sondern auch dem der "Rädelsführerschaft" ausgesetzt sehen. Dies Abschieben von Verantwortlichkeiten auf andere Menschen ist sowohl kurzsichtig als auch denunziatorisch, und damit als Teil einer Prozeßstrategie untauglich; zumindest innerhalb einer solidarischen Bewegung.

Die Taktik des Wohlverhaltens vor Gericht ist auch auf den Einfluß der AnwältInnen zurückzuführen. Deren Aussagen dazu, wie so ein Verfahren rasch über die Bühne zu bringen ist, hatten mehr Gewicht als die Diskussion über Aussageverweigerung, die Lektüre von Rechtshilfebroschüren und Ratschläge unsererseits. Das Interesse, zumindest eines Großteils der AnwältInnen, ist das erfolgreiche Absolvieren von Prozessen im unmittelbaren Interesse ihres/ihrer MandantIn. Dies kann zu unheilvollen Konkurrenzsituationen innerhalb der Angeklagtengruppe führen. Es ist oft nicht zu erwarten, daß ihrerseits die politische Ebene eines Verfahrens miteingebracht wird. Also ist es notwendig, selbst sehr genau zu bestimmen, wie ein Prozeß laufen soll und das gegenüber den AnwältInnen zu vertreten. Sich dabei von einer gewissen Autoritätsgläubigkeit freizumachen, kann von ungemeinem Vorteil sein.

Die Taktik des Wohlverhaltens vor Polizei und Justiz hat sich u.E. nicht ausgezahlt. Der Vorsitzende Richter wies zum Abschluß des Prozesses darauf hin, daß die Verurteilungen der Angeklagten ohne deren Aussagen nicht möglich gewesen wären. Und der Staatsanwalt wendete die verneinende Antwort auf die Frage, ob die Beschuldigten gewußt hätten, daß der Angegriffene Thomas Kubiak gewesen sei, dahingehend, daß es sich bei der Aktion um einen Akt der Willkür gehandelt habe, und baute diese Einschätzung in sein Plädoyer mit ein. Sowohl die Dauer der U-Haft als auch die Urteile zeigen, wie wenig es nützt, sich auf die nur in der Vorstellung existierende Fairneß des Repressionsapparates zu verlassen. Aber dazu später.

Wenn wir jetzt so viel an der Prozeßstrategie herumkritisieren, dann stellt sich ja langsam mal die Frage, warum wir die Soliarbeit mitgetragen haben. Zum einen waren wir zu spät - als wir dazu kamen, sind die Aussagen bereits gemacht worden. Es ging also in dem Verfahren auch in unseren Augen wesentlich um eine Schadensbegrenzung, um die Versorgung der Antifas mit AnwältInnen, um die Unterstützung im Knast, um Öffentlichkeitsarbeit und um die Mobilisierung. Im weiteren Verlauf der Vorbereitung auf den Prozeß haben wir vor diesem Hintergrund nur unsere Schmerzgrenzen formuliert und gesagt, was wir nicht mittragen würden. Da sind dann auch erst im Prozeß von einigen Angeklagten unsere Grenzen überschritten worden.

Zum anderen sind die Angeklagten trotz der ganzen Kritik, die wir jetzt so massiv loslassen, Teil der antifaschistischen Bewegung. Wir finden es gut, die Nazis in ihrem Treiben einzuschränken, auch mit militanten Mitteln. Und für uns deuten die Fehler der Angeklagten auf Defizite hin, die sich im Antifa-Widerstand allgemein zeigen, nämlich mangelnde Auseinandersetzung mit der Rolle des Repressionsapparates und fehlende Vorbereitung auf mögliche Verhör-, Hausdurchsuchungs- oder Knastsituationen. Außerdem finden wir es trotz aller Kritik gut, daß es den Antifas gelungen ist, sich innerhalb einer so großen Gruppe mit unterschiedlichen Leuten gemeinsam im Gerichtssaal zu verhalten. Das war für uns keineswegs selbstverständlich.

An dieser Stelle wollen wir kurz auf die Kritik eingehen, die teilweise an unserer Soliarbeit geübt worden ist. Die Unterstützung der Angeklagten wurde im wesentlichen von drei Initiativen getragen - der Bunten Hilfe Marburg und zwei Soligruppen aus Arolsen und aus Kassel. Eine weitere Antirepressionsgruppe klinkte sich nach anfänglicher Beteiligung aus der Soliarbeit mit der Begründung aus, daß ihre Kapazitäten beschränkt seien und man(n) sich nur um sogenannte politische Verfahren kümmern wolle. Da in den Veröffentlichungen dieser Gruppe auch noch falsche Darstellungen des eigentlichen Vorgangs auftauchten, die unseres Wissens von ihnen selbst noch nicht revidiert worden sind, haben wir den Verdacht, daß hier Prozeß und Angeklagte für die eigene politische Arbeit instrumentalisiert werden sollten.

Zwischenzeitlich gab es den Vorwurf der dürftigen Informationspolitik an uns. Dazu läßt sich nur schreiben, daß wir immer dann Rundbriefe verschickt haben, wenn es neue Entwicklungen in den Verfahren gab. Zwischen Entlassung der Verhafteten und Prozeßbeginn lief monatelang nichts, auch der Beginn des Gerichtsverfahrens war unklar. Uns war es zu blöd, einen Zettel rumzuschicken, daß alles beim alten ist. Wir finden das Interesse an dem Verfahren gut und verstehen das Mißtrauen, daß in unseren teilweise unverbindlichen Strukturen die Prozeßarbeit möglicherweise versandet sein könnte. Aber wir hätten es besser gefunden, wenn Menschen ihre Anfragen an uns bzw. an bekannte Adressen in Arolsen, Marburg oder Kassel gerichtet hätten, anstatt gerüchteweise mitzubekommen, daß von uns ja nichts weitergegeben würde.

Ein weiterer Vorwurf war der des zu laschen Vorgehens im Prozeßsaal. Dazu sei hier nur angemerkt, daß die Prozeßstrategie im wesentlichen von den Angeklagten bestimmt worden ist (s.o.). Die Idee, die Plätze im Gerichtssaal zu besetzen und so die Faschos außen vor zu halten, ist an den letzten beiden Verhandlungstagen nicht aufgegangen: es waren zu wenig Leute da. So gelang es zumindest einem "Altfascho", kurze Zeit im Gerichtssaal zu sitzen. In Städten mit einer relativ kleinen autonomen Szene ist es halt nicht leistbar, an drei Werktagen hintereinander den Saal zu "besetzen". Das war uns im vornherein klar, und es gab den Vorschlag, daß bestimmte Städte bestimmte Prozeßtage übernehmen. Trotz Zusagen sind Gruppen aus anderen Städten aus mitunter nachvollziehbaren Gründen, aber bedauerlicherweise kommentarlos, weggeblieben. So funktioniert's halt nicht.

Letztlich, um wieder auf das eigentliche Verfahren zurückzukommen, ist die Verurteilung auf das grundsätzliche Interesse des Staates zurückzuführen, militanten Widerstand hier zu brechen. Die zahlreichen taktischen Fehler haben es seinen ausführenden Behörden nur erleichtert, sich der ArolserInnen zu bemächtigen. An verschiedenen Punkten zeigt sich, wie die vermeintliche Rechtsstaatlichkeit den Rahmen bietet, um gegen Antifas vorzugehen.

Das beginnt mit der Dauer der U-Haft, die für die Betroffenen zwischen vier und sieben Wochen lag, und selbst innerhalb der gesetzlich festgeschriebenen Logik absurd erscheint: Die meisten ArolserInnen haben schon bei der ersten Vernehmung umfangreiche Aussagen gemacht. Es bestand also weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr, mit denen gemeinhin U-Haft begründet wird. Die auferlegte Kontaktsperre direkt nach der Entlassung ordnet sich genauso in diesen Zusammenhang ein, wie auch die Tatsache, daß das Verfahren gleich vor dem Landgericht stattfand. Damit wurden die Angeklagten als "Schwerkriminelle" stigmatisiert, das Verfahren herausgehoben aus der Ebene eines Amtsgerichts vor Ort und das staatliche Verurteilungsinteresse dokumentiert. Dieses schlug sich letztlich auch auf das Strafmaß durch. Der Landfriedensbruch-Paragraph diente hier als politisches Instrument der Kriminalisierung von linkem Widerstand. Demzufolge reicht es, aus dem Auto auszusteigen, um zu Knast auf Bewährung, Arbeitsstunden und Führerscheinentzug verurteilt zu werden.

Die Urteile sind (natürlich, wie immer, gegen die Linke!) viel zu hoch. Für die Antifas aus Arolsen bedeuten sie, neben den Bewährungsstrafen, massive Einschränkungen: neben dem eigentlichen Job am Wochenende noch Arbeitsstunden ableisten; durch den Führerscheinentzug die Mobilität zu verlieren, die du auf dem Land brauchst, um nicht zu versauern; sich von Demos fernzuhalten, um vor der Entscheidung über die Bewährung ja nicht unangenehm aufzufallen. Außerdem gibt es noch die Möglichkeit, daß Thomas Kubiak einen Zivilprozeß anstrengt, in dem er Schadensersatz verlangt. Überdies sind die ArolserInnen neben der staatlichen Repression der Bedrohung durch die Nazis ausgesetzt. Im Zuge der Anti-Antifa-Kampagne hat es Drohbriefe und -anrufe gegeben, und im Index der "Nationalen Liste", zu der die SAf enge Verbindungen pflegt, wurden alle Adressen der betroffenen Antifas abgedruckt.

Insgesamt gesehen ist der Prozeß recht ruhig über die Bühne gegangen. Das Interesse der Medien war regional begrenzt, der Prozeß wurde nicht als der spektakuläre Schlag gegen den Antifa-Widerstand gehandelt. Aber genau darin liegt unseres Erachtens die politische Qualität des Prozesses: als ein Teil in der alltäglichen Praxis der Diskriminierung des Antifa-Widerstandes durch den Repressionsapparat.

Und zum Schluß das Übliche. Wir wollen noch mal darauf hinweisen, daß die Antifas aus Arolsen zur Begleichung der Prozeßkosten nach wie vor Geld brauchen. Spendenkonto:

T. Werther, Stichwort: Wunsiedel

KtoNr.: 101 800 9940, BLZ: 533 500 00

Sparkasse Marburg-Biedenkopf

Bunte Hilfe Marburg

und Soligruppe Kassel

Der Artikel ist redaktionell gekürzt.

7. Aktion gegen den BDA in Köln

Autor: BAG gegen Arbeitslosigkeit · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:14

Mit einer Aktion vor dem Hauptsitz des Bundesverbandes der Arbeitgeber (BDA) in Köln begann die Kampagne "Sabotiert die Zwangsarbeit", die Ende Januar '94 auf einem nationalen Treffen der Bundesarbeitsgruppen gegen Armut und Arbeitslosigkeit (BAG) von etwa sechzig vertretenen Gruppen und mehreren Regionalkoordinationen beschlossen worden war. Der BDA und der Bundesverband der Industrie (BDI) sind die Urheber der Ausweitung von Zwangsarbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz und dem neuen Beschäftigungsförderungsgesetz, das im Gegensatz zu seiner französischen Variante in der BRD kaum auf Widerstand stößt, von einem großen Teil der "Linken" nicht einmal verbal zurückgewiesen wird, obwohl es materiell wie ideologisch weitreichende Folgen für die arbeitenden und nichtarbeitenden Menschen hat.

Etwa 25 DemonstrantInnen aus sieben Städten, begleitet von diversen Medienvertretern, haben am 28.4.94 den Eingang des BDA-Sitzes blockiert und einen Lastwagen mit altem Obst und Gemüse abgeladen. "Diesmal haben wir euch nur eure faulen Früchte zurückgebracht, in Zukunft nehmen wir uns das frische Obst und Gemüse" hieß es auf dem Transparent - eine Anspielung auf die im neuen Beschäftigungsgesetz geplanten Ernteeinsätze für bis zu 25 DM täglich plus Arbeitslosenhilfe für jeden Arbeitseingesetzten.

Nach einer Ansprache zu den Gründen der Aktion und Musik zum Thema erschien, nach einer Anzahl von Ordnungshütern und Bediensteten des BDA, auch der Hauptgeschäftsführer des BDA, Dr. Fritz Heinz Himmelreich, und diskutierte mit den AktivistInnen.

Anfänglich leugnete Himmelreich die Urheberschaft der Planung von Arbeitseinsätzen Arbeitsloser - "die Verantwortlichen sitzen doch in Bonn" -, ging dann jedoch gegenüber Betroffenen und Medienvertretern in die Offensive. Er begründete den Vorstoß seines Verbands vom September '92 im Sozialausschuß des Bundestags mit der Notwendigkeit allgemeiner Senkung von Löhnen und Lohnersatzleistungen. Leider habe man bisher noch nicht alles durchgesetzt. Was heißt, daß die Mehrheit der Bevölkerung noch einiges Ungutes zu erwarten hat.

Die Aktion wurde nach einer Stunde von den DemonstrantInnen beendet. Zu einer Feststellung der Personalien kam es nicht, obwohl BDA-Geschäftsführer und Polizei gerne jemanden für den Abtransport des vor dem BDA abgekippten verrotteten Gemüses haftbar gemacht hätten.

Die Kampagne wird mit Plakataktionen in der BRD und regionalen Beteiligungen am 1. Mai fortgesetzt. Über weitere Aktionen wird auf dem nächsten Bundestreffen Anfang Juni in Ludwigsburg beraten werden.

Als erste Reaktion - oder hatten sie zuvor schon Unheil gewittert? - erklärten die Bauernverbände Rheinland-Pfalz und Hessen gegenüber der Presse, daß sie die geplanten Ernteeinsätze ablehnen, weil sie mit Widerstand und faulem Gemüse rechneten.

Weiter also gegen Zwangsarbeit, Arbeitsdienste und Armut - für radikale Arbeitszeitverkürzung und eine existentielle Absicherung für alle!

Bundesarbeitsgruppen

gegen Arbeitslosigkeit

8. Sabotiert die Zwangsarbeit!

Erst hetzen, dann kürzen, dann ... Arbeitsdienst?

Autor: BAG gegen Arbeitslosigkeit · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:01

Der Zusammenbruch der sog. sozialistischen Länder läßt das kapitalistische System heute weltweit als "Sieger" und einzig sinnvolle Form gesellschaftlicher Reproduktion erscheinen. Es gibt keine größeren Regionen, keine bedeutenden Wirtschaftsbereiche, keine Märkte mehr, die vom Einfluß kapitalistischer Wirtschaftsweise unabhängig wären. Das Profitinteresse des Kapitals ist kennzeichnend für die Entwicklung in dieser Welt. Die imperialistisch-patriarchale Herrschaftsstruktur durchdringt alle Gesellschaften und Lebensbereiche.

In der EG hat Deutschland heute die ökonomisch-politische Führungsrolle. Der Wiederaufstieg Deutschlands zur Großmacht ist damit im dritten Anlauf erreicht, nachdem in diesem Jahrhundert imperialistische Bestrebungen mit militärischen Mitteln zweimal gescheitert sind. Um diese Vormachtstellung zu sichern und weiter ausbauen zu können, begann in den letzten Jahren eine Offensive von Staat und Kapital, die weiterhin das Ziel verfolgt, die Profite durch Rationalisierungen und den technologischen Vorsprung zu erhöhen. Als besonders geeignet hierfür erscheinen den Multis die Neuen Technologien, z.B. Mikroelektronik, neue Werkstoffe, Raumfahrt, Gen- und Biotechnologie. Die Investitionen in diese Wirtschaftsbereiche schaffen nur wenig, vernichten aber viele Arbeitsplätze. Diese Entwicklung, zusammen mit einer staatlich organisierten Krisenstrategie, die hauptsächlich die Ärmsten der Bevölkerung belastet, bewirkte, daß der Lebensstandard für viele Menschen massiv eingeschränkt wurde.

Seit Jahren konnte, ohne größere Proteste, eine Umverteilung von unten nach oben vorangetrieben werden. Um auch weiterhin den "sozialen Frieden" aufrecht erhalten zu können, wird ein "nationaler Konsens" beschworen. Das "Solidarpack" von Regierung, Bundesbank und allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen will "die Nation" zur inneren und sozialen Einheit führen. Nach dem Strickmuster der "Asyldebatte" wird Haß gegen jene gesellschaftlichen Gruppen geschürt, die für den ökonomischen Verwertungsprozeß überflüssig geworden sind. Im Stil eines autoritären Populismus werden Ängste gegen bestimmte Gruppen geschürt, um Loyalität gegenüber den Machtträgern zu erzeugen und repressive Maßnahmen durchzusetzen (Asylgesetz, Lauschangriff, §218 usw.). Armut und Verelendung werden als "fehlende Leistungsbereitschaft" oder "selbstverschuldetes Fehlverhalten" erklärt. Die von Armut Betroffenen werden als "bedürftige Betrüger" abgestempelt, die sich in der "sozialen Hängematte" ausruhen; aus Opfern werden Täter gemacht.

Die Debatte über "Sozialmißbrauch" verdeckt die rapide Verelendung breiter Bevölkerungskreise und bereitet gleichzeitig ideologisch weitere Angriffe auf deren Existenzgrundlage vor. Immer mehr Menschen werden durch Armut und Obdachlosigkeit aus der Gesellschaft ausgegrenzt.

Vier Millionen Menschen erhalten Sozialhilfe, 150.000 Frauen und Männer müssen auf der Straße leben, 800.000 Menschen hausen in Notunterkünften, einer weiteren Million droht der Verlust der Wohnung.

Täglich werden 2.000 Arbeitsplätze abgebaut. Vereinigtes neues Deutschland heißt heute: Arbeitslosigkeit in der Dimension der Weimarer Republik, Arbeitslöhne unterhalb der Armutsgrenze, Herabsetzung der Armutsgrenze, Altersarmut, Kinderarbeit und Kinderarmut,Obdachlosigkeit, Mangelernährung und soziale Perspektivlosigkeit.

Der wachsenden Armut steht steigender Wohlstand gegenüber. In der Zeit von 1982 bis 1992 stiegen die Unternehmergewinne um 157%. So gab es 1992 allein in Werten ein liquides Unternehmensvermögen von ca. 800 Mrd. DM.

1991 verfügte ein (1) Prozent der Privathaushalte über 14% (476 Mrd.) des gesamten Geldvermögens, die nächsten 10% hielten über die Hälfte (1,7 Billionen), und weitere 39% ein Drittel (1,156 Billionen). Das ist die reiche Hälfte der Privathaushalte. Auf die andere, also unsereins, entfielen dagegen nur knapp 2% (68 Mrd.!) des Vermögens.

Die Schaffung dieses Vermögens basiert hauptsächlich auf der weltweiten Ausbeutung von Mensch und Natur. Dieser Raubbau hat zur Folge, daß das lebensnotwendige ökologische Gleichgewicht der Welt und damit die für die Menschen lebensnotwendigen, ökologischen Grundlagen zerstört werden.

Aber zugleich gelten die Menschen in dieser Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nur als Arbeitskräfte. Nicht das Leben der Menschen ist Zweck von Produktion und Verteilung, sondern "das Wachstum". Es zu mehren ist Lebenssinn und Daseinsberechtigung: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen".

Eine "logische Folge" dieser Entwicklung ist die Einführung der sog. gemeinnützigen Arbeit, die wir Zwangsarbeit nennen. SozialhilfebezieherInnen werden zu Arbeiten im Bereich der Gesundheitsvorsorge, der Müllbeseitigung, in Schwimmbädern, etc. herangezogen. Auch die sogenannten Gemeinschaftsarbeiten für BezieherInnen von Arbeitslosengeld und -hilfe, wie sie die Bundesregegierung momentan plant, gehören dazu.

Es handelt sich dabei um zwei Formen, die praktiziert werden:

a) Arbeiten ohne Arbeitsvertrag für eine sogenannte Mehraufwandsentschädigung zwischen einer und vier DM pro Stunde zusätzlich zur Sozialhilfe;

b) Arbeiten mit Arbeitsverträgen in Anlehnung an geltende Tarifverträge, wobei in vielen Fällen die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen noch unterschritten werden. Oft werden die betroffenen Sozialhilfeberechtigten unter Androhung der Kürzung ihrer Sozialhilfebezüge in die Arbeitsverhältnisse gezwungen. Dies trifft deutsche Sozialhilfebezieherinnen ebenso wie MigrantInnen und Flüchtlinge.

Zwangsarbeitsdienste und ökonomische Krise stehen in direktem Zusammenhang. Immer dann, wenn verstärkt ZwangsarbeiterInnen zu sog. gemeinnützigen Arbeiten verpflichtet wurden, befand sich die deutsche Industrie in tiefen Schwierigkeiten. Der Versuch einer Krisenbewältigung war vor 60 Jahren nicht anders als heute. Erst wird den Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen Mißbrauch von Versicherungs- und Sozialgeldern vorgeworfen, dann werden die geringen Lohnersatzleistungen noch weiter gekürzt und ein Teil der Betroffenen mit Zwangsarbeit drangsaliert. Erwerbslose sollen mit differenzierten Angeboten, von "gemeinnützigen" Tätigkeiten bis zu untertariflich bezahlten und zeitlich befristeten Verträgen in "Arbeit statt Sozialhilfe"-Projekten überprüft und ausgesiebt werden. Wer sich wehrt und auf einem tariflich bezahlten, seinen Fähigkeiten entsprechenden und unbefristeten Arbeitsplatz besteht, gilt als arbeitsunwillig, ohne Anspruch auf weitere soziale Leistungen. Aber auch bei den Betroffenen fördern solcherart abgestufte Angebote die Akzeptanz von Zwangsarbeitsmaßnahmen. Dort, wo ehemalige SozialhilfebezieherInnen in kommunalen Werkstätten usw. tätig sind, setzt sich in nicht wenigen Fällen die Auffassung durch, wer Sozialleistungen erhält, soll auch dafür arbeiten, ohne nach dem Sinn und Zweck dieser Arbeit zu fragen. Ziel der staatlichen Zwangsarbeitsoffensive ist es, den gemeinsamen Widerstand aller Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen zu verhindern bei gleichzeitiger Einsparung von Lohnersatzleistungen durch den Ausschluß potentieller SozialhilfebezieherInnen, die sich einem Arbeitszwang nicht unterwerfen wollen.

Über die "Pflicht" zur Zwangsarbeit soll versucht werden, bestehende tarifliche und gesetzliche Mindeststandards auf breiter Basis auszuhöhlen, den Kommunen die Möglichkeit zu geben, reguläre Arbeitsplätze abzubauen, diese Tätigkeiten dann von ZwangsarbeiterInnen ausführen zu lassen und damit die kommunalen Haushalte stark zu entlasten. Diese Strategie der Arbeitsplatzvernichtung und Profitmaximierung könnte schon bald auch in Produktion und Verwaltung der Privatwirtschaft angewendet werden, wenn wir nicht genügend Widerstand entwickeln und ihn organisieren.

Die hier skizzierte Entwicklung beschränkt sich nicht allein auf Deutschland. Die Herrschenden versuchen, in ganz Europa die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse durchzusetzen, die sozialen Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung abzubauen, staatliche Unterstützung mit dem Zwang zur Arbeit zu verbinden.

Die Bundesarbeitsgruppen (BAG's) der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut werden jede Form der Zwangsarbeit und jeden Ansatz zur Schaffung eines Arbeitsmarktes mit untertariflicher Bezahlung bekämpfen, weil

* damit das Streik- und Tarifrecht ausgehebelt werden soll;

* Sozialhilfeberechtigte abgeschreckt werden sollen, ihre berechtigten Ansprüche auszuschöpfen;

* wir nicht zulassen wollen, daß die Renten weiter destabilisiert werden, RentnerInnen in noch größerem Umfange zu SozialhilfebezieherInnen werden;

* die kommunalen Haushalte auf Kosten der Armen saniert werden sollen;

* wir nicht dazu beitragen werden, den Konkurrenzdruck der ArbeitnehmerInnen zu verstärken, die Solidarität zu untergraben;

* wir dagegen kämpfen werden, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden;

* wir dazu beitragen wollen, die weltweite Ausbeutung von Mensch und Natur zu beenden.

Wir fordern dazu auf, gegen die schleichende Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht breiten Widerstand zu leisten.

Abschaffung jeglicher Zwangsarbeit!

Keine Einführung eines freiwilligen sozialen Jahres oder eines allgemeinen Pflichtjahres!

Schluß mit der Ausbeutung von Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen, von Gefangenen, Zivildienstleistenden, Behinderten, MigrantInnen und Flüchtlingen!

Abschaffung aller Sondergesetze für MigrantInnen und Flüchtlinge!

Garantiertes Mindesteinkommen, Existenzgeld und radikale Arbeitszeitverkürzung!

Sabotiert die Zwangsarbeit!

Bundesarbeitsgruppen

gegen Arbeitslosigkeit

Wir ernten nicht Eure faulen Früchte

Erst hetzen, dann kürzen, dann ... Arbeitsdienst?

Am Donnerstag, den 28. April, haben wir, eine Gruppe von Erwerbslosen und JobberInnen, in Köln eine spektakuläre Aktion gegen die menschenverachtende Politik des Sozialabbaus durchgeführt (siehe nebenstehenden Bericht). Die Aktion richtete sich gegen das aktuelle "Beschäftigungsförderungsgesetz '94", gegen "Ernteeinsätze" von Erwerbslosen, "Gemeinschaftsarbeiten" und alle anderen Formen von staatlicher Zwangsverpflichtung zur Arbeit.

Diese Aktion war der Auftakt einer bundesweiten Kampagne gegen Zwangsarbeit und die Ausweitung nichtexistenzsichernder Arbeitsverhältnisse, die von den Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut im Februar dieses Jahres beschlossen wurde.

Die Bundesregierung plant mit ihrem Gesetzesvorhaben, ArbeitslosenhilfebezieherInnen zu unbezahlten "Gemeinschaftsarbeiten" oder zu "Ernteeinsätzen" in der Saisonarbeit einzusetzen. Wer dies ablehnt, dem/der soll die Arbeitslosenhilfe gesperrt werden. Diese Zwangsdienste stehen in Zusammenhang mit der (auf Druck der Bundesregierung) verschärften Praxis vieler Sozialämter, SozialhilfebezieherInnen zu Arbeiten in öffentlichen Einrichtungen wie Gartenämtern, Schwimmbädern, Kliniken, Friedhöfen, etc. zu zwingen. Sie erhalten dafür zu ihrer Sozialhilfe zwischen einer und vier DM pro Stunde "Mehraufwandsentschädigung". Wenn sie diese Arbeiten ablehnen, wird ihnen die Sozialhilfe gestrichen.

Der besorgten liberalen Öffentlichkeit wird das Ganze als Beschäftigungsprogramm verkauft, denn wer will heutzutage nicht mehr Arbeitsplätze? Aber in Wahrheit wird damit rassistische Heuchelei betrieben! Dieselbe Regierung, die mit Regierungsabkommen die dreimonatige Ausbeutung von Ausländern in der Saisonarbeit selbst organisiert hat, begründet Zwangsarbeit für deutsche Arbeitslose nun mit dem hohen Anteil an Ausländern bei diesen Arbeiten. So wird die Angst vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg bewußt gegen Ausländer gewendet. Einmal mehr zeigt sich hier, wo die eigentlichen Brandstifter sitzen.

Die Bezahlung für Saisonarbeit liegt noch unter der Höhe der Arbeitslosenhilfe, die im Durchschnitt weit weniger als 1.000 DM beträgt. Oft genug müssen wir noch ergänzende Sozialhilfe beantragen, um überleben zu können. Löhne noch unterhalb dieser Grenze sind an sich schon ein Skandal. Daß wir aber mit staatlicher

Gewalt in solche Arbeitsverhältnisse gezwungen werden sollen, ist als ein offener Schritt in Richtung Arbeitsdienst zu werten - mit dem Ziel, noch härteren Druck auf die gesamte Lohn- und Gehaltsstruktur auszuüben.

Wir warnen alle noch Beschäftigten und Gewerkschaften davor, solchen Maßnahmen in Stammtischlaune zuzustimmen, weil so angeblich die faulen Arbeitslosen zur Arbeit 'rangekriegt würden. Die jüngste Entlassungswelle hat wieder einmal gezeigt, wie schnell jeder selbst arbeitslos werden kann und demnächst vielleicht mit dem Spaten zum morgendlichen Appell antreten soll.

Nur gemeinsamer Widerstand von Beschäftigten und Erwerbslosen kann die weitere Auflösung regulärer Beschäftigung und Einführung von Zwangsarbeitsverhältnissen aufhalten. Jeder abhängig Beschäftigte sollte begreifen, daß die Höhe der Sozialeinkommen ein gesellschaftlicher Schutz vor ungesicherter und nicht-existenzsichernder Arbeit und damit vor dem eigenen Abstieg ist. Deshalb müssen Erwerbslose und Beschäftigte gemeinsam kämpfen für Existenzgeld und garantiertes Mindesteinkommen, für radikale Arbeitszeitverkürzung und gegen Zwangsarbeit.

Dieses Gesetz ist ein Angriff auf alle abhängig Beschäftigten:

- Die Bundesanstalt für Arbeit muß als Ergänzung zu diesen Löhnen pro Arbeitstag und Arbeitslosem 25,- DM draufzahlen. Die lohnabhängigen Versicherungszahler subventionieren damit unfreiwillig Ausbeuter, die Hungerlöhne unter dem Existenzminimum zahlen.

- Durch dieses Gesetz wird nicht ein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen, es wird kein einziger von uns dadurch eine dauerhafte Beschäftigung finden, aber hunderttausende ausländische KollegInnen werden um ihre letzte Verdienstmöglichkeit betrogen. Schlimm genug, daß sie solche Arbeiten annehmen müssen; ohne sie werden sie vollends ins Elend getrieben.

- Dieses Gesetz ist ein weiterer Eingriff in die Tarifautonomie, denn mit staatlicher Gewalt werden Arbeitsverhältnisse erzwungen und zementiert, die gegen die - durch Gewerkschaften und Arbeiterbewegung - erkämpften Rechte wie Tarif- und Qualifikationsschutz verstoßen. Die staatliche erzwungene Garantie nicht-existenzsichernder Arbeit treibt nicht nur einen weiteren Keil zwischen uns und die noch Beschäftigten, sondern unterhöhlt die einzige Macht, die Gewerkschaften gegenüber Unternehmen haben: Organisation und Streik der abhängig Beschäftigten für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Staatliche Zwangsarbeiter in privaten Betrieben sind faktisch Streikbrecher.

- Die Einführung des Statistikmodells in der Sozialhilfe bekommt mit der staatlich erzwungenen Garantie nicht-existenzsichernder Löhne ihren eigentlichen Sinn: Die Festsetzung der Sozialhilfe richtet sich nämlich nach den Einkommens- und Konsumverhältnissen der untersten Lohngruppen, die durch solche Zwangsgesetze immer weiter nach unten gedrückt werden.

Auf einer Linie mit diesen beschriebenen Tendenzen liegen auch weitere Maßnahmen des Gesetzes:

- die Begrenzung der Lohn- und Gehaltsbemessung auf 80% der Tarife für ABM;

- die Ausdehnung des verfassungswidrigen §249h (Umwandlung von Lohnersatzleistungen in Lohnkostenzuschüsse bei Kürzungen von Arbeitszeit und Lohn) auf den Westen;

- die Einführung von "Gemeinschaftsarbeiten" (vorerst "freiwillig") für Alg- und Alhi-BezieherInnen;

- die Privatisierung der Arbeitsvermittlung;

- die Fortführung des Beschäftigungsförderungsgesetzes (Erlaubnis befristeter Arbeit, Leiharbeit, etc.);

- weitere Flexibilisierung der Arbeits- und Maschinenlaufzeiten durch die "zügige Verabschiedung" des "Arbeitszeitrechtsgesetzes".

Das Ziel ist die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und soziale Kontrolle.

Ein Jahr lang habt Ihr uns nun mit verschärften Kontrollen und Drohungen unter Druck gesetzt, habt uns öffentlich verleumdet und als Schmarotzer dargestellt, habt das Denunziantentum in der Bevölkerung angestachelt - in einer Zeit, in der Deutsche wieder Ausländer verbrennen - sollen wir die nächsten sein? Ist das vielleicht die Logik Eurer Marktwirtschaft, daß immer mehr Menschen einfach überflüssig werden?

Zuerst habt Ihr uns versprochen, daß unsere mageren Einkommen nicht gekürzt werden, weil Ihr 1 Milliarde im Kampf gegen den "Leistungsmißbrauch" einsparen wolltet. Dann seid Ihr aber gar nicht gegen die wirklichen Leistungsmißbraucher vorgegangen - die Reichen, Steuerhinterzieher, Unternehmer, Sklavenhändler, Leiharbeitsfirmen. Ihr habt lieber gleich uns verdächtigt und verleumdet. Und was ist dabei herausgekommen? Heute müßt Ihr kläglich zugeben, daß die ganze Hetzkampagne so gut wie nichts eingebracht hat. Wo bleiben eigentlich die Entschuldigungen für all die ungerechtfertigten und entwürdigenden Verdächtigungen und Verleumdungen? Aber selbst wenn Ihr so zwei Milliarden eingespart hättet: Daß Ihr unsere Einkommen nicht kürzen wolltet, war sowieso nur eine weitere von Euren dreisten Lügen, die für uns schon zum Alltag dazugehören.

Und tatsächlich folgt schon der nächste Schlag. Erst hetzt Ihr in der Öffentlichkeit gegen uns, dann schikaniert Ihr uns und höhlt systematisch unser Existenzminimum aus! Ihr kürzt das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe. Aber das reicht alles noch nicht! Je klarer es wird, daß Eure Marktwirtschaft nie wieder genug gesicherte Arbeit für alle schaffen kann, desto unerbittlicher wollt Ihr den Menschen einbleuen, daß ausschließlich Lohnarbeit die einzige gesellschaftlich anerkannte Einkommensquelle sein darf. Je geringer die Chancen sind, eine existenzsichernde Arbeit zu finden, desto schärfer organisiert Ihr den gesellschaftlichen Druck, arbeiten zu gehen.

Und langsam wird uns auch der Sinn dieser ganzen Veranstaltung immer klarer: Unsere Phantasie und Kreativität, unsere Solidarität und unsere Tricks, uns ein einigermaßen ausreichendes Einkommen zu verschaffen - aus der Not geboren, die mageren Almosen, die Ihr uns zugesteht, ein wenig aufzubessern - haben langsam ein Ausmaß erreicht, das zum Sand im Getriebe Eurer Verwertungsmaschinerie zu werden droht. Ihr fürchtet die "Unregierbarkeit" der Armutsbevölkerung in den Stadtteilen, die Eure eigene Politik permanent und bedrohlich wachsen läßt. Eure bisherigen Versuche, mit der Deregulierungspolitik der 80er Jahre massenhaft Arbeitsverhältnisse einzuführen, von denen man kaum noch leben kann und die jegliche Kraft zum Widerstand rauben, sind an dieser Höhe der Sozialeinkommen gescheitert. Deshalb greift Ihr nun diese Sozialeinkommen an, um eine Schneise zu schlagen für das massenhafte Hereinbrechen billiger, nicht-existenzsichernder Arbeit. Ihr wollt beides: unsere billige Arbeitskraft und die soziale Kontrolle über uns. Und wo der stumme Zwang der Verhältnisse uns nicht in Eure Ausbeutungsarbeitsplätze preßt, helft Ihr mit staatlich verordneter Zwangsarbeit und Arbeitspflicht nach. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, Arbeit um jeden Preis, lieber Arbeit finanzieren als Arbeitslosigkeit!

Bundesarbeitsgruppen

gegen Arbeitslosigkeit

9. "Neue Armut". Eine Untersuchung über die Situation in West- und Ostdeutschland

Autor: Sy. · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:04

Wenn jetzt in Wahlkampfzeiten von den großen Parteien die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgerufen wird, kann das andererseits nicht darüber hinwegtäuschen, daß von ihnen die zunehmende Armut in Deutschland totgeschwiegen oder heruntergespielt wird. Noch im letzten Jahr versuchte man mit der zynischen Debatte um den sogenannten Sozialhilfe-"Mißbrauch" die sozial Schwächsten noch weiter zu diskriminieren und auszugrenzen.

Daß das Problem der Armut dennoch in letzter Zeit etwas mehr in das Öffentliche Bewußtsein gerückt ist, ist nicht zuletzt das Ergebnis von Protesten durch die Betoffenen selbst, wie z.B. der Aktion der Wohnungslosen im Sommer letzten Jahres oder der Gründung von Obdachlosenzeitungen in Hamburg und Berlin.

Von Armut sind mittlerweile breite Bevölkerungsgruppen betroffen, insbesondere Familien mit Kindern, junge Erwachsene, Alleinerziehende (vor allem alleinerziehende Frauen) und zunehmend ImmigrantInnen. Die zunehmende Armut von Frauen wurde in ak 364 bereits gesondert untersucht.

Sozialforscher schätzen, daß schon heute sechs bis acht Millionen Menschen in Armut leben - einschließlich der verdeckten Armen. Eine genaue Untersuchung gibt es bisher nicht, weil sich die Bundesregierung weigert, einen Armutsbericht zu erstellen. Sozialforscher befürchten außerdem, daß in den neuen Bundesländern schon mehr als ein Drittel der Bevölkerung in Armut lebt. Der wachsenden Armut steht auf der anderen Seite steigender Wohlstand gegenüber. Die Hälfte des Vermögens in Westdeutschland gehört den oberen zehn Prozent der Bevölkerung.

Wer gilt offiziell als arm?

In der Armutsforschung wird heute allgemein, in Anlehnung an die in der Europäische Union geltenden Definition, die Armutsgrenze (Einkommensarmut) mit 50% des durchschnittlichen Nettoeinkommens privater Haushalte festgesetzt; ohne daß aber für diesen Prozentwert besondere Gründe sprechen würden.

Da die Einkommensstatistik der Bundesrepublik aber gravierende Mängel aufweist und Daten zur Einkommensarmut nur mit großen zeitlichen Verzögerungen vorliegen, wird ersatzweise häufig auf die Sozialhilfestatistik zurückgegriffen. Die offizielle Politik legt somit fast ausschließlich den jeweils gültigen Sozialhilfesatz zugrunde und folgert, daß nur diejenigen arm seien, die keine oder unvollständig Sozialhilfe beziehen würden. Damit wird so getan, als wenn die Sozialhilfe ein "normales" Leben garantiere.

Grundsätzlich bleibt dabei auch die Dunkelziffer der Sozialhilfebedürftigen unberücksichtigt. Das ausschließliche Messen der Armut am Einkommen wird außerdem nicht der Tatsache gerecht, daß sich Armut als mehrdimensionales Phänomen darstellt. Mit dem "lebenslagenorientierten" Ansatz wird daher von der unabhängigen Armutsforschung, in Abgrenzung zum reinen Einkommenskonzept, der Versuch unternommen, die Lebenssituation auf die tatsächliche Versorgungslage hin zu untersuchen. Solche Versorgungsbereiche bilden etwa die Felder Arbeit, Bildung, Wohnen und die Versorgung mit sozialen und gesundheitlichen Diensten.

Sozialhilfe -

Ein Indikator der Armut

Über vier Millionen Menschen in ganz Deutschland müssen von Sozialhilfe leben. Noch nie waren es so viele wie heute, und immer mehr Menschen geraten in Gefahr, zeitweilig oder dauerhaft auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Dabei ist in zunehmendem Maße auch die erwerbsfähige Bevölkerung vom Verarmungsrisiko bedroht.

In der alten Bundesrepublik hat die Zahl der Sozialhilfebedürftigen seit den sechziger Jahren um Dreiviertel zugenommen. Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen lag in den sechziger Jahren etwa konstant bei 1,4 bis 1,5 Millionen. Sie stieg dann in der ersten Hälfte der siebziger Jahre sprunghaft an und überschritt 1975 erstmals die Zwei-Millionen-Marke. Von 1980 bis 1991 wuchs die Empfängerzahl nochmals von 2,1 auf 3,7 Millionen an.

Zudem ist der Anteil derjenigen, die ausschließlich von der Sozialhilfe leben müssen, drastisch gestiegen. Die Zahl der EmpfängerInnen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, hat sich von 1980 bis 1991 auf 2,8 Millionen mehr als verdoppelt.(1)

Auch im zweiten Zweig der Sozialhilfe, der Hilfe in besonderen Lebenslagen, ist eine Zunahme der Hilfsbedürftigkeit zu beobachten. Sie ist von 1973 bis 1990 von ca. 1 Million auf ca. 1,5 Millionen angestiegen.

Nach neusten Untersuchungen betrifft die Sozialhilfebedürftigkeit mittlerweile breite Bevölkerungsgruppen. So sind heute insbesondere Kinder, junge Erwachsene, Arbeitslose und alleinerziehende Frauen sowie ImmigrantInnen betroffen. Schon 1973 lag der Anteil der Sozialhilfeempfänger bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren mit 1,9% über dem Durchschnitt von 1,4%. 1991 waren 8,9% der Kinder und Jugendlichen - also rund jedeR Elfte - von Sozialhilfe abhängig, bei einer durchschnittlichen Sozialhilfeempfängerquote von 5,8% der Bevölkerung.(2)

Besonders stark betroffen sind zunehmend ImmigrantInnen. Die Sozialhilfequote ist hier fast viermal so hoch wie bei Deutschen (1990 bei 13,9%).(3)

Auch eine Untersuchung des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes belegt: In Westdeutschland stellen die AusländerInnen die am stärksten von Armut betroffene Gruppe dar. 37,2% der Ausländer waren 1992 in zwei oder mehr Bereichen (Einkommen, Arbeit, Wohnung und Bildung) unterversorgt. 44,2% waren wohnraum- und 16,7% einkommensunterversorgt. Über die Hälfte verfügt über keinen beruflichen Bildungsabschluß.(4)

Verdeckte Armut

Aber allein an der Zahl der Sozialhilfeempfänger läßt sich die Zahl der von der Armut betroffenen Menschen nicht festmachen. Viele Menschen, die Sozialhilfe beziehen könnten, machen ihren Anspruch nicht geltend, d.h. sie leben mit noch weniger Einkommen, als die ohnehin niedrige Sozialhilfe ihnen "zubilligt". So gibt es begründete Hinweise, daß im Durchschnitt auf zwei Sozialhilfeempfänger mindestens ein Anspruchsberechtigter kommt, der "verdeckt arm" bleibt. Bei Menschen im Ruhestand kann man davon ausgehen, daß das Verhältnis von Sozialhilfeempfängern zu verdeckt Armen 1:1 beträgt. (5) Die Gründe, weshalb viele auf ihren Anspruch verzichten, mögen unterschiedlich sein, es kann aber wohl davon ausgegangen werden, daß die gesellschaftliche Ächtung von Sozialhilfeempfängern sowie die oft erniedrigende Behandlung bei den Ämtern wesentliche Gründe sind.

Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdung reicht heute bis in Bevölkerungsgruppen mit mittlerem Einkommen hinein. Bereits Familien mit einem Bruttoeinkommen zwischen 3.500 und 4.000 DM sind gefährdet.(6) Immer mehr Arbeitnehmer in den unteren oder mittleren Lohngruppen werden an die Armutsgrenze gedrückt. Oft bleibt einer Familie, in der nur noch eine Erwerbstätige/ ein Erwerbstätiger Lohn oder Gehalt bezieht, nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und Miete nur noch 200 bis 300 DM mehr als einem Sozialhilfeempfänger.(7)

Nach einer im Wissenschaftszentrum Berlin erstellten Untersuchung muß davon ausgegangen werden, daß etwa 25% der Bevölkerung armutsgefährdet sind. Etwa 10% der Bevölkerung sinken immer wieder in Armut ab oder verharren darin längere Zeit.

Als Ursache der Armut tritt neben niedrigem Einkommen und Arbeitslosigkeit verstärkt die höhere Mietbelastung auf. Extrem hohe Mietbelastungen, Räumungen wegen Mietschulden und Obdachlosigkeit nehmen zu. Vor allem in den Ballungsgebieten drücken die hohen Mieten inzwischen auch "Normalverdiener" an die Schwelle des Existenzminimums.

Außerdem droht durch die Kürzung des Arbeitslosengeldes immer mehr Arbeitslosen, aus dem Sicherungssystem herauszufallen und ebenfalls in die Armut abzusinken. Nach einer Studie des DGB sind 250.000 Arbeitslose gefährdet.(8)

Armut in den Großstädten

Vor allem in den Ballungsgebieten bzw. Großstädten wird die Not der von Armut Betroffenen immer sichtbarer. In Hamburg beispielsweise lebt fast jeder zehnte Bürger von der Sozialhilfe und fast 20% an der Grenze des

"kulturellen Existenzminimums". 1990 lebten 181.000 Menschen in Hamburg von der "Stütze".(9) Rund 240.000 Menschen müssen mit weniger als 1.000 DM im Monat auskommen.(10) Knapp 47.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre leben in Hamburg von der Sozialhilfe. In dem Kerngebiet Hamburg Mitte sind es sogar 50% aller Kinder.

Während immer mehr Menschen in den Großstädten ärmer werden, steigt auf der anderen Seite der Reichtum. Laut Hamburger Morgenpost besitzen 0,28% der Bevölkerung in Hamburg knapp 70,55% des gesamten Privatvermögens, dies sind 22,07 Mrd. DM.

Obdachlosigkeit -

die Spitze des Eisbergs

Die Anzahl der Obdachlosen nimmt in den letzten Jahren rapide zu. Es fehlen ungefähr 3,5 Millionen Wohnungen. Nach Angaben der Armutskonferenz, einem Zusammenschluß von Wohlfahrtsverbänden, sind bundesweit bereits 150.000 Menschen obdachlos und ca. 800.000 Menschen hausen in Notunterkünften; einer Millionen droht der Verlust der Wohnung.(11) Bis 1995, so wird geschätzt, wird die Zahl der wohnungslosen Haushalte auf mindestens 2,5 Millionen ansteigen.

Über 1,5 Millionen Menschen leben darüberhinaus in unzumutbaren Wohnverhältnissen. Ihre Wohnungen sind überbelegt oder der bauliche Zustand ist mangelhaft. Solche Wohnungen konzentrieren sich oft auf bestimmte Stadtviertel. Ganze Stadtteile drohen zu verelenden und zu Ghettos zu werden.(12)

Lebenslage der Armen - Ergebnisse der Caritas-Untersuchung

Im Mai 1993 brachte die Caritas eine Armutsuntersuchung für die alten Bundesländer heraus. Die Untersuchung ist zwar nicht für die Gesamtbevölkerung repräsentativ, denn unter den Menschen, die zur Caritas kommen, sind die armutsgefährdeten Menschen überrepräsentiert. "Aber wie in einem Vergrößerungsglas werde bei dieser Bevölkerungsgruppe die Armutssituation in der Gesellschaft deutlich".

Die Untersuchung der Caritas fußt auf der Befragung von rund 4.000 verarmten Menschen, die bei der westdeutschen Caritas um Hilfe suchten, sowie Interviews mit 3.000 MitarbeiterInnen. Gut ein Viertel der Befragten waren ImmigrantInnen. Der überwiegende Teil der Klienten aus den Privathaushalten, die die Caritas im Befragungszeitraum aufsuchten, waren Frauen und jüngere Menschen. Der größte Teil dieser Klienten war nicht erwerbstätig.

Die Mietbelastung bei den Privathaushalten wies große Unterschiede auf. Laut Caritas-Umfrage haben 25,8% eine Warmmietbelastung zwischen 28% und 40% des Nettoeinkommens; 23% müssen sogar eine Mietbelastung von über 40% tragen. Außerdem lassen die Ergebnisse der Untersuchung vermuten, daß ein beträchtlicher Teil Wohngeldansprüche nicht geltend macht. Darüberhinaus ist die Wohnungsversorgung der Privathaushalte häufig sehr schlecht; 29,9% haben weniger als einen Raum pro Person zur Verfügung. Mit Kindern unter 18 Jahre sind es sogar 55%; überhaupt kein Kinderzimmer haben 20,4%. Und 48,7% der Befragten leben in Wohnungen, die nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen (keine Zentralheizung oder kein Bad oder keine Toilette in der Wohnung). 4,5% der Haushalte befinden sich in Notunterkünften, die meisten dieser Haushalte kann man als obdachlos bezeichnen. 47% der Privathaushalte waren zudem hoch verschuldet.

Auf Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe waren 28,4% aller Personen angewiesen. Zwei Drittel der die Caritas aufsuchenden Sozialhilfeempfänger waren Frauen. Unter den sozialhilfebeziehenden Klienten überwogen Personen mit längerem Bezug. Auch hier überwiegen die Frauen als Langzeitbeziehrerinnen.

Nach Angaben der Caritas ist die verdeckte Armut beachtlich; 22,2% der befragten Personen aus den Privathaushalten wurden als verdeckt arm eingeschätzt. Die verdeckt armen Menschen machen 43,8% aller Personen mit Sozialhilfeanspruch aus. Bei den verdeckt Armen ist die Wohnsituation und Mietbelastung noch erschreckender: 39,9% haben eine Mietbelastung von 40% und mehr zu tragen, 34,7% müssen mit weniger als einem Raum pro Person auskommen, bei den Haushalten mit Kindern sind es 60,8%; und über die Hälfte der Wohnungen entsprechen nicht den heutigen Ansprüchen.

Bei 42,7% der verdeckt Armen geben die Caritas Mitarbeiter "äußerst geringes Einkommen" an. Das Problem der Überschuldung tritt hier überdurchschnittlich oft auf. Knapp drei Viertel der verdeckt armen Menschen (71%) haben noch nie Sozialhilfe bezogen.

Als Gründe, Sozialhilfe nicht zu beantragen, werden vor allem genannt: daß das Einkommen zu hoch ist, daß es unangenehm ist, zum Sozialamt zu gehen, daß man Angst hat, daß Familienangehörige an das Sozialamt zahlen müssen und daß man dem Staat nicht zur Last fallen möchte. Rund 70% glauben, daß sie die Sozialhilfe später zurückzahlen müßten.

Fast die Hälfte der Befragten (46,9%) leben, laut Studie der Caritas, zudem in "relativer" Armut, d.h. ihr Einkommen ist nur halb so groß wie das bundesdeutsche Durchschnittseinkommen. Vor allem diese Gruppe steht ständig auf der Kippe. Sie sind durch die steigenden Mieten und den Mangel an preiswertem Wohnraum massiv vom sozialen Absturz bedroht.

Unter den von der Caritas befragten Personen, die arbeitslos waren, waren 21,3% verdeckt arm, 35,5% waren von der Sozialhilfe abhängig. 55,9% waren als relativ arm einzuschätzen. Über ein Drittel waren mehr als 5 Jahre arbeitslos. Von Langzeitarbeitslosigkeit sind vor allem ältere Menschen betroffen. Nur 49,3% der Haushalte können ihren Lebensunterhalt vorwiegend aus den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit bestreiten. Auch hier ist die Wohnungsversorgung besonders schlecht. Fast ein Drittel (29,5%) müssen für die Warmmiete über 40% des ihnen zur Verfügung stehenden Lebensunterhalts aufbringen.

Unter den armen alten Menschen (über 65 Jahre) bilden Frauen mit 72,5% den größten Anteil. Auch der Anteil der ImmigrantInnen ist mit 21,8% enorm hoch. 27,8% der alten Menschen sind von Sozialhilfe abhängig oder verdeckt arm und ebenfalls 27,8% sind als relativ arm einzuschätzen. Auch hier liegt die Warmmietbelastung bei 40% und mehr des Einkommens und die sanitären Ausstattungen sind in über der Hälfte der Haushalte unzureichend.(13)

Die Situation in Ostdeutschland

Anfang Februar brachte der Paritätischen Wohlfahrtsverband und der DGB eine Untersuchung zur Armutsentwicklung in West- und Ostdeutschland heraus. Ein Schwerpunkt der Analyse bildete vor allem die Armutsentwicklung in den neuen Bundesländern. Da es von offizieller Seite bisher keine institutionalisierte Armutsberichterstattung gibt, sollte mit dieser Untersuchung die Tabuisierung des Themas in Politik und Öffentlichkeit dauerhaft durchbrochen werden.

Nach Meinung der Autoren weist die neue Bundesrepublik das Bild einer doppelt gespaltenen Gesellschaft auf. Die insbesondere im Verlauf der achtziger Jahre festzustellende Tendenz einer schärferen Polarisierung und Segmentierung von Lebenslagen werde heute durch ein nach wie vor eklatantes Ost-West-Gefälle in der Ressourcenausstattung noch überlagert und verschärft.

Während Umfang und Erscheinungsbild der Armut im Westen zum einen durch einen längerfristigen Strukturwandel am Arbeitsmarkt hervorgerufen wird und sich durch eine neu einsetzende Wirtschaftskrise verschärft, ist in den neuen Bundesländern die Ursache der Armut vor allem in dem Zusammenbruch des Beschäftigungssystems und in der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit seit der Vereinigung zu sehen. Während die Arbeitslosenquote im Westen relativ konstant blieb, zeigte sich in den neuen Bundesländern ein dramatischer Anstieg auf ein Niveau weit jenseits des westdeutschen Werts. Allerdings weise, so die Autoren, der Westen weitaus höhere Werte bei der sogenannten "Stillen Reserve" (den nichtregistrierten Erwerbslosen) und bei den geringfügig Beschäftigten auf.

Zum anderen werden die Konturen der Armut im Osten Deutschlands durch die Strukturmängel und Versäumnisse sozialstaatlicher Leistungen und Maßnahmen geprägt. (Übertragung des westdeutschen Sozialstaatsmodells auf die ehemalige DDR).

"Angleichung"

auf niedrigstem Niveau

Durch das Auftreten von Arbeitslosigkeit betraf das Verarmungsrisiko zunächst einmal sehr breite Gruppen der Erwerbsbevölkerung, jedoch ist mittlerweile eine Konzentration auf bestimmte "Problemgruppen" nach westdeutschem Muster - vor allem Alleinerziehende, ältere Menschen, Behinderte und Pflegebedürftige - zu

beobachten. Diese Gruppen sind einem verschärften Ausgrenzungsdruck ausgesetzt, da die bis dahin sehr weitgehende Integration in den Arbeitsprozeß durch flankierende Maßnahmen mit der Einverleibung der DDR wegfiel. Zum anderen verloren diese Gruppen die das Sicherungssystem der DDR prägenden Mindestsicherungselemente der Sozialversicherung. Jetzt werden diese Menschen lediglich auf die Sozialhilfe verwiesen.

Das Bild des vereinten Deutschlands als doppelt gespaltene Gesellschaft läßt sich auch zahlenmäßig ablesen. Geht man z.B. von einer gemeinsamen Armutsschwelle (50 % des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens) für Ost- und Westdeutschland im Jahre 1992 aus, lebten 10,1% der Bevölkerung in Deutschland in Einkommensarmut. Dabei lag der Anteil im Westen bei 7,5% und im Osten bei 14,8%. Nach einem weiteren Anstieg der Quote im Osten auf 21,1% im Jahr 1990 entwickelt sie sich ab 1991 wieder rückläufig. Diese auf Basis eines gesamtdeutschen Durchschnittseinkommens ermittelten Quoten verdecken aber, daß sich in den neuen Bundesländern die Einkommen in den unteren Bereichen befinden und der Bevölkerungsanteil wächst, der an der positiven Einkommensentwicklung im Osten nicht partizipiert.

Die Studie kommt außerdem zu dem Ergebnis, daß es für die Gesamtheit aller Bereiche, wie Einkommen, Arbeit, Wohnen und Bildung, einen langsamen Angleichungsprozeß der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West durchaus gebe, die "Angleichung" an Westbedingungen aber höchst ambivalent sei. So würde die Unterversorgung im Osten bei Einkommen und Wohnungen sinken, im Erwerbsarbeit- und Bildungsbereich dagegen steigen. Gleichzeitig wachse aber die Zahl derjenigen, die vom Angleichungsprozeß abgekoppelt und in Armut und Unterversorgung abgedrängt werden. So nahm die Zahl derer, die eine Unterversorgung in zwei oder mehr Bereichen aufweisen, in Ostdeutschland von 1990 bis 1992 von 8,9% auf 10,3% zu, während sie im Westen mit 7,3% relativ konstant blieb.

Hauptopfer der Armut in Ostdeutschland sind auch wieder Kinder und Jugendliche. Die soziale Risikostruktur weist im Osten noch stärker als im Westen in Richtung Alleinerziehende und große Familien. Die Quote der mehrfach Unterversorgten betrug bei Paaren mit zwei Kindern 15,9% und bei Paaren mit drei und mehr Kindern sogar 40,2%. Unter den Alleinerziehenden mit einem Kind sind 17,8% mehrfach unterversorgt, unter den Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern sind es 22,8%. Zwar sind auch im Westen die Unterversorgungsquoten für diese Gruppen überproportional hoch, jedoch fällt hier die überproportionale Betroffenheit bei Haushalten mit Kindern mit Quoten zwischen 9,1% und 22% nicht ganz so kraß aus wie im Osten.

Auch am Bezug der Sozialhilfe in Ostdeutschland läßt sich die Armut bereits ablesen. 1992 betrug die Sozialhilfedichte 4,2% und hat damit fast den Vorjahreswert im alten Bundesgebiet in Höhe von 5,8% erreicht. In den neuen Bundesländern beziehen rund 670.000 Menschen Sozialhilfe, darunter sind 480.000 auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Als Hauptursache des Leistungsbezugs wird im Osten die Arbeitslosigkeit genannt.

Angesichts der anhaltenden schlechten Arbeitsmarktlage wird die Hilfe zum Lebensunterhalt für viele Betroffene zur Dauerversorgung. 77,4% der Haushalte, die noch nach einem halben Jahr im Leistungsbezug standen, waren Haushalte von Alleinerziehenden. Auch Ehepaare mit Kindern sind neben den Alleinerziehenden besonders betroffen. Für sie wird die Sozialhilfe zu einer Grundversorgung auf Dauer. Sie sind im besonderen Maße die "Opfer" der Vereinigung.(14)

Sy.

Anmerkungen:

(1) Vgl. W. Hanesch u.a.: Armut in Deutschland. - Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Rowohlt Taschenbuch, Reinbek bei Hamburg, Febr. 1994. Seite 218

(2) Vgl. W. Hanesch u.a.

(3) Vgl. Richard Hauser/Werner Hübinger: Arme unter uns, Teil 1. Herausgegeben vom Deutschen Caritasverband e.V. Freiburg 1993

(4) Vgl. W. Hanesch, Seite 173

(5) Vergl. R. Hauser, W. Hübinger, Seite 7

(6) Die Woche, 25.3.93

(7) Spiegel, 4/1993

(8) Frankfurter Rundschau, 20.7.93

(9) Hamburger Abendblatt, 22.5.93

(10) Hamburger Morgenpost, 27.5.93

(11) Die Woche, 25.3.93

(12) Nach Casa nostra 25/26, Juni 93

(13) Alle Angaben nach: Arme unter uns, der deutsche Caritasverband bezieht Position

(14) Alle Angaben nach W. Hanesch u.a.

10. Den Sparschweinen die Schweinepest! (Hamburger Demo gegen Sparmaßnahmen im Bildungsbereich)

Autor: gg. · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:34

Mehr als 50.000 Schülerinnen und Schüler, Studierende und LehrerInnen demonstrierten am 27. April gegen die Sparpläne des Hamburger Senats im Bildungsbereich. Aufgerufen hatten die GEW, der ASTA, der Aktionsrat der Uni und die SchülerInnenkammer.

In den Sparplänen des Senats ist unter anderem die Erhöhung der Pflichtstundenzahlen für LehrerInnen vorgesehen. ReferendarInnen sollen einen bedarfsdeckenden Unterricht gewährleisten. Bei 4.000 arbeitslosen LehrerInnen und zusätzlichen 10.000 SchülerInnen bis 1997 sind solche Vorschläge ein Hohn. Damit keine Neueinstellungen vorgenommen werden müssen, sollen die Klassenfrequenzen erhöht werden. Zusätzlich gibt es Vorschläge Berufsvorbereitungsklassen für AusländerInnen und Lernschwache abzuschaffen. Auch die Abschaffung ganzer Bildungsgänge bei der Höheren Handelsschule und bei Aufbaugymnasien sind im Gespräch.

Angesichts dieser "Sparvorschläge" wurde unter dem sarkastischen Motto "Schafft die Schule ab, sie kostet nur Geld" für die Demonstration mobilisiert. Hamburgs Schulsenatorin Rosemarie Raab (SPD) hatte für die Demonstration "kein Verständnis - noch dazu während der Unterrichtszeit - gegen einen Bildungsabbau, der weder gegenwärtig stattfindet noch geplant ist." Um ihrer Mißbilligung Nachdruck zu verleihen, ließ sie die GEW mit einem Zwangsgeld von 50.000 DM belegen. (Ob sich diese Summe nach der Anzahl der Demonstrierenden richtet?) Die demonstrierenden LehrerInnen müssen mit Disziplinarverfahren und Gehaltskürzungen rechnen. Angesichts der Stimmungslage im Bildungsbereich kann der Hamburger Senat allerdings kaum erwarten, daß diese Maßnahmen die Betroffenen von weiteren Aktionen zurückhalten werden. Einen Tag nach der Demonstration "besetzten" 80 SchülerInnen ein Stockwerk der Schulbehörde, um ihren Forderungen gegenüber dem Senat Nachdruck zu verleihen.

"Armes Hamburg"

Für den selben Tag hatte auch das Aktionskomitee "Armes Hamburg" ("ein Bündnis verschiedener, sozial engagierter Menschen und Einrichtungen") zu einer Demonstration gegen die aktuelle Kürzungspolitik des Hamburger Senats im Sozial- und Bildungsbereich aufgerufen. Diese Politik führt dazu, daß Armut und Verelendung weiter um sich greifen. Rund 2.500 Menschen aus Sozialeinrichtungen (MitarbeiterInnen und viele Kinder) zogen in einem bunten Zug unter dem Motto "Streichen bei den Reichen, statt sparen bei den Armen" gen Innenstadt. Im Demo-Aufruf hieß es:

"In einer Zeit, wo viele ohne Arbeit und Einkommen sind, wo Wohnungen fehlen oder nicht mehr bezahlbar sind, wo Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ohnehin unzureichend sind und viele Jugendliche ihr Leben schon mit der Perspektive des Sozialhilfempfängerdaseins beginnen, ist das Vorhandensein sozialer und pädagogischer Begleitung und Beratung notwendiger denn je. Wer glaubt, dies ließe sich auch mit weniger Einrichtungen und gekürzten Etats bewerkstelligen, kennt offenbar die dramatischen Lebensrealitäten vorort nicht. Tatsache ist, daß wir es in Hamburg seit Jahren mit einer allmählichen Verslumung ganzer Stadtteile zu tun haben. Davon zeugen nicht nur die Berichte über zunehmende Gewalt- und Beschaffungskriminalität, steigenden Drogenkonsum, Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern oder das Anwachsen von Obdachlosigkeit u. ä. m.. Viele, die in den sozialen Brennpunkten Hamburgs leben oder arbeiten, kennen dies vielmehr aus eigenem Erleben und wissen, wie stark die Verzweiflung und Unzufriedenheit vieler Menschen ist.

Wer aber gerade in einer Zeit, wo sich dieser soziale Unfrieden auch in rechtem Protestwahlverhalten und im Rückgriff auf rassistische Weltbilder äußert, das Netz sozialer und pädagogischer Einrichtungen beschneidet, treibt diese Entwicklung voran und handelt politisch verantwortungslos."

gg.

11. Neue politische Offensive im Osten. Thesen zu einer Strategie gegenüber der PDS von Ludger Vollmer und Christine Ziller (Dokumentation)

Thesen zu einer Strategie gegenüber der PDS von Ludger Volmer und Christine Ziller

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:23

1. Die PDS ist die Nachfolgerin der SED, der Partei, die für Menschenrechtsverletzungen, autoritäre Struktur und desolate Wirtschaftspolitik der DDR verantwortlich war. Finanziell und infrastrukturell baut sie auf den alten SED-Grundlagen auf. Während sie im Osten diese Kontinuität nicht etwa problematisiert, sondern geradezu betont und das Prädikat "Made in GDR" zu nutzen sucht, versucht sie sich im Westen einen links-alternativen Gestus zu geben. Ein wirklicher Neuanfang hat nach der Wende nicht stattgefunden. Dafür wäre die völlige Auflösung der Partei nötig gewesen. So aber hat sich der alte Apparat nur einen neuen Anstrich gesucht: er reklamiert heute - und behauptet obendrein der einzige zu sein -, nach Abstreifen historischer Fehlentwicklungen nun plötzlich den reinen Gehalt der humanistischen Ideale sozialistischer Politik zu repräsentieren. Mehr noch: er maßt sich sogar an, der eigentliche Vertreter der demokratischen und emanzipatorischen Grundwerte zu sein, die in Wahrheit die Bürgerbewegungen der DDR gegen das alte Regime durchzukämpfen versuchten. Die Geschwindigkeit des inhaltlichen Wandels bei struktureller Kontinuität ist ein Indiz dafür, daß es sich nicht um wirklich Neues Denken handelt, sonder um oberflächliche Anpassung an den veränderten Zeitgeist, um Mimikry.

2. Von ihrem Charakter her ist die PDS deshalb keine Bereicherung für die parlamentarische Demokratie. Dennoch ist ihre Existenz eine Tatsache. Ihre Entwicklung hat mittelbaren oder unmittelbaren Einfluß auf die politischen Chancen unserer Partei - nicht nur in den neuen Ländern. Mit dieser Situation müssen wir nüchtern strategisch umgehen. Die PDS ist politisch und strategisch keine Bündnispartnerin für uns. Das hat schon vor der Fusion nicht nur Bündnis 90 betont; auch die (West-)GRÜNEN haben dies auf ihrer BDK von Hagen 1990 festgestellt. Die PDS ist dessen ungeachtet eine konkurrierende Partei im links-alternativ-humanistischen Spektrum und damit politischer Gegner. Unser Ziel muß es sein, ihr politisches Gewicht zu verringern. Strategien gegenüber der PDS müssen unter dieser Prämisse kalkuliert werden. Insbesondere wegen der personellen Kontinuität kommt sie als Koalitionspartnerin nicht infrage. Trotzdem kann es punktuelle Zusammenarbeit in Einzelfragen geben. Wir können solche "Bündnisse" nicht allein deshalb meiden, weil es die PDS ist, zumal es dort eine Anzahl von Personen gibt, auf die unsere allgemeine Kritik an der Partei nicht zutrifft. Wir können nicht ignorieren, daß insbesondere auf kommunaler Ebene PDS-VertreterInnen häufig die einzigen politischen Verbündeten unserer ParlamentarierInnen sind.

3. In den neuen Ländern gibt es eine größere WählerInnenschicht, die sich im Dreieck zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und PDS verortet. Anders als im Westen gibt es von unserer Seite aus also nicht nur eine Konkurrenz mit der SPD um dasselbe Klientel, sondern auch mit der PDS. Im Westen wird die PDS solange nicht an Boden gewinnen, als wir unser ökologisch-solidarisches, demokratisch-emanzipatorisches, gewaltfrei-menschenrechtsorientiertes, mithin unorthodox "linkes" Profil halten. Wir müssen deutlich machen, daß in Ost und West dieser politische Ansatz für Bündnis 90 und Die Grünen originär war und zwar in Opposition zur PDS-Ursprungspartei SED. Es reicht aber nicht, einfach diesen Geltungsanspruch zu formulieren. Die konkrete Art und Weise der Auseinandersetzung mit der PDS entscheidet darüber, ob wir die WechselwählerInnen im Osten auf unsere Seite ziehen können, abstoßen oder sogar in die Arme der PDS treiben.

4. Eine falsch angesetzte Kritik an der PDS kann dazu führen, daß Menschen, die wir ansprechen wollen, sich mit der PDS gegen uns solidarisieren. Das kann dann passieren, wenn die PDS unsachlich und für die für uns interessanten Menschen nicht nachvollziehbar angegriffen wird. Gefährlich ist es, die PDS an einem moralischen Maßstab zu messen, an dem auch unsere Zielgruppe sich selbst negativ beurteilen muß. Wenig erfolgversprechend ist es auch, dem von der PDS formulierten Anspruch, sich gegenüber der SED grundsätzlich gewandelt zu haben, die einfache Gegenbehauptung entgegenzusetzen. Auch wenn dies - siehe oben -, in vielen Punkten richtig ist, müssen wir davon ausgehen, daß die neue Selbstdefinition der PDS und die politische Rolle als angebliche Vertreterin der sozialen, insbesondere der ostdeutschen Interessen viele

Menschen unserer Zielgruppe anspricht. Wenn wir uns darauf beschränken, die PDS entlarven zu wollen, werden wir immer der realen Politik der PDS hinterherlaufen und keine große praktische Wirkung erzielen. Die Konsolidierung der PDS bei Wahlen und Meinungsumfragen beweist dies. Viele WählerInnen sind sogar bereit, wegen der angeblichen Rolle die geschilderten negativen Aspekte der PDS in Kauf zu nehmen. Wir werden dann am wirkungsvollsten sein, wenn wir diesen Anspruch der PDS auf den Prüfstand stellen und die geweckten Erwartungen an den Realisierungschancen messen.

5. Die Programmatik der PDS ist ein Gemisch aus sozialistischer Rhetorik, sozialdemokratischen Ordnungsvorstellungen, linkspopulistischen Forderungen ohne konzeptionelle Verbindung und Realisierungsstrategie. Vieles ist aus veralteten grünen Programmen oberflächlich abgeschrieben worden. Neuerdings wird versucht, dies alles mit einer gesellschaftspolitischen Strategie zu überwölben, deren Kernelemente von uns übernommen sind. Das "Ingolstädter Manifest" ist der Versuch der PDS, sich unsere Grundbegriffe anzueignen: neuer Gesellschaftsvertrag, sozial-ökologischer Umbau, Primat der Menschenrechte ... Mit Übernahme unserer Begriffe und Konzepte geht es der PDS nicht darum, unsere Politik als die richtige anzuerkennen. Dann müßte sie sich auflösen. Ihr geht es im Gegenteil darum, den eigenen Apparat auf unsere Kosten zu erhalten. Unser politisches "Copyright" wird gestohlen, um damit einem historisch überholten Apparat eine neue Aufgabe und neuen Glanz zu geben. Diese Strategie weist die PDS als politischen "Freßfeind" aus.

6. Im Osten will die PDS als Anwältin der Ostinteressen gelten, im Westen dagegen als konsequente Oppositionskraft. Beide Ansprüche sind absolut unvereinbar: wenn die PDS wirklich Ostinteressen vertreten will, darf sie sich nicht in die pure Oppositionspose begeben. Denn aus der Opposition heraus ist erfahrungsgemäß keine Interessendurchsetzung möglich. Höchstens eine Interessenartikulation. Wenn die PDS den Realisierungsanspruch, der dem Versprechen nach Interessenvertretung-Ost innewohnt, ernst meint, muß sie die enttäuschen, die im Westen von der prinzipiellen Oppositionspose begeistert sind. Will sie sich im Westen aber ihre "Fundi"-Klientel erhalten, muß sie den Ostdeutschen gegenüber zugeben, daß sie deren Interessen nicht wird durchsetzen können. Diesen Umstand verschleiert die PDS hinter viel Verbalradikalität. Es gibt weitere Widersprüche: sie suggeriert, daß die sozialen Interessen der Ostdeutschen mit denen der westdeutsch-oppositionellen Klientel zusammenfallen. In dem Moment, wo es um mehr als Rhetorik geht, könnte sich dies als fataler Trugschluß entpuppen. Oder: Falls die Oppositionspose nicht prinzipiell ist, sondern nur Zwischenschritt zu späterer Regierungsbeteiligung, dann wird die PDS unausweichlich dieselben innerparteilichen Konflikte und dieselben Lösungen bekommen wie früher die West-Grünen, und die heutige Kritik der PDS an uns als angepaßt wird auf sie selbst zurückfallen. Aus "linker Sicht", die die PDS für sich in Anspruch nimmt, ist es absolut kein Gewinn, wenn eine Partei die parlamentarische Lerngeschichte einer anderen mit 15jähriger Verspätung noch einmal kopieren will. Fazit: Die PDS ist der mißlungene Versuch, durch Protestphraseologie zwei antagonistisch widerstreitende Interessen zum Zwecke der Selbsterhaltung der Organisation unter einem Dach zusammenzubringen.

7. Diese strategische Sackgasse, in die die PDS ihre WählerInnen führt, müssen wir aufdecken. Was den emphatisch verkündeten Veränderungswillen der PDS angeht, kann zudem schlicht darauf hingewiesen werden, daß jede Stimme für die PDS faktisch eine Stimme gegen eine rot-grüne Reformregierung in Bonn und damit eine Stimme gegen die einzige real denkbare Veränderung ist. Der Spekulation einiger PDS-Strategen, daß eine rot-grüne Minderheitsregierung in Bonn sich über PDS-Stimmen würde tolerieren lassen, können wir durch eine unmißverständliche Absage sofort den Boden entziehen. Vor eine solche Situation gestellt, würde sich zudem die SPD mit Sicherheit für eine Große Koalition entscheiden. Eine Stimme für die PDS hat daher im Wahljahr 1994 einen entscheidenden negativen Einfluß auf die Machtverteilung im Staate bzw. auf die Chancen zur Bildung einer Reformregierung.

8. Was die Vertretung der Ostinteressen angeht, können wir nachweisen, daß wir sie selbstbewußt, jedoch nicht bruchlos und pur vertreten. Sie sind zum Teil in unsere Beschlüsse aufgenommen, z.T. durch die Vermittlung mit Westperspektiven relativiert worden. Ob wir immer die richtige Mischung gefunden haben, das ist immer eine Debatte wert. Aber im Prinzip gilt: das, was an Ostinteressen in Beschlüsse eingeflossen ist, wird auch von den Wessis mitvertreten. Es gibt innerparteilich eine Bündnisbildung über die alten Grenzen hinweg, die letztlich zukunftsträchtiger ist als die Reproduktion der alten Trennung. Der Ost-West-Austausch bringt unkalkulierbare und überraschende Ergebnisse, mit denen mensch bewußt umgehen muß. Einer Nur-Ost-Partei fehlt diese Dimension kreativer und realitätsfördernder Auseinandersetzung. Letztlich wird sich

auch gesamtgesellschaftlich nur das durchsetzen, was im Bündnis von Ost- und Westkräften vertreten wird. Wir werden versuchen, "unseren" Anteil an Ostpolitik in einer rot-grünen Regierung auch wirklich durchzusetzen. Das ist auf der Ebene der Versprechen weniger als bei der PDS, bei der Realisierungschance erheblich mehr.

9. Wenn wir wollen, daß Menschen uns statt die PDS wählen, müssen wir ihnen allerdings mehr ermöglichen, als nur ihr Kreuz auf dem Wahlzettel zu machen. Sie müssen, wenn sie denn an mehr interessiert sind, das Gefühl haben können, nicht nur Urnengänger, sondern Bestandteil eines größeren historischen Projektes zu sein. Wir müssen ihnen erlauben, ihre Außenperspektive, die sie noch auf uns haben, in eine Binnenperspektive, die sie mit uns haben, umzuwandeln. Dazu ist es notwendig, unsere eigenen Maßstäbe dafür zu überprüfen, wen wir als Aktive in unsere politische Nähe lassen und wen nicht. Wir können auf Dauer nicht den Menschen, von denen wir gewählt werden wollen, die aktive Teilnahme an unserer Politik versagen. Anders formuliert: Wenn wir von Menschen wollen, daß sie ihr aktives Wahlrecht zu unseren Gunsten wahrnehmen, können wir Teilen von ihnen nicht prinzipiell die Verwirklichung des passiven - Kandidatur und als Voraussetzung Mitgliedschaft - bei uns verwehren. Wir würden im Osten eine ganze Schicht von WählerInnen zu Halbdemokraten reduzieren. Und schon heute ist das zahlenmäßige Mißverhältnis von WählerInnen und Mitgliedern so eklatant wie bei keiner anderen Partei.

10. Dies ist kein Plädoyer dafür, umstandslos alle und jeden in unsere Partei aufzunehmen. Angesichts der dünnen Decke an Aktiven in den neuen Ländern ist es aber mittelfristig für uns unverzichtbar, in größerer Menge neue Mitglieder zu bekommen. Diese werden sich nur noch in geringer Zahl im Umfeld der Bürgerbewegung finden lassen. Das Hauptfeld für neue Mitglieder findet sich immer im politisierten Teil einer Gesellschaft. Für den Osten bedeutet das aber meistens, daß die Politisierung während des SED-Regimes geschah. Wir brauchen deshalb Kriterien und Verfahrensweisen für eine aktive Ansprache. Sie ergeben sich aus einem Blick auf die Vergangenheit. Wir dürfen mit unseren Maßstäben und Verfahren weder offen noch subtil neue Formen der Ausgrenzung schaffen. Mit Ausgrenzung halten wir Menschen nicht nur auf Distanz; wir laufen auch Gefahr, daß sie sich eines Tages der PDS zuwenden, weil sie nur dort die Möglichkeit haben, wieder am öffentlichen Leben teilzunehmen. Wir sollten deutlich machen, daß wir prinzipiell offen sind, aber bestimmte Leute sich selber ausschließen: wer aktiv an den schlimmen Machenschaften des DDR-Regimes beteiligt war, wissentlich und im eigenen Interesse Menschen geschadet hat, findet keine Zugang. Wir sollten aber offen sagen: wir wünschen nicht nur die Mitarbeit von Menschen, die sich "der bekennenden Opposition" in der DDR zugehörig fühlen. Wir wollen auch diejenigen, die ohne dieses Selbstverständnis der DDR-Regierungspolitik kritisch gegenüberstanden und/oder versucht haben, im Rahmen der damals bestehenden Verhältnisse möglichst viel an Humanisierung zu erreichen.

11. Wir dürfen Menschen, die Mitglied werden wollen, nicht Quasi-Verhören über ihre Rolle in der Vergangenheit unterziehen. Wer unseren Grundkonsens teilt, ist willkommen. Nur dann, wenn aus unserem Mitgliederkreis jemand schlüssig nachweisen - nicht bloß behaupten! - kann, daß ein/e Aspirantin früher anderen Schaden zugefügt hat, wird die Aufnahme verweigert. Das gilt im Prinzip auch für ehemalige Funktionäre der SED und ihrer Nebenorganisationen. Denn auch dort gab es "Reformer", die der offiziellen Politik so gegnerisch und kritisch gegenüberstanden, wie KritikerInnen von außen. Nur daß sie von innen her versuchten, die humanistischen Gehalte der sozialistischen Theorie zu Geltung zu verhelfen. Diese Gesinnung, so sie mit unserem Grundkonsens vereinbar ist, darf für sich genommen kein Grund zur Verweigerung der Mitgliedschaft sein.

(Nur die konkrete negative Tat schließt aus. Über Beitrittswünsche von ehemaligen Funktionären sollte aber in unserer Parteizeitung vorab informiert werden, so daß jede/r die Möglichkeit hat, Einspruch einzulegen.)

Wir dürfen jedoch keinen Zweifel daran lassen, selbst weiterhin konsequent (und nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit) die Aufarbeitung der Vergangenheit vorantreiben zu wollen.

12. Auch die Verstärkung unserer personellen Basis ist eine Strategie gegen die PDS. Nur so werden wir es schaffen können, die Verankerung, die die PDS in zahlreichen Städten und Gemeinden hat, zu unseren Gunsten aufzubrechen. Vor Ort sind in vielen Sachfragen einzelne Mitglieder und SympathisantInnen der PDS oft unsere einzigen Verbündeten. Langfristig sollten wir sie aus der Sackgasse PDS herauslösen und auf unsere Seite ziehen. Öffnung in die Gesellschaft hinein darf sich nicht nur auf den Westen beziehen. Mit der Abgrenzung gegen die PDS als Organisation und unserer Öffnung für deren SympathisantInnen leisten wir

einen Beitrag dazu, die aktive Gesellschaft in den neuen Ländern überhaupt zu stärken, damit dort ein politischer Wille und politischer Initiativgeist entstehen kann, der die Entwicklungsprobleme der Region bewußt und beherzt und mit der Hoffnung auf eine persönliche Perspektive anpackt. Das ist die beste Strategie gegen Populisten - nicht nur von rechts, sondern auch von links.

Zum Verhältnis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur PDS

Thesen für die Diskussion im Länderrat von Marianne Birthler

1. Die PDS ist in mehrfacher Hinsicht eine Altpartei: strukturell, personell und inhaltlich.

- Die PDS hat sich bewußt in die Nachfolge der SED gestellt. Wohl mögen die Hauptgründe der Mitgliederbestand und vor allem die Finanzen gewesen sein. Aber eine Partei ist immer auch wesentlich durch die politische Tradition gekennzeichnet, in die sie sich stellt. Die SED-Nachfolge besteht also nicht nur materiell, sondern auch politisch.

- Die PDS hat mit dieser ihrer SED-Vergangenheit nicht radikal gebrochen, weder inhaltlich noch personell. Im Gegenteil: Sie entwickelt sich im Osten zunehmend zum parlamentarischen Arm zahlreicher Verbände und Gruppen, die die Rehabilitierung und Restauration von DDR-Politik betreiben.

- Eine Partei, die ehemalige Politbüromitglieder, Bezirksleitungssekretäre und IMs als Spitzenkandidaten aufstellt, ist unabhängig von ihren programmatischen Behauptungen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht bündnisfähig.

- Zuweilen ist die Rede von relevanten Reformkräften innerhalb der SED, ja sogar von einer Art von innerparteilicher Oppositionsströmung, auf die sich sogenannte Reformkräfte der PDS gern beziehen. Falls es sie gegeben hat (wofür es wenig Anhaltspunkte gibt): Warum sind nicht wenigstens von dieser Seite Ansätze einer öffentlichen Aufarbeitung der SED-Geschichte wahrzunehmen?

- Die PDS tradiert nicht nur die Ideologie, sondern auch die Praxis der Diktatur. Der Mangel an Selbstreflexion und Selbstkritik ist in ihrer Entstehung angelegt. Solange die DDR als legitimer Versuch des Sozialismus betrachtet wird, der wegen der bedauernswerten Fehler einiger Greise mißglückt ist und ohne den Druck der Bonner Ultras und ihrer Verlockungen hätte gelingen können, ist sie für Diktaturen anfällig und ihre Wählerschaft auch.

- Was die PDS als Erneuerung anbietet, ist bestenfalls Lifting. Die Demokratiedefizite der PDS sind nach wie vor relevant: Ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis der PDS wirft nicht nur die Art und Weise, in der "Gysis bunte Truppe" der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Auch im Verfassungsentwurf, den die PDS in den Bundestag eingebracht hat, zeigen sich (Wolfgang Ullmann hat sich damit auseinandergesetzt) bedenkliche Tendenzen.

2. Neben der politischen Auseinandersetzung, die mit allen Parteien im Wahlkampf zu führen ist, geht es bei der PDS - um einer demokratischen Zukunft willen - wesentlich auch um das Verhältnis zur DDR-Vergangenheit.

- Selbstverständlich sind eine Diffamierung der Wählerinnen und Wähler der PDS, die totale Ausgrenzung von PDS-Mitgliedern und das Abstempeln zu politischen Schmuddelkindern keine geeigneten Wege der Auseinandersetzung mit der PDS.

- Die Auseinandersetzung muß da erfolgen, wo das sitzt, was die PDS im Innersten zusammenhält: bei der nach wie vor vorhandenen inneren Verbundenheit mit dem politischen System der DDR und ihren Funktionsträgern.

Diese Diskussion gewinnt angesichts eines fortschreitenden Restaurationsprozesses zukünftig eher an Bedeutung als daß sie überflüssig würde. Dies gilt trotz oder gerade angesichts der Tatsache, daß ein großer Teil der Ostdeutschen der Meinung ist, man solle das Thema Vergangenheit ruhen lassen.

- Wer also die Erfolge der PDS beweint und sich gleichzeitig einer offenen Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit entzieht, weint Krokodilstränen.

3. Der größte Teil des Wählerpotentials der PDS ist durch das Politikangebot von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht erreichbar.

Die Berechtigung dieser These mag angesichts einiger Gründe deutlich werden, aus denen die PDS gewählt wird:

- Die PDS bedient die Bitterkeit all derer, die sich als Verlierer oder als Besiegte innerhalb des Systemwettlaufs empfinden. Sie ist damit für viele Menschen eine etwas groß geratene politische Selbsthilfegruppe.

- Die PDS erscheint vielen als die einzige originäre Interessenvertretung der Ostdeutschen. Sie bedient sich der Enttäuschungen, die für viele Menschen aus der Vereinigungs-Politik der Bundesregierung erwächst, ohne allerdings nennenswerte praktikable Alternativen zu entwickeln.

- Mit dem Wählen der PDS läßt sich gegen das bundesdeutsche System einschließlich seiner Parteien am wirkungsvollsten protestieren. Die Wahl der PDS wird als Mittel benutzt, die politische Klasse der Bundesrepublik am Nerv zu treffen.

- Ein Indiz dafür, daß der überwiegende Teil der Wählerschaft die PDS aus Protest wählt, ist die komplementäre Schwäche des rechten Parteienspektrums von CDU bis zu den Republikanern dort, wo die PDS erfolgreich ist.

- Die Wirkung im Westen geht wesentlich auf die öffentliche Wirkung von Gregor Gysi zurück, aber auch darauf, daß sich die PDS dort als linke Systemopposition präsentiert, angereichert durch den Eindruck, sie sei die Partei der neuen Verfolgten und Benachteiligten und der "neuen Opfer" des bundesrepublikanischen Systems.

- Nicht zuletzt ist die PDS die mitgliederstärkste und am besten organisierte Partei im Osten. Das schafft strukturelle Vorteile vor Ort und natürlich auch im Wahlkampf.

4. Die Abgrenzung zwischen SPD und PDS ist nur vorläufig. SPD und PDS treiben in Ostdeutschland aufeinander zu.

- Inhaltlich hat die PDS nicht einen einzigen neuen Gedanken in die politische Landschaft gesetzt. Ihre Positionen sind ein reichlich populistischer Verschnitt aus sozialdemokratischer und bündnisgrüner Politik, versetzt mit DDR-Nostalgie. Mißt man die PDS an ihrem Programm, ist sie so etwas wie SPD-Verschnitt, ohne die Verlegenheit, regieren zu müssen.

- Die Abwehrkämpfe der Ost-SPD gegen eine Zusammenarbeit mit der PDS dürften freilich nur solange andauern, wie es der politische Anstand erfordert, und der ist bekanntlich schon manches Mal geopfert worden, wenn es machtpolitisch zur Sache geht. Die zweistelligen Wählerpotentiale der PDS kriegt nur, wer die alten Genossen in Kauf nimmt.

- Spätestens, wenn die vorläufige Weigerung der SPD, mit der PDS zusammenzuarbeiten, unweigerlich zu zahlreichen Großen Koalitionen in Ostdeutschland führt, zunächst auf der kommunalen, dann auch auf der Landesebene, wird das Dilemma der SPD deutlich. Diese Großen Koalitionen nämlich werden das Profil der SPD gegenüber der PDS noch undeutlicher machen - eine weitere Chance für die PDS.

- Die SPD gerät dadurch in eine paradoxe Situation: Sie unterscheidet sich inhaltlich von der PDS im wesentlichen durch ihr Verhältnis zur Demokratie und zur DDR-Vergangenheit, ein Thema, das gegenwärtig keinen großen politischen Marktwert besitzt. Diese Themen öffentlich zu behandeln und dafür zu sorgen, daß ihre Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend ist, ist jedoch eine historische Aufgabe der SPD und der Bündnisgrünen, den einzigen Parteien in Ostdeutschland, die nicht aus den Blockparteien hervorgegangen sind.

Sich (u.a.) beim Thema Vergangenheit allerdings der PDS anzunähern, wie es gegenwärtig am augenfälligsten in Brandenburg geschieht, führt zwangsläufig zur Diffusion und wird den Prozeß des Zusammenwachsens erheblich beschleunigen. Abgrenzungsbeschwörungen sind nur als eine Art von Rückzugsgefechten zu betrachten und haben höchst vorläufigen Charakter.

5. Ost-Interessen wahrzunehmen, heißt auch, kritisch zu fragen, worin diese Interessen wirklich bestehen. Mit der Vermarktung in Ostdeutschland vorhandener Stimmungen ist es nicht getan.

- Insbesondere der PDS-Anspruch, originäre Vertreterin ostdeutscher Interessen zu sein, macht vielen Mitgliedern von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu schaffen - sehen sie sich doch selbst gern in dieser Rolle. Es lohnt sich deshalb, genauer nachzufragen, worin eine solche Interessenvertretung wirklich besteht und wie sie von unserer Partei wahrgenommen wird:

Soweit es dabei um die Benachteiligung der ostdeutschen Bevölkerung durch den deutsch-deutschen Einigungsprozeß geht, spielt dieses Thema in der Politik unserer Bundestagsgruppe eine herausragende Rolle. Unsere Stärke gegenüber der PDS liegt darin, daß wir die ostdeutschen Probleme nicht isoliert und nur aus ostdeutscher Sicht betrachten, sondern wechselseitig von den im Osten und den im Westen gemachten Erfahrungen profitieren.

Es ist leicht nachzuweisen, daß die politischen Initiativen zum Eigentumsrecht, zur Treuhandpolitik, zur Ost-Rentenpolitik, zum Mieten- und Tarifrecht, die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgegangen sind, denen anderer Parteien weit voraus sind, obwohl wir mit Abstand über die bescheidensten Ressourcen verfügen.

- Daß dies öffentlich nicht ausreichend sichtbar wird, liegt nicht zuletzt daran, daß es an Multiplikatoren unserer Politik vor Ort häufig mangelt. Letzteres ist eine der Stärken der PDS, die in Kommunen und Kreisen über unvergleichlich größere personelle und finanzielle Ressourcen verfügt.

- Aber die mangelnde Öffentlichkeit unserer Politik ist nicht der einzige Grund dafür, daß sich viele Ostdeutsche durch unsere Politik nicht vertreten fühlen. Der andere, vielleicht wichtigste Grund ist, daß es unserer Politik an dem gerüttelt Maß Populismus fehlen läßt, das der PDS-Politik eigen ist: Es wird einfach auf jedes Thema angesprungen, wenn es nur populär ist: Mieten, Besser-Wessis und fehlende Parkplätze (siehe Andreas Schulz in "Stachlige Argumente").

- Wenn die PDS ihre jetzige Stärke behalten oder ausbauen will, wird sie sich in einem Dauerspagat zwischen ihrem politischen Anspruch und den Erwartungen ihrer in der Mehrheit konservativen Wählerschaft befinden. Dieser Widerspruch wird bereits jetzt in dem unterschiedlichen Erscheinungsbild deutlich, daß die Partei im Osten und im Westen abgibt.

6. Gegenüber bündnisgrüner Politik und ihrem Verständnis von Demokratie und Emanzipation hat das Politikangebot der PDS einen eher konservativen Ansatz.

- Die Vermutung liegt nahe, daß neben der materiellen Vertretung von ostdeutschen Interessen außerdem etwas anderes eine Rolle spielt: Die PDS kommt dem Bedürfnis vieler Ostdeutschen entgegen, die Vergangenheit zu verdrängen und sich nicht mit der gesellschaftlichen und möglicherweise auch individuellen Fehlentwicklungen auseinanderzusetzen. "Wir haben andere Sorgen!", heißt es. Die Bedeutung von gefestigter Demokratie gerade auch für die elementaren Lebensinteressen im Osten wird dabei unterschätzt. Der berechtigte Wunsch der Ostdeutschen, ihre durch den Einigungsprozeß beschädigte Würde wiederherzustellen wird von der PDS auf schwer erträgliche Weise mit DDR-Verklärung und Schlußstrichpolitik vermengt.

- Die PDS bedient in einer Art von Neo-Paternalismus die in der DDR gewachsene Haltung des Versorgt-Werden-Wollens: Die Partei ist euer Anwalt, sie nimmt eure Interessen wahr und sorgt für euch. Das ist ein zwar altes, aber immer noch wirkungsvolles Rezept und durchaus nicht auf die PDS beschränkt, sondern geradezu kennzeichnend für ein konservatives Politikverständnis.

- Eine Interessenvertretung der Ostdeutschen besteht nach bündnisgrünem Politikverständnis jedoch nicht darin, regressive Impulse zu verstärken und politisch auszunutzen, sondern mündigen Bürgerinnen und Bürgern die Unbehaglichkeit von Emanzipationsprozessen zuzumuten. Billiger als mit einem solchen - zugegebenermaßen unbequemen - Politikansatz ist nach unserer Auffassung Demokratie nicht zu haben.

Dokumentation

Offenheit oder Offensive

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN brauchen mehr Mitglieder und Aktive im Osten

Thesen für die Diskussion im Länderrat von Marianne Birthler

- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ist die einzige Partei, die seit Monaten Mitgliederzuwächse in Ost und West verzeichnet. Trotzdem bleibt es angesichts der zu erwartenden steigenden politischen Bedeutung in den kommunalen Parlamenten und Landtagen eine Daueraufgabe, noch mehr Verbündete, Mitglieder und Aktive zu werben.

- Wer in Ostdeutschland Mitglied von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird, stellt sich bewußt in die Tradition der Ökologie- und Bürgerrechtsbewegung und damit auch in die Tradition des Widerstands gegen die SED. Diese Entscheidung haben seit der Wende zahlreiche Menschen getroffen, unabhängig davon, ob sie früher in Oppositionsgruppen gearbeitet haben, in welcher Distanz sie zum DDR-System gestanden haben oder ob sie Mitglieder von Parteien waren. Seit den Zeiten des Runden Tisches wurde diese Entwicklung von den Bürgerbewegungen begrüßt.

Sowohl das BÜNDNIS 90 als auch die Ost-Grünen haben sich immer als eine offene Partei verstanden. Entgegen anderslautenden Äußerungen gab es weder Ausgrenzungsbeschlüsse gegenüber ehemaligen SED-Mitgliedern noch irgendwelche "Quasi-Verhöre".

- Es ist selbstverständlich, daß es zwischen Parteien immer ein mehr oder weniger bedeutendes Wählerpotential gibt, um das sie konkurrieren. Für BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN trifft dies insbesondere im Blick auf die SPD zu, zunehmend auf die FDP und im Osten auch auf die PDS.

- Aus der West-Perspektive wird das Verhältnis zwischen den Parteien auf Grund unterschiedlicher Erfahrungen vielfach anders als im Osten gesehen. Das gilt insbesondere im Verhältnis zwischen Ost-Bürgerbewegung und Ost-SPD, die im Unterschied zu den ehemaligen Blockparteien die einzigen neuen politischen Kräfte im Parteienstatus sind und aus den gleichen politischen Grundströmungen entstanden. Zu prüfen wäre, ob die unterschiedliche Ost-West-Sicht auch im Blick auf die PDS relevant ist, die es im Westen bisher nicht gab.

- Die Attraktivität von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN für Wählerinnen und Wähler, aber auch für mögliche künftige Mitglieder, wird über unsere politischen Grundwerte und die daraus abgeleitete Politik entwickelt. Der Grundkonsens unserer Partei beschreibt ein politisches Profil, das sich nicht in den klassischen Kategorien zwischen links und rechts einordnen läßt. Diese Kategorien sind angesichts der ökologischen und erst recht der demokratischen Herausforderung, aber auch vor dem Hintergrund der jüngsten Geschichte mindestens mißverständlich, wenn nicht unbrauchbar. Ein wirklich alternatives und damit attraktives Politikangebot werden wir nur sein, wenn wir nicht mit SPD und PDS um ein möglichst linkes Profil wetteifern.

- Soweit Wählerinnen und Wähler unter Ost-Interessenvertretung nicht nur eine Protestpartei verstehen und soweit sie die Zumutungen emanzipatorischer Politik einschließlich der Begegnung mit der eigenen Geschichte nicht scheuen, können wir sie vielleicht für unsere Politik gewinnen. Der Mitgliederzuwachs der letzten Monate im Osten und im Westen zeigt, daß unser Politikangebot von immer mehr Menschen ist Ost und West angenommen wird.

- Wenn wir neue Mitglieder und Aktive gewinnen wollen, was mit Blick auf die künftigen politischen Aufgaben dringend eine Initiative erfordert, müssen wir uns darüber verständigen, wo wir sie suchen und finden könnten. Da bisher nur ein geringer Prozentsatz der Ostdeutschen parteipolitisch festgelegt ist, empfiehlt sich für die Ansprache eine große Breite und keine vorschnelle Abgrenzung.

Politisierte Schichten und damit potentielle Ansprechpartner vorwiegend unter den ehemaligen Mitgliedern zu vermuten, ist allerdings problematisch. Die meisten politisch sensiblen Menschen befanden sich zu DDR-Zeiten gerade in einer Distanz zur SED. Wenn wir auch nach wie vor auf ehemalige Mitglieder der SED zugehen werden, so ist doch das Hauptreservoir unserer Ansprechpartner eher anderswo zu finden.

12. Poppe, Thierse, Blüm & Gremliza. Wahlkampf gegen die PDS eröffnet

Autor: Claudia Gohde · Rubrik: CDU/CSU; SPD; Grüne (und Vorläufer); PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:35

Sozialdemokraten, Grüne, "konkret" und CDU eröffneten in der letzten April-Woche den Wahlkampf gegen die PDS. Früher hätten die GenossInnen gesagt, das könne nur ein von langer Hand angelegtes Werk des Klassenfeindes sein, und sie hätten die Agenten desselben entlarvt. Heute nehmen wir es mit etwas mehr Gelassenheit - die Wahlkampftermine liegen für alle gleich und Medienpräsenz gehört nun einmal zum politischen Geschäft.

Den Auftakt machte in diesem Fall die SPD mit "28 Thesen zum selbstbewußten Umgang mit der PDS", die am 26. April von den SPD-LandesgeschäftsführerInnen aus den neuen Bundesländern und Berlin der Presse vorgestellt wurden. Dabei handelt es sich tatsächlich mehr um ein Papier "über den Umgang der SPD mit sich selbst", wie ein Journalist auf der Pressekonferenz meinte, denn von der im Papier eingeforderten inhaltlichen Auseinandersetzung mit der PDS ist bis auf die Aussage, daß man sie als SPD nicht zu scheuen brauche, wenig zu lesen. So wird festgestellt, daß die SPD nach Umfragen die stärkste Partei im Osten sei, für Hoffnung, strategische Kompetenz und bürgernahe Zukunftsgestaltung stehe, und daß nur eine Stimme für die SPD die Ablösung von Kohl ermögliche. Der PDS wird Mangel an Vergangenheitsaufarbeitung, Populismus und Unwirksamkeit vorgeworfen. Neu an den Thesen ist, daß die SPD sich erstmals seit dem Zerfall des Realsozialismus wieder als "Partei des demokratischen und freiheitlichen Sozialismus und der sozialen Demokratie" bezeichnet, diese Lesart war in den vergangenen Jahren mit scheelem Blick nach einem anderen Klientel aufgegeben worden. Gerd Nowakowski, taz-Redakteur des Berliner Lokalteils und der PDS-Sympathie völlig unverdächtig, kommentierte die Thesen der SPD: "Was gestern auf zehn Seiten an Diffamierendem über die PDS aufgelistet wurde, verdeutlicht vor allem, daß die Sozialdemokraten einen unglaublichen Respekt vor der Gysi-Truppe haben. Wer glauben machen will, die Menschen in Ostdeutschland werden durch populistische Winkelzüge in eine völlig grundlose ‚Negatividentifikation` mit der PDS gebracht, möchte möglicherweise selber nicht ernst genommen werden. Die SPD hat offensichtlich nicht aus Beispielen wie der Bürgermeisterwahl in Potsdam gelernt." (taz-Berlin, 27.4.94) Quintessenz des SPD-Papiers hinsichtlich der Wahlen: "Wer PDS wählt, stärkt indirekt die Kohl-Koalition".

Einen Tag später, am 27. April, stellte in der Berliner Volksbühne Günter Grass eine Wählerinitiative für Wolfgang Thierse als Direktkandidaten im Berliner Wahlkreis Prenzlauer Berg/Mitte vor. Der Aufruf wird u.a. von Egon Bahr, Günter de Bruyn, Peter Schneider, Walter Jens, Volker Schlöndorff, Klaus Staeck, Wolfgang Ullmann, Gottfried Forck und dem "unvermeidlich omnipräsente(n) Lutz Rathenow" (Berliner Morgenpost, 29.4.94) unterstützt. Rolf Hochhuth war fälschlicherweise von einem übereifrigen SPDler gleich mit auf die Liste gesetzt worden, stellte jedoch schon wenige Tage später richtig, daß er sich an keiner Initiative gegen Stefan Heym beteilige. Wenn die Beteiligten auch betonen, daß es sich um eine Initiative für die Wahl von Thierse als "Mundwerk der Ossis" in Bonn handeln soll, ist doch der eigentliche Anlaß die Kandidatur von Stefan Heym in eben diesem Wahlkreis für die PDS. Günter Grass hat das letzte Mal vor 25 Jahren eine Wählerinitiative für Willy Brandt gestartet; vor vier Jahren verweigerte er der SPD die öffentliche Unterstützung wegen ihrer mit der CDU fast kongruenten Einigungspolitik; vor zwei Jahren ist er aus der SPD wegen deren Haltung zum Asylrecht ausgetreten, dessen Einschränkung aber gerade der nun aufs Schild gehobene Thierse seinerzeit propagierte. Daß sich das selbstlose Engagement für die Person Thierse in Wirklichkeit gegen die PDS richtet, belegt allein schon die Tatsache, daß Thierse auf Platz eins der Berliner SPD-Landesliste abgesichert ist, während Stefan Heym (ohne Platz auf der Landesliste) für die PDS den Wahlkreis holen soll, um wenigstens über die Gewinnung von drei Direktmandaten die Präsenz der PDS im kommenden Bundestag zu sichern. Auf Nachfragen erinnerte Günter Grass an die Spätphase der Weimarer Republik, "als für die Stalinisten der Feind Nummer eins nicht Nazis, sondern die Sozialdemokraten waren"; Stefan Heym hätte sich einen Wahlkreis aussuchen müssen, "wo nicht Stimmen von links weggenommen werden" (Zitate nach Magdeburger Volksstimme vom 28.4.94). Aber die Herrschaften können nicht ohne Übertreibung leben, die ihnen das Geschäft dann doch wieder schwerer macht als notwendig. Günter Grass zeigte sich "entsetzt" darüber, daß sich Stefan Heym "von der PDS mißbrauchen lasse"; das kommt gar nicht gut und dürfte im Wahlkreis eher nach hinten losgehen. Wieder einmal will ein Wessis die Ossis belehren, daß sie sich für dumm

verkaufen lassen. Im Prenzlauer Berg und im Bezirk Mitte entstand spontan eine Initiative "Wir wählen unseren Abgeordneten selber!"

Am letzten Aprilwochenende diskutierte dann der Länderrat von Bündnis90/Die Grünen über das Verhältnis zur PDS. Grundlage waren zwei Papiere von Ludger Volmer und Christine Ziller einerseits und Marianne Birthler andrerseits (nebenstehend dokumentiert), von denen das erstere mit geringfügigen Änderungen bestätigt wurde. Wieder einmal klafft der Widerspruch zwischen den beiden PartnerInnen der Partei wie auch schon in den Artikeln der gemeinsamen Zeitschrift "Schrägstrich" 4/94, wo Angelika Beer und Gerd Poppe zur PDS-Frage Stellung genommen hatten. Während sowohl Angelika Beer als auch Ludger Volmer und Christine Ziller für Auseinandersetzung, gegen undifferenzierte Ausgrenzung und für ein linkes Profil plädieren, schlagen Gerd Poppe und Marianne Birthler mit Diffamierungen nur so um sich und liebäugeln mit der FDP-Klientel. Interessanter die Kritik des Volmer/Ziller-Papiers: Die PDS habe in vielerlei Hinsicht das Copyright der Grünen gestohlen, betätige sich als politischer "Freßfeind" und vertrete programmatische Positionen aus den Anfangszeiten der Grünen; dies alles, um den alten Apparat damit zu garnieren. Daß die Positionen der PDS für offene Grenzen, bedarfsorientierte Grundsicherung und gegen Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland in dieser Eindeutigkeit nicht mehr von den Bündnisgrünen vertreten werden, ist wahr, aber keineswegs ehrenrührig für die PDS.

In allen Papieren der Bündnisgrünen fällt die absolute Geringschätzung der Oppositionsrolle auf. Da sie sich nun mal für die Regierungsbeteiligung rüsten, wird alle Politik an der Frage der Regierungsfähigkeit gemessen. So machen sie der PDS den Vorwurf, die Vertretung von Ostinteressen stünde in antagonistischem Widerspruch zum Anspruch einer konsequenten Opposition. Auch der Vorwurf, die PDS würde nun die parlamentarische Lerngeschichte der Grünen mit 15-jähriger Verspätung kopieren, fällt eher auf die Grünen selbst zurück: Zum einen hat die PDS bislang keine Ambitionen, regierungsfähig zu werden (wenn auch vielleicht nicht ganz freiwillig), zum anderen vollziehen die Bündnisgrünen derzeit eher die Geschichte der SPD nach, was die Haltung zu einer neu im Parteienleben der BRD auftauchenden und sich links ansiedelnden Partei angeht. Eigentlich haben die Grünen in ihrer Anfangsphase ein gutes Beispiel dafür abgegeben, daß Opposition sich lohnt und etwas bewirken kann. Heute wollen sie das Gegenteil beweisen.

Auch bei den Bündnisgrünen gipfeln die Aussagen zur PDS in der Behauptung, "daß jede Stimme für die PDS faktisch eine Stimme gegen eine rot-grüne Reformregierung und damit eine Stimme gegen die einzige real denkbare Veränderung ist". Denn "daß eine rot-grüne Minderheitsregierung in Bonn sich über PDS-Stimmen tolerieren lassen würde, können wir durch eine unmißverständliche Absage sofort den Boden entziehen". Im Klartext: Weil wir Eure Stimmen nicht haben wollen, sollt Ihr gar nicht erst in den Bundestag. Das Demokratieverständnis in diesem Landes hat schon arg bluten müssen. Keine Rede mehr bei den Bündnisgrünen davon, daß selbst eine rot-grüne Reformregierung nur realistisch ist, wenn es auch ein außerparlamentarisch getragenes Reformklima gibt, in dem die fortschrittlichen Teile der Bevölkerung mitziehen. Statt "Veränderung beginnt mit Opposition" (Wahlslogan der PDS) haben sich die Bündnisgrünen die Parole "Veränderung beginnt mit Regierungswechsel" auf die Fahnen geschrieben.

Letzteren Vorwurf kann man nun konkret mitnichten machen. Schützenhilfe im Wahlkampf gegen die PDS treiben sie auf einer anderen Flanke. Sie haben sich offensichtlich der Klientel von Autonomen und Linksradikalen angenommen, die durch Thierse, Poppe und Co. nicht erreicht werden. Ein großer Teil ihrer Mai-Ausgabe wird der PDS und ihrem vermeintlichen Nationalismus gewidmet. Die richtig deftigen Aussagen zur PDS wurden allerdings im Heft unterschlagen und einem Flugblatt zur Einladung für ihre Veranstaltung in Rostock "Deutsch oder links." (richtig, "Deutsch" groß geschrieben und "links" klein geschrieben - vielleicht soll es sich aber auch um einen vollständigen Satz handeln) vorbehalten. Darin wird am Beispiel der PDS behauptet, daß sich heute ehemalige Kommunisten alle Mühe geben, die Lüge der Totalitarismusthese "Braun = Rot" wahrzumachen. Die PDS ziele auf das antieuropäische Ressentiment, das auch die Rechte pflegt, von brauner Versumpfung ehemaliger Roter ist die Rede und der Höhepunkt ist die Bezeichnung der PDS als "fellow-travellers des Faschismus". Freundlicherweise schickten die Veranstalter riesige Stapel dieses Flugblattes an die Rostocker PDS, wohl in der Erwartung, daß die dortigen GenossInnen mit den Papiermengen ihren Sumpf trockenlegen sollten. Was umgehend geschah.

Gemeinsam mit einer Studie der CDU hat die konkret eine Auflistung darüber, aus welchen politischen Zusammenhängen, vorzugsweise KB und DKP-ErneuererInnen, sich Mitglieder der PDS aus dem Westen in Schlüsselpositionen bei der PDS bewegen. Naturgemäß und wegen der längeren Verbundenheit zu den

Genannten sind die Angaben bei konkret erheblich genauer. Gemeinsamkeiten zwischen konkret und ganz anderen KritikerInnen der PDS lassen sich auch zum Thema Reformfähigkeit der PDS feststellen. In der Kolumne unter der Rubrik "Who is left" wird die PDS unter der Überschrift "Reform light" vorgestellt. Einige Tage vor Erscheinen der konkret kommentierte die "Thüringische Landeszeitung" vom 23.4.94 den Ausschluß von Hans Modrow aus der bundesdeutschen Wahlbeobachterdelegation für Südafrika:. "Da fallen einem nur noch die Begriffe 'Zynismus' und ‚Hohn` ein, wenn die Light-Version (sic!) der Ex-SED nun einen in Dresden als Wahlfälscher gerichtlich verwarnten Politiker in das Land am Kap schicken will, um dort den demokratischen und unverfälschten Gang der Wahlen zu überwachen."

"Jede Stimme für die PDS ist eine Stimme für die Große Koalition" ließ Norbert Blüm am 2. Mai über Focus verlautbaren. Beigepflichtet wird ihm in der gleichen Ausgabe von Peter Struck (SPD): "Wer die PDS wählt, vergißt, daß er damit eine Große Koalition produziert." Unisono tönt es auch aus der liberalen Naumann-Stiftung von Fritz Vliszar: "Wer die PDS wählt, sorgt als erstes für die Große Koalition...", um dann nachzulegen "und als zweites für die Ausschaltung aller kleinen Parteien durch eine Wahlrechtsreform". Da zittert die FDP natürlich mit, weiß sie aus über 20 Jahren Regierungsbeteiligung natürlich, daß gegebenenfalls alle Register gezogen werden. Schlußfolgerung der vereinten GegnerInnen einer Großen Koalition: Es muß alles getan werden, um auch einen Einzug der PDS über drei Direktmandate zu verhindern. Und so schließt sich der Kreis zur Initiative von Günter Grass. Gegebenenfalls wird in der CDU die Parole ausgegeben, den/die jeweilige/n Wahlkreiskandidaten/in der SPD zu wählen, wenn der/die Kandidat/in der PDS gute Chancen hat. Die Unterschrift von Wolfgang Ullmann (Bündnisgrüne) unter die Thierse-WählerInneninitiative ist ein Zeichen, daß so auch in bündnisgrünen Kreisen gedacht wird. "Ball paradox: eine Große Koalition, um eine Große Koalition zu verhindern" endete Focus seinen Artikel.

Mittlerweile hat auch die CDU der Presse ihre Studie der Adenauer-Stiftung über die PDS vorgestellt. Ohne sie gelesen zu haben, kann ich mir dennoch nicht vorstellen, daß auch sie mit der Schlußfolgerung endet, daß eine Stimme für die PDS eine Stimme für Kohl sei. Denn selbst eine große Koalition wird sicher ohne Kohl stattfinden ...

Claudia Gohde

13. Sensation im Bundesinnenministerium: "Der Schlesier" nun doch rechtsextrem

Zum Verfassungsschutzbericht 1993

Autor: Ulla Jelpke · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:18

"Der Rechtsextremismus, ein Problem aus der Mitte der Gesellschaft", ist eine These, die mittlerweile auch von Vertretern des Sicherheitsapparates postuliert wird. Die Entwicklung des Neofaschismus in diesem Land im Jahre 1993 hat diese These in dramatischer Art und Weise bestätigt; diese Entwicklung hat die bundesdeutsche und internationale Öffentlichkeit aufgeschreckt. Da wird nicht nur die Gewalt gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen in unverminderter Härte, menschenverachtender Brutalität und eiskalter Tötungsabsicht umgesetzt - wie in Solingen und bei über 300 weiteren Brandanschlägen - da können sich Neofaschisten quasi unter kumpelhaftem Polizeischutz zusammenrotten, Nazilieder gröhlen und den "Hitlergruß" darbieten - wie in Fulda und zig anderen Fällen -, da können sich vor allem auch ungestört Konservative mit Neofaschisten tummeln und gegen Demokratie und Völkerverständigung hetzen. Gerade die konservative Mitte radikalisiert sich zunehmend - nach rechts.

Angesichts dieser Entwicklung tendiert der Informationswert des neuen Verfassungsschutzberichtes des Bundes für das Jahr 1993, den Bundesinnenminister Manfred Kanther am 14. April der Öffentlichkeit vorlegte, gegen Null. Er ist für diejenigen, die sich über die Entwicklung des Neofaschismus in diesem Land informieren wollen, völlig unbrauchbar. Der Bericht dient der Desinformation.

Zwei links, eins rechts, fünf fallenlassen. Nach diesem eher traditionellen Strickmuster ist der neue Verfassungsschutzbericht geschrieben. Während Kanther die Bedrohung der inneren Sicherheit durch den Linksextremismus als "ernster" im Vergleich zum Vorjahr ansieht, zeichnet er ein beruhigendes Bild des Rechtsextremismus: Die Zahl der neofaschistischen Gewalttaten sei "zurückgegangen", die neonazistische Szene sei "verunsichert", die Zahl der organisierten Rechtsextremisten habe sich gegenüber 1992 "kaum verändert". Kein Wunder, lehnt Kanther es doch nach wie vor ab, zum Beispiel die Rep (wie auch viele andere neofaschistische Gruppierungen, Zeitungen, Verlage, Denkfabriken) in den Bericht aufzunehmen.

Der Feind steht links

Die zunehmende Bedrohung durch den Linksextremismus sieht das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) unter anderem durch den Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt in Weiterstadt durch die "Rote Armee Fraktion" (RAF) und die tödlichen Schüsse von Bad Kleinen belegt.

Zentraler Punkt für die Gefährdung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist für das BfV vor allem die Organisierung und das sich zur Wehr setzen von Menschen gegen Neofaschismus und Rassismus in diesem Land. Gemeint ist damit wohl jenes Verhalten, das gelegentlich auf mahnenden Gedenkveranstaltungen von PolitikerInnen als "Zivilcourage" oder "Bürgersinn" bezeichnet wird.

Der Verfassungsschutzbericht bilanziert: "Militante Aktionen richteten sich gegen Rechtsextremisten bzw. vermeintliche Rechtsextremisten und deren Strukturen. Aus Protest gegen Asylpraxis und Änderung des Asylrechts gingen Autonome zunehmend gewalttätig auch gegen von ihnen als ‚Schreibtischtäter` bezeichnete, u.a. in den politischen Parteien, vor. (...) Die Zahl der militanten Aktionen von Linksextremisten, insbesondere Autonomen, gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten - im Jahr 1992 gegenüber 1991 verdreifacht - blieb 1993 hoch."(1) Die Zahl der "erfaßten Aktionen von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten" wird für 1993 mit 337 angegeben. Im Jahr 1992 hatte das BfV 390 solcher Aktionen gezählt.

Während der Verfassungsschutzbericht weiterhin - beispielsweise - die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten", "Jugend gegen Rassismus in Europa"selbstredend unter "linksextremistische Bestrebungen" erfaßt, und sogar eine Kategorie "beeinflußte Organisationen" führt, werden bei den "rechtsextremistischen Bestrebungen" ganze Strömungen des Neofaschismus fallengelassen. Die Kategorie "beeinflußte Organisationen" wird hier vorsichtshalber überhaupt nicht erwähnt.

"Republikaner" nicht rechtsextremistisch

"Es hat keinen Sinn, Märtyrer zu schaffen durch Bezichtigungen, die nachher in sich zusammenfallen". (2) Dies ist die Begründung, mit der der Bundesinnenminister die Forderung zurückwies, die "Republikaner" als rechtsextreme Partei in den Verfassungsschutzbericht aufzunehmen. Das Bundesinnenministerium vermag lediglich "Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen" bei den "Republikanern" entdecken. Für eine "gerichtsfeste" Einordnung der "Republikaner" als rechtsextremistische Partei brauche man aber "nicht nur einen längeren Beobachtungszeitraum, sondern auch eine Fülle von Fakten". (3) Der Bundesinnenminister warnte vor "Schnellschüssen". (2) Kanther verwies überdies "auf Bemerkungen des niedersächsischen Innenministers Glogowski (SPD), der ihm versichert habe, ebenfalls keine hinreichenden Erkenntnisse zu haben, die Republikaner seien rechtsextremistisch". (2)

Nach Kanther sind die "Republikaner" aber "ganz ersichtlich auf dem Wege zu immer extremeren Aussagen, Aktionen und Methoden". (3) Es sei eine Partei, die "auf dem Wege sei, von einer radikalen zu einer extremistischen zu werden". (2) Die "Republikaner" sollen weiterhin verstärkt mit nachrichtendienstlichen Mitteln auch durch das BfV ausgeforscht werden.

Diese Beobachtung durch das BfV erfolgt seit Dezember 1992. Im Verfassungsschutzbericht werden die "Anhaltspunkte für die rechtsextremistischen Bestrebungen" auf knapp zwei Seiten ausgeführt. Belegt wird dies mit "Äußerungen maßgeblicher Vertreter der Rep und programmatischen Stellungnahmen der Partei". Wer erwartet hätte, daß der Verfassungsschutzbericht hier tiefgreifende und neue Erkenntnisse aus der nachrichtendienstlichen Beobachtung zu Tage fördert, der muß sich getäuscht sehen.

Lediglich ein paar Zitate aus Schönhuber-Reden und Flugblättern werden hier aufgetischt. Im Bericht heißt es u.a.: "Im Vokabular, dessen sich die Rep bedienen, finden sich Begriffe, die für rechtsextremistische Agitation typisch sind: ‚Planmäßige Überfremdung` im Zusammenhang mit der Behandlung ausländerpolitischer Fragen oder ‚dauerhafte Bußfertigkeit` und ‚Umerziehung` in Verbindung mit der Bewältigung nationalsozialistischer Vergangenheit knüpfen an bekannte Formen rechtsextremistischer Propaganda an". (4) An anderer Stelle faßt das BfV zusammen: "Die Rep sehen sich als ‚Gesinnungsgemeinschaft`, deren ‚historische Mission` in der ‚Rettung des deutschen Vaterlandes` besteht. Den demokratischen Parteien werfen sie vor, ihnen fehle die ‚nationale Perspektive, der Glaube an die Kraft der deutschen Schicksalsgemeinschaft`". (5)

Spezifiziert werden diese allgemeinen Erkenntnisse des BfV u.a.

- durch die Aussage Schönhubers, der vor einem "drohenden Verlust der nationalen Identität durch ungebremste Überfremdungsversuche" warnte. (6)

- durch ein Flugblatt des "Republikaner"-Landesverbandes Hamburg, in dem geschrieben steht: "Das Horrorbild einer multikulturellen Gesellschaft, in der nur die Skrupellosesten und Brutalsten das Sagen haben, wird jetzt zur Realität. Immer mehr Ausländer betätigen sich bevorzugt als Rauschgifthändler und in Mafia-Banden." (6)

- durch ein Flugblatt des "Republikaner"-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, in dem es heißt: "Die Altparteien haben Deutschland mittlerweile zu einem Einwanderungsland gemacht. Diesen Zustand wollen wir beenden. Wir Republikaner lieben die Vielfalt, insbesondere die der Völker. Diese Vielfalt kann nur gewahrt werden, wenn jedes Volk an seinem angestammten Platz bleibt. Der multikulturelle Wahn ist der Tod der Völker und Kulturen." (6)

Warum BfV und BMI Probleme mit der Einstufung der Aussagen der "Republikaner" haben, wird beim Lesen der ausgewählten Zitate deutlich: Es findet sich inhaltlich kein Unterschied zwischen den Positionen der "Republikaner" und den Positionen aus den Reihen der CDU/CSU.

Es sei daran erinnert,

- daß die CSU auf ihrer zweitägigen Klausurtagung in Wildbad Kreuth Anfang Dezember 1993 die "Angst vor Überfremdung" und die "Frage der nationalen Identität" zu den "harten Themen" des Wahlkampfjahres 1994 machen will, so der Bundesfinanzminister Theo Waigel gegenüber der Presse. (7) Und um auch ja kein Mißverständnis über die Intention der CSU aufkommen zu lassen, erklärte Waigel, daß die CSU "das

programmatische Anliegen" rechter Wähler aufgreifen werde, also mit den neofaschistischen Parteien um die Gunst der Wählerinnen und Wähler wetteifern werde. (8)

- daß wenige Tage vor dem Mordanschlag in Solingen der CSU-Bundestagsabgeordnete Geis allen neofaschistischen Brandstiftern die Legitimation ihres Tuns lieferte, als er in der Debatte um die Abschaffung des Asylrechts im Bundestag äußerte: "Kein Volk wird eine Überfremdung ohne Konflikt hinnehmen ..., weil jedes Volk seine eigene Art zu leben und sein Recht darauf hat. Das ist ein Naturrecht jeden Volkes."

- daß der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag, Alois Glück, äußerte, daß die Nation "Willens- und Wertegemeinschaft" sei; für ihn könne und dürfe das "vereinte Europa kein Schmelztiegel" sein.

Gerade diese Übereinstimmung in den politischen Vorstellungen und Konzepten der Regierungsparteien auf der einen Seite und neofaschistischer Gruppierungen wie den "Republikanern" auf der anderen Seite - vor dem Hintergrund des Konkurrenzkampfes um die Gunst der Wählerinnen und Wähler - macht Kanther diese Aufgabe der Einordnung der "Republikaner" so schwer. Immerhin hatte Kanther sich selbst als "law-and-oder"-Politiker und rechte Hand des Kanzlers dadurch empfohlen, daß er u.a. gesagt hatte: "Die CDU muß eine Politik machen, zu der die Wähler der Republikaner ‚Ja` sagen können."

Um seiner Abgrenzung zu den Positionen der "Republikaner" einen Hauch von Überzeugungskraft zu geben, stellt er eine weitere unhaltbare These auf. Die "Republikaner", behauptet er, würden sich nach rechts hin radikalisieren. Belegbar ist das allerdings nicht. Tatsache ist, daß die "Republikaner" auch schon in den 80er Jahren sowohl von der Programmatik als auch von den Mitgliedern her rechtsextrem war. Das sehen übrigens nicht nur AntifaschistInnen so oder Wissenschaftler wie Richard Stöss, Siegfied Jäger etc., sondern selbst der Bundesregierung eher nahestehende Autoren wie Uwe Backes und Eckhard Jesse. Die Bundesregierung hatte sich nur beharrlich geweigert, überhaupt Anhaltspunkte für eine rechtsextreme Entwicklung der "Republikaner" zur Kenntnis zu nehmen und diesen nachzugehen.

Geht man von den Fakten aus, dann muß man sagen, daß nach Ausschaltung und Rausdrängen des rechten Flügels der "Republikaner" um den damaligen Generalsekretär Harald Neubauer und dem Versuch der "Republikaner", sich nach dieser Abspaltung in der Parteipresse und dem Programm moderater zu geben, sie sich eher gemäßigt ins rechtsextreme Parteienspektrum eingeordnet haben. Die größte rechtsextreme Massenpartei der Bundesrepublik Deutschland, zudem in ihrer radikalsten Phase, mit all ihren Krawallen und Skandalen, will das BMI glattweg "übersehen" haben?

In dem Buch "Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland" attestieren Backes/Jesse der Partei die "Republikaner", daß sie sich Ende der 80er Jahre "radikalisiert und Anziehungskraft auf das rechtsextreme Spektrum gewonnen" habe, und die Autoren verorten sie für den Zeitraum 1989/1990 zur "extremen Rechten". (9) Dieses Buch ist übrigens in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen. Diese Einschätzung der "Republikaner" ist damit zum allgemeinen Schülerwissen geworden. Der Bundesinnenminister weigert sich aber noch im April 1994, "Schnellschüsse" abzugeben.

"Rechtsradikal" oder "rechtsextrem"? Woher kommt diese Vorsicht Kanthers? Ein bißchen Ächtung, aber nicht mit dem ganz großen Hammer. Formales Gewedel mit der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht ohne harte Fakten. Vielleicht hilft ein Blick auf die kleine Schwester, die am lautesten nach einem Verbot schreit, obwohl die ganze Republik weiß, daß zwischen ihr und den "Republikaner" die kommunale Zusammenarbeit am weitesten entwickelt ist, und sich Streibl und Schönhuber zu Gesprächen treffen.

Nicht die tatsächliche Entwicklung der "Republikaner" dürfte dazu geführt haben, daß sie seit Ende 1992 mit nachrichtendienstlichen Mitteln vom BfV observiert werden, sondern eher die Hochrechnungen, die zu dem Ergebnissen kamen, daß die CSU - im Gegensatz zu den "Republikanern" - bei den Europawahlen 1994 die fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen wird. Der Streit um eine eventuelle Einordnung der "Republikaner" als rechtsextrem sagt von daher mehr über den bedenklichen Zustand der Regierungsparteien als über die "Republikaner" selbst aus.

Natürlich ist dem BMI klar, daß sie einen (Rechts-)Streit mit den "Republikanern" um die Einordnung als rechtsextrem nicht auf die Spitze treiben können. In der Tat wäre es nur zu einfach, an den Fragen "Überfremdung", "kein Einwanderungsland", "Ausländerkriminalität", "Werteverfall" ein ähnliches Dossier über die CDU/CSU zu erstellen.

Am Rande erwähnt: Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts stellte der Präsident des BfV, Werthebach, bezüglich der Anhaltspunkte für rechtsextreme Bestrebungen der "Republikaner" "überdies" heraus, daß er "in der Wochenzeitschrift ‚Junge Freiheit` auch einen ‚Wegbereiter` für die Republikaner" sehe. (2) Dies ist von daher besonders interessant, weil das BfV sich bezüglich der "Jungen Freiheit" genauso hartnäckig geweigert hatte, Anhaltspunkte für eine rechtsextreme Ausrichtung feststellen zu wollen. Offenbar soll auch dem Umfeld der "Republikaner" ein Warnschuß vor den Bug gesetzt werden.

Weite Bereiche des Neofaschismus ausgeblendet

Wie auch schon in den Vorjahren ist natürlich besonders interessant, welche rechtsextremen Gruppierungen, Zeitungen, Verlage und Denkfabriken nicht im Verfassungsschutzbericht aufgeführt werden. Der ganze Bereich der "Neuen Rechten" wird genauso ausgeblendet wie die beachtlichen Erfolge der Neofaschisten in ihren Vorfeld und Bündnisorganisationen.

So fehlt dann im Bericht,

- daß die Verlagsgruppe Ullstein/Langen-Müller (die drittgrößte Verlagsgruppe der BRD) unter ihrem Verleger Herbert Fleißner auch im Jahr 1993 rechtsextremen Autoren den Buchmarkt öffnet und fast die gesamte neofaschistische Presse mit Inseraten sponsert;

- daß im aus Mitteln des Bundeshaushalts finanzierten Studienzentrum Weikersheim auf einem Kongreß am 15./16. Mai 1993 in einem Arbeitskreis offen über die Auschwitz-Lüge philosophiert wurde;

- daß beispielsweise der Kanzlerberater und Dominikanerpater Heinrich Basilius Streithofen sich in volksverhetzender Weise darüber äußert, daß Juden und Polen "die größten Ausbeuter des Steuerzahlers sind";

- daß die neu-rechte Zeitung "Junge Freiheit" ihr wöchentliches Erscheinen vorbereitet hat;

- daß der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Horst Waffenschmidt, weiterhin im Verwaltungsrat des "Vereins für das Deutschtum im Ausland" neben dem Antisemiten und Vorsitzenden der rechtsextremen Österreichischen Landsmannschaft, Helmut Kowarik, saß;

- daß der aus Bundesmitteln finanzierte "Bund der Vertriebenen" sich weiter nach rechts radikalisiert und daß - beispielsweise - auf dem Deutschland-Treffen der Landsmannschaft der Schlesier von deren Vorsitzenden, Herbert Hupka, die Grenzverträge mit Polen angegriffen, als "Annexion" tituliert und die polnische Politik als "kriegerischer Akt" bezeichnet wurden;

- daß eine der ältesten Burschenschaften, die "Bubenreuther", 1993 aus dem Dachverband die Deutsche Burschenschaft austrat, weil dieser ihr zu rechtsradikal geworden sei;

- daß sich in Celle am 16.10.1993 die "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" zu ihrem Bundestreffen zusammenrottete, und daß den Ritterkreuzträgern zu Ehren das Heeresmusikkorps 3 der Bundeswehr das Lied "Ich hatt` einen Kameraden" spielte;

- daß auf der Jahreshauptversammlung 1993 der rechtsextremen "Gesellschaft für freie Publizistik" der Ministerialrat Stöcker aus dem Bundesministerium der Justiz über Gefahren des EG-Zusammenschlusses referierte.

Unter diesen Umständen ist es natürlich kein Wunder, wenn der Bericht feststellt, daß sich die Zahl der organisierten Neofaschisten "kaum verändert" hätte. Wenn man die "HIAG" und alle anderen offen neofaschistischen oder rechtsextrem durchsetzten Militaristenverbände, Studentenverbindungen, Vertriebenenverbände, faschistische Organisationen wie die "Stille Hilfe" usw. nicht aufführt. Wenn man die galoppierende inhaltliche Annäherung von Neofaschisten und Konservativen in neofaschistischen Theorieorganen wie "Criticón" und "Junge Freiheit" nicht zur Kenntnis nimmt. Wenn man die gesellschaftspolitischen Erfolge des Neofaschismus in der "Asyl- und Ausländerfrage", nicht sieht, obwohl diese mit ihrer "Ausländer-raus"-Politik Pogrome entfachen und selbst das Tempo des Handelns der Regierungen der Länder und des Bundes bestimmen - dann kann man in der Tat ein Bild der "Verunsicherung" des Neofaschismus malen.

Ulla Jelpke

Anmerkungen:

1) Verfassungsschutzbericht 1993, Linksextremismus, S. 17/18

2) FAZ, 15.4.1994

3) taz, 15.4.1994

4) Verfassungsschutzbericht 1993, Rechtsextremistische Bestrebungen, S. 55

5) ebenda, S. 57

6) ebenda, S. 56

7) SZ, 6.12.1993

8) Welt, 6.12.1993

9) Backes/Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Bonn, 1993, S. 112/113

Sensation im Bundesinnenministerium:

"Der Schlesier" nun doch rechtsextrem

Ganze drei Jahre und mehrere Kleine Anfragen waren nötig, um der Bundesregierung folgende Stellungnahme zur Vertriebenenzeitung "Der Schlesier" abzuringen: "Dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sind bislang einzelne Ausgaben des ‚Schlesiers` bekannt geworden, deren Artikel zum Teil auch tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen im Sinne der §§ 3, 4 Abs. 1 Satz 1 lit C, Satz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz - BVerfSchG - enthalten haben. Das BfV wird weiterhin im Zusammenhang mit dieser Schrift Informationen sammeln und auswerten." (1)

Das ist also das vorerst letzte Wort einer Behörde, deren gesetzlicher Auftrag es ist, gewissenhaft und sorgfältig die Verfaßtheit dieses Staates auch vor rechtsextremistischen Bestrebungen zu schützen.

Und in gewisser Weise ist es für diese Behörde und das Bundesinnenministerium schon ein immenser Fortschritt, daß sie sich nach drei Jahren bequemt hatte, "einzelne Ausgaben" des "Schlesiers" zu besorgen, und daß dann die Rechtsextremismusexperten des BfV auch noch "tatsächliche Anhaltspunkte" für rechtsextreme Bestrebungen entdeckt hatten.

Dieser Verlauf war nicht unbedingt zu erwarten. Immerhin hatte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Eduard Lintner, seines Zeichens selber Mitglied in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und in der Ackermann-Gemeinde, am 2. Mai 1991 in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage seiner Gesinnung folgend erklärt: "Die Bundesrepublik Deutschland (er meint die Bundesregierung, Anm. U.J.) weist die Behauptung über das angebliche Treiben von Rechtsextremisten in den Vertriebenenverbänden zurück." (2)

In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der PDS/LL zum "Schlesier" vom Mai 1991 erklärte Lintner die aufgelisteten Fakten, die eine enge Zusammenarbeit zwischen Neofaschisten und dem "Schlesier" belegen, flugs zu "Unterstellungen, auf die näher einzugehen nicht Aufgabe der Bundesregierung ist". Darüber, welche Rechtsextremisten im "Schlesier" publiziert hatten, für welche rechtsextremen Verlage und Gruppierungen diese Zeitung geworben hatte, welche Beziehungen sie zur "DVU" und den "Republikanern" unterhielt, hatte die Bundesregierung "keine Informationen". Es lägen "keine ausreichenden Anhaltspunkte für Bestrebungen im Sinne der §§ 3, 4 BVerfSchG vor". Daß diese Anhaltspunkte fehlten, überrascht nicht, denn Lintner konnte in der auch vom "Schlesier" propagierten "Kriegsschuldlüge" und dem "Kampf" gegen die "Umerzieher" keine rechtsextreme Programmatik erkennen . (3)

Nach weiteren Kleinen Anfragen (4) beharrt die Bundesregierung weiterhin auf ihrem Standpunkt, obwohl ihr nachgewiesen wird, daß nach einer Analyse des "Schlesiers" im Zeitraum vom 15. April 1991 bis zum 22. Juli 1991 fast 50 Prozent der Artikel des allgemeinpolitischen Teils einen offen rechtsextremen Bezug haben.(5)

Erst nach einer weiteren Kleinen Anfrage zum "Schlesier" vom 25.11.1992, in der Ausgaben des "Schlesiers" von 35/92 bis 42/92 analysiert wurden und nachgewiesen wurde, daß von 90 Artikeln aus dem tagespolitischen Teil 69 einen offen rechtsextremen Bezug haben und auf sechs Druckseiten belegt wurde, für

welche rechtsextremen Bücher und Zeitungen der "Schlesier" wirbt und welche rechtsextremen Autoren im "Schlesier" schreiben, sah sich die Bundesregierung zu der Bemerkung veranlaßt: "Es wird anlaßbezogen geprüft, ob die bisherige Auffassung der Bundesregierung aufrechterhalten werden kann". (6)

Gute acht Monate später, am 26. August 1993, teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage nach den Ergebnissen dieser Überprüfung mit, daß die Prüfung "noch nicht abgeschlossen" sei. (7)

Jetzt hat man endlich erste Ergebnisse liefern können. Daß das BfV auch schneller kann, mag man daran erkennen, daß die im Dezember 1991 gegründete "Ökologische Linke" schon in Verfassungsschutzbericht 1992 als "linksextreme Organisation" auftaucht.

Wer aber meint, die Bundesregierung nutze den neuen Verfassungsschutzbericht, um über den rechtsextremen Gehalt des "Schlesiers" aufzuklären, (denn immerhin ist dies eine der bedeutendsten Vertriebenenzeitungen), der sieht sich getäuscht. Und wer gar danach fragt, welche Konsequenzen es denn habe, wenn im BMI und im BfV Verantwortliche sich dermaßen bei der Beurteilung von rechtsextremen Zeitungen "irren", daß man hier schon von Schutz vor antifaschistischer Kritik sprechen muß, der muß zur Kenntnis nehmen, daß Begünstigung kein Grund für Entlassungen ist ...

Ulla Jelpke

Anmerkungen:

1) Antwort der Bundesregierung vom 12. April 1994 auf die Kleine Anfrage "Überprüfung der Zeitung ‚Der Schlesier` auf eine rechtsextreme Ausrichtung", BT-Drucksache 12/7120

2) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage "Rechtsextremistische Ausschreitungen an der polnischen Grenze", BT-Drucksache 12/462

3) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage "Der Rechtsextremismus und das Publikationsorgan ‚Der Schlesier`", BT-Drucksache 12/800, 19.6.1991

4) BT-Drucksache 12/1049, 12/1821 vom 11.12.1991

5) vgl. BT-Drucksache 12/1887 vom 30.12.1991

6) BT-Drucksache 4018 vom 18.12.1992

7) BT-Drucksache 12/5591

Betr.: "Republikaner" im Öffentlichen Dienst

Aus einer "Kleinen Anfrage" der PDS/Linke Liste

Knapp eineinhalb Jahre intensiver Beobachtung durch Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, der Lektüre von Zeitungen und anderen Veröffentlichungen der "Republikaner" durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) haben ergeben, daß die Bundesregierung "bislang" zwei Beamte entdecken konnte, die dieser rechtsradikalen Partei angehören - so die Bundesregierung in einer Antwort auf die Anfrage "Die ‚Republikaner`". Ansonsten hat die Bundesregierung nur "lückenhafte Erkenntnisse über die Zugehörigkeit von Mitgliedern der REP zum öffentlichen Dienst". (Bundestags-Drucksache 12/7351

Nach eigenen Angaben vom Jahresende verfügen die "Republikaner" über ca. 1.000 Mitglieder, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, der Anteil der Beamten an der gesamten Mitgliedschaft soll vier Prozent betragen. Das BfV hätte demnach 998 Mitglieder der "Republikaner" im öffentlichen Dienst übersehen, was die Effizienz der Arbeit dieser Behörde im Bereich Rechtsextremismus schon rein rechnerisch gegen Null drückt.

Übersehen haben BfV und das Bundesministerium des Innern u.a., daß

- eine ganze Reihe von Professoren, wie die mittlerweile verstorbenen Hellmut Diwald, Bernhard Willms, und der Heidelberger Politologe Hans Joachim Arndt, mit dem "Republikaner"-Vorsitzenden Schönhuber seit Anfang der 80er Jahre programmatisch zusammenarbeiteten

- die "Republikaner" schon nach der Wahl zum Westberliner Abgeordnetenhaus 1989 behaupteten, daß "ein großer Teil" der neuen Mitglieder, "30 bis 40 Prozent ... aus dem Staatsdienst - Polizisten, Grenzschützer, Offiziere, mittlere Beamte" komme (Spiegel, 22/1989, 29.5.1989)

- der Frankfurter Staatsanwalt und bisherige CDU-Funktionär, Gert Feldmeier, zu den "Republikanern" übertrat (FR, 5.4.1989)

- in Kassel, nach Auskunft des GdP-Kreisvorsitzenden, in allen Polizeirevieren die Beamten die Neigung hätten, die "Republikaner" zu wählen; besonders jüngere Polizeibeamte zwischen 20 und 30 Jahren "bekennen sich offen und trotzig zu den Republikanern" (FR, 5.4.1989)

- in Gifhorn der 47jährige Berufssoldat Günter Ruck aus Wesendorf zu den "Republikanern" überwechselte, und die "Republikaner" so zu einem Kreistagsmandat kamen (FR, 15.4.1989)

- die "Republikaner im Mai 1989 in den Landesverbänden Berlin, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und dem Saarland Landesvorsitzende bzw. stellvertretende Landesvorsitzende hatten, die im Polizeidienst waren (FR, 18.5.1989)

- die "Republikaner" 1989 im Berliner Landesvorstand gleich mehrere Polizeibeamte hätten (Göttinger Tageblatt, 4.7.1989)

- die "Republikaner" nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei (GdP) allein 1989 unter den 32.000 bayerischen Polizeibeamten 50 Prozent potentielle Wähler hätten (FR, 18.5.1989)

- im Mai 1989 der Leiter der "Staatlichen Hauptabteilung allgemeine Landesverwaltung" in Offenbach, Haymo Hoch, zu den "Republikanern" überwechselte. Haymo Hoch, Regierungsdirektor, ist damit auch Leiter der Ausländerbehörde. (FR, 19.5.1989)

- in Heidenheim der Kripobeamte und "Republikaner"-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Peter Köhler, auf einer Veranstaltung sagte: "Gestern waren es Diebstähle, heute sind es Sachbeschädigungen und morgen zünden sie unsere Häuser an. Mit uns Republikanern wird es diesen kriminellen Spuk nicht geben." (Zeit, 2.6.1989)

- im "Republikaner"-Kreisverband Rheingau-Taunuskreis 1989 zwei Mitglieder Polizeibeamte sind (Spiegel, 25/1989, 19.6.1989)

- im "Republikaner"-Landesverband Nordrhein-Westfalen von 1.500 Mitgliedern laut damaligem Landesvorsitzenden Kurt Beckmann, jeder 30. ein staatlicher Ordnungshüter sei (Spiegel 25/1989, 19.6.1989)

- in Berlin Polizeibeamte mit "Rep-Rauten, Dienstfahrzeugen und Rep-Transparenten" gegen den Innensenator und den Polizeipräsidenten protestierten (Spiegel 25/1989, 19.6.1989)

- in Lübeck bei der Grenzschutzabteilung Küste Führungsbeamte, die im "Republikaner"-Landesvorstand sitzen, Laufbahnanwärter für die Partei anwerben. "In dienstlichen Umlaufmappen werden, berichtet ein Beamter, ‚Propagandamaterialien der Reps herumgereicht`. Rep-Werber würden vor allem junge Beamte mit ‚ostdeutsch klingenden Namen` ansprechen. Der Werbefeldzug für die Rechten nahm solch unverschämte Formen an, daß der Kommandeur einschritt. In einem Abteilungsbefehl mißbilligte er ‚nachdrücklich`, daß ‚in Pausen und Kollegengesprächen um ‚Unterstützerunterschriften` für die Republikaner angehalten werde." (Spiegel, 25/1989, 19.6.1989)

- in Aachen sich der Polizeihauptmeister André Fischer den "Republikanern" anschloß, weil Asylsuchende "bei uns auf Händen getragen" und dann "auch noch straffällig werden" würden (Spiegel, 25/1989, 19.6.1989)

- in Dachau der Polizeiobermeister Gernot Jellinek, Kreisvorsitzender der "Republikaner" wird (Spiegel, 25/1989, 19.6.1989)

- der Kreisvorsitzende der "Republikaner" in Hannover-Land, der Hauptkommissar Werner Rieb, betonte, daß 1989 auch ein "beträchtlicher Teil der Kollegen" in Niedersachsen hinter den "Republikanern stehe (Göttinger Tageblatt, 4.7.1989)

- die "Republikaner" nach der Kommunalwahl am 18. Juni 1989 in Worms gleich drei Polizeibeamte zu ihrer Fraktion zählen konnten (FR, 1.7.1989

- der damalige Vorsitzende des "Republikaner"-Landesverbandes Bayern, Harald Neubauer, in einem Interview mit dem rechtsextremen "Badischen Landboten" erklärte: "... wir haben jetzt auch Mitglieder, die beim Verfassungsschutz ihren Dienst tun" (taz, 8.8.1989)

- in Hannover im Herbst 1989 der Hochschullehrer und Mitglied der "Republikaner", Berndt Tschammer-Osten, im Herbst den alten "Republikaner"-Landesvorstand Niedersachsen auf Betreiben Schönhubers entmachtete (FR, 11.9.1989)

- in Kamen der "Republikaner" Bernd Schmanck als Religionslehrer an einem Gymnasium tätig ist (FR, 29.12.1989)

- die "Republikaner" zur Bundestagswahl 1990 von 300 Kandidaten 34 Kandidaten aus dem öffentlichen Dienst (darunter sieben Polizisten, vier Soldaten, fünf Lehrer, zwei Professoren, ein Richter, ein Staatsanwalt) aufstellten, was einen Anteil von über elf Prozent ausmacht (Statistisches Bundesamt, Die Wahlbewerber für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag 1990)

- der stellvertretende Landesvorsitzende der "Republikaner" in Hessen, Bernhard Klysch, als Professor an der Fachhochschule in Dortmund tätig ist

- der Vorsitzende der Bundesschiedskommission der "Republikaner", Johann Mühlberger, Richter am Landgericht München ist (FR, 26.4.1993)

- der Landesvorsitzende der "Republikaner" in Sachsen, Günter Bernhard, Soziologieprofessor an der Leipziger Universität ist.

Die sich hieraus ergebenen Fragen an die Bundesregierung, wieso sie nur zwei Beamte bei den Republikanern ausmachen konnte und ansonsten nur lückenhafte Erkenntnisse hat, sind am 28. April 1994 in einer Kleinen Anfrage vorgelegt worden. Auf die Antwort wird mit Spannung gewartet.

14. Die Stadt Köln und ihre Schlägerschwadrone (Dokumentation)

Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:17

Seit dem 4. 2. 94 haben wir, verschiedene Initiativen und Selbsthilfegruppen, das ehemalige Klöcknergelände in der Oskar-Jäger-Str. 46 besetzt. Zehn Wochen wohnten und arbeiteten wir dort.

Am 14. 4. 94 um 10 Uhr morgens tauchten eine Frau in militärischer Kleidung mit Schäferhund und ein Mann an unserem Haus auf. Sie gaben vor, einen Kühlschrank in der Elektrowerkstatt kaufen zu wollen. Wegen des militärischen Aufzuges der Frau befürchteten wir, daß es sich bei den beiden um Polizei handeln könnte und öffneten nicht die Tür, sondern das Fenster. Durch den Fensterspalt behauptete der Mann nochmal, einen Kühlschrank kaufen zu wollen. Plötzlich rissen sie aber das Fenster ganz auf, sprangen geübt herein und rannten direkt auf die Türen zu. Sekunden darauf standen 15 bewaffnete Männer und eine Frau vor uns. Wir sahen, daß sie mit Schlagstöcken aus Gummi, Eisen und Holz, mit Elektroschockern ("Bodyguard") und Reizgas ausgerüstet waren. Wir waren völlig überrascht und schockiert. Sie hatten uns sofort in ihrer Gewalt.

"Ihr habt zehn Minuten Zeit, eure Sachen herauszuschaffen, dann wird das Haus abgerissen", sagte der Mann, der durch das Fenster gekommen war und offensichtlich der Einsatzleiter war. Erst an dem Punkt wurde uns klar, daß wir es nicht mit der Polizei zu tun hatten, also nicht verhaftet würden, sondern daß ein privater Schlägertrupp vor uns stand. Auf die Frage, wer sie seien, sagte der Anführer:"Wir haben mit der Polizei nichts zu tun. Wir sind von ‚Moderner Stadt` beauftragt, das Haus zu räumen." Die Frau im Paramilitäraufzug mit Schäferhund hatte bis dahin schon einige Bewaffnete in die oberen Etagen ins Treppenhaus geschickt. Ein paar von uns rannten hinauf, um die noch Schlafenden zu wecken. Dann packten wir hektisch unsere Sachen und die unserer MitbewohnerInnen. Die meisten von uns waren nämlich zu dem Zeitpunkt auf dem Bauwagenplatz in Riehl, der gleichzeitig durch die Polizei geräumt wurde, um den BauwäglerInnen solidarisch beizustehen. Klar ist, daß der Schlägertrupp einkalkuliert hatte, daß das Haus deshalb fast leer und leicht zu überfallen war.

Als die teils glatzköpfigen Männer, von denen viele Bomberjacken trugen, merkten, daß wir sieben uns nicht gegen ihre bewaffnete Übermacht wehrten, nutzten sie die Situation, um Wehrkampfübungen zu machen. Während sie unsere Packerei überwachten, schlugen sie um uns herum alles kaputt. Dabei stellten sie Fachsimpeleien an und bewiesen sich gegenseitig, wie man mit Schlagstöcken am besten Fenster einschlägt und mit Springer- und SEK-Polizeistiefeln gezielt Türen eintritt. Die Schlagstöcke waren Tonfas, welche auch die Polizei benutzt.

Darüber hinaus schlugen sie auf unsere Schlafsäcke und Matratzen ein, wo wir kurz zuvor noch gelegen hatten, um zu üben, wie sie wehrlos Schlafende auf der Stelle außer Gefecht setzen können. So zeigten sie uns, wie es uns ergehen würde, wenn wir Widerstand leisteten. Zwischen den krachenden Türen und splitternden Scheiben schleppten wir die wichtigsten Sachen der 20 BewohnerInnen der Oskar-Jäger-Straße und das Material aus den Selbsthilfewerkstätten und der Volxküche auf die Straße. Dabei sahen wir zwei seit längerem bekannte Zivilpolizeistreifen vor unserem Haus stehen, sowie zwei Einsatzwagen der Polizei vorbeifahren. Sie nahmen scheinbar keine Notiz von den gut sichtbaren und widerrechtlichen Vorgängen.

Außerdem hielten sich während des Überfalls ständig Angestellte der "Modernen Stadt" auf dem Gelände auf und begutachteten den Angriff der angeheuerten Knüppelgarde.

Unterdessen kamen die Arbeiter des Abbruchunternehmens"Malta" mit Vorschlaghämmern und Pressluftgeräten ins Haus und wurden offenbar in Absprache mit den Schlägern in die verschiedenen Etagen geschickt. Aus der obersten Etage konnten wir nicht mehr alles retten, weil sie, während wir noch zusammenpackten, das Dach zerstörten.

Als wir nach ca. 20 Minuten so einiges auf die Straße gebracht hatten, waren bereits alle Scheiben im ganzen Haus zerschlagen. In Sekundenschnelle verschwanden sechs der Schläger, der Schäferhund und mit ihnen die Waffen in bereitgestellten Autos und fuhren davon. Wir telefonierten erst, als es uns ziemlich sicher erschien, daß sie uns nicht prügeln würden, wenn wir uns sonst ruhig verhielten. Daher haben die später Eintreffenden auch keine Waffen und nicht mehr das ganze Schwadron gesehen.

Tatsache ist jedenfalls, daß die illegale Einsatztruppe mit mehreren Autos da war, von denen eines einen Aufkleber der "Kampfsportschule Musashi" trug. Auf einem anderen klebte ein Polizeiaufkleber. Die Kennzeichen der Wagen, in denen die Schläger und ihre Befehlsgeber stiegen, wiesen auf unterschiedliche Herkunftstädte hin, u.a. Köln, Bonn, Düsseldorf, München und Brandenburg. Es waren insgesamt etwa 15 junge Männer mit Schlagstöcken, die wir bisher nur von der Polizei kannten, und mindestens drei ältere Personen, die das Kommando führten und mit Gas bzw. Elektroschockern bewaffnet waren. Alle waren offensichtlich gut durchtrainiert und viele von ihnen stark gebräunt. Von den meisten haben wir Fotos.

Noch sind wir uns nicht sicher, wie die Systematik, mit der sie das Haus stürmten und zerstörten, zu bewerten ist. Einiges weist darauf hin, daß es sich um Faschos handelt. So nahmen sie z. B. einige Antifa-Plakate und Flugblätter sauber ab und steckten sie ein;einige hatten auch das klassische Aussehen von Neofaschisten (Glatze, Bomberjacke, Springerstiefel). Bei den oben beschriebenen Schlagstockschlägen auf die Matratzen liegt auch nahe, daß hier für einen nächtlichen Überfall auf schlafende Asylanten geübt wurde. Dies wird noch dadurch bekräftigt, daß mindestens einer der Schlägerschwadrone mit einer Kampfsportschule zu tun hat.

Andererseits erinnerte das strategische Vorgehen und die Befehlsstruktur sehr stark an Sondereinsatzkommandos der Polizei. Auch wußte niemand besser als die Polizei, daß die Bauwagenplatzräumung die beste Gelegenheit wäre, die wenigen im Haus Verbliebenen zu räumen. Um das Abrißunternehmen rechtzeitig herbeizuordern, war es auch Voraussetzung, rechtzeitig von der Polizei einen Hinweis auf diesen günstigen Räumungstermin zu bekommen. Ebenso waren Zivilstreifen anwesend und wahrscheinlich auch einsatzbereit.

Wahrscheinlich ist, daß beide Tendenzen zutreffen. Auf legalem Weg hatte "Moderne Stadt" ihr Ziel nicht so schnell erreicht. Die Polizei konnte uns nämlich nicht räumen, da sich einige von uns noch im Prozeß gegen die Besitzerin "Moderne Stadt" befanden. Der Polizeibezirksleiter von Ehrenfeld bestätigte uns auch, daß sie zu einer Räumung nicht befugt gewesen seien. Die Polizei konnte aber der "Modernen Stadt" Informationen liefern und die angeheuerten Schlägerschwadronen durch gezieltes Wegsehen decken.

Mittlerweile erfuhren wir auch, daß der Schlägertrupp bei dem sich ansonsten seriös gebenden Sicherheitsdienst "Raab-Karcher" im Sold steht. Nach Aussagen von Mitgliedern hat dieser Sicherheitsdienst für solche illegalen Aktionen Söldner in der ganzen Bundesrepublik "stationiert".

Die neue Qualität an dieser Räumung ist, daß ein halb-städtisches Unternehmen bezahlte Schlägertrupps anheuert, wenn die Justiz nicht so spurt, wie das Kapital es will.

Kontaktadresse: Von Unge Cafe

Elsaßstr. 34, 50677 Köln

Tel:0221/3318716

15. Der sozialdemokratische Wolf im humanistischen Schafspelz. Transfair-Kaffee und "Dritte-Welt-Läden"

Transfair-Kaffee: Wie sich die "Dritte-Welt-Läden" vor einen falschen Karren spannen lassen

Autor: El Rojito, Hamburg · Rubrik: Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:19

"Sie kennen das: Da steht im Supermarkt ein kleines Tischchen, und ein netter Herr oder eine freundliche Dame läßt Sie einen neuen Fruchtsaft oder etwas Ähnliches probieren. Warum sollte man einen solchen Probeausschank nicht auch für eine gute Sache veranstalten?" (Aus: Transfair/Der Leitfaden: Lokale Aktionen rund um fairen Kaffee)

Wie sich die Zeiten ändern. Mitte der 80er Jahre wurde landauf landab mit der Parole "Gegen die Macht der Kaffeekonzerne" die erste bundesweite Kaffeekampagne ausgerufen. Getragen von einer starken Internationalismus- und "Dritte-Welt"-Bewegung fand jedeR eine Form, wie den Jacobs und Tschibos kleinere und größere Nadelstiche beigebracht werden konnten. Parallel dazu entdeckte so mancheR die Liebe zur "Sandino Dröhnung", dem Nicaragua-Kaffee, der während dieser Kampagne Pate stand für ein neues Konzept: Mit Kaffeehandel Aufbauhilfe für das revolutionäre Nicaragua leisten und bundesdeutsche Konzern- und Staatspolitik angreifen.

Acht Jahre später rollt eine weitere Kaffeekampagne übers Land. Diesmal aber initiiert von anderer Seite: Friedrich-Ebert-Stiftung, Aktion Arme Welt, Misereor, Brot für die Welt, Nord-Süd-Netz des DGB u.v.a. aus diesem Umfeld. Und nach vielen Diskussionen hatte sich dann auch die AG3WL (Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden) angeschlossen.

Weit professioneller, von Werbeagenturen vorbereitet und auf Erfahrungen unserer niederländischen NachbarInnen bauend, wird endlich das erreicht, wovon die alternativen KaffeehändlerInnen nur träumen konnten: die realen Prozente im Kaffeegeschäft.

Das Projekt "Transfair"

22 Vereinigungen des kirchlichen und sozialdemokratischen Spektrums bilden mittlerweile neben der Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden den Verein "Transfair". Christdemokratische Organisationen wie die Konrad-Adenauer-Stiftung lehnten den Beitritt ab. Auf Druck der niederländischen "Max-Havelaar-Stiftung", die nach dem niederländischen, belgischen, luxemburgischen und schweizerischen Markt auch drohten, ihr Konzept in die Bundesrepublik zu tragen, schlossen sich o.g. Organisationen unter Federführung der kirchlichen Handelsorganisation GEPA zuerst zu der "Aktion Kleinbauernkaffee" und später zu dem Verein Transfair zusammen. Dessen Ziel: "Durch Import und Verkauf von Produkten benachteiligter KleinproduzentInnen aus Afrika, Asien, Ozeanien und Lateinamerika soll auf die Bedeutung des Welthandels für die Entwicklungschancen des Südens hingewiesen werden; zugleich sollen die Waren aus der ‚Dritten Welt` fair bezahlt werden, um dadurch den ProduzentInnen ein menschenwürdigeres Leben und Entwicklungschancen aus eigener Kraft zu ermöglichen." (aus: Selbstdarstellung von Transfair)

Der sog. faire Handel mit der "Dritten Welt" steht ganz im Vordergrund dieser kirchlich-sozialdemokratischen Initiative. Begonnen wurde mit Kaffee Anfang 1993, dieses Jahr soll Tee folgen, weitere Waren zu einem späteren Zeitpunkt. Ein Transfair-Gütesiegel soll den KundInnen signalisieren: "Dies ist ein Produkt aus sozial verträglichem Anbau und Handel; der Mehrpreis kommt den Produzenten wirklich zugute." Über ein "Produzentenregister" können lizenzierte Importeure Waren direkt einkaufen, Händler kaufen bei den Importeuren. Die Einhaltung der vorgegebenen Bedingungen wird von Transfair überwacht. Transfair selbst handelt nicht, sondern erhält von den Händlern für Kontrolle und Pressearbeit eine festgelegte Geldmenge.

Über die Werbung bei kirchlichen, gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen sowie eine umfangreiche Medienarbeit gelang Transfair der rasche Durchbruch im Bild der Öffentlichkeit. Der Verkauf hat jetzt schon 1% des bundesdeutschen Kaffeehandels erreicht, 5% sind angestrebt. Wer die Umsätze im Kaffeehandel kennt, weiß, daß das Milliarden sind. Vor dem Hintergrund des europäischen Binnenmarktes wurde 1992 schon ein europaweiter Zusammenschluß "Transfair International" gegründet, um möglichst schnell in weiteren Ländern den "fairen Handel" zu etablieren.

Das Konzept

der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit

Der Zusammenbruch linker internationalistischer Strukturen und damit einhergegangener Diskussionen über das Nord-Süd-Verhältnis überläßt seit geraumer Zeit das internationalistische Feld den SozialreformerInnen. Transfair ist die konsequente Antwort der Sozialdemokratie auf diesen Rückzug der Linken, wie auch schon in der ideologischen Diskussion längst linke Stimmen fehlen.

Das Projekt Transfair hat aber nicht nur hier in Europa an Kontur gewonnen. Die fehlende wirtschaftliche und politische Perspektive der lateinamerikanischen Linken nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers öffnet den sozialpartnerschaftlichen StreiterInnen auch dort Tür und Tor. VertreterInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) arbeiten schon seit langen Jahren an diesem Konzept und verstärkten ihre Bemühungen in den letzten Jahren erheblich. Erfolgreich war ihr Projekt Coocafe in Costa Rica, dessen Beispiel jetzt anderen Kooperativverbänden propagiert wird. Beispielsweise bereiste letztes Jahr ein Vertreter der FES El Salvador, um die beiden der Ex-Guerilla nahestehenden Kooperativenverbände mit in das Projekt einzubinden.

Teilweise auch mit erheblichem Druck versucht die Friedrich-Ebert-Stiftung, andere Verbände in der von ihr 1989 mitgegründeten "Frente Solidario" zu organisieren. Die im Transfair-Produzentenregister dominierende "Frente Solidario" (lateinamerikanischer Zusammenschluß von ProduzentInnengruppen) übernimmt dabei in Lateinamerika die Rolle des Promoters der Idee. Der Geschäftsführer von Coocafe, Carlos Murillo, wurde gleich zu Beginn Generalsekretär der Frente. Vorrangige Ziele der Organisation: "Verbesserung der Lebens- und Einkommenssituation von kaffeeproduzierenden Kleinbauern in Lateinamerika," "Qualitätsverbesserung des Kaffees" und "Förderung der Solidarität unter den Kleinbauernorganisationen" (gedacht ist dabei v.a. an die ökonomische Solidarität). Auf deutsch: Die ProduzentInnen sollen in die Lage versetzt werden, bessere und effizientere Produktion für den Weltmarkt zu leisten. Belohnt wird dies mit Mehrpreiszahlungen aus dem europäischen Verkauf des "fairen Handels". Wer das FES-Projekt Coocafe näher betrachtet, findet darin das beste Beispiel für einen sozialpartnerschaftlichen Aufbau. Technische Beratung und kaufmännische Betreuung wurde von der FES organisiert wie auch die sozialen Projektbestandteile. Eine politische Option des Kooperativenzusammenschlusses fehlt; die Produktions- und Effizienzüberlegungen stehen im Vordergrund. Ihr Kaffee "Monte de Oro", die hier über GEPA erhältliche Marke, wird in der Zwischenzeit auch schon fertig geröstet in die USA verkauft. Vom Wirtschaftssektor des Volkes gegen die Dominanz der Oligarchie ist allerdings nichts mehr zu lesen, von Widerstand gegen die Strukturen der Multis ebensowenig, obwohl diese gerade im Bananenland Costa Rica einen Raubbau sondergleichen verüben.

Die Bedeutung von Transfair

Die Volkswirtschaften Lateinamerikas wie Afrikas haben wirtschaftlich gesehen eine Dekade des Niedergangs hinter sich. Aussichten auf Besserung sind nicht vorhanden. Der Preisverfall landwirtschaftlicher Güter in der Relation zu industriellen Gütern ist enorm. Ob Kakao, Öl, Zucker, Baumwolle oder Sisal - die Primärprodukte werden immer billiger. Gerade im Kaffeebereich läßt sich dies anschaulich demonstrieren: In nur fünf Jahren sank der Weltmarktpreis von Kaffee 1993 auf ein nie dagewesenes Tief, nur noch ca. ein Drittel der Erlöse kommen den ProduzentInnen zu. Anders gesagt: Reichten damals 92 Sack Kaffee aus, um einen kleinen LKW zu kaufen, mußten dafür letztes Jahr schon 300 Sack produziert werden.

Die Verarmung wächst in einem so rasanten Maße, daß die Angst umgeht, Aufstände wie um die Jahreswende in Mexico könnten über den Kontinent schwappen. Betroffen von dieser Entwicklung ist nicht der wirtschaftlich dominante Großgrundbesitz, der leicht die Jahresernte auf den Sträuchern verfaulen lassen kann oder die geringeren Erlöse mit niedrigeren Löhnen auszugleichen weiß. In ihrer Existenz bedroht sind die Kleinen, die sich verschulden und ihren Boden an die Latifundienbesitzer verlieren.

In diese Bresche von fehlender Gegenmacht schlägt Transfair. Allerdings wird immer nur ein geringer Teil von Kooperativen bzw. KleinbäuerInnen an diesem Modell teilhaben können. Momentan profitieren ca. eine halbe Million von insgesamt 25 Millionen ProduzentInnen vom alternativen Kaffeehandel, die weit größere Zahl von erheblich schlechter gestellten SaisonarbeiterInnen wird jedoch nie etwas davon haben. Die Veränderung von ungerechten Strukturen ist nicht Bestandteil sozialdemokratischer Planung. Deren Ziel ist die Vorspiegelung einer möglichen Teilhabe an mehr Eigentum und Reichtum, um den ProduzentInnen bzw. LandarbeiterInnen insgesamt einen Hoffnungsschimmer zu geben, um diese zugunsten der Kapitalinteressen zu manipulieren.

Dieses ist angesichts eines globalen neoliberalistischen Wirtschaftskonzeptes notwendig, denn die wirtschaftliche Situation der Unterschichten hat sich im Neoliberalismus entscheidend verschlechtert. Der Fall des Kaffeepreises hat das Übrige getan, so daß der Andrang von Kooperativverbänden, in das Transfair-Produzentenregister zu kommen, enorm groß ist.

Dieser Ansatz wird von Transfair in unserer Presse als "Solidarpakt mit den Armen" bzw. als "Entwicklungshilfe mit einer Tasse Kaffee" verkauft. Die Veränderung der Weltwirtschaftsstrukturen, der oligarchischen Struktur wie der Vermarktungsstruktur über die Großen wird weder thematisiert noch angestrebt.

Die Vermarktung über Transfair

Vordringliches Ziel der Transfair-Kampagne war zu Beginn gewesen, die "saubere Bohne" in die Supermärkte zu bringen. Lizenznehmer des Siegels und damit Verkäufer sind neben diversen Kleinröstern, die ihre Chance auf Umsatzsteigerung sehen, die kirchliche GEPA, die vergeblich ihre Quasi-Monopolstellung zu verteidigen versucht.

Als erste Lizenznehmerin gelang ihr zwar der erste Schachzug in diversen Supermarktketten und Kaufhausketten wie z.B. Karstadt oder Hertie. Doch schon bald drang der viertgrößte bundesdeutsche Röster, die Hamburger Union Kaffeerösterei GmbH (zu 70% zum israelischen Nahrungsmittelkonzern Elite Industries gehörend), in die Nische ein. Geschätzte 85% des Umsatzes des "fairen Kaffees" in den Supermärkten eroberte der mit einem Dumpingpreis auf den Markt geworfene "Pedro" und verwies die GEPA mit ca.15% auf den zweiten Platz. Auch dieses ist eine Erfahrung aus dem Ursprungsland des "fairen Handels". In den Niederlanden ist der einzig verbliebene Anbieter im Supermarkt die erfahrene Neuteboom Koffiebranderij. Die Frage wird sein, wie lange sich die GEPA mit ihrem mindestens 2 DM höheren Pfundpreis auf diesem Marktsegment halten kann.

Die zweite Schlacht tobt auf dem Großverbrauchersektor. Auch hier gilt es für die Großen, verlorengegangenes Terrain wettzumachen. Die Anstrengungen sind im Gange: Nach UNION sind mit Darboven (sechstgrößter Röster) und Westhoff sowie in Kooperation mit Schirmer-Kaffee auch die Melitta-Aufsteiger (8% Marktanteil) ins "Saubere-Gewissen-Geschäft" eingestiegen. Selbst der Branchenriese Jacobs zollte dieser Entwicklung Tribut und kam Ende 1993 auf dem Großverbrauchersektor mit dem peruanischen "El Condor-Kleinbauernkaffee" ins Rennen. Allerdings ohne das Transfair-Siegel, dafür plant Jacobs jedoch Unterstützungsprojekte vor Ort mit UNO-Entwicklungshilfeorganisationen.

Diesen Schwenk hatte selbst der deutsche Kaffeeverband nicht für möglich gehalten, die Allianz der großen Röster ist jedoch durch den unerwarteten Erfolg von Transfair in Mensen und Kantinen zerbrochen. Laut Transfair sind beispielsweise neben dem Europaparlament und dem deutschen Bundestag auch Betriebskantinen wie die von Henkel oder der Hamburger Sparkassen, sowie die des Bonner Polizeipräsidiums auf Transfair-Kaffee umgestiegen.

Auf den Kaffeemarkt ist Bewegung gekommen. Langfristig dürfte sich aber auch hier die GEPA wieder rückwärts entwickeln, der Konkurrenz wird sie kaum gewachsen sein. Zu ihrem Glück konnte sie zumindest ihre Hauptabnehmer, die "Dritte-Welt-Läden", als KundInnen an sich binden, werden doch ihre für das Transfair-Siegel anfallenden Lizenzgebühren an die Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden überwiesen. Diese plante nämlich nach bitteren Abstimmungsniederlagen im Vorstand, wieder aus Transfair auszusteigen. GEPAs Kaffeeüberhang aus dem sich schlechter als angenommen entwickelnden Großmarktsektor wurde dann doch noch über eine Umsatzsteigerung der Läden zumindest teilweise wettgemacht.

"Fairer Kaffee",

"gerechter Handel"

Der Exportpreis für Arabica-Kaffee liegt momentan bei ca. 1,50 DM (Weltmarktpreis bei 0,85 Dollar/454gr). Ca 0,80 DM mehr bezahlen die Transfair-Importeure an die ProduzentInnenverbände (1,26 Dollar/Libra). Dieses Geld wird vorwiegend für Schulung der MitarbeiterInnen, für verbesserte Anbautechnik und Verarbeitung sowie für soziale Maßnahmen verwendet. Der angegebene Weltmarktpreis beinhaltet alle Arbeiten, bis der Kaffee auf dem Schiff liegt. Wer sich auskennt weiß, wie aufwendig diese Arbeiten sind.

Etwas mehr als diese Summe, welche das Erzeugerland von den Transfair-Importeuren erhält, kassiert der deutsche Staat über die Kaffee- und die Mehrwertsteuer (ca. 2,60 DM/Pfund). Über 2 Milliarden DM konnte so der Fiskus 1993 für absolutes Nichtstun im Kaffeegeschäft einstecken. Zwischen 1,50 und 2,50 DM erheben die "gerechten Verkäufer" für nichts mehr als die Organisation des Verkaufs. Der Einzelhandel erwirtschaftet zwischen 0,50 und 1,50 DM, der Röster um die 0,60 DM.

Wenn also gerechter Handel heißt, daß die Hauptarbeit von denen geleistet wird, die am wenigsten bekommen, der Mehrpreis von den Händlern eingesteckt wird, wer sind dann die "Cojotes". Ca.10% des Geldes für ca. 90% der Arbeit: pflanzen, pflegen, ernten, waschen, schälen,trocknen, auslesen etc.

"Fair"erweise muß dazu gesagt werden, daß vieles davon nicht von Transfair zu verantworten ist. Verantwortlich allerdings ist Transfair für das Suggerieren "gerechter Preise", und die Verbreitung des Arguments, daß die "sauberen Bohnen" des Aufpreises wegen 2 bis 3 DM/Pfund teurer werden, wenn noch nicht einmal 1 DM davon in die Produktionsländer zurückfließt.

Daß das Fußvolk von Transfair sich dafür in die Supermärkte stellt, um Kaffee auszuschenken, muß allerdings verwundern.

Fazit

"Fair" wird im Fremdwörterbuch mit anständig, gerecht, unparteiisch und ehrlich übersetzt. Selbst wenn wir von der Differenzierung der Kostenanteile bei Kaffee absehen und nüchtern das hinter Transfair stehende Kalkül betrachten, so muß gefolgert werden, daß all diese Attribute Vorwand für ein politisches Projekt sind, welches nur noch Opfer, aber keine Täter mehr kennt. Eine faire Kaffeekampagne muß sich denen zuwenden, die Profiteure der Ausbeutung sind: der bundesdeutsche Staat, die Konzerne und die Oligarchie der betreffenden Länder. Deren Mittel, die kapitalistische Marktwirtschaft, muß zur Disposition stehen. Das 1989 zerbrochene Weltkaffeeabkommen war noch weit gerechter als das neue Modell Transfair.

Dieses Modell ist Ausdruck der im 19. Jahrhundert entwickelten "Inneren Mission", eines Versuches engagierter Christenmenschen, die brutalsten Auswirkungen der europäischen Industrialisierung auf die ArbeiterInnen zu mildern. Doch selbst in den christlichen Kirchen war dieses Modell schon umstritten. Und die milde Gabe war noch nie Vehikel für Veränderung, im Gegenteil, sie zementiert die ungerechten Verhältnisse. Das jedoch bezweckt Transfair. Deshalb muß es weiterhin heißen: Kampf den Kaffeekonzernen und Solidarität mit den linken Volksorganisationen!

El Rojito, Hamburg

16. Wahlen mit Infrarotlicht und unsichtbarer Tinte. Interview mit Norman Paech

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:29

Norman Paech ist Professor für Öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Er hielt sich vom 14. bis 29. April als Wahlbeobachter in Südafrika auf.

Herr Paech, wie wird man eigentlich Wahlbeobachter?

In Südafrika waren jetzt über 5.000 internationale Wahlbeobachter und Wahlbeobachterinnen, und zwar zur Hälfte von UNO, internationalen Staatenorganisationen wie der EU und von einzelnen Staaten. Die andere Hälfte rekrutierte sich aus zahlreichen NGOs (Non Government Organisations). Zu letzteren zählten unter anderem der Weltkirchenrat oder die Internationale Vereinigung demokratischer Juristen, mit der ich gefahren bin. Wir sind angefragt worden von der südafrikanischen Organisation Demokratischer Juristen, die in Johannesburg im wesentlichen schwarze, farbige und einige wenige weiße Rechtsanwälte und Richter organisiert. Es haben sich insgesamt siebzig Juristen in der ganzen Welt aus dieser Organisation zur Verfügung gestellt. Etwa die Hälfte kamen aus den USA.

Was gab es für Sie zu tun?

Das muß man unterteilen in drei Stadien. Erstes Stadium war, die Vorbereitung der Wahlen zu beobachten, das zweite war, die Wahl selbst während der drei Wahltage, und dann zum Schluß die Auszählung. Vor der Wahl ging es im wesentlichen darum, das zu beobachten, was es hier gar nicht gibt, nämlich eine "voter education". D.h. eine Bevölkerung, die seit 350 Jahren nicht wählen durfte, mußte mit diesem Vorgang vertraut gemacht werden. Es sind Handbücher entwickelt worden, es sind auch von den Parteien Blätter verteilt worden, auf denen der Wahlprozeß erklärt worden ist. Was allerdings auch wesentlich war: Es mußte sichergestellt werden, daß diese voter education auch in den entferntesten Winkel dieses großen Landes kam, daß auch die Farmer "ihre" schwarzen Arbeiter nicht davon aussparten. Wir mußten dann allerdings während der Wahltage auch erfahren, daß in manchen Bereichen die schwarzen Farmarbeiter bei der Wahl den Wahlzettel zum ersten Mal sahen, obwohl zur voter education viele Samples gedruckt worden waren.

Galt die voter education auch psychologischen Hemmnissen?

Ja, denn dies ist ein Prozeß, der dieser Bevölkerung vollkommen fremd ist. Sie haben ja nie in gar keiner Weise irgendwo etwas wählen können. Sie waren schlicht Arbeitskräfte, nichts anderes. Sie waren keine politischen Menschen.

Andererseits ist doch der Politisierungsgrad der Bevölkerung sehr hoch.

Das beschränkt sich auf bestimmte Zentren, und vor allem, das beschränkt sich auf eine andere Politisierung, nämlich auf den Befreiungskampf, der aber mit dieser hochformalisierten Art atlantischer Wahlstruktur wenig zu tun hatte.

In der zweiten Phase der Wahlen war die enge Beobachtung des Wahlvorganges unsere Aufgabe, und das hatte mehrere Aspekte. Einerseits mußte überprüft werden, daß es keine Einschüchterung, keine Wahlbetrügereien gab und der vorgesehene Prozeß einwandfrei abläuft. Ein zweiter wesentlicher Punkt war, daß die Anwesenheit von internationalen Beobachtern das Niveau der Gewalt senken sollte.

Des weiteren, daß die Präsenz internationaler Beobachter die vielleicht vorhandene Einschüchterung der schwarzen Bevölkerung durch den Wahlprozeß selbst vermindern konnte. Die kamen in Räume, da waren Dinge aufgebaut, die hat eventuell auch unsereins noch nie gesehen: Infrarotlampen, die unsichtbare Tinte usw. Daß ihnen unsere Anwesenheit signalisiert hat, vor allem in weiß dominierten Gegenden, sie sind nicht von den Weißen abhängig, sondern da gucken auch Internationale hin.

Das war den Wählern klar?

Das war ihnen ganz klar. Wir waren genau gekennzeichnet.

Wer hat Sie denn übers Land verteilt? Geschah das durch die Regierung?

Nein. Es gab eine "Independent Electoral Commission" (IEC), die gebildet worden ist, um die Wahlen durchzuführen. Eine eigene Wahlorganisation, die von den Südafrikanern gebildet wurde, aber auch mit einigen Ausländern aus Zimbabwe, Kenia, USA, Dänemark und anderen Ländern besetzt war.

Ist es denn gelungen, flächendeckend Wahlbeobachtung durchzuführen?

Es gab 9.000 Wahllokale. Es gab insgesamt über 5.000 internationale Wahlbeobachter, die aber alle entweder zu zweit oder zu dritt unterwegs waren, um nicht alleine zu sein. Es war auch ein Transportproblem. Insofern hatte nicht jedes Wahllokal seinen "International observer". Aber die Tatsache, daß es möglich war, daß zu jedem Platz welche kamen, hat zweifelsohne die Situation dort anders entwickelt, als wenn sie sicher gewesen wären, hier kommt nie jemand vorbei. Jede Wahlstation mußte damit rechnen, daß sie von internationalen Wahlbeobachtern auch eingesehen werden konnte.

Meinen Sie denn, daß ausgerechnet jene Kräfte, die kein Interesse an den Wahlen bzw. an ihrer einwandfreien Durchführung hatten sich durch internationale Wahlbeobachter haben beeindrucken lassen?

Es gab etwas sehr Interessantes. Die stärkste Gruppe, die sich gegen diese Wahlen gestellt hatte, war ja die AWB. Diese faschistischen weißen Farmer haben sich an keinem der drei Wahltage an den Wahlstationen, in deren Nähe sie wohnten, gezeigt, sie hatten sich in den Busch zurückgezogen. Uns ist nicht ganz klar weswegen, wir waren darüber erstaunt. Man war auch beim Militär vorbereitet, die daran zu hindern, Wahlstationen aufzumischen. Aber sie waren nicht da. Vielleicht ist das auf die Anwesenheit internationaler Beobachter zurückzuführen. Vielleicht darauf, daß sie allein waren, nachdem Buthelezi sich vom Wahlboykott zurückgezogen hatte.

Die Konservative Partei...

Die Anhänger der Konservativen Partei wurden im wesentlichen aufgefangen von General Viljoen und dessen "Freiheitsfront", der sie zur Wahl gezogen hat.

Und aus Natal sind Ihnen auch keine Zwischenfälle bekannt geworden?

Nein.

Mandela hat ja kurzzeitig von Wahlsabotage gesprochen. Was hat er damit gemeint?

Die Verteilung der Wahlmaterialien hatte sich in verschiedenen Gegenden enorm verschleppt und ist zum Teil gescheitert. Das war insofern interessant, daß dies nicht nur in abgelegenen ländlichen Gebieten so war, sondern auch in PWV, also der Gegend um Johannesburg. Da gab es zum Teil keine Wahlzettel. Dann hat man ominöserweise irgendwo eine Million Wahlzettel gefunden. Da gibt es zwei Vermutungen: Entweder unendliche Schlampigkeit oder Sabotage.

Es hat ja viel Kritik an dieser IEC gegeben, an der Wahlvorbereitung und Durchführung, weil es viele Pannen gegeben hatte. Man muß dazu sagen, daß es sich ja nicht um einen normalen Wahlvorgang, wie wir ihn kennen, handelte: Wo man hingeht, und da sind dann Urnen, Wahlkabinen und Zettel und Registrierungen. Sondern da war sehr viel mehr gefordert. Es mußten zunächst alle Wähler mit sogenannten Identity-cards ausgestattet werden. Noch am dritten Tag der Wahl haben wir Leute gesehen, die nach diesen ID-cards anstanden. Das zweite war, daß geprüft werden mußte, ob sie nicht schon woanders gewählt hatten. Das Gesetz sah vor: Jeder kann dort wählen, wo er sich gerade befindet. Um aber sicherzustellen, daß einer nicht heute hier und morgen dort wählt, mußte man die Leute kennzeichnen. Da es aber Drohungen gegeben hatte, Leute umzubringen, die wählen gehen, mußte diese Kennzeichnung unsichtbar sein. Also verfiel man auf den Trick mit der unsichtbaren Tinte. D.h., die Finger wurden mit dieser Tinte besprüht, die über vier Tage anhielt, nicht abgewaschen werden konnte und nur unter Infrarotlicht sichtbar wurde. Jede der 9.000 Wahlstationen mußte also mit jeweils zwei dieser Infrarotgeräte ausgestattet werden, denn nicht nur die Finger wurden überprüft, sondern auch die ID-card, die mit der unsichtbaren Tinte abgestempelt wurde. Es waren also 18.000 dieser Geräte zu verteilen und ebenso die Tinte.

Wenn also keine Infrarotgeräte da waren, konnten die Leute auch nicht wählen?

Da gab es dann natürlich Zoff. Das konnte man durch die Verlängerung der Wahlen um einen Tag auffangen. Verlängert wurde nur dort, wo es Schwierigkeiten gegeben hatte. Und dann gab es entlegene Gegenden, die

erst am dritten Tag mit Hubschraubern versorgt werden konnten. Letztlich bin ich aber der Überzeugung, daß mit kleinen Ausnahmen alle zur Wahl gehen konnten.

Dadurch, daß jede und jeder an jedem Ort wählen konnte, ist sicher die exakte Wahlbeteiligung nicht zu ermitteln.

Das ist eine schwierige Sache. Man geht davon aus, daß es 22,7 Millionen Wahlberechtigte gab. Aber es ist auch möglich, daß vielleicht auch 23 Millionen zur Wahl gegangen sind, weil man überhaupt keine genauen Unterlagen hat, wie groß die Bevölkerung ist.

Wie war die Stimmung bei den Wahlen?

Ich bin in einer Gegend gewesen - in Nordwest-Transvaal, das das frühere Homeland Bophuthatswana umfaßt -, wo bis zum Surz des Präsidenten Mangope einen Monat vor dem Wahltermin an Wahlen nicht zu denken war. So etwas an Wahlbesessenheit habe ich, der aus einem wahlmüden Land kommt, noch nie gesehen. Eine absolute Begeisterung.

Der erste Tag der Wahl war Behinderten, Alten, Kranken, Schwangeren vorbehalten. Was ich dort gesehen habe, hatte biblische Dimensionen: wie Lazarus zu Jesus gebracht wurde. Die Leute kamen auf der Bahre, in Rollstühlen, wurden getragen. Das war für sie der Zeitpunkt der politischen Menschwerdung ... ein revolutionärer Vorgang, der sie zum ersten Mal als Menschen akzeptierte. Bisher waren sie nur Arbeitskraft. Und selbst wenn Viele illusionäre Hoffnungen daran knüpfen werden, was jetzt geschehen wird: Bildung, Häuser, Veränderung der Arbeitssituation - selbst wenn sie sehr enttäuscht werden, aber das war für sie ein Wendepunkt, auf den manche 80 Jahre gewartet hatten. Mir sagte ein neunzigjähriger Mann, der über sieben Stunden vor dem Wahllokal gewartet hatte: "Das ist doch kein Problem, ich habe über 70 Jahre gewartet." Das war sehr bewegend. Auch die Geduld, mit der die Menschen angestanden haben. Das alles waren für mich überwältigende Eindrücke.

Hat funktioniert, daß die Wahlzettel noch ganz zum Schluß mit Inkatha-Aufklebern ergänzt wurden?

22,7 Millionen Wahlberechtigte, jeweils zwei Wahlen - einmal fürs Provinzial- und einmal fürs Nationalparlament. Also knapp 50 Millionen dieser Aufkleber mußten gedruckt, verteilt und angeklebt werden. Und das innerhalb einer Woche. Das ist eine ziemliche logistische Leistung. Es kam natürlich vor, daß am Anfang etliche Wahlzettel den Aufkleber mit der Aufschrift IFP nicht hatten. Das hat zu erheblichen Auseinandersetzungen geführt. Nach allgemeinem Wahlrecht sind diese Wahlzettel ungültig. Sie sind separiert worden, um später zu zählen, wieviele es im ganzen Land gewesen sind. Ob sie berücksichtigt werden, darüber hat der IEC die Berechtigung zu entscheiden.

Im Wahlkampf war von Behinderungen die Rede, z.B., daß die Democratic Party in ANC-beherrschten Gebieten nicht auftreten konnte.

Es gab viele Klagen darüber, daß bestimmte Parteien in bestimmten Regionen nicht auftreten konnten oder behindert wurden. Dafür hatte das Wahlgesetz eine Schiedsgerichtsbarkeit vorgesehen. Die war mit Juristen besetzt. Ich habe selbst an einem Prozeß in der Hauptstadt von Bophuthatswana teilgenommen, wo die NP sich über Einschüchterung, Behinderung und illegale Einflußnahme durch den ANC beklagte. Das wurde von einem eingesetzten Rechtsanwalt aus Pretoria behandelt, zunächst in einem schriftlichen Verfahren, dann in mündlicher Verhandlung.

Es gab die Möglichkeit, die Verantwortlichen oder Schuldigen zur Zahlung von bis zu 10.000 Rand zu verurteilen. Dagegen war eine Berufung möglich bei einem Tribunal mit drei Richtern. Und dann gab es noch ein spezielles Gremium, vor dem man sich gegen die IEC selbst wenden konnte.

Es gab auch Klagen des PAC gegen den ANC; IFP und ANC beschuldigten sich wechselseitig. Ich nehme an, die meisten Klagen sind gegen den ANC gerichtet gewesen, was bei der Dominanz dieser Partei nicht verwunderlich ist.

(Die Fragen stellte J./Westberlin)

17. Südafrikas Wirtschaft: ANC plant "Wiederaufbau und Entwicklung"

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:26

Die zunehmende Krise des südafrikanischen Apartheid-Regimes in den 80er Jahren war in hohem Maße auch ökonomisch bedingt. Basierend auf dem Rohstoffreichtum des Landes sicherte ursprünglich die Ausbeutung schwarzer Arbeitskräfte dem Land hohe Exportüberschüsse durch die Ausfuhr vor allem von Gold und Kohle. In dem Bestreben, möglichst autark zu sein, um eventuelle Boykotte zu neutralisieren, wurde zugleich der Aufbau einer Schwerindustrie betrieben und generell eine Politik der Importsubstitution durchgeführt: Angefangen bei der kostspieligen Gewinnung von Heizöl, Benzin und chemischen Grundstoffen aus Kohle über den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie bis hin zur Abschottung der heimischen Industrie durch hohe Einfuhrzölle.

Ökonomische Krise

des rassistischen Systems

Das konnte nicht ewig funktionieren. Mit dem zwangsläufigen Einsatz hochentwickelter Bergbautechnik (beschleunigt noch durch das zunehmend erforderliche Schürfen in größeren Tiefen oder durch den Rückgang des Goldanteils im Gestein) relativierte sich für die südafrikanischen Bergbauunternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz der Kostenvorsprung, der auf den Niedriglöhnen für die schwarzen Arbeiter beruht hatte. Weiterhin traten verstärkt neue Anbieter auf dem internationalen Goldmarkt auf (Kanada, USA, Australien und die damalige UdSSR), und generell verschlechterten sich bekanntermaßen die Preise für Rohstoffe gegenüber Industrieprodukten.

Die dem Autarkiebestreben (aber auch internationalen Boykotten) geschuldete Abschottung und Subventionierung der heimischen Industrie hatte (wiederum in Kombination mit den billigen Arbeitskräften) die Langzeitwirkung, daß das südafrikanische Kapital technologisch zunehmend in Rückstand geriet und international immer weniger konkurrenzfähig war. Ein um so schwerwiegenderes Handicap, als der südafrikanische Markt wegen der Armut der schwarzen Bevölkerungsmehrheit nur begrenzte Absatzmöglichkeiten bot. Ein Beispiel: So verlangen "local content"-Richtlinien von den in Südafrika produzierenden Kfz-Herstellern (u.a. VW, BMW und Mercedes), daß 75 Prozent des Produktwertes in Südafrika erzeugt werden muß. Dies hat dazu geführt, daß die in Südafrika produzierten Fahrzeuge verhältnismäßig teuer sind und praktisch nur in Südafrika selbst verkauft werden können. Für den Fall nun, daß sich Südafrika, wie es die weiße Regierung angekündigt hatte, den GATT-Regeln unterwerfen würde und die Einfuhrzölle senkt, hat etwa VW eine Umstrukturierung seiner Produktion einschließlich der Entlassung von rund der Hälfte der Belegschaft angekündigt.

Schließlich trägt der hohe Konzentrationsgrad der südafrikanischen Wirtschaft ein übriges zur fehlenden Innovationskraft bei: 1992 kontrollierten vier Oligopole (das Bergbauunternehmen Anglo American/De Beers und die ebenfalls sämtlich im Bergbau engagierten Versicherungskonzerne Sanlam und Old Mutual sowie der Mischkonzern Rembrandt) 78,1 Prozent der 25.000 in Johannesburg registrierten Firmen; die führenden zehn Konzerne beherrschen sogar 96,2 Prozent der Wirtschaft.

Außenwirtschaftlich war es dem Apartheidregime nicht gelungen, den Schwerpunkt der südafrikanischen Exporte von Rohstoffen wegzuverlagern. 1991 betrug der Wertanteil des Goldes an den Ausfuhren 27 Prozent, der von Kohle 6,4 Prozent. Zusammen mit weiteren unbearbeiteten Rohstoffen betrug deren Exportanteil somit Anfang der 90er Jahre immer noch über 40 Prozent. Industrieprodukte hingegen hatten einen Anteil an der Ausfuhr von lediglich 18,5 Prozent. Zwar fährt Südafrika mit diesem Exportprofil nach wie vor einen hohen Außenhandelsüberschuß ein, doch der Schein trügt: Zum einen ist er Folge der schon erwähnten hohen Einfuhrzölle, zum anderen arbeiten die Goldminen teilweise defizitär und werden vom Staat bezuschußt.

Der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug in den 90er Jahren nur rund 25 Prozent, das war nicht viel mehr als Mitte der 60er Jahre, wo er auch schon bei 23 Prozent gelegen hatte.

Doch Südafrika ist volkswirtschaftlich gesehen auch kein agrarisch geprägtes Land. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP betrug 1991 gerade mal 4,8 Prozent. (1992 war dieser Wert auf Grund großer Trockenheit sogar auf unter 4 Prozent gesunken.) Nennenswerte Erträge und damit Gewinne werden lediglich auf von Weißen bewirtschafteten Farmen erzielt, wo auf großen Flächen kapitalintensiv moderne Technik zum Einsatz kommt. 60.000 weiße Farmer bearbeiten so dank der Ausbeutung von knapp einer Million zumeist schwarzen Landarbeitern 83 Millionen Hektar. Auf der anderen Seite werden lediglich rund 17 Millionen Hektar meist schlechter Böden (vornehmlich in den ehemaligen "Homelands") in Subsistenzwirtschaft betrieben. Diese kleinen Parzellen liefern Millionen Schwarzen ein karges Zubrot und werden oft von Frauen und Kindern beackert, während die dazugehörenden Männer versuchen, in den Städten Geld zu verdienen.

Insgesamt betrachtet ist das südafrikanische Bruttosozialprodukt in den 80er Jahren nur noch um jahresdurchschnittlich 1,9 Prozent gewachsen, für die 90er Jahre ist in Folge der bisher längsten Rezession der Nachkriegszeit ein jährlicher Rückgang von durchschnittlich gut 0,5 Prozent zu beobachten (wobei 1993 eine leichte Aufwärtsbewegung einsetzte). Denkt man jedoch mit, daß das südafrikanische Bevölkerungswachstum jährlich bei 2,5 Prozent liegt, so ist festzustellen, daß das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt seit den 70er Jahren kontinuierlich gesunken ist - besonders deutlich seit 1988 (minus 13,5 Prozent). Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen (preisbereinigt) ist inzwischen auf den Stand von 1971 zurückgefallen. (Financial Times, 24.8.93)

In diesen Zahlen ist freilich die außerordentliche Benachteiligung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit "verschwunden". (Über 28 Millionen oder 75 Prozent der 38 Millionen Südafrikanerinnen und Südafrikaner sind schwarz.) Der Durchschnittslohn von Weißen lag 1992 mit 2.966 Rand mehr als dreimal so hoch wie der der Schwarzen von 991 Rand (Inder: 1.671 Rand, Farbige: 1.197 Rand). Aber diese Zahlen sind noch nicht einmal die halbe Wahrheit. Denn die Arbeitslosigkeit ist noch ungleicher verteilt: Während die durchschnittliche Arbeitslosenquote 1993 46 Prozent betrug, waren zu diesem Zeitpunkt erst rund zwei bis drei Prozent der Weißen ohne feste Anstellung - entsprechend liegt die Quote für Schwarze bei rund 50 Prozent. Auf Grund dessen kommt die Weltbank in ihrem ersten Bericht zu Südafrika zu dem Schluß, daß das Durchschnittseinkommen der Weißen zehnmal so hoch wie das der Schwarzen sei. Und mit diesen krassen Differenzen einher gehen bekanntlich gravierende Unterschiede beim Zugang zu Wasser, Strom, Erziehung, Krankenhäusern, bei der Kindersterblichkeit und der Lebenserwartung.

Hinwendung zum Weltmarkt

Parallel zur Öffnungspolitik gegenüber der schwarzen Bevölkerungsmehrheit unternahm die sich seit 1989 an der Regierung befindende de Klerk-Administration den Versuch einer Modernisierung des südafrikanischen Kapitalismus. Die südafrikanische Wirtschaft sollte weltmarkttauglich, was heißt international konkurrenzfähig gemacht werden. Dazu war unter anderem auch die Beseitigung der Apartheid-Strukturen nötig: innenpolitisch, weil innere Unruhen potentielle Investoren verschreckt und den ohnehin sehr hohen Kapitalabfluß aus Südafrika noch verstärkt hätten; außenpolitisch, weil die südafrikanische Wirtschaft unter der permanenten Drohung von Sanktionen stand, als deren schmerzhafteste Folge sich in den letzten Jahren der erschwerte bzw. versperrte Zugang zu internationalen Krediten, insbesondere von IWF und Weltbank, erwies; ökonomisch, weil als Folge der Apartheidpolitik unter der schwarzen Bevölkerung eine hohe Analphabetenquote (schätzungsweise 50 Prozent) herrscht und es Südafrika an qualifizierten Arbeitskräften mangelt.

Die weiße Reformregierung versuchte in der Zeit, die ihr noch blieb, so gut es ihr möglich war, Maßnahmen im Sinne neoliberaler, exportorientierter Rezepte zu ergreifen. Am weitesten kam sie dabei zum einen mit der Reduzierung der südafrikanischen Auslandsverschuldung. Diese hatte 1985 einen Höchststand von 23,7 Milliarden Dollar erreicht und damals, bedrohlicher noch, zur erklärten zeitweisen Rückzahlungsunfähigkeit der anfallenden Zinsen und Kredite geführt. Inzwischen konnte Südafrika, im wesentlichen unter der Regierung de Klerk, seine Schulden auf nur noch knapp 15 Milliarden Dollar reduzieren und im September letzten Jahres mit den Gläubigerbanken ein Umschuldungsabkommen abschließen. Damit steht der Möglichkeit der Neuaufnahme von Krediten nichts mehr im Wege.

Erfolgreich war die de Klerk-Regierung auch bei der Durchführung einer strikten Geldmengenpolitik, die ihrerseits zum schon erwähnten Rückgang des Bruttosozialprodukts seit 1989 beitrug, jedoch im Sinne ihrer Erfinder die Inflationsrate reduzierte (derzeit knapp 10 Prozent) und vor allem dafür sorgen sollte, daß zu

unproduktive Bereiche vom Markt verschwinden. Anstrengungen wurden des weiteren unternommen, um die Einnahmen des Staates zu erhöhen und zugleich das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Hierfür wurde als wichtigste Maßnahme im April 1993 die Mehrwertsteuer von 10 auf 14 Prozent erhöht und damit den breiten Massen die Hauptlast aufgebürdet (unbeschadet der Tatsache, daß für einige Grundnahrungsmittel reduzierte Mehrwertsteuersätze gelten). In einem an den IWF gerichteten "letter of intent" vom Dezember 1993 erklärte die Regierung (im Einvernehmen mit dem ANC), den Anteil der staatlichen Neuverschuldung auf sechs Prozent des Bruttosozialprodukts reduzieren zu wollen; jedoch sieht auch der im März für 1994/95 vorgelegte Haushaltsplan noch eine diesbezügliche Neuverschuldungsrate von 6,4 Prozent vor.

Schließlich war die Regierung auch um die Privatisierung der in weißen "Wagenburgzeiten" geschaffenen staatlichen Betriebe bemüht. Hierbei geriet sie in Gegensatz zum ANC, der ja ursprünglich sogar für eine Nationalisierung der privatkapitalistischen Konzerne eingetreten war und aktuell die Einnahmen aus dem relativ starken staatlichen Sektor als Basis für den Aufbau eines menschenwürdigen Schul- und Gesundheitssystems nutzen möchte. Staatsbetriebe gibt es unter anderem in den Bereichen Energieversorgung und Stahl, Post und Verkehr (u.a. neun Großflughäfen sowie die Fluggesellschaft SAA). Genauere Angaben über den Umfang der vorgenommenen Privatisierungen liegen uns leider nicht vor; zum Teil sind staatliche Betriebe zunächst nur kommerzialisiert worden, indem sie in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden, bei denen der Staat jedoch einziger Aktionär blieb.

Die aufgelisteten Maßnahmen zur Durchsetzung einer strikt (welt)marktwirtschaftlich orientierten Politik wurden durch das diskrete Bemühen der weißen Regierung flankiert, Südafrika wieder den Fängen von IWF und Weltbank zuzuführen. (Letztmalig hatte Südafrika 1982 vom IWF Mittel erhalten.) So kündete Finanz- und Wirtschaftsminister Keys im Oktober 1992 an, Südafrika wolle künftig als Entwicklungsland eingestuft werden, um damit besseren Zugang zu Weltbankmitteln zu erhalten. Im August 1993 wurde dann lanciert, daß die Vergabe eines Milliarden-Kredits durch den IWF kurz bevorstünde. Zugleich gingen derartige Angebote mit dem Hinweis einher, daß über eine Vergabe die Zustimmung des ANC entscheide - womit dieser in die Verantwortung eingebunden werden sollte. Die erste Amtshandlung des Übergangs-Exekutivrats nach seiner Einrichtung am 21. Dezember 1993 war dann tatsächlich die Zustimmung zu einem 849 Millionen Dollar-Kredit des IWF, mit dessen Hilfe Dürreschäden und ausgefallene Exporterlöse überbrückt werden sollten.

ANC setzt auf binnenorientierte Entwicklung

Sicher nicht nur oberflächlich betrachtet ist der ANC bemüht, die herrschenden Spielregeln nicht zu verletzen. Daß der ANC gemäß seiner "Freiheitscharta" von 1955 Bergbau, Banken und Monopolbetriebe verstaatlichen werde, verkündete Nelson Mandela auch nur noch ein einziges Mal, nämlich kurz nach seiner Freilassung im Februar 1990. Bei nächster Gelegenheit war von ihm dann zu vernehmen, daß dem ANC nichts ferner liege, als dem Staat alle wirtschaftlichen Funktionen zu übertragen; im Gegenteil erstrebe er das Vertrauen der Geschäftswelt, sowohl im In- wie im Ausland, die Sicherheit des Besitzes und die Ermöglichung eines fairen Ertrages aus der Investition. Allerdings müsse die Geschäftswelt auch die Aspirationen der arbeitenden Klasse nach gerechter Entlohnung und Sicherheit des Arbeitsplatzes anerkennen. Strikt verwahre sich der ANC jedoch gegen die von der Regierung geplante Privatisierungswelle. (nach NZZ, 30.5.90)

Dabei ist es bis heute im Prinzip geblieben. Mandela begibt sich in die USA und erklärt dortigen Unternehmern, daß sie "very, very welcome" in Südafrika seien. (Financial Times, 12.10.93) Der Transfer ihrer Gewinne zurück sei garantiert. Der Leiter der ANC-Wirtschaftsabteilung, Trevor Manuel, beantwortet die Frage, ob der ANC die Nationalisierungsoption ausüben werde, mit einem schlichten "Nein". (Handelsblatt, 19.4.94) Selbst die zeitweise benutzte Formel von einer künftigen "gemischten Wirtschaft", ohnehin nur matter Abglanz des einstigen sozialistischen Ziels, ist von offizieller ANC-Seite nur noch selten zu hören.

Doch jenseits dieser scheinbaren Eindeutigkeiten ist die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Südafrikas keineswegs schon vorgezeichnet. Die Ursache hierfür ist dabei in erster Linie gar nicht mal in politischen Widersprüchen begründet - also der Existenz eines starken linken und sozialistischen (Gewerkschafts-)Flügels innerhalb des ANC (COSATU-Vorsitzender Sam Shilowa: "Wir brauchen soviel Staat wie möglich", Die Woche, 16.12.93). Vielmehr dürfte die anstehende Modernisierung der südafrikanischen Wirtschaft einen anderen als den von der bisherigen Regierung betriebenen exportorientierten Kurs nahelegen, und - das ist das Entscheidende - Südafrika hat vorerst die nötige ökonomische Kraft, um sich nicht den Vorgaben von IWF und Weltbank unterwerfen zu müssen.

Schaut man sich das Wirtschaftsprogramm des ANC an und stellt es in den Kontext der politischen Verhältnisse, so erweist sich seine Charakterisierung als "neoliberaler Gehorsam" (taz-Kommentar vom 25.1.94) als scheinkritische Floskel. Denn der geplante Bau von einer Million Wohnungen, die Elektrifizierung von 2,5 Millionen Häusern, die Ausstattung aller Haushalte mit Trinkwasser und sanitären Anlagen oder die Errichtung von 2.000 Krankenhäusern ist - rein volkswirtschaftlich gesehen - ein gigantisches binnenorientiertes Ankurbelungsprogramm für die südafrikanische Wirtschaft. Dieses wird, einhergehend mit rund 2,5 Millionen neuen Arbeitsplätzen, vermutlich auch einen Nachfrageschub für in Südafrika produzierte Gütern auslösen. Weitere Arbeitsplätze und damit zusätzliche Nachfrage wird die anvisierte Landreform bringen - ungeachtet ihrer sich schon jetzt abzeichnenden Defizite. Zusätzlich wird eine verbesserte Schulbildung auch den Interessen des in Südafrika operierenden Kapitals an qualifizierten Arbeitskräften entgegenkommen. Dieses alles ist zunächst mal das Gegenteil der von den imperialistischen Konzernen und Agenturen geforderten, an strikter Exportorientierung ausgerichteten Kosten- bzw. Lohnsenkungspolitik.

Bei der Finanzierung dieses Programms wird die ANC-geführte Regierung um eine wieder stärker anwachsende Neuverschuldung nicht herumkommen, auch wenn im ANC-Wirtschaftsprogramm versprochen ist, die Staatsausgaben nicht zu erhöhen. Immerhin wurde in dessen nunmehr siebenter Fassung das Ziel fallengelassen, die staatliche Neuverschuldung nicht über die Sechs-Prozent-Marge im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt steigen zu lassen. (Handelsblatt, 19.4.94) Auch die Steuern will der ANC - abgesehen von Schenkungs-, Erbschafts- und Luxussteuern - nicht erhöhen. Im Gegenteil, Steuern für Kleinunternehmen und geringe Einkommen sollen gesenkt, die teilweise Befreiung von der Mehrwertsteuer soll ausgeweitet werden. Insgesamt budgetiert der ANC für sein "Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm" eine Summe von 39 Milliarden Rand (Kosten für die Elektrifizierung nicht miteingerechnet), verteilt auf fünf Jahre. (Zum Vergleich: Das laufende Haushaltsjahr sieht Ausgaben von 125 Milliarden Rand vor). Diese Gelder will der ANC durch eine Reduzierung der Militärausgaben und eine Verkleinerung der Verwaltungskosten (unter anderem entfallen künftig die ehemaligen Homeland-Verwaltungen) aufbringen. Trotzdem wird die ANC-geführte Regierung um eine Kreditaufnahme nicht herumkommen. Dazu wird sie auf ausländische Kreditgeber zurückgreifen müssen, zumal die genannte Summe von 39 Milliarden Rand (ca. 18 Milliarden DM) zu niedrig angesetzt sein dürfte. Es wird dann die Frage sein, ob es Südafrika gelingt, sich auf den internationalen Geldmärkten Mittel beschaffen zu können bzw. sich den an IWF-Kredite normalerweise geknüpfte Auflagen entziehen zu können.

Das auf die internen Ressourcen und eine sich selbst tragende Entwicklung setzende Binnenmarkt-Konzept des ANC umfaßt die Option, alsbald auch weitere Staaten des südlichen Afrikas in die erhoffte wirtschaftliche Dynamik Südafrikas miteinbeziehen zu können - zu beiderseitigem Vorteil und als Hoffnung für den gesamten Kontinent südlich der Sahara.

J./Westberlin

What's left? oder:

Läßt sich die Niederlage vermeiden?

Was soll eigentlich eine politische Bewegung machen, die zwar über politische und kulturelle Hegemonie verfügt (so wie Gramsci sich das immer gewünscht hat), deren Gegner jedoch die ökonomischen und militärischen Machtmittel in den Händen halten? In dieser zweideutigen, gegebenenfalls zwielichtigen Position findet sich der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) im Prinzip schon seit seiner Legalisierung im Februar 1990, spätestens aber seit seinem überwältigenden Wahlsieg wieder.

"Sie dachten, sie hätten die Macht. Dabei waren sie nur an der Regierung." Das schrieb Kurt Tucholsky einst der SPD vergeblich ins Stammbuch. Dem ANC wird dieses Mißverständnis kaum unterlaufen. In der Organisation existiert eine hohes Maß an Sensibilität für die nationalen und vor allem internationalen Kräfteverhältnisse, ein kritisches Bewußtsein über die Funktion von IWF und Weltbank. Die Frage stellt sich, welcher Spielraum unter den gegebenen Bedingungen für linke (Wirtschafts-)Politik noch bleibt.

Es macht keinen Sinn, dem ANC vorzuhalten, er hätte sozialistische Ziele preisgegeben. Dafür lassen sich mehrere Gründe anführen.

Zum einen läßt sich mit Fug und Recht behaupten, daß die ANC-Freiheitscharta von 1955, auf die in diesem Zusammenhang häufig verwiesen wird, nicht ein sozialistisches Programm war, sondern eines der "nationalen

Befreiung": "Der nationale Reichtum unseres Landes, das Erbe aller Südafrikaner, wird dem Volk zurückgegeben. Die Bodenschätze, Banken und Monopolbetriebe werden in Eigentum des ganzen Volkes überführt. Alle anderen Industriebetriebe und der Handel werden unter Kontrolle gestellt, damit sie dem Wohle des Volkes dienen." Diese Formulierung ist sinnvollerweise im Kontext der besonderen Form des südafrikanischen Kapitalismus zu verstehen, dessen "innerer Kolonialismus" eben primär nicht auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse, sondern auf der eines anderen Volkes beruhte. Der ehemalige KP-Generalsekretär Joe Slovo beschrieb 1984 bei einem Vortrag in Maputo diesen Hauptwiderspruch folgendermaßen: "Jede Einschränkung gilt ihm (einem schwarzen Südafrikaner, Anm. ak) nicht als Angehörigem einer Klasse, sondern weil er Teil des eingeborenen, unterjochten und kolonialisierten Volkes ist ... daß (der ANC) als nationale Befreiungsbewegung bezeichnet wird, ist kein Zufall; es beschreibt vielmehr treffend das Hauptziel des derzeitigen revolutionären Prozesses, das in der nationalen Befreiung besteht."

Zweitens: Daß in einen bestimmten historischen Zeitraum (ab Ende der 50er Jahre) nicht wenige nationale Befreiungsbewegungen sozialistische Orientierungen entwickelten, machte angesichts der ökonomischen Stärke der imperialistischen Staaten nur deshalb Sinn, weil in Gestalt der Sowjetunion und der um sie gescharten Länder eine reale Alternative in Form eines sozialistischen Weltsystems existierte. In dessen Windschatten schien eine nichtkapitalistische Entwicklung möglich zu sein. Mit dem Niedergang der Sowjetunion ist diese Option offensichtlich hinfällig geworden. (Dieser Zusammenhang dürfte auch für nationale Befreiungskämpfe gelten, die von ihrem Beginn an unter Führung der jeweiligen kommunistischen Partei des Landes standen.)

Zum dritten existieren heute weltweit keine ausgearbeiteten Konzepte oder praktisch begehbaren Wege, die zur unmittelbaren Umsetzung einer sozialistische Politik taugen würden. Auch das ist sicher zu großen Teilen auf die ökonomische und/oder militärische Überlegenheit des Imperialismus zurückzuführen. Die mangelnde Kraft aller linken, sozialistischen und kommunistischen Kräfte, in der augenblicklichen Situation in umfassenden Sinne hegemoniefähig zu werden (was die Fähigkeit zur Eroberung der Macht und zu ihrer dauerhaften Verteidigung mit einschließt), bedeutet aber nicht, daß das Eintreten etwa der meisten südafrikanischen Gewerkschaften für sozialistische Produktionsverhältnisse falsch sei. Solange sich derartige Forderungen aus praktisch erfahrenen Widersprüchen der herrschenden Verhältnisse ergeben, ist der Kampf um ihre Verwirklichung, und das heißt zuerst um ihre gesellschaftliche Hegemoniefähigkeit nicht nur berechtigt, sondern auch notwendig. Denn es kommt ja je länger desto drängender darauf an, aus den Widersprüchen und Krisen des real existierenden weltweiten Kapitalismus heraus die Mosaiksteine für neue Produktionsverhältnisse zu finden, die nicht mehr der Logik des Profits und der Ausbeutung gehorchen.

Unter den gegenwärtigen weltweiten Kräfteverhältnissen dürften aus antikapitalistischer Sicht all die Länder von Interesse sein, die Alternativen zu einer vorrangigen Ausrichtung am kapitalistischen Weltmarkt durchzuführen versuchen und statt dessen den eigenen Binnenmarkt entwickeln bzw. fördern möchten. Diese Orientierung enthält, zumindest in Ländern der Dritten Welt, ein emanzipatorisches Potential, da sie einer mehr eigenständigen, nicht ausschließlich an den Interessen der imperialistischen Staaten und Konzerne ausgerichteten wirtschaftlichen (und politischen) Entwicklung dient. Ob solche alternativen, "sozialdemokratischen" kapitalistischen Entwicklungswege unter den gegebenen Kräfteverhältnissen überhaupt eine Chance haben, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Die Voraussetzungen hierfür scheinen überhaupt nur in wenigen Ländern vorhanden. Zu diesen Voraussetzungen zählen:

- eine Volkswirtschaft, die sich noch selber zu reproduzieren in der Lage ist;

- eine Ökonomie, die noch nicht vorrangig für die Bedürfnisse des kapitalistischen Weltmarktes zugerichtet wurde;

- eine höhere Bevölkerungszahl, um überhaupt einen inneren Markt aufbauen zu können;

- eine Regierung, die aus antiimperialistischer Tradition stammend, bisher nicht die Kontrolle über die ökonomische Entwicklung ihres Landes an imperialistische Agenturen übergeben hat

- und/oder eine linke Massenbewegung, die einen politisch zu berücksichtigenden Faktor darstellt.

J./Westberlin

18. Gespräch mit dem stellvertretenden Gouverneur von Van, C. Aksoy, am 20.3.94

Besuch in Van/Kurdistan

Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:08

Zur Beobachtung des kurdischen Newroz-Festes (21. März) hielt sich unsere Delegation im Auftrag des "Internationalen Vereins für Menschenrechte in Kurdistan e.V." (Bremen) vom 19. bis 24. März 1994 in Van/Kurdistan auf. Uns gelang die Einreise trotz Behinderung und Einschüchterungsversuchen, da wir uns nicht als Delegation zu erkennen gaben. Dennoch wurden wir vom ersten Augenblick an auf Tuchfühlung beschattet, wodurch konstruktive Gespräche mit der Bevölkerung praktisch unmöglich gemacht wurden. Bereits im Vorfeld des 21. März waren der Vorsitzende und der Generalsekretär des Vaner Menschenrechtsvereins verhaftet und Vertreter pro-kurdischer Presse und anderer Organisationen an der Kontaktaufnahme mit ausländischen Beobachtern gehindert worden. Von staatlicher Seite wurde versucht, die massive polizeiliche und militärische Präsenz - auf einen Einwohner kommen zwei Mitglieder der staatlichen "Sicherheitskräfte" - als "vorbeugende Sicherheitsmaßnahme" zu erklären.

Obwohl uns die stellvertretenden Gouverneure von Van, Cengizhan Aksoy und Bestami Alkan, versicherten, daß "Van die sicherste Provinz der Türkei" sei (siehe nebenstehendes Gespräch) und keinerlei Unruhen in der Stadt zu befürchten seien, ist die Präsenz verschiedener staatlicher "Sicherheitskräfte" in Uniform und Zivil erdrückend. In der Stadt ist offen keine pro-kurdische Presse zu bekommen, auf den Dächern stehen schwerbewaffnete Spezial-Teams. Es finden nächtliche Festnahmen statt. Die Menschen werden gezwungen, nachts in ihren Häusern zu bleiben. Sehr rasch nach Einbruch der Dunkelheit leeren sich die Straßen und das täglich mühsam aufrecht erhaltene städtische Leben weicht einer gespannten, gespenstischen und bedrohlichen Stille, unterbrochen von Schreien, Schüssen und den mit aggressiven Hunden durchgeführten Verschleppungsaktionen durch die Spezial-Teams.

Während Ministerpräsidentin Ciller vorschlug, Newroz offiziell zu feiern, wurden Umzüge und traditionelle Newroz-Feuer schon an der Peripherie von Van verhindert und Dutzende von Personen festgenommen (vor allem im Vaner Stadtteil Yeni Mahalle).

Uns wurde mehrfach signalisiert, daß eine Kontaktaufnahme zu uns auf Grund der ständigen Präsenz der "Sicherheitskräfte" unmöglich war; Angst und Schrecken der Vaner Bevölkerung durch eine permanente, subtile Repression, die die Menschen dazu bringt, sich "vor ihrem eigenen Schatten zu fürchten" ist offensichtlich. Die Unterdrückungsmechanismen seitens der türkischen "Sicherheitskräfte" sind durchaus mit denen der Gestapo im 3. Reich vergleichbar.

Es existiert eine Rechtsstaatlichkeit für die kurdische Bevölkerung weder in Kurdistan noch in der Westtürkei, wie uns in Ankara Menschenrechtler und Mitarbeiter pro-kurdischer Zeitungen bestätigten. Für die Verschärfung der Lage wird die Doppelmoral der Europäer verantwortlich gemacht: Einerseits würde die Einhaltung der Menschenrechte (trotz gleichzeitiger umfassender Militärhilfe) gefordert, andererseits interessiere die geopolitische Lage sowie die Marktaufteilung in der gesamten Region des mittleren Ostens. "Europa schließt die Augen, damit alles schnell über die Bühne geht."

Die Notwendigkeit einer sofortigen Lösung wurde unterstrichen: umgehender Waffenstillstand, Generalamnestie für kurdische politische Inhaftierte, Aufnahme politischer Gespräche mit gewählten Vertretern des kurdischen Volkes - etwa Abgeordnete, Bürgermeister u.a. - grundlegende Änderung der Haltung der europäischen Länder.

Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD in Ankara, Akin Birdal, sagte uns: "Solange eine imperialistische interstaatliche Einmischung in die Angelegenheiten der Türkei stattfindet, sind internationale Kontakte auf nichtstaatlicher Ebene, wie z.B. Delegationen, und die Schaffung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die kurdische Sache unabdingbar." Die Kurdinnen und Kurden fühlen sich durch die kurzfristige Absage einer Wahlbeobachtungsdelegation vom Europäischen Parlament im Stich gelassen und drängen auf eine ausführliche differenzierte Darstellung ihrer Probleme.

Die KurdInnen in Deutschland greifen immer mehr zu spektakulären Mitteln, um endlich eine Wende der Situation in ihrer Heimat zu erreichen. Seit Jahren wandern Delegationen durch die Türkei, sprechen mit der Bevölkerung, Zuständigen, Verantwortlichen, Offiziellen, Politikern. Was hat sich geändert? Delegationen werden heute als PKK-Unterstützer massiv behindert. Die Lage ist brisanter denn je. Nach offiziellen türkischen Äußerungen wird die militärische "Endlösung" bereits durchgeführt. Organisationen und Einzelpersonen auch hier in Deutschland, die die Menschenrechte einfordern, werden zunehmend kriminalisiert. Selbstverbrennung wird als Erpressung diffamiert. Verfolgte werden zu Tätern gemacht. Folter, Verschleppungen, Verschwindenlassen, außergerichtliche Hinrichtungen seitens der türkischen Regierung, die der Bundesregierung bekannt sind, sind "nicht nachprüfbar". Abkommen werden mit der türkischen Regierung angestrebt, deren Taten ihre Worte Lügen strafen; Abschiebungen der Kurden in ihre Heimat geplant, in der kein Teil verfolgungsfrei ist.

Delegationsteilnehmerinnen: Gisela Khan, Regina Beyer, Johanna Adickes, Sabine Atasoy, Renate Herzog.

Bremen, 29.3.1994.

Kontakt: Internationaler Verein für Menschenrechte in Kurdistan, Renate Herzog, Tel: 0421/703932, Fax: 0421/703885.

Gespräch mit dem stellvertretenden Gouverneur von Van, C. Aksoy, im Kulturzentrum von Van am 20. März

Delegation: Warum haben Sie uns eingeladen?

Gouverneur: Wir möchten Sie als Gäste begrüßen.

Hier sind sonst wohl keine anderen Touristen?

Gouverneur: Heute sind keine Touristen in Van. Bis vor zwei Jahren kamen 150.000 aus Deutschland an den Van-See, auf die Insel. Jetzt kommen nur noch 10.000 wegen der PKK. Der Tourismus ist zurückgegangen erstens wegen des Golfkrieges und zweitens wegen der PKK-Propaganda. Sind Sie Touristen?

Wir sind gekommen, um spazierenzugehen und uns alles anzusehen.

Gouverneur: Wir möchten Programm mit Ihnen machen.

Wir möchten alles alleine ansehen.

Gouverneur: Voriges Jahr entführte die PKK französische Touristen. Sie entführen heute noch, um den Tourismus zu stoppen. Aber in Van gibt es keine PKK.

Wie schätzen Sie die PKK ein?

Gouverneur: So viele Neonazis es in Deutschland gibt, so viele PKK-Leute gibt es in der Türkei.

Bestehen die starken Sicherheitskräfte wegen der PKK?

Gouverneur: Ja, weil die die Kommunalwahlen boykottieren wollen. Aus dem Ausland kommen PKK-Unterstützer, Terroristengruppen. Deshalb die starken Sicherheitskräfte. Sie wissen doch auch von den Anschlägen der IRA, auch auf Flughäfen?

Erwarten Sie Anschläge hier auf dem Flugplatz?

Gouverneur: Nein, aber man weiß nie, wo die Terroristen zuschlagen. Bis jetzt ist nichts passiert. Van ist die sicherste Provinz in der Türkei. Sie können machen was Sie wollen. Seien Sie aber vorsichtig. Die angrenzenden Länder unterstützen die PKK und unsere Sicherheitskräfte sind dazu da, die Grenzen schützen.

Wir haben von diesen Gerüchten gehört und in Deutschland in den Zeitungen gelesen. Deshalb sind wir hierher gekommen, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, sich darüber zu äußern.

Gouverneur: Sprechen Sie mit den Vertretern der Parteien. Wir können Termine und Einladungen zu Partei-Kundgebungen organisieren.

Wir möchten gern zu dem Menschenrechtsverein in Van.

Gouverneur: Selbstverständlich. (Anmerkung: Zu dieser Zeit waren bereits der Vorsitzende und der Generalsekretär des Menschenrechtsvereins verhaftet.) Wir können Ihnen auch interessante Berichte über Sehenswürdigkeiten und Prospekte geben. Die Türkei ist ein demokratisches und laizistisches Land. An Newroz allerdings ist es gefährlich.

Befürchten Sie etwas?

Gouverneur: In Van nicht, aber man weiß nie, wo die Terroristen zuschlagen. Es gab einen Antrag im Parlament. Nächstes Jahr wird Newroz ein offizieller türkischer Feiertag für alle Turkrepubliken. Montag wird eine Newroz-Feier vom Gouvernement ausgerichtet. Sie sind eingeladen, und wir werden eine Telefonnummer im Hotel hinterlegen.

Von Freunden, die öfter in Antalya sind, hörten wir, daß dortige Hotels vor Ausflügen nach Van, Esrum - kurz: Kriegsgebiete - warnen.

Gouverneur: Das ist nur aus Konkurrenzgründen. In Van ist kein Krieg, sondern Terror. Die PKK hatte in einem Hotel in Antalya eine Bombe gelegt. Ansonsten gibt es sie dort nicht. Aber man weiß nie, wo sie zuschlägt. Auch die Hoteliers in Esrum haben gesagt, fahrt nicht nach Van, und das ist auch der Beweis für die Hotelkonkurrenz.

In der deutschen Presse wird über eine "militärische Lösung" berichtet.

Gouverneur: Ist hier Krieg?

Aber hier sind doch überall Soldaten?

Gouverneur: Weil hier das Grenzgebiet Iran, Irak, Syrien, Rußland, Armenien, Aserbaidschan ist. Das sind keine demokratischen Länder, und sie unterstützen die PKK. Deshalb müssen wir das Grenzgebiet schützen. Aber wir werden dieses Jahr das PKK-Problem lösen!

Wie?

Gouverneur: Ihr habt doch in Deutschland die Meinhof-Bande. Mit Terror kommt man nicht weit. Die PKK ist sowieso dabei, sich aufzulösen, weil sie nämlich keine Basis finden kann. Deswegen sind sie in eine Mafia-Position geraten.

Sie werden also demokratisch vorgehen?

Gouverneur: Ja. Die PKK ist in Auflösung begriffen. Auch Europa hat ja jetzt endlich erkannt, was das für eine Organisation ist und sie endlich verboten.

(Ein Geheimdienstmann setzt sich zu uns:) Wie ist Ihre persönliche Einschätzung?

Van ist so schön.

Geheimdienstmann: Nein, Ihre Einschätzung zur PKK.

Ich kann dazu nichts sagen. Wir hören so viele verschiedene Sachen, und hier sieht man ja nichts. Warum machen sie eigentlich diesen ganzen Terror. Was ist deren Ziel?

Geheimdienstmann: Das Leben ist hier - abgesehen von dem Terror - so ein Genuß, wie wenn man einen brasilianischen Kaffee trinkt. Die Menschen sind wie Milch und Kaffee, die man nicht voneinander trennen kann. Die Menschen voneinander trennen, verletzt die Menschenrechte und verstößt gegen jede menschliche Logik. Die Menschen sind hier ineinander verschmolzen. Sie erinnern sich an unseren früheren Staatspräsidenten. Er ist Kurde. Ich bin Tatar. Von der Kultur hier sind die hier alle Kurden. (Zeigt auf die Anwesenden. Einer tritt vor und redet kurdisch als allgemeine Begrüßung.)

Zu Hause reden auch alle kurdisch. Vor einigen Jahren war die kurdische Sprache verboten. Das hat sich ja jetzt geändert. Jetzt sind hier alle gleichberechtigt. Das Sprachverbot ist aufgehoben, kurdische Musik erlaubt. Man kann hier Kassetten kaufen - überall.

Gibt es auch kurdische Zeitungen?

Geheimdienstmann: Ja, "Azadi", "Dengewelat".

Tourismusdirektor: "Azadi", "Rojname". (Anmerkung: erste kurdische Zeitung, vor zwei Jahren mit nur einer einzigen Ausgabe erschienen.)

Wie heißen die Zeitungen?

Gouverneur: "Azadi", "Dengewelat", "Rojnu". Das heißt soviel wie Newroz, neuer Tag. (Anmerkung: Die Zeitung existiert unseres Erachtens nicht.)

Wo sind die Büros?

Gouverneur: Hier sind keine Druckereien, deshalb werden sie in Ankara und Istanbul gedruckt.

Gibt es hier auch Büros und Redaktionen?

Gouverneur: Jaja, "Azadi", das ist doch der Seifertin.

Geheimdienstmann: Es gibt keine Büros, aber Reporter haben die. (Anmerkung: Das "Azadi"-Büro war bereits zu dieser Zeit geschlossen, die Redakteure untergetaucht.)

Sie haben doch gerade Namen genannt. Wer war das?

Tourismusdirektor: Nein, nein. Es gibt hier keine Büros. Es gibt türkische Redaktionen: Hürriyet, Milliyet, Sabah. Mit Hürriyet können Sie selbstverständlich sprechen. Außerdem gibt es lokale Fernsehsender wie die Mega-Show.

Und kommen Sie im Sommer wieder. Wir werden Programm machen. Wollen wir jetzt schon das Hotel buchen?

19. Mexikos Weg in die Tributwirtschaft

Autor: Stephanie und Boris · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:30

Während am 1. Januar in Mexiko-City die Sektkorken in den Bankzentralen, in den Chefetagen der Großindustrie und dem Hauptquartier der Staatspartei PRI knallten, pfiffen in Chiapas der Staatsmacht die ersten Kugeln aus den Gewehrläufen der Guerillaarmee um die Ohren. Das neue Jahr hat turbulent begonnen, und obwohl es erst vier Monate alt ist, steht bereits jetzt fest, daß es als ein historisches Krisenjahr in die Geschichte Mexikos eingehen wird.

Das Establishment in der Hauptstadt hatte tatsächlich Grund, den Beginn des Jahres euphorisch zu feiern. Es sah sich nach einem fetten Geschäftsjahr vor einer noch vielversprechenderen Zukunft. Der Präsident Carlos Salinas de Gortari hatte mit seinen Amtskollegen aus Kanada und den USA das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement - NAFTA, Tratado de Libre Comercio - TLC) trotz aller innenpolitischer Widersprüche und Widerstände termingerecht zum 1. Januar unter Dach und Fach gebracht. Die US-amerikanische Presse bedachte den mexikanischen Präsidenten dafür brav mit Lobeshymnen auf die "salinistische Revolution" und die "Salinastroika", die er im südlichen Nachbarstaat vollbracht hätte. Und die Aussichten der PRI (Partido Revolucionario Institucional) auf einen Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen im August des Jahres schienen so gut wie sicher. Doch auch das in Chiapas aufmarschierte EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional - Zapatistisches Nationales Befreiungsheer) hatte Grund, das neue Jahr auf seine Art einzuläuten. Für die Campesinos und Indígenas war die seit 1988 laufende Amtsperiode Carlos Salinas im Gegensatz zur hauptstädtischen Geschäftswelt eine pure Tortur, und die Aussicht auf das Inkrafttreten des TLC-Abkommens kommentierten die Rebellen als "das Todesurteil für die Indígena-Völker Mexikos".

Hinter der scheinbar stabilen Fassade des angeblich so erfolgreichen "neoliberalen Modernisierungsprojektes" hatten sich soziale Widersprüche angestaut, die nun seit dem 1. Januar heftig aufbrechen. Wenn die Dokumente des TLC-Abkommens von einer besseren Integration Mexikos in die Weltwirtschaft sprechen, bedeutet dies eigentlich eine vollständige ökonomische Eingliederung in die USA, von der Mexiko schon immer ökonomisch abhängig war. Seit Anfang der 80er Jahre aber, als der Verfall des Rohölpreises das auf Ölexporte angewiesene Mexiko in eine Schuldenkrise stürzte, veränderte sich diese Abhängigkeit qualitativ. Unter dem Schuldendiktat des IWF und der Weltbank, die letztlich US-Interessen vertreten, mußte die Staatspartei PRI von ihrer protektionistisch, kooperativen Wirtschaftspolitik auf eine "Liberalisierungspolitik" umschwenken. Konkret bedeutete dies die vollständige Öffnung Mexikos für den Weltmarkt, die Privatisierung von Staatsbetrieben, die drastische Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, die Inflationsbekämpfung durch Lohnstopp und allgemein den Rückzug des Staates aus dem ökonomischen Prozeß. Während der laufenden Präsidentschaftsära von Carlos Salinas de Gortari wurde diese Politik zur vollen Entfaltung gebracht.

Die Kassen klingeln -

der Hunger kehrt zurück

Oberflächlich betrachtet war das Sexenio, die sechsjährige Amtszeit, des Präsidenten Carlos Salinas eine Phase der wirtschaftlichen Stabilisierung oder gar des Aufschwungs. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) lag im Jahr des Amtsantrittes bei 1,2%, erreichte 1990 ihren Höhepunkt mit 4,4% und bewegte sich ansonsten zwischen 2-3%. In Anbetracht der zur gleichen Zeit äußerst schwachen Konjunktur in den USA, dem wichtigsten Handelspartner, schnitt Mexiko damit vergleichsweise günstig ab. Auch die Inflation, das Schreckgespenst der mexikanischen Wirtschaft, konnte gebändigt werden. Während die Preissteigerung für Konsumgüter Mitte der 80er Jahre durchweg über 60% pro Jahr lag, mit einem Rekord von 131,8% im Jahr 1987, konnte die Regierung Salinas die Preissteigerungsrate für Konsumgüter während ihrer Amtszeit auf unter 30% drücken. (1)

Mit diesen wirtschaftlichen Erfolgen wurde kräftig Imagewerbung betrieben, und im Ausland betrachtete man Mexiko als ein beispielhaftes Entwicklungsland, das sich auf dem Weg in die "Erste Welt" befindet. Begutachtet man die Realität allerdings etwas genauer und bezieht den sozialen Aspekt in die Analyse mit ein, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Das Wirtschaftswachstum und die Bremsung der Inflation wurden gänzlich auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung, vor allem der Campesinos, erkauft. Während 1980 noch

36,04% des BIP an die Arbeitenden verteilt wurde, waren es 1990 nurmehr 24,6%. Die Mindestlöhne sind in den letzten zehn Jahren um 60% gefallen. Von den 86 Millionen Mexikanern werden 50 Millionen als arm und 19 Millionen als extrem arm eingestuft. (2) 25,6% oder 6 Millionen der mexikanischen ArbeiterInnen verdienen weniger als 300,- DM monatlich und das bei Lebenshaltungskosten, die in den Städten nicht wesentlich unter deutschem Niveau liegen. (3)

Die Amtsperiode Salinas stand unter dem Zeichen der Umverteilung von unten nach oben. Während die Reallöhne drastisch verfielen, in den Indígena-Dörfern und den Slums der Städte der Hunger und die Cholera zurückkehrten, klingelten die Kassen der Großindustrie. Das Wirtschaftsmagazin Forbes überraschte kürzlich seine LeserInnen mit der Nachricht, daß in Mexiko nach den USA, der BRD und Japan die meisten Dollarmilliardäre leben. 1991 waren lediglich zwei Mexikaner Besitzer von einem Guthaben von mehr als einer Milliarde US-Dollar, 1992 waren es schon sieben und 1993 ganze 13!

Aber es ist nicht nur die krasse soziale Ungerechtigkeit, die einen Schatten auf die salinistische Wirtschaftspolitik wirft. Ein großes Problem besteht darin, daß sich das Wirtschaftswachstum völlig desintegriert und ungleich entwickelt hat. Die exportorientierten Sektoren der mexikanischen Volkswirtschaft (Fahrzeugbau, Öl, Zement, Chemie) konnten expandieren, während gleichzeitig die binnenmarktorientierten Sektoren stagnierten oder sogar rückläufig waren. Seit Mexikos Beitritt zum GATT-Abkommen (General Agreement of Tarifs and Trade) 1986, und der damit verbundenen verstärkten Weltmarktintegration durch unter anderem massive Zollsenkungen für Importe, hat sich die bis dahin positive Außenhandelsbilanz in ein zunehmendes Defizit verwandelt. Mexiko hat mittlerweile ein Handelsbilanzdefizit von über 20 Mrd. US-Dollar. (4) Importiert werden in erster Linie Konsumgüter aus den USA. Dies führt zum Bankrott vieler binnenmarktorientierter klein- und mittelständischer Unternehmen. So gingen allein 1993 etwa 650.000 Arbeitsplätze, davon 50% in der verarbeitenden Industrie, verloren. (5) Die Importe resultieren also keineswegs in einer Modernisierung der Volkswirtschaft, sondern führen zum Zusammenbruch der einheimischen Produktion. Das beste Beispiel dafür ist die Landwirtschaft: Die Gesamtproduktion stagniert seit Jahren und in einigen Bereichen (Reis, Weizen, Soja) sank sie sogar. (6) Das Agrarland Mexiko importiert heute billiges Getreide aus den USA und läßt die eigene Agrarproduktion verfallen. Dies hat weitreichende soziale Folgen, wie der Guerilla-Aufstand in Chiapas zeigt, dessen Wurzeln letztlich in der Verelendung ganzer Regionen liegt, die auf landwirtschaftliche Produktion angewiesen sind.

Neben der Inflationsbekämpfung war die Reduzierung der Auslandsschulden ein erklärtes Ziel der Salinas-Regierung. Trotz der Privatisierung zahlreicher staatlicher Betriebe, darunter die Telefongesellschaft, Banken, Minen und petrochemischen Betriebe und trotz der Dezimierung der staatlichen Ausgaben für Ausbildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnungsbau und Subventionen für die Landwirtschaft und Fischerei wurde dieses Ziel nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Auslandsverschuldung stieg von 100,9 Mrd. US-Dollar im Jahr 1988 auf 114 Mrd. Ende 1993. (7)

Die Interessen der USA

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des letzten Jahrzehntes in Mexiko ist ohne eine Analyse der Interessenlage der USA nicht zu verstehen. Das TLC-Abkommen der USA mit Mexiko und Kanada soll die krisengeplagte US-Ökonomie auf dem Weltmarkt gegenüber den sich formierenden Wirtschafsblöcken Westeuropa (EG-Binnenmarkt) und Ferner Osten unter Führung Japans konkurrenzfähig machen.

Seit dem 2. Weltkrieg haben die USA auf dem Weltmarkt konstant an wirtschaftlichem Einfluß verloren. Vor 30 Jahren lag der weltweite Anteil der USA am Bruttosozialprodukt (BSP) noch bei 30%, heute sind es nurmehr 20%. Die USA beendeten den 2. Weltkrieg als weltweit stärkster Kreditgeber, heute sind sie der größte Netto-Schuldner, allerdings mit dem Vorteil, die Schulden in eigener Währung zu haben. (10) Dennoch verfügen die USA noch über eine unbestrittene wirtschaftliche, politische und militärische Vormachtstellung auf dem amerikanischen Kontinent, die sie jetzt zu ihren Gunsten im Projekt einer nordamerikanischen Freihandelszone (TLC) und bilateralen Abkommen mit den wirtschaftlich interessanten Ländern Lateinamerikas in die Waagschale werfen.

Die US-amerikanische Perspektive durch das TLC-Abkommen sind bessere Exportmöglichkeiten, neue Investitionsanlagen, billige Arbeitskräfte, die Möglichkeit, umweltverpestende Industrien auszulagern und der Zugriff auf Rohstoffvorkommen. Außerdem fürchtet die USA die Zurückdrängung aus der Vormachtstellung in

"ihrem Hinterhof" Lateinamerika. Die von George Bush konzipierte "Iniciativa para las Américas" (Initiative für die Amerikas) soll den USA ihre kommerziellen und politischen Vorrechte in Lateinamerika sichern und bedeutet eine Kampfansage an Europa und Japan. Die Initiative soll unter der Kontrolle der USA Restriktionen von Investitionen und Handelsströmen eliminieren und strebt einen kontinentalen Binnenmarkt an. Der erste Schritt dahin sind die bi- oder multilateralen Abkommen wie das TLC. Das TLC-Abkommen kann also als eine Antwort der USA auf die seit Mitte der 70er Jahre währende Wachstumskrise und die Bildung von mächtigen Wirtschaftsblöcken in Europa und Asien betrachtet werden.

"Dieses Abkommen (ist) Teil einer geopolitischen Strategie der USA, das den Weg bereiten soll für die Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die Festigung der regionalen Vorherrschaft, den Anstoß des Wachstums der eigenen Wirtschaft und deren Stabilisierung. Ihre Absichten in Bezug auf die GATT-Verhandlungen, d.h. auf der einen Seite den Austausch von landwirtschaftlichen Produkten und allen Arten von Dienstleistungen zu liberalisieren und auf der anderen Seite eine größere Abschirmung des eigenen intellektuellen Eigentums zu erreichen, hat auf der multilateralen Ebene nicht gefruchtet. Deshalb versuchen sie auf der Grundlage von bilateralen Abkommen weiterzukommen." beschreibt Elaine Levine die Strategie der USA. (11)

Vor allem das Erdöl scheint in den Überlegungen der USA ein wichtiger Faktor zu sein. Der Golfkrieg Anfang 1991 machte deutlich, welche Bedeutung der internationale Preis des Erdöls für die USA hat. Der Krieg im persischen Golf war eine militärische Stärkeschau der USA, wies jedoch auch auf ihre wirtschaftliche Verwundbarkeit hin. Die USA weist im Hinblick auf essentielle Rohstoffe eine hohe strategische Schwäche auf. Durch das TLC-Abkommen mit Mexiko versucht sich die USA den wichtigsten Rohstoff - das Erdöl - zu günstigen Konditionen zu sichern. In Mexiko verstaatlichte Präsident Lazaro Cárdenas (der Vater des heutigen oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Cuauthémoc Cárdenas) 1938 gegen den scharfen Widerstand der USA die Erdölindustrie und formierte den Staatskonzern PEMEX, der nach wie vor Staatseigentum ist. Diese Maßnahme der mexikanischen Regierung ermöglichte den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der mexikanischen Volkswirtschaft in der Nachkriegszeit und verlieh Mexiko eine relativ große politische Unabhängigkeit gegenüber den USA. Durch den TLC-Abschluß wird Mexiko die Kontrolle über seine Erdölvorkommen verlieren. Im Februar 1991 gab der Chef der "Secretaria de Energia, Minas e Industria para estatal" (SEMIP), Juan Eibenschutz, bekannt: "In allen Bereichen der Erdölindustrie werden 100% Finanzierungen (durch ausländisches Kapital) erlaubt werden." Das private nationale oder internationale Kapital wird also Zugang zu den Prozessen der Exploration, der Förderung und der Kommerzialisierung des mexikanischen Erdöls haben. (12)

Mexiko -

Tributwirtschaft der USA

Im Grenzgebiet von Mexiko und den USA wird bereits heute sichtbar, in welche Richtung sich die Ökonomie Mexikos nach dem Abschluß des TLC-Abkommens beschleunigt entwickeln wird. In den Grenzstädten Ciudad Juárez, Tijuna, Matamoros und Reynosa sind über die letzten Jahre die sogenannten "Maquiladoras" entstanden. Dabei handelt es sich um mit US-Kapital aufgebaute Fabriken. Für Investoren aus den USA bietet dieser Standort einige gewichtige Vorteile. Das Lohnniveau liegt weit unter dem der USA, die Umweltauflagen sind in Mexiko zum einem wesentlich geringer, und die Einhaltung dieser minimalen Auflagen wird zum anderen kaum kontrolliert. Außerdem bietet der Standort Grenze den geographischen Vorteil, daß quasi keine zusätzlichen Transportkosten für die Belieferung des US-Marktes entstehen. Diese Faktoren bestimmen den Charakter der Industrieansiedlungen in Nordmexiko. Es handelt sich um umweltbelastende Produktionen, die einen großen Bedarf an unqualifizierter Arbeitskraft haben, wie beispielsweise die Textilindustrie oder die Fertigung von Elektrogeräten. Die in den Maquiladoras produzierten Güter werden zum größten Teil in die USA exportiert. In Mexiko bleibt also weiter nichts als ausgebeutete Arbeitskraft und eine verpestete Umwelt. Die in Mexiko erzielten Gewinne müssen nach TLC-Vereinbarungen nicht wieder in Mexiko investiert werden und können frei über die Grenze fließen wie die Produkte. (13)

Ähnlich liegen die Dinge im Bereich der Agrarwirtschaft. Die mexikanische Regierung hat in der Verhandlungsphase des TLC die mexikanische Verfassung dahingehend geändert, daß das bisher in Kommunalbesitz befindliche Land der Ejidos (Campesinokooperativen) privatisiert werden kann. Es ist nun der Weg frei für private Investoren, sich das fruchtbare Ackerland unter den Nagel zu reißen und dort eine

technologisierte Massenproduktion von Agrargütern aufzubauen. Dies geschieht vor allem in den nördlichen Staaten Sonora und Sinaloa. Die Agrarprodukte werden mit der billigen Arbeitskraft der landlosen Campesinos, die nicht mehr als zehn bis 20 Pesos (fünf bis zehn DM) täglich verdienen, hergestellt und anschließend exportiert. (14)

Für den streßgeplagten internationalen Jet-Set, der sich auch mal eine Pause vom Geldverdienen gönnen will, erschließen ausländische Investoren die mexikanischen Strände, um dort glitzernde Enklaven des Reichtums und des Luxus einzurichten. Das TLC-Abkommen hat die Barrieren für derartige Projekte beseitigt.

Die neoliberale Politik der mexikanischen Regierung seit 1983 resultiert letztlich in einigen fundamentalen Entwicklungen, die sich durch das Inkrafttreten des TLC-Abkommens weiter vertiefen werden. Zum einen gibt es den Prozeß der Deindustrialisierung im Bereich der mexikanischen binnenmarktorientierten klein- und mittelständischen Produktion. Zum anderen entwickeln sich in einigen wenigen Regionen exportorientierte Industrien, meist durch Investitionen des Auslandskapitals, deren Charakteristika die umweltbelastende Billiglohnproduktion ist. Der mexikanische Staat verliert die Kontrolle über die Erdölförderung und -veredelung an das nordamerikanische Kapital und damit die wichtigste wirtschaftliche Grundlage der nationalen Unabhängigkeit. In Mexiko selbst profitiert eine winzige Minderheit von der Wirtschaftspolitik während die ArbeiterInnen, die Campesinos und breite Teile der Mittelschicht verarmen. Am TLC-Abkommen wird deutlich, daß es sich bei den Schlagwörtern "Neoliberalismus" und "freier Handel" um Worthülsen handelt, die den industriell unterentwickelten Ländern als Entwicklungsstrategien verkauft werden, sie im Grunde jedoch zu völlig abhängigen Ökonomien der Industrieländer machen. Mexiko mutiert durch das TLC-Abkommen zur Tributökonomie, zum industriellen Schuhabstreifer beziehungsweise zum Touristikparadies der USA.

Stephanie und Boris

Mexiko-Stadt, 24. April 94

Anmerkungen:

1) Zahlen für BIP und Inflation entnommen aus: Realidad economica de México 1993, Compendio Estadístico, México DF. 1992

2) Informe politico que presenta la coordinación nacional al X. congreso de FAT (Frente Autentico del Trabajo), Oaxtepec, Morelos, noviembre de 1993

3) XI. Censo General de Población 1990.

4) OECD Economic Outlook no. 54, Paris Dec. 1993

5) La Journada, 14.4.94.

6) La Journada, 9.4.94.

7) Zahl für 1988 siehe (1) Realidad economica ... Zahl für 1993: La Journada, 9.4.94. Von den 114 Mrd. US-Dollar sind 78 Mrd. Staatsschulden und 36 Mrd. private Schulden

8) Siehe (4) OECD ...

9) La Journada, 17.4.94

10) Vgl.: Elaine Levine: El Tratado de Libre Comercio México - Estados Unidos en la problemática económica y social estadunidense. In: La Integración comercial de México a Estados Unidos y Canada. (Ed. Benito Rey Romay), México D.F. 1991. S. 27-30

11) Ebenda, S. 45

12) Siehe: John Saxe-Fernández: Aspectos estratégicos ... In: Elaine Levine: El Tratado de Libre Comercio ..., S. 130

13) Vgl.: Emilio Pradilla Cobos: Los territorios del TLC. In: Viento del Sur No. 1 Abril 1994, México D.F.

14) Ebenda.

20. Dritte Welt in der Ersten Welt. Einwanderungsland USA. Teil 1

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:21

Die USA sind das Einwanderungsland der westlichen Welt. Auch in der bundesdeutschen Diskussion um Migration und Einwanderungsgesetze verweisen viele auf das Beispiel USA. Der folgende Artikel beschreibt die Entwicklung von Einwanderungsgesetzgebung und Asylrecht in den USA sowie die Veränderung der Migrationsbewegungen in Nordamerika in den vergangenen 30 Jahren. Darüberhinaus wird der Zusammenhang zwischen Migration und ökonomischer Umstrukturierung untersucht. Der zweite Teil des Artikels im nächsten ak wird die Situation von nicht-legalisierten EinwanderInnen und die gegenwärtige politische Mobilisierung (von rechtsaußen bis Clinton) gegen "illegale" ImmigrantInnen behandeln. In einem dritten Teil wird es um die widersprüchliche gesellschaftliche "Integration" von ImmigrantInnen-Communities gehen, vor allem um Selbstorganisation und gewerkschaftliche Kämpfe.

Heute leben bei einer Gesamtbevölkerung von gut 260 Millionen EinwohnerInnen etwa 20 Millionen ImmigrantInnen in den USA, ein Anteil von 8%. (1) Darunter befinden sich ca. drei bis fünf Millionen "Illegale". Jährlich kommen etwa eine Million legale und nicht-legalisierte (2) EinwanderInnen hinzu, die meisten davon aus der "Dritten Welt".

Die USA kennen kein "Ausländergesetz", sondern nur ein Einwanderungsgesetz. Der wichtigste Unterschied zur Situation von ImmigrantInnen in der BRD ist, daß in den USA nicht das völkische Abstammungsprinzip gilt, sondern das "ius solis": d.h., wer auf dem Territorium der USA geboren wird, ist automatisch US-StaatsbürgerIn, auch wenn die Eltern nur "illegal" im Land sind. Darüberhinaus sind zur Zeit auch ca. 40% aller ImmigrantInnen eingebürgert.

Wer legal einwandert oder als Flüchtling anerkannt wird, bekommt als "Permanent Resident" zunächst eine Aufenthaltsberechtigung mit Arbeitserlaubnis und Anspruch auf Sozialleistungen ("Green Card") und kann nach fünf Jahren die Einbürgerung ("Naturalization") beantragen. Aber auch für "illegale" ImmigrantInnen gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich im Laufe der Zeit legalisieren zu lassen.

Historischer Hintergrund

Seit ihrer Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1776 haben sich die USA immer als Einwanderungsland verstanden. Von 1850 bis heute haben die USA insgesamt fast 60 Millionen ImmigrantInnen aufgenommen, die größte grenzüberschreitende Bevölkerungsverschiebung in der industrialisierten Welt. Historisch gesehen verfolgte der US-Staat mit seiner Einwanderungspolitik mehrere Absichten:

1) die Eroberung und Besiedlung neuer Territorien (nach der weitgehenden Ausrottung der vorherigen BewohnerInnen),

2) den Zugriff auf ein massives und billiges Arbeitskräftepotential (einschließlich der Sklaverei bis 1865),

3) außenpolitische Interessen,

4) Regulierung der ethnischen Zusammensetzung der US-Bevölkerung und

5) humanitäre Gesichtspunkte (Asyl).

Bis heute fehlt in keiner Politikerrede zum Thema Einwanderung das Bekenntnis "we are a nation of immigrants". Immer wieder berufen sich solche Reden auf die Inschrift der Freiheitsstatue im Hafen von New York, über den bis zur Mitte dieses Jahrhunderts der Großteil der ImmigrantInnen aus Übersee einreiste - eine Inschrift, die die meisten US-AmerikanerInnen auswendig kennen: "Give me your tired, your poor, and your huddled masses - gebt mir eure Erschöpften, eure Armen und eure zusammengedrängten Massen".

In der Anfangszeit der USA kamen die meisten EinwanderInnen aus Großbritannien, Irland und Deutschland; erst nach 1880 traten neue Herkunftsländer in den Vordergrund: Italien, Rußland, Polen, Österreich-Ungarn, Griechenland und andere süd- und osteuropäische Länder. Von außerhalb Europas kamen um die Jahrhundertwende nur wenige ImmigrantInnen, selbst das Nachbarland Mexiko spielte bis 1910 nur eine

geringe Rolle. Als kulturelles Ideal galt der "Melting Pot", der Schmelztiegel der gesellschaftlichen Assimilation zumindest der europäischen EinwanderInnen.

Andererseits gab (und gibt) es in weiten Teilen der US-Gesellschaft immer auch ein gegenläufiges Selbstverständnis: "we are a nation of Anglo-Americans", eine Nation von Menschen nordwesteuropäischer Abstammung. Daher gab es auch immer wieder Bemühungen, Einwanderung aus Südeuropa und Osteuropa sowie aus Asien, Afrika (3) und Lateinamerika zu begrenzen oder zu verhindern - Bemühungen, die in unterschiedlichem Ausmaß in regierungsoffizielle Politik umgesetzt wurden.

Die ersten Einwanderungsgesetze

Nach Jahrzehnten einer "open-door"-Politik wurde mit dem "Chinese Exclusion Act" 1882 das erste Gesetz verabschiedet, das ausdrücklich die Einwanderung einer bestimmten ethnischen Gruppe, die als "nicht-assimilierbar" galt, verhindern sollte. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits über 100.000 chinesische Immigranten (fast nur Männer) v.a. zum Goldschürfen und zum Eisenbahnbau im Westen der USA rekrutiert worden. In den folgenden Jahren kamen weitere Restriktionen hinzu, u.a. gegen die Einwanderung von Polygamisten, Kriminellen, Anarchisten, Kommunisten, Japanern und Analphabeten (in zeitlicher Reihenfolge).

Die atemberaubende Expansion der US-Ökonomie führte dennoch nach der Jahrhundertwende zum bisherigen Höhepunkt der Einwanderung. Von 1900 bis 1914 immigrierten 13,5 Millionen Menschen in die USA, bevor der Erste Weltkrieg diesen Zustrom wieder auf unter 300.000 pro Jahr reduzierte (allerdings wird auch geschätzt, daß ein Drittel der ZuwanderInnen schließlich wieder in ihre Heimatländer zurückkehrte - "Pendel-Migration" ist also kein neues Phänomen). Die US-Volkszählung von 1910 registrierte 14,7% der Bevölkerung als "foreign-born" (außerhalb der USA geboren), ein "AusländerInnenanteil", der seither nie wieder erreicht wurde.

1921 und 1924 wurden dann die ersten umfassenden Gesetze über Einwanderungsquoten verabschiedet. Der "Quota Act" von 1921 legte jährliche Obergrenzen für europäische EinwanderInnen fest: 3% der Zahl der jeweiligen Landsleute, die die US-Volkszählung von 1910 erfaßt hatte (Bsp.: 1910 befanden sich etwas über eine Million PolInnen in den USA, also durften ab 1921 jährlich maximal 30.977 PolInnen zusätzlich einreisen). Der "National Origins Act" von 1924 reduzierte diese Quoten auf 2% - auf der Basis der Volkszählung von 1890, als der Bevölkerungsanteil von Süd- und OsteuropäerInnen in den USA noch minimal war (so wurde durch diesen Taschenspielertrick z.B. die polnische Quote auf 5.982 reduziert). In Folge des Gesetzes von 1924 gingen die Einwanderungszahlen auch tatsächlich zurück, bis sie während der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre ("Great Depression") sogar negativ wurden, also mehr Menschen die USA verließen als neue zuwanderten. (4)

Die Absicht des "National Origins Act" war klar: Die rasch zunehmende Einwanderung von Süd- und OsteuropäerInnen, die als "rassisch minderwertig" und "nicht-amerikanisierbar" galten, sollte eingeschränkt werden. Das oberste Kriterium für die Aufnahme von ImmigrantInnen war deren (vermutete) Assimilationsfähigkeit. Der von NordwesteuropäerInnen dominierte ethnische "Mix" der US-Bevölkerung sollte eingefroren werden. AsiatInnen wurde die Einwanderung wegen ihrer "Rassezugehörigkeit" bis 1952 ganz verboten. (5)

Das Gesetz von 1924 vergab 84% der Einwanderungsquoten an Nord- und Westeuropa, 14% an Süd- und Osteuropa und 2% an den "Rest" - allerdings wurde Lateinamerika ganz vom Quotensystem ausgenommen. Darüberhinaus gab es wiederholt befristete Sonderregelungen, z.B. für mexikanische "GastarbeiterInnen" in der US-Landwirtschaft ("Braceros"), für 379.000 "Displaced Persons" aus Europa (nach dem 2. Weltkrieg), oder für bestimmte Gruppen von Flüchtlingen (z.B. aus Kuba), so daß Anfang der 60er Jahre über die Hälfte der ZuwanderInnen außerhalb des Quotensystems einreiste. Im Grundsatz blieb der rassistische "National Origins Act" aber von 1924 bis 1968 in Kraft.

Die Einwanderungsreform von 1965

In den 60er Jahren wurde solch offener regierungsamtlicher Rassismus allerdings politisch unhaltbar. Innenpolitisch hatte die (mehrheitlich schwarze) Bürgerrechtsbewegung wichtige demokratische und antirassistische Reformen durchgesetzt. Außenpolitisch konnten sich die USA mit offen rassistischen Gesetzen immer schwerer als "Führerin der Freien Welt" gegenüber den antikolonialistischen

Befreiungsbewegungen verkaufen. Auch wirtschaftliche Interessen sprachen immer deutlicher gegen das alte Einwanderungsregime: Die rassistischen Quoten waren zu unflexibel und konnten kaum den Bedürfnissen des US-Kapitals nach zusätzlichen Arbeitskräften angepaßt werden. Der Zuzug von hochqualifizierten Fachkräften und WissenschaftlerInnen werde durch die bisherige Regelung behindert, bemängelte eine Regierungskommission. (6)

Dementsprechend wurde mit dem umfassenden "Immigration and Naturalization Act" von 1965 (der 1968 in Kraft trat) das alte Nationalitäten-Quotensystem zugunsten eines ausgeklügelten Präferenzsystems abgeschafft. Im Vordergrund standen dabei der Familiennachzug für Angehörige von US-BürgerInnen und "Permanent Residents" (dauerhaft ansässigen AusländerInnen), sowie Arbeitsmarktgesichtspunkte, für die allerdings nur 20% der Quote vorgesehen waren (siehe Kasten).

Der jährliche Gesamtumfang der Immigration wurde auf 290.000 begrenzt (170.000 aus Europa und Asien, sowie 120.000 aus Kanada, der Karibik und Lateinamerika), mit einer Obergrenze von 20.000 für jedes einzelne Herkunftsland. Dazu kamen noch Flüchtlinge (im Sinne der Genfer Konvention) und Asylsuchende. Keine zahlenmäßige Begrenzung galt für unmittelbare Verwandte (EhepartnerInnen, minderjährige Kinder und Eltern) von US-BürgerInnen. Unerwarteterweise stieg deren Zahl rapide auf jährlich ca. 200.000, so daß unter dem Gesetz von 1965 de facto jährlich bis zu 490.000 Menschen legal in die USA einwanderten. Mit der Betonung des Familiennachzugs wollte man durch die Hintertür die Bevorzugung von EuropäerInnen (die die übergroße Mehrheit aller bisherigen EinwanderInnen stellten) beibehalten und die bestehende ethnische Zusammensetzung der US-Bevölkerung festschreiben - allerdings erfolglos (siehe unten).

Legalisierung,Kriminalisierung: das IRCA-Gesetz von 1986

Nach langjähriger Debatte verabschiedete der US-Kongreß 1986 das umfangreiche "Simpson-Rodino"-Gesetz oder "Immigration Reform and Control Act" (IRCA) - wobei der Schwerpunkt eindeutig auf dem Wort "Kontrolle" lag. Das Gesetz sollte die nicht-legalisierte Einwanderung in die USA kontrollieren und reduzieren und bestand aus drei Hauptteilen: einem weitreichenden Legalisierungsprogramm für etwa drei Millionen Menschen, die sich bereits "illegal" in den USA aufhielten, erstmalig Sanktionen gegen UnternehmerInnen, die wissentlich "Illegale" beschäftigen, und einer massiven Aufrüstung an der US-mexikanischen Grenze.

Das Gesetz von 1990: Qualifizierte vor!

Das Präferenzsystem von 1965 wurde Ende 1990 erneut modifiziert, nicht zuletzt auf den Druck von großen Konzernen, die eine bessere Ausrichtung der Immigration auf die Bedürfnisse des US-Arbeitsmarktes (aus kapitalistischer Sicht) forderten: die Zahl derjenigen, die auf der Grundlage ihrer beruflichen Qualifikation einwandern dürfen, wurde dementsprechend mit 140.000 fast verdreifacht. Die jährliche Obergrenze für alle Immigrations-Kategorien wurde von 490.000 auf 700.000 (für 1992-94) bzw. 675.000 (ab 1995) erhöht (jeweils ohne Flüchtlinge).

Auch das neue Einwanderungsgesetz enthält eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen und Sonderbestimmungen. Z.B. gibt es eine "Lotterie" (so der offizielle Sprachgebrauch!), bei der jährlich 55.000 Visa verlost werden, knapp die Hälfte davon für europäische Länder. Angesichts des verstärkten Familiennachzugs aus der "Dritten Welt" soll mit diesem "Permanent Diversity Program" im Sinne der "Vielfalt" der Immigration ausdrücklich die Immigration aus Europa gefördert werden - ein letztes ideologisches Überbleibsel des "National Origins Act" von 1924. Außerdem wurde noch eine weitere Bestimmung eingeführt, die im Volksmund "fat- cat" (etwa: "Fettsack")-Programm genannt wird: wer mindestens eine Million Dollar in den USA investiert und damit mindestens zehn Arbeitsplätze schafft, kann sofort eingebürgert werden. Diese Bestimmung wurde allerdings nur in sehr geringem Umfang in Anspruch genommen.

Das US-Kapital und konservative Think-Tanks wie die Heritage Foundation und das Hudson Institute heben oft die ökonomischen Vorteile der Immigration hervor: Da die US-Bevölkerung seit dem Ende des Baby-Booms in den 50er und 60er Jahren tendentiell überaltert, sind dringend zusätzliche junge Arbeitskräfte nötig, um die öffentlichen Rentenkassen ("Social Security") aufzufüllen. ImmigrantInnen sind im Durchschnitt höher qualifiziert als Einheimische (arbeiten dann allerdings oft weit "unterhalb" ihrer Qualifikation). Unter der Überschrift "ImmigrantInnen helfen, die US-Ökonomie wiederzubeleben" errechnete die Zeitschrift "Business Week", daß ImmigrantInnen zusammen jährlich etwa 90 Mrd. US-Dollar Steuern zahlen, weit mehr als sie an staatlichen Geldern beanspruchen.

Dennoch enthielt auch der "Immigration Act" von 1990 neben einer Ausweitung der legalen Immigrationsmöglichkeiten auch eine repressive Seite: ein weiterer Ausbau von Grenzbefestigungen und Grenzpolizei sowie beschleunigte Abschiebeverfahren. Außerdem wurde eine "anti-terroristische" Klausel in das Gesetz aufgenommen, die (ohne den Begriff "Terrorismus" genau zu definieren!) die Abschiebung von ausländischen UnterstützerInnen (auch solchen mit festem Aufenthaltsstatus) von ausländischen "terroristischen" Organisationen vorsieht, auch wenn die Abzuschiebenden keine US-Gesetze verletzt haben. (7)

Die "Neue Migration" aus der Dritten Welt

Parallel zur Reform der Einwanderungsgesetze begannen sich in den 60er Jahren auch Umfang und Zusammensetzung der Immigration stark zu verändern, eine Entwicklung, die durch die neuen Gesetze noch beschleunigt wurde. Betrug die jährliche legale Immigration Mitte der 60er Jahre noch unter 300.000, stieg sie bis 1980 auf über 500.000 und beträgt heute über 800.000. Dazu kommen noch schätzungsweise 100.000-200.000 "Illegale" pro Jahr. (8) 1970 betrug der Anteil der (legalen und nicht-legalisierten) "Foreign-Born" an der US-Gesamtbevölkerung noch 4,7% (9,6 Millionen Menschen), 1980 dann 6,2% (14 Mio) und 1990 7,9% (19,8 Mio) (siehe Grafik 1).

Noch deutlicher hat sich die Zusammensetzung der Immigration verändert: Noch 1960 kamen über zwei Drittel aller legalen EinwanderInnen aus Europa, in den 80er Jahren waren es gerade noch 10%. Dementsprechend hat sich der Anteil von ImmigrantInnen aus Lateinamerika, der Karibik und Asien vervielfacht (Afrika spielt nur eine relativ geringe Rolle). Rechnet man noch die nicht-legalisierte Immigration hinzu, dann dürfte der europäische Anteil an der de-facto-Zuwanderung noch niedriger liegen.

Mit Abstand die meisten legalen EinwanderInnen kamen in den 80er Jahren aus Mexiko (woher auch die meisten nicht-legalisierten ImmigrantInnen kamen), gefolgt von den Philippinen, Vietnam und Südkorea. (9) Fast ein Viertel aller "im Ausland geborenen" US-EinwohnerInnen stammt inzwischen aus Mexiko (4,3 von 19,8 Mio). Kanada und die traditionellen europäischen Herkunftsländer befinden sich nicht mehr unter den "Top Ten".

Auch die geschlechtliche Zusammensetzung der Immigration hat sich verändert: Während vor 1960 weit mehr Männer als Frauen einwanderten, sind heute über die Hälfte aller Zuwandernden Frauen. Viele dieser Frauen reisen über Familienzusammenführung ein, aber auch der Anteil "unabhängig" einwandernder Frauen steigt an, wie die Migrationsforscherin Saskia Sassen betont.

Migrationsziel Metropole

Auffällig ist, daß sich die neue "Dritte-Welt"-Immigration nicht mehr oder weniger gleichmäßig über die USA verteilt, sondern auf wenige Ballungszentren konzentriert: Fast 40% aller ImmigrantInnen seit 1987 leben in Südkalifornien (v.a. Großraum Los Angeles), andere zogen in den Großraum New York City, nach Chicago, Südflorida oder Texas. Viele Großstädte sind heute international geprägt: So ist ein Drittel aller erwachsenen EinwohnerInnen von New York City im Ausland geboren, 44% von Los Angeles und volle 70% von Miami.

Die Migrationsrouten aus den einzelnen Herkunftsländern konzentrieren sich dabei oft auf bestimmte geographische Ziele: So immigrieren die meisten PuertorikanerInnen in drei Großstädte an der US-Ostküste (New York City, Philadelphia und Hartford) und nach Chicago; die knapp eine Millionen ImmigrantInnen aus El Salvador leben fast alle in Los Angeles, Houston oder Washington, DC; EinwanderInnen aus dem arabischen Raum konzentrieren sich im Großraum Detroit; ArmenierInnen in Los Angeles; Menschen aus der Dominikanischen Republik in New York City (besonders im Norden Manhattans), etc. (10)

In den Großstädten bieten die "Ethnic Communities" früherer Einwanderungsgenerationen oft eine erste Anlaufstelle für neue ImmigrantInnen. Bei Bekannten und Verwandten finden Neuankömmlinge erstmal Unterschlupf und vielleicht einen Hinweis auf eine Arbeitsstelle. Viele NeueinwanderInnen finden auch bei früher Zugewanderten einen Job, z.B. im Einzelhandel. So sind in New York City die meisten Obst- und Gemüsegeschäfte in koreanischer Hand, etc.

Migration und ökonomische Umstrukturierung

Es fällt auf, daß in den vergangenen dreißig Jahren die "Dritte-Welt"-Migration in Großstädte wie New York City oder Chicago im "Rust-Belt" (Rost-Gürtel) der USA rasant angewachsen ist, obwohl diese Städte im gleichen Zeitraum von De-Industrialisierung, Arbeitsplatzabbau und steigender Arbeitslosigkeit geprägt waren. (11) Auch die tiefe Rezession in den frühen 80er Jahren bewirkte keinen "Knick" in der Einwanderungskurve. EinwanderInnen kommen also auch dann, wenn die Gesamtzahl der Arbeitsplätze im Zielland schrumpft - wichtiger ist vielmehr, welche Arbeitsplätze angeboten werden. Gerade New York City erlebte in dieser Zeit eine dramatische ökonomische Umstrukturierung, die eng mit der zunehmenden "Dritte-Welt"-Immigration verbunden ist (ähnliche Prozesse gelten auch für viele andere US-Ballungszentren). (12)

Einerseits sind viele "traditionelle" Produktionszweige rapide geschrumpft bzw. wurden in die (gewerkschaftsfreien) US-Südstaaten oder ins Ausland verlagert, wo die Löhne erheblich niedriger sind als im alten industriellen "Rust-Belt" im Norden der USA. Andererseits hat sich der Dienstleistungs- und Finanzsektor in den Metropolen stark ausgeweitet. Dort ist die Einkommensstruktur extrem polarisiert: Den hochdotierten Arbeitsplätzen der Elite steht eine wachsende Zahl von Niedrigstlohn-Jobs gegenüber, in denen besonders viele ImmigrantInnen arbeiten (z.B. bei der Datenerfassung, Gebäudereinigung, in Restaurants und Hotels, als FahrradbotInnen). Darüberhinaus wächst auch die informelle Schattenökonomie im Straßenhandel, im Baugewerbe und im Dienstleistungsbereich. In einer Stadt wie New York City wird inzwischen an jeder einigermaßen belebten Straßenecke irgendetwas zum Verkauf angeboten, von Malcolm-X-T-Shirts bis zu selbstgekochten Tamales. Viele (gerade auch nicht-legalisierte) EinwanderInnen ernähren sich über private Dienstleistungen für diejenigen am oberen Ende der Einkommenspyramide: Kinderbetreuung, Haushaltshilfen, Hunde ausführen(!), Rasenmähen, etc. Gerade dieses billige Arbeitskraftangebot im privaten Dienstleistungsbereich ist inzwischen so unverzichtbar für das Funktionieren der US-Ökonomie geworden, daß im Kongreß überlegt wird, eine neue Visa- bzw. "Green Card"-Kategorie einzuführen, die speziell "Domestic Workers" (Haushaltshilfen) zugute kommen soll.

Sweatshops und Heimarbeit

Die meisten (legalen und "illegalen") ImmigrantInnen arbeiten aber nicht in der Schattenwirtschaft oder im Dienstleistungsbereich, sondern in kleinen und mittleren Betrieben in zentralen Produktionsbranchen der US-Ökonomie. Dies gilt vor allem für Sektoren, die besonders stark von internationaler Konkurrenz betroffen und auf besonders hohe Flexibilität angewiesen sind. So wären z.B. die Textil- oder Elektronikindustrie (Silicon Valley) ohne ImmigrantInnen in den USA überhaupt nicht denkbar. Legale und nicht-legalisierte EinwanderInnen sind hier eher bereit, flexible Arbeitszeiten und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse einzugehen, und "verflüssigen" so den US-Arbeitsmarkt in diesen Branchen.

Während z.B. in der New Yorker Textilindustrie (traditionell der größte Produktionssektor in der Stadt) viele große Firmen mit Standardproduktion abgewandert sind, hat es in den letzten 20 Jahren eine dramatische Zunahme von Kleinbetrieben, Designer-Anfertigung, Sweatshops und Heimarbeit gegeben, viele davon als Zulieferbetriebe für renommierte Markenfirmen. Schon 1978 gab es in New York City schätzungsweise 4.500 Sweatshops mit 50-70.000 (meist illegal) Beschäftigten; diese Zahlen dürften sich inzwischen vervielfacht haben.

In diesen Sweatshops und in der Heimarbeit herrschen katastrophale Arbeitsbedingungen und extrem niedrige Löhne. Produktivitätszuwächse werden nicht mehr durch technologische Innovationen oder größere Investitionen erzielt, sondern über traditionelle Methoden der Arbeitsintensivierung: Die Beschäftigten werden ausgepreßt bis zum Umfallen. Tatsächlich kann dieser Sektor der US-Bekleidungsindustrie (der sich in Städten wie New York City und Los Angeles buchstäblich im Schatten der glitzernden Finanz-Wolkenkratzer befindet) inzwischen wieder mit der Textilproduktion in der Dritten Welt konkurrieren. Ohne ImmigrantInnen, die gezwungen sind, in Zulieferbetrieben zu solchen Bedingungen zu arbeiten, müßte die US-Textilbranche dicht machen. Soweit also Produktionsanlagen nicht in die "Dritte Welt" ausgelagert werden, holt sich das Kapital sozusagen "Dritte-Welt"-Arbeitsbedingungen ins eigene Land.

Niedriglohnland USA

Auf dem Weg von der Industrie- in die Dienstleistungsgesellschaft hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten der US-Niedriglohnsektor dramatisch ausgeweitet. Seit 1973 stagnieren die Realeinkommen der Lohnabhängigen oder sind rückläufig - letzteres vor allem im unteren Einkommensbereich (Menschen ohne

Schulabschluß haben in dieser Zeit real 25% ihres Einkommens verloren). Teilzeit- und Leiharbeit und andere irreguläre Beschäftigungsverhältnisse weiten sich immer mehr aus: Der größte private Arbeit"geber" in den USA ist nicht länger "General Motors", sondern die Leiharbeitsfirma "Manpower Inc." Die USA, die nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang das Hochlohnland Nr. 1 waren, sind heute im weltweiten Vergleich von Lohnniveau und Sozialleistungen auf Platz 13 zurückgefallen. 14,5% der US-Bevölkerung lebten 1992 unter der offiziellen Armutsgrenze. Mehr Menschen als je zuvor sind auf staatliche Lebensmittelmarken ("Food Stamps") angewiesen, während die Einkommen am oberen Ende der Skala ständig zunehmen.

Bei der Entwicklung zum Niedriglohnland spielen viele Faktoren eine Rolle: die Auslagerung vieler Produktionszweige in Niedriglohngebiete im In- und Ausland, die Vergabe von immer mehr Fertigungsschritten an Zulieferklitschen und Sweatshops (im Sinne der "Schlanken Produktion"), die (auch vom Staat forcierte) Zerschlagung bzw. Schwächung der US-Gewerkschaften, die Verfügbarkeit eines scheinbar unbegrenzten billigen Arbeitskräftepotentials (einschl. ImmigrantInnen), etc. Die Transnationalisierung der US-Ökonomie fällt besonders in den Finanz- und Dienstleistungsmetropolen New York City und Los Angeles ins Auge: während in den Führungsetagen der Wolkenkratzer die globale Ökonomie verwaltet wird, schuften in deren Schatten EinwanderInnen aus der ganzen Welt.

Die Ausbeutung von legalen und "illegalen" ImmigrantInnen unter den empörendsten Bedingungen ist insofern nicht nur eine Frage von Extraprofiten einzelner besonders gewissenloser UnternehmerInnen, sondern ein inzwischen unverzichtbares strukturelles Element in der Reorganisierung und "Modernisierung" der US-Ökonomie.

Dabei verdrängen gerade im Niedriglohnbereich neue ImmigrantInnen oft die bisherigen einheimischen Arbeitskräfte. Die Leidtragenden sind oft schwarze US-AmerikanerInnen. So wurde z.B. die kommerzielle Gebäudereinigung in Washington, DC bis vor wenigen Jahren fast ausschließlich von schwarzen US-AmerikanerInnen erledigt, heute sind es ganz überwiegend salvadorenische ImmigrantInnen. Während neu Eingewanderte zumindest zum "Einstieg" gezwungen sind, sich auf die miserabelsten Bedingungen einzulassen, stellen viele US-amerikanische Schwarze spätestens seit der Bürgerrechts- und Black-Power-Bewegung der 60er Jahre höhere "Ansprüche" - und sind oft auch in der Lage, sich durch kollektiven Widerstand oder individuelle Verweigerung gegen die extremsten Ausbeutungsverhältnisse zu wehren. Deshalb ziehen es viele Arbeit"geber"Innen vor, (vermeintlich) "gefügigere" ImmigrantInnen einzustellen. Daß dies immer mehr zu einem Trugschluß wird, zeigt die zunehmende Militanz von ImmigrantInnen in vielen gewerkschaftlichen Kämpfen.

Michael Hahn

Verwendete Literatur:

van Capelleveen, Remco: "Dritte Welt"-Migration in die USA, in "Prokla" Nr. 74 (März 89).

van Capelleveen: Die Transformation der metropolitanten Ökonomie. Karibische Migranten in New York City, in "Prokla" Nr. 60 (Sept. 85).

Cornelius, Wayne und Jorge Bustamante: Mexican Migration to the United States, San Diego 1989.

Jones, Maldwyn Allen: American Immigration, Chicago 1992.

NACLA-Report (Schwerpunktheft): Coming North. Latino and Caribbean Immigration. Juli 1992.

Reimers, David: Still the Golden Door, New York 1992.

Saskia Sassen: Why Migration? Thesen gegen herkömmliche Erklärungsmuster, in: Arbeitsgruppe 501 (Hg.): Heute hier -morgen fort. Migration, Rassismus und die (Un)Ordnung des Weltmarkts, Freiburg (iz3w) 1993.

Sassen: Die Mobilität von Arbeit und Kapital: USA und Japan, in "Prokla" Nr. 83 (Juni 91).

Simon, Julian: Basic Data Concerning Immigration into the United States, in: Annals AAPSS Sept. 1986.

Mehrere Artikel aus der International Herald Tribune, New York Times und Washington Post sowie eigene Recherchen.

Anmerkungen:

1) Mit dem bundesdeutschen "AusländerInnen"anteil von 8% läßt sich die US-Zahl allerdings nicht vergleichen. US-Statistiken kennen nur die Kategorie "Foreign-Born" (im Ausland geboren). Die in den USA geborenen Kinder dieser "Foreign-Born" sind automatisch US-BürgerInnen, während in der BRD ja bekannterweise auch die Kinder und EnkelInnen von ImmigrantInnen noch als "AusländerInnen" gelten. Außerdem werden in den offiziellen Statistiken MigrantInnen aus Puerto Rico nicht berücksichtigt, da sie wegen des halbkolonialen Status der Insel US-StaatsbürgerInnen (mit eingeschränkten Rechten) sind und deshalb juristisch gesehen nicht erst "einwandern" müssen. Würde man also die völkischen Kriterien des BRD-"Ausländerrechts" anlegen, dann käme man für die USA zu einem erheblich höheren "AusländerInnen"-Anteil als für die BRD. Die Volkszählung von 1990 ergab, daß 32 Millionen Menschen (14% der US-Bevölkerung) zuhause eine andere Sprache als Englisch sprechen.

2) Ich bevorzuge den Begriff "nicht-legalisiert" statt des üblichen "illegal", das allzuoft verwendet wird, um ImmigrantInnen den Ruch des Kriminellen anzuhängen. Dies entspricht auch eher dem Selbstverständnis dieser Gruppe von EinwanderInnen in den USA, die sich als "undocumented" bezeichnen, also als Menschen ohne (Aufenthalts-)Dokumente.

3) Der transatlantische SklavInnenhandel, den die USA erst 1808 verboten, stellt einen (besonders grausamen) Sonderfall von internationaler "Migration" dar.

4) Allerdings waren die 20er und 30er Jahre von einer massenhaften Migration innerhalb der USA geprägt, als mehrere Millionen Menschen (v.a. Schwarze) aus den landwirtschaftlichen Südstaaten in die industriellen Zentren im Norden migrierten.

5) Der "National Origins Act" von 1924 trat in einer Zeit in Kraft, als rassistische und sozialdarwinistische Auffassungen die abenteuerlichsten Kapriolen schlugen: So klassifizierte die US-Regierung damals nicht weniger als 60 unterschiedliche Rassen (u.a. "Italian-North", "Italian-South" und "Italian-Other"). Angesehene Wissenschaftler vertrieben sich (nicht nur in den USA) ihre Zeit mit der Vermessung unterschiedlicher Kopfformen und deren Zuordnung zu unterschiedlichen Rassen. US-Massenmedien warnten vor "moralischem Verfall" als Folge von osteuropäischer Immigration und porträtierten süd- und osteuropäische (v.a. jüdische) ImmigrantInnen als dunkelhäutig und mit schwülstigen Lippen - Repräsentationen, die sich kaum von den rassistischen Darstellungen von schwarzen US-AmerikanerInnen unterschieden.

Die zwanziger Jahre waren auch die Blütezeit des rassistischen Ku-Klux-Klan (KKK), der damals mehrere Millionen(!) Mitglieder zählte, und der sich neben dem Terror gegen schwarze US-AmerikanerInnen vor allem auf Aktivitäten gegen Katholiken und Juden konzentrierte - gemeint waren ImmigrantInnen aus Ost- und Südeuropa (sowie aus Irland). KKK und andere rassistische Organisationen mobilisierten die politische Massenbasis für das restriktive Einwanderungsgesetz von 1924.

6) Tatsächlich herrscht in den USA bis heute in manchen Branchen ein eklatanter Mangel an qualifizierten einheimischen Arbeitskräften. Z.B. stammten 1974 (neuere Zahlen habe ich keine) über 20% aller ÄrztInnen in den USA aus dem Ausland. In New York City allein praktizierten mehr ÄrztInnen iranischer Abstammung als im gesamten Iran - aus iranischer Sicht ein katastrophaler Verlust an qualifizierten Arbeitskräften ("Brain-Drain"), ein Problem, das auch für andere Länder gilt.

7) Seit Januar 1987 versucht das US-Innenministerium (unter Reagan, Bush und Clinton) in einem vielbeachteten Mammutprozeß, acht in Los Angeles lebende UnterstützerInnen der palästinensischen PFLP abzuschieben, obwohl die Staatsanwaltschaft selbst zugibt, daß die Aktivitäten der Beschuldigten (Geldsammlungen für palästinensische Hospitäler, etc.) für US-BürgerInnen völlig legal und vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt gewesen wären. Die bisherige US-Rechtsprechung ging allerdings davon aus, daß auch Nicht-BürgerInnen Meinungsfreiheit und andere verfassungsmäßige Grundrechte genießen. Der Ausgang dieses Prozesses wird weitgehende Folgen für die politischen Betätigungsmöglichkeiten von ImmigrantInnen in den USA haben.

8) Bei diesen Zahlen ist zu beachten, daß sie "brutto" sind - ebenso wie in der BRD wird auch in der US-Einwanderungsdebatte die Tatsache der Auswanderung meist verschwiegen. Aktuelle Zahlen liegen mir leider nicht vor. Zwischen 1950 und 1970 pendelte das Zahlenverhältnis von EmigrantInnen zu ImmigrantInnen um etwa 15% - allerdings auf erheblich niedrigerem absoluten Niveau. Wenn dieser Anteil etwa stabil

geblieben ist, dann würden heute bei jährlich einer Million EinwanderInnen gleichzeitig etwa 150.000 Menschen auswandern.

9) Bei der massenhaften Emigration aus den drei letztgenannten Ländern spielt die Geschichte von US-Militärpräsenz und Völkermordpolitik offensichtlich eine wesentliche Rolle.

10) Manchmal sind es sogar halbe mexikanische Städte, die nach und nach in eine bestimmte Region in den USA auswandern. So schildert ein Aufsatz in der Zeitschrift NACLA-Report (Robert Smith: "Mixteca in New York, New York in Mixteca", Juli 1992) die Migration aus einer Kleinstadt in Südmexiko, aus der inzwischen 50-80% aller BewohnerInnen in bestimmte Stadtviertel von New York City ausgewandert sind oder pendeln. Viele Zurückgebliebene leben von den Überweisungen der Ausgewanderten, kulturelle Ereignisse im Heimatort (und in New York) werden von den MigrantInnen organisiert und finanziert, etc. - ganze Städte werden miteinander verwoben und transnationalisiert. Ähnliches habe ich bei salvadorenischen ImmigrantInnen in Washington, DC beobachtet.

11) Zu diesem Thema empfehle ich die unten genannten deutschsprachigen Aufsätze von R. van Capelleveen und S. Sassen.

12) Dagegen gab es z.B. in Los Angeles und Houston im "Sun-Belt" in den 70er und 80er Jahren einen wirtschaftlichen Boom, der allerdings inzwischen auch einem dramatischen Kriseneinbruch gewichen ist - der "Dritte-Welt"-Immigration in diese Städte wird dies keinen Abbruch tun.

Einwanderungs-

Präferenzsystem

1. Unverheiratete erwachsene Kinder von US-BürgerInnen (20%)

2. EhepartnerInnen und unverheiratete erwachsene Kinder von "Permanent Residents" (26%)

3. Hochqualifizierte Arbeitskräfte und WissenschaftlerInnen (10%)

4. Verheiratete Kinder von US-BürgerInnen (10%)

5. Geschwister (über 21 Jahre) von US-BürgerInnen (24%)

6. Personen mit Berufen, bei denen Arbeitskräftemangel herrscht, z.B. Pflegeberufe (10%) (Dazu muß der/die künftige Arbeit"geber"In bestätigen, daß für einen freistehenden Arbeitsplatz keine einheimische Arbeitskraft gefunden werden konnte, obwohl die Stelle mindestens dreimal in einer örtlichen Tageszeitung ausgeschrieben wurde).

Nur wenn diese Quoten nicht voll ausgeschöpft werden, kommen auch AntragstellerInnen ohne Verwandte oder besondere Qualifikationen zum Zuge.

Unabhängig vom Präferenzsystem: Asylsuchende und Flüchtlinge.

(Einwanderungs-Präferenzsystem in der von 1980-1991 gültigen Fassung; nach: Vernon Briggs: "Mass Immigration and the National Interest", Armonk, NY und London 1992, S. 260)

Asylrecht in den USA

Flucht und Asyl wurden in den USA immer unabhängig von der allgemeinen Immigration gesetzlich geregelt. Die verschiedenen Einwanderungsgesetze und Quotenregelungen galten meistens nicht für Flüchtlinge. Etwa 10-15% der Zuwanderung in die USA bestand in den 80er Jahren aus Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention und aus (individuellen) Asylsuchenden. Ein formales Asylrecht kennen die USA allerdings erst seit 1980, als der Kongreß das erste "richtige" Asylgesetz verabschiedete (vorher war die Aufnahme von Flüchtlingen in der Regel eine Ermessenssache des US-Präsidenten bzw. des Innenministeriums). Der "Refugee Act" von 1980 sah eine jährliche Aufnahme von bis zu 50.000 Flüchtlingen vor.

Zur Zeit werden in den USA aber jährlich etwa 120.000 Asylanträge gestellt, bei der zuständigen Asylabteilung der Einwanderungsbehörde INS stauen sich über 370.000 unbearbeitete Anträge. Dies ist nicht allzu verwunderlich, da die Asylbehörde in den ganzen USA nur über sieben Büros und insgesamt 150 Beschäftigte verfügt. Dort scheint völliges Chaos zu herrschen: Laut einer Untersuchung von JuristInnen der

Harvard-Universität fehlt manchen US-Asylbeamten ein "Grundwissen in Geographie und über die wichtigsten Bestimmungen des Asylrechts", in manchen Büros gehen immer wieder wichtige Akten verloren.

Von 1945 bis 1990 nahmen die USA etwa drei Millionen Flüchtlinge auf - über 90% davon aus "kommunistischen" Ländern (ca. 875.000 aus Kuba, 750.000 aus Indochina und 600.000 aus Osteuropa und der Sowjetunion). Da es ein "richtiges" Asylgesetz nicht gab, wurden die meisten davon über besondere Gesetze oder Erlässe des Innenministeriums ohne weitere Formalitäten ins Land gelassen und finanziell unterstützt.

Nach dem Gesetz von 1980 ist asylberechtigt, wer (in Anlehnung an das entsprechende UN-Protokoll von 1968) im Herkunftsland "eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung wegen seiner/ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe oder politischen Meinung" hat. Dazu gibt es eine Einzelfallprüfung, zunächst vor der Einwanderungsbehörde und dann ggf. vor Gericht. Im Unterschied zu BRD und EU kennt das US-Recht keine Konstruktion von "sicheren Drittstaaten". Nur Flüchtlinge, die sich in einem Drittland bereits fest niedergelassen haben ("firmly resettled", dazu gehören ein mehrjähriger Aufenthalt und feste soziale Beziehungen), können in den USA nicht mehr Asyl beantragen.

Wie sehr die Anerkennungspraxis in Asylverfahren auch nach 1980 den außenpolitischen Prämissen der US-Regierung unterworfen war, verdeutlichen zwei Zahlen aus der Amtszeit von Ronald Reagan: Während Flüchtlinge aus dem sandinistischen Nicaragua zu 84% Asyl erhielten, galt dasselbe nur für ca. 2% von Asylsuchenden aus den Militärdiktaturen El Salvador und Guatemala. In einem aufsehenerregenden Prozeß klagte die baptistische Kirche, die auch an der "Sanctuary"-Bewegung (Kirchenasyl) beteiligt war, gegen diese offensichtlich ideologisch motivierte Anerkennungspraxis und konnte 1990 die Wiederaufnahme aller seit 1980 abgelehnten Asylanträge (ca. 150.000) von Flüchtlingen aus El Salvador und Guatemala gerichtlich durchsetzen. Gleichzeitig gelang es, den US-Kongreß zu veranlassen, für mehrere Hunderttausend Flüchtlinge und ImmigrantInnen aus El Salvador wegen der unsicheren Situation in ihrem Heimatland eine Art befristete Duldung ("Temporary Protected Status") inklusive Arbeitserlaubnis auszusprechen, die in der Zwischenzeit zweimal verlängert wurde (bis Dezember 1994).

Nach dem erfolgreichen Prozeß der BaptistInnen verbesserten sich auch die Anerkennungsraten: inzwischen werden Asylanträge aus Haiti, El Salvador oder Guatemala zu 20-30% anerkannt. Die durchschnittliche Anerkennungsrate betrug 1992 37% (in Kanada dagegen 70%!). Die besten Erfolgsaussichten (85%) hatten Flüchtlinge aus der VR China - wobei die drakonische Geburtenkontrollpolitik der chinesischen Regierung in den USA als Asylgrund gilt.

Auch die Clinton-Regierung verhält sich nicht anders als ihre republikanischen VorgängerInnen: KubanerInnen, die nach Florida gelangen, erhalten automatisch den gesicherten Status von "Permanent Residents", während die US-Küstenwache HaitianerInnen nicht als politische Flüchtlinge, sondern als "Economic Refugees" bezeichnet und noch in internationalen Gewässern abfängt und zur Rückkehr nach Haiti zwingt.

AsylbewerberInnen, die nicht gerade aus Kuba kommen, werden theoretisch in Sammellagern oder Gefängnissen unter miserablen Bedingungen und mit nur minimalem Kontakt zu AnwältInnen und der Außenwelt interniert. Diese "Detention" wird von der Einwanderungsbehörde INS ausdrücklich als Abschreckungsmaßnahme praktiziert. Wenn größere Flüchtlingsströme zu erwarten waren (z.B. beim Massenexodus von über 100.000 kubanischen EmigrantInnen 1980, gegenüber haitianischen Flüchtlingen oder während der Hochzeit der Flüchtlingsströme aus Zentralamerika in den 80er Jahren), wurde diese Internierung oft rigoros durchgezogen. Bei Bedarf richtete der INS sogar "Tent Cities" (Zeltknäste mit bis zu mehreren tausend Plätzen) ein.

Im Normalfall verfügt der INS aber nur über 7.500 reguläre Gefängnisplätze; d.h. die allermeisten AsylbewerberInnen bekommen einen Termin für ihre Asyl-Anhörung (i.d.R. 18-24 Monate später), werden auf freien Fuß gesetzt und erhalten nach 90 Tagen eine vorläufige Arbeitserlaubnis. Anspruch auf Unterkunft, Verpflegung oder sonstige finanzielle Unterstützung haben Flüchtlinge in den USA nicht - genausowenig wie US-BürgerInnen (von wenigen Ausnahmen abgesehen).

1993 wurden 35.000 Asylverfahren erledigt: davon erschienen 12.000 AntragstellerInnen nicht zu ihrer Anhörung (waren also untergetaucht), 5.000 Anträge wurden anerkannt und 18.000 abgelehnt. Die meisten

AsylbewerberInnen kamen 1992 aus El Salvador, Guatemala, der ehemaligen Sowjetunion, Ex-Jugoslawien, China, Cuba, Indien und Pakistan (wie gesagt gelangen haitianische Flüchtlinge erst gar nicht auf US-Territorium, wo sie ihre Anträge stellen könnten).

Im März 1994 legte die Clinton-Administration ein Paket vor, das (nach bundesdeutschem Vorbild?) erstmals administrative Schnellverfahren bei "offensichtlich unbegründeten" ("frivolous") Asylanträgen vorsieht, unter weitgehender Ausschaltung des Rechtsweges. Darüberhinaus sollen alle AntragstellerInnen eine Gebühr von 130 Dollar (220 DM) berappen. "Glaubwürdige" AntragstellerInnen sollen künftig erst nach fünf Monaten (statt bisher drei) eine vorläufige Arbeitserlaubnis erhalten. Das Clinton-Paket soll zum 1. Oktober in Kraft treten.

21. Islam des Reichtums - Islam der Revolution. Islamismus, Staat und Gesellschaft in Ägypten

Islamismus, Staat und Gesellschaft in Ägypten - von Jörn Schulz

Autor: Jörn Schulz · Rubrik: Ägypten · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:31

Jörn Schulz ist Islamwissenschaftler und Historiker in Hamburg. Sein Beitrag ist ein Vorabdruck aus dem im Juni beim iz3w-Verlag Freiburg erscheinenden und von Jörg Später herausgegebenem Band ... alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im "Nahen Osten" (224 S., 25 DM).

Wenn die islamistische Bewegung Ägyptens in die Schlagzeilen gerät, geht es meist um spektakuläre Anschläge auf TouristInnen und hohe Funktionsträger des Regimes. Zuweilen erscheint aber auch ein anderes Bild des Islamismus in den Medien: das des islamistischen "Sozialarbeiters", der in den Armenvierteln Nahrungsmittel und Kleidung verteilt oder medizinische Hilfe leistet. Jedenfalls ist mittlerweile weitgehend unumstritten, daß der Erfolg der islamistischen Bewegung soziale Ursachen hat. Islamismus bedeutet deshalb auch keineswegs Rück- oder Wiederkehr von Religiosität und Frömmigkeit. Vielmehr strebt er die Politisierung des Islam an, die nicht nur die Gesellschaft, sondern das gesamte politische und soziale System durchdringen und prägen soll. Was aber macht die Anziehungskraft der islamischen Lösung (al-hall al-islamî) aus?

Die islamistische Bewegung führt die gesellschaftliche Krise auf die Abkehr vom Weg Gottes zurück, die Lösung besteht folglich darin, diesen Weg, die Shari'a (Gesetz und Ethik des Islam), wieder zu beschreiten. Die Anweisungen hierfür werden in Koran und Sunna (der Überlieferung von Worten und Taten des Propheten) gesucht, wobei die islamistische Bewegung auf wortwörtlicher Geltung koranischer Vorschriften und eindeutig belegter Anweisungen des Propheten besteht. Dieser Bezug auf die Fundamente des Glaubens ist eine Reaktion auf den uralten Widerspruch zwischen den religiösen Idealen und der Realität der Klassengesellschaft. Doch die Fundamente geben unterschiedliche Antworten, je nachdem, aus welchem sozialen Interesse heraus man sie befragt. Und auch die Fragen selbst ändern sich mit den gesellschaftlichen Herausforderungen. (1)

Die islamistische Bewegung vor 1967

Als der erst 22jährige Lehrer Hassan al-Bannâ 1928 die Muslimbruderschaft gründete, war Ägypten formal unabhängig, faktisch aber noch britische Kolonie. Die Kolonialherrschaft hatte das Land einer eigenständigen Entwicklungsmöglichkeit beraubt, die erzwungene Weltmarktintegration führte zur Verarmung weiter Bevölkerungsschichten und zur Entstehung einer neuen, westlich orientierten Oberschicht. Die traditionelle Gesellschaftsstruktur zerbröckelte, und mit ihr waren auch die traditionellen Werte in Frage gestellt.

In dieser Situation wurde die Muslimbruderschaft zur bedeutendsten Massenbewegung Ägyptens. Al-Bannâ, der die bis heute gültigen islamistischen Prinzipien entwickelte, propagierte als Antwort auf diese Entwicklung die Rückkehr zum Islam. Damit war nicht gemeint: Rückkehr zur Tradition; das Althergebrachte hatte seine Unfähigkeit zur Genüge bewiesen. Orientierungspunkt war vielmehr der "reine" Islam der Frühzeit, deren ideal(isiert)e Ordnung auf der neuen Grundlage einer technologischen Zivilisation verwirklicht werden sollte.

In diesem Sinne war die islamistische Bewegung von Anfang an eine Modernisierungsbewegung, deren aktivistischen Kern Angehörige der westlich gebildeten Mittelschichten stellten. Sie wollten sich weder mit der Kolonialherrschaft noch mit der sozialen Misere abfinden. Die "Rückkehr zum Islam" sollte die Gesellschaft befähigen, beide Probleme zu überwinden. Wenn diese Parole heute wieder so viel Erfolg hat, dann deshalb, weil seit den 70er Jahren die sozialen Verhältnisse der vornasseristischen Zeit auf einer neuen Ebene reproduziert wurden. Die Zusammensetzung der herrschenden Oligarchie hat sich geändert, und an die Stelle des britischen Hochkommissars ist der IWF-"Experte" getreten. Aber wieder gilt die Gleichung Herrschaft = Reichtum = Verwestlichung, und wieder ist Ägypten vom Westen abhängig.

Nasser hatte die Muslimbruderschaft 1954 verboten und zerschlagen, doch nicht allein deshalb spielte die islamistische Bewegung erst in den 70er Jahren wieder eine bedeutende Rolle. Für eine Zeitlang gelang es dem Nasserismus, das politisch-soziale Feld des Islamismus erfolgreich zu besetzen. Die staatskapitalistische, auf Schaffung einer eigenständigen industriellen Basis ausgerichtete nasseristische Politik hatte Ägypten

westlichen Konsumgüterimporten weitgehend verschlossen. Die nasseristische Gesellschaft war alles andere als egalitär, aber die sozialen Unterschiede traten im Alltag weit weniger offen zutage als heute. Und es gab eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, wenn auch eher in bescheidenem Ausmaß; der Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit wuchs.

Vor allem aber wurde die soziale Mobilität größer. Über das schnell ausgebaute höhere Bildungswesen - der Massenalphabetisierung wurde weit weniger Beachtung geschenkt - boten sich Angehörigen der Mittelschichten gute Aufstiegsmöglichkeiten. Der Nasserismus verstaatlichte gewissermaßen die sozialen Konflikte, indem er durch seine Nationalisierungs- und Umverteilungspolitik selbst eine Konfrontation mit der Oligarchie einging. Und nicht zuletzt erlangte Ägypten wirkliche politische Unabhängigkeit, sogar eine Führungsrolle in der entstehenden "Dritten Welt". Das staatskapitalistische Entwicklungsmodell stieß jedoch schnell an seine Grenzen, und Nassers arabischer Nationalismus verlor nach der katastrophalen Niederlage im Krieg gegen Israel 1967 seine Glaubwürdigkeit.

Revolutionärer und reformistischer Islamismus

Nach 1967 setzte in Ägypten eine Entwicklung ein, die meist als Re-Islamisierung bezeichnet wird, aber eher eine Re-Politisierung der Religion darstellt. Auch Nasser hatte sich islamisch legitimiert, aber der Bezug auf Koran, Sunna und orthodoxe Lehre hatte im arabisch-nationalistischen Diskurs nur geringe Bedeutung. Die Ideologie seiner Modernisierungsstrategie, der "arabische Sozialismus", war säkularistisch geprägt, was sie in Gegnerschaft zu Organisationen wie der Muslimbruderschaft brachte. Doch von nun an sollten religiöse Begriffe und Rituale eine wachsende Rolle in der Politik spielen - und zwar bei Regime und Opposition. Sadat näherte sich der sunnitischen (die Sunniten sind mit knapp 90% der Muslime neben den Schiiten eine der beiden Hauptgruppen des Islam - Anm. ak) Orthodoxie und unterstützte zunächst auch islamistische Gruppen, um sie im Kampf gegen die nasseristische und marxistische Linke zu benutzen und zugleich ein konservativ-religiöses Klima im Lande zu schaffen. Doch schnell zeigte sich, daß auch eine sozialrevolutionäre Interpretation der islamischen Lehre möglich war.

In den 60er Jahren hatte sich die islamistische Bewegung über die Frage der politischen Macht gespalten. Eine radikale Fraktion, inspiriert vor allem von Sayyid Qutb (2), plante die islamistische Revolution. Sie sahen die bestehende Ordnung als System der Jahiliyya, der gottlosen Unwissenheit. Dieser Begriff hatte bisher die vorislamische Zeit bezeichnet, seine Anwendung auf den gegenwärtigen, seinem Selbstverständnis nach islamischen Staat Ägypten entzog dem Regime jede Legitimität und machte seinen Sturz zur religiösen Pflicht. So weit wollten die Gemäßigten nicht gehen. Sie setzten auf eine reformistische Strategie, um Staat und Gesellschaft zu "islamisieren".

Hinter diesen Fraktionen stand zunächst eine unterschiedliche Reaktion auf die nasseristische Repression: Zurückweichen vor jeder frontalen Konfrontation mit dem Staat auf der einen, grundsätzliche Ablehnung der bestehenden Ordnung und Gewaltbereitschaft auf der anderen Seite. In den 70er Jahren wurden sie zu Kernen einer erneut wachsenden islamistischen Bewegung. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die veränderten sozialen Bedingungen, vor allem nach Beginn der Infitah-Politik (1974), der Öffnung Ägyptens für ausländisches Kapital und ausländische Waren.

Schnell kam es zu einer Konzentration des Reichtums in den Händen einer aus Offizierskorps, Staats- und Privatbourgeoisie bestehenden Oligarchie, deren enge Verbindungen mit dem Regime offensichtlich sind. Sozialer Aufstieg ist im Infitah-System fast nur noch über den Umweg der Arbeitsemigration möglich. Die Oligarchie stellt ihren Reichtum in Form westlicher Luxussymbole zur Schau, während die Mehrheit der ÄgypterInnen in bitterer Armut lebt und Mangelernährung weit verbreitet ist. Und sie kann ihre Privilegien nicht einmal mit besonderen Aufbauleistungen legitimieren, denn die Infitah-Politik hat nicht nur die sozialen Unterschiede vergrößert, sondern auch zu einem Verfall der produktiven Basis des Landes geführt.

Die "moralische Ökonomie" der islamistischen Bewegung

Die islamistische Bewegung greift heute den Protest gegen solche Verhältnisse auf und gibt ihm eine religiös-politische Untermauerung. Verbietet nicht der Koran jeglichen Prunk und Luxus? Verpflichtet er nicht den von Gott mit Reichtum Gesegneten, seinen weniger glücklichen Mitmenschen zu helfen? Die Forderung nach Einführung der Shari'a ist hier die Forderung nach einer gerechten Gesellschaft. Sie ist auch ein Protest gegen die Kommerzialisierung der sozialen Beziehungen. Die islamistische Bewegung strebt eine

"Re-Moralisierung" der Gesellschaft an. Entscheidend ist aus dieser Sicht die Befolgung moralischer Gebote wie Solidarität, Ehrlichkeit und Leistungsbereitschaft. Auch dem Staat fallen wichtige Aufgaben zu: Er hat die Shari'a im Wirtschaftsleben durchzusetzen und den Armen zu helfen.

Die unumstrittenen Säulen der islamistischen Soziallehre sind die koranische Armensteuer Zakat und das Verbot von Riba, Wucher, worunter meist jede Form der Zinsnahme verstanden wird. Ist nun aber die in frühislamischer Zeit übliche Zakat von 2,5% auf Geld und beweglichen Besitz eine heute maßgebliche Obergrenze für staatliche Besteuerung, wie privatkapitalistisch orientierte Islamisten meinen? Oder ist das koranische Zakat-Gebot nicht vielmehr, wie Sayyid Qutb argumentiert, als Verpflichtung für den Staat zu verstehen, den Armen eine menschenwürdige Existenz zu garantieren - egal, wie hoch die dafür von den Reichen zu erhebende Steuer ist? Die Fundamente des Islam erlauben beide Interpretationen; verschiedene soziale Schichten können sich ihrer zu unterschiedlichen Zwecken bedienen. Der Soziologe Fuad Zakariyya bezeichnet diese gegensätzlichen Interpretationen als Islam des Reichtums (islam ath-tharwa) und Islam der Revolution (islam ath-thawra).

Der gemeinsame Bezug auf die Shari'a ist die ideologische Klammer, die eine hinsichtlich ihrer sozialen Basis wie auch ihrer Ziele und Strategien sehr heterogene Bewegung zusammenhält. Eine privatkapitalistisch orientierte, das Eigentumsrecht betonende Strömung wird in der Muslimbruderschaft, aber auch in der regierenden Nationaldemokratischen Partei vertreten. Hinter ihr stehen die Interessen einer islamistischen Bourgeoisie, deren historische Wurzeln in der Nasser-Zeit liegen. Eine große Zahl von Muslimbrüdern floh damals nach Saudi-Arabien, viele brachten es dort zu Wohlstand, einige zu Reichtum. Von Sadat wieder ins Land geholt, unterstützten sie islamistische Gruppen und Zeitschriften und etablierten in den 80er Jahren eine "islamische Wirtschaft", deren ideologische Grundlage das Riba-Verbot ist.

Die islamistische Bourgeoisie ist an der weiteren Weltmarktintegration Ägyptens interessiert, möchte dies aber mit einer kulturellen Abschottung nach saudischem Vorbild verbunden wissen. In der Shari'a sieht sie vor allem ein Mittel zur "Moralisierung" der Gesellschaft: strikte patriarchalische Familienethik, harte Strafen im Kampf gegen die Kriminalität, puritanische Arbeitsmoral und ein gut organisiertes Almosenwesen. Soziale Konflikte sollen in korporativistischen Gremien geregelt werden, unter Führung eines starken Staates, der sich ansonsten jedoch aus wirtschaftlichen Dingen heraushalten soll.

Diese konservative Synthese von Marktwirtschaft und Moral, die durchaus mit echtem sozialen Engagement verbunden sein kann, zieht auch Angehörige der Mittelschichten an. Verbreiteter sind jedoch in diesen Kreisen auf sozialen Ausgleich und staatskapitalistische Mechanismen ausgerichtete Ideen, die vor allem in den revolutionären Gruppen dominieren. (3) Die von ihnen angestrebte Gesellschaft ist nicht egalitär, doch dürfen soziale Unterschiede allein Folge unterschiedlicher Begabung und Anstrengung sein.

Die islamistische Gegengesellschaft

Die hauptsächliche soziale Basis der islamistischen Bewegung sind die Mittelschichten, darin stimmen alle Untersuchungen überein. Den aktivistischen Kern stellen Studenten und Universitätsabsolventen, vor allem aus praxisorientierten naturwissenschaftlichen Berufsfeldern (Ärzte, Ingenieure etc.). Sie sehen sich als eine Leistungselite, und dies nicht ganz zu Unrecht. Der ägyptische Sozialwissenschaftler Saad Eddin Ibrahim stellte fest, daß die Angehörigen der militanten Gruppen gebildet und diszipliniert, sozial engagiert und entwicklungsorientiert, gewissermaßen also "ideale Ägypter" seien.

Lehrer und kleine Beamte verdienen kaum 100 DM im Monat, nur sehr erfolgreiche Ärzte und Ingenieure bringen mehr als einige 100 DM nach Hause. Das reicht, um sich mit den weiterhin subventionierten Grundnahrungsmitteln zu versorgen. Bei der Kleidung wird es schon problematisch, an eine Wohnung ist kaum zu denken, und damit sind auch Heirat und Familiengründung praktisch ausgeschlossen. Der Islamismus bietet nicht nur Identität und Ideologie, sondern auch ganz praktische Hilfen: die Möglichkeit, den Arztberuf in einer Volksmoschee auszuüben (nur etwa ein Drittel aller Ärzte können es sich leisten, eine eigene Praxis zu eröffnen), Hilfe bei der Wohnungssuche (so fand der Sadat-Attentäter Islambuli zur Jihâd-Gruppe), der Arbeitsemigration oder den Prüfungsvorbereitungen und dergleichen mehr. Die Islamisten (und das betrifft die gemäßigten wie die radikalen Elemente) versuchen, sich jenen Platz in der Gesellschaft zu erkämpfen, den das bestehende System ihnen verweigert.

Ihr Streben nach sozialer Gerechtigkeit verbindet sich mit einem politischen Führungsanspruch. Dies wird in allen ihren Aktivitäten deutlich, nicht zuletzt bei den sozialen Hilfeleistungen, die, in unterschiedlicher Form sowohl von reformistischen als auch von revolutionären Gruppen praktiziert, aus islamistischer Sicht beispielhaft für die angestrebte Gesellschaftsordnung sind. Vielen Moscheen sind Bildungs- und Gesundheitszentren angeschlossen, islamistische Aktivisten verteilen Nahrungsmittel, sauberes Wasser und Kleidung und bieten eine Vielzahl anderer sozialer Dienstleistungen an. Auf diese Weise gewinnen sie AnhängerInnen, die, ohne notwendigerweise von der islamistischen Ideologie überzeugt zu sein, doch ein Interesse am Weiterbestehen solcher Hilfeleistungen haben. Es handelt sich also um eine Form der Klientelbildung.

Der islamistische Sozialhilfesektor ist natürlich alles andere als wertneutral. So müssen sich beispielsweise Studentinnen, die Fahrdienste in Anspruch nehmen wollen, der islamistischen Kleiderordnung beugen. Die revolutionären Gruppen gehen noch weiter. Ihre Sozialdienste sind eingebettet in eine allgemeine Strategie: Aufbau von Enklaven einer Gegengesellschaft, von islamistischen Mini-Staaten gewissermaßen. Diese Gegengesellschaft ist hierarchisch strukturiert, Moralvorschriften werden nötigenfalls mit Gewalt durchgesetzt. Hier regeln die Islamisten Streitigkeiten, kontrollieren Marktpreise und glauben sich auch berechtigt, von den KoptInnen (4) mit Gewalt die koranische Kopfsteuer jizya zu erheben.

Es ist kein Zufall, daß solche Enklaven in Stadtvierteln entstanden, in denen die traditionelle Hierarchie verschwunden ist. Die alten Notabeln hatten Verpflichtungen gegenüber ihrer Klientel, die neue Oligarchie der Immobilienspekulanten und Agrarkapitalisten erkennt solche Verpflichtungen nicht mehr an. Der Staat ist nur durch Polizisten und Spitzel präsent, die Wohnungsnot ist katastrophal und es gibt praktisch keine soziale Infrastruktur. In diese Lücke stößt die islamistische Bewegung, reißt soziale und politische Funktionen an sich und reproduziert so die gesellschaftliche Hierarchie auf einer neuen Ebene.

Solche Enklaven existieren im Großraum Kairo und in der Region Assiut, doch haben die militanten Gruppen auch in anderen Städten Wurzeln schlagen können. In Oberägypten gelang es ihnen, Teile der Landbevölkerung, aus der viele Aktivisten stammen, für sich zu gewinnen. Natürlich kann die Staatsgewalt sich die Herrschaft über diese Enklaven zurückerobern. Allerdings müssen für solche Zwecke inzwischen paramilitärisch ausgerüstete Polizeieinheiten in Stärken von 10-30.000 Mann eingesetzt werden, und der Sieg bleibt oberflächlich: Er hat nur so lange Bestand, wie die Polizei mit Panzerwagen und Straßensperren massiv präsent ist.

In Regimekreisen wird über eine sozialpolitische Antwort auf den revolutionären Islamismus nicht einmal ernsthaft nachgedacht, statt dessen setzt man auf Repression: Massenverhaftungen, Folter, gezielter Todesschuß und Hinrichtungen. Die islamistische Bewegung kann sich im Kampf gegen die Repression profilieren und findet ihre Einschätzung des Staates bestätigt, mehr noch profitiert sie von der autoritären Herrschaftsform allgemein. Ihre organisatorischen Zentren sind die Volksmoscheen (Moscheen, deren Imam nicht vom Staat bezahlt wird) und privaten Gebetsräume, von denen es nach offiziellen Angaben inzwischen mehr als 40.000 gibt. Von jeher war die Moschee ein (fast nur von Männern aufgesuchter) Ort der sozialen Kommunikation, und damit auch oft der Subversion. Die Verfügung über diesen relativ repressionsfreien Raum gibt der islamistischen Bewegung einen Startvorteil gegenüber jeder nichtreligiösen Opposition. Wichtiger noch: wo jede unabhängige Organisierung sozialer Opposition illegal ist und vom Regime nach Möglichkeit unterdrückt wird, hat jede dennoch etablierte Gegenmacht schon allein deshalb Anziehungskraft, weil sie "denen da oben" etwas entgegensetzen kann.

Politische Ohnmacht

und islamistischer Erfolg

Gewerkschaften und Berufsverbände in Ägypten sind korporativistisch gebunden, allerdings gelang es einigen Berufsverbänden, sich recht weitgehend von staatlicher Bevormundung zu befreien. Diese Berufsverbände sind gewissermaßen Ersatzparteien, ihr politischer Einfluß ist groß. In den geistig-kulturellen Bereichen (Literatur, Journalismus) dominieren weiterhin Liberale und Linke, die Verbände der Ärzte, Ingenieure und Anwälte dagegen sind islamistisch dominiert. Wenn Islamisten hier in den Vorstand gewählt werden, bedeutet dies nicht, daß sie in ihrer Berufsgruppe mehrheitliche Unterstützung genießen. Es besteht Zwangsmitgliedschaft, dementsprechend gering ist die Wahlbeteiligung. Sie erreicht aber doch 30%,

manchmal 50%; und damit sind die Berufsverbände immer noch weitaus repräsentativer als das Parlament, an dessen Wahl in den ärmeren Vierteln der Großstädte weniger als 10%, landesweit sicher nicht mehr als 20% der Wahlberechtigten teilnehmen.

Mittlerweile hat das Regime ein Gesetz eingeführt, nach dem eine staatliche Stelle die Verbandsvorstände ernennen soll, wenn die Wahlbeteiligung unter 50% liegt - eine Strategie, die symptomatisch für Zustand und Denkweise des Regimes ist. Unfähig zur Mobilisierung eigener Anhänger für eine politisch- argumentative Auseinandersetzung, greift man zu einem administrativen Trick. So auch gegenüber der Gewerkschaftsföderation. Als sich deren Präsident vor einigen Jahren erdreistete, Mubaraks Wirtschaftspolitik zu kritisieren, wurde er kurzerhand durch einen zuverlässigeren Mann ersetzt. Doch in den Fabriken gibt es eine aktive Bewegung, deren Ausmaß und Bedeutung allerdings angesichts einer faktischen Nachrichtensperre über Arbeitskämpfe schwer einzuschätzen ist. Jedenfalls kommt es immer wieder zu (nach ägyptischem Recht grundsätzlich illegalen) Streiks für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, oft mit klar regimekritischer Tendenz, aber ohne nationale Koordination und anscheinend auch ohne allgemeinpolitische Forderungen. Die islamistische Bewegung hat bei den IndustriearbeiterInnen bislang keinen großen Erfolg gehabt, wohl nicht zuletzt deshalb, weil es in den Fabriken eine soziale Opposition gibt und die ArbeiterInnen keinen Grund sehen, sich dem Führungsanspruch einer von Mittelschichten dominierten Bewegung unterzuordnen.

Größeren Erfolg hat die islamistische Bewegung unter jenen (zahlenmäßig stärkeren) Teilen der Bevölkerung (Arbeitslose, Angestellte in Kleinbetrieben, StraßenhändlerInnen etc.), die überhaupt keine soziale Interessenvertretung haben. Hier kommt dem Islamismus ein weiterer Faktor zugute: der Massenanalphabetismus. Etwas mehr als 50% der Bevölkerung, unter ihnen weitaus mehr Frauen als Männer, sind AnalphabetInnen. Sie bilden, im wörtlichen Sinne, die schweigende Mehrheit Ägyptens; nur durch die Beteiligung an Aufständen können sie den Mächtigen ihre Stimme zu Gehör bringen. Massenanalphabetismus begünstigt in modernen Gesellschaften autoritäre Herrschaftsformen, auch in der Opposition. Die AnalphabetInnen sollten dabei nicht als naive Gemüter betrachtet werden, die von gerissenen Islamisten mit verlockenden Parolen verführt werden. Vielmehr unterscheiden sie recht genau zwischen jenen, die nur reden, und jenen, die reden und handeln.

Wie erwähnt, argumentieren Regime und islamistische Opposition in einem gemeinsamen religiösen Bezugsrahmen; beide vertreten einen "politischen Islam". Das Regime wettert gegen die Politisierung der Religion, läßt sich aber jede wichtige Entscheidung, ob Teilnahme am Krieg gegen den Irak oder Neuformulierung des Scheidungsgesetzes, von den höchsten Vertretern des islamischen Establishments der staatlich besoldeten Religionsgelehrten legitimieren. Das Parteiengesetz verbietet atheistische wie auch religiöse Parteien - eine etwas paradox anmutende Regelung, die sich aus der doppelten Frontstellung gegen die marxistische und islamistische Opposition erklärt. Nicht anders als die islamistische Bewegung maßt sich das Regime an, den Rahmen der politischen Rechtgläubigkeit zu definieren. Beide Seiten benutzen religiöse Begriffe, Symbole und historische Analogien, die der Masse der Bevölkerung vertraut sind. (5) Doch wo es vor allem um die "richtige" politische Interpretation der Religion geht, ist jene Seite glaubwürdiger, deren alltägliches Verhalten den propagierten Idealen eher entspricht. Zweifellos ist dies die Seite der islamistischen Opposition.

Ihr geht es um die Verwirklichung der "eigentlichen" islamischen Kultur. Durch politisch-kulturelle Symbole grenzt sie sich demonstrativ gegen jede Form von "Verwestlichung" ab, am auffälligsten in ihrem äußeren Erscheinungsbild. Die islamistische Kleidung symbolisiert politisch-ökonomische Ideen: Sie ist billiger als westliche Kleidung (oft wird sie sogar kostenlos verteilt), sie wird in Ägypten hergestellt und sie versteckt durch ihre Einheitlichkeit die sozialen Unterschiede, ohne sie aufzuheben. Sie zeigt auch einen Wandel der politischen Lage an: Wenn Oppositionelle sich in einem autoritären Staat offen zu erkennen geben, hat dieser Staat den Mythos der Allmacht und Unangreifbarkeit verloren, seine Kontrolle über die Gesellschaft hat nachgelassen. Nicht zuletzt steht die islamistische Kleiderordnung aber auch für patriarchalischen Extremismus.

A man's man's world

Der Islamismus geht von der allgemein-patriarchalischen Vorstellung aus, daß die biologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau unterschiedliche soziale Rollen bedingen. Dabei gebührt den Männern die Führung,

während die Frauen aus weiten Bereichen des öffentlichen Lebens verbannt werden sollen (Beschränkung auf "Frauenberufe", Ausschluß von hohen politischen Ämtern etc.).

Spezifisch islamistisch sind vor allem die Forderungen nach Geschlechtertrennung und "züchtiger" Kleidung. Doch überraschenderweise gibt es seit den 30er Jahren eine islamistische Frauenbewegung, zu deren Aufgabenbereich, organisatorisch von den Männergruppen getrennt, neben sozialen und propagandistischen Aktivitäten auch die Gefangenenbetreuung gehört. Die islamistische Haltung vieler Frauen erklärt sich wohl vor allem aus zwei Faktoren: dem grundsätzlich patriarchalischen Charakter der ägyptischen Gesellschaft und dem antitraditionellen Charakter der islamistischen Lebensentwürfe.

Die ägyptische Familie ist weiterhin eine ökonomische Zwangsgemeinschaft, außer ihr gibt es kaum soziale Absicherungen. Nur wenige Frauen sehen in der Lohnarbeit einen Weg zu Selbstverwirklichung oder materieller Unabhängigkeit. Die wirtschaftliche Misere macht es notwendig, daß sie zum Familieneinkommen beitragen; zugleich sind Hausarbeit und Kinderbetreuung fast immer allein ihre Sache. Bedroht wird der familiäre Zusammenhalt durch die Kommerzialisierung der sozialen Beziehungen. Eine Orientierung an individualistischen, "westlichen" Lebensentwürfen und Konsumgewohnheiten muß von den Familienmitgliedern, zu deren Lasten das geht, als Bedrohung wahrgenommen werden.

Die Shari'a mit ihrer Familienethik geht auf diese Problematik ein. Sie nimmt den Patriarchen in die Pflicht und gibt den Frauen klare, theoretisch auch einklagbare Rechte, vor allem das Recht auf angemessene Versorgung und auf Verfügung über ihr persönliches Eigentum. Offensichtlich ziehen viele Frauen diesen islamistischen Spatz in der Hand der emanzipatorischen Taube auf dem Dach vor; jedenfalls finden emanzipatorische Ideen im "westlichen" Sinne fast nur in der höheren Mittelschicht Anklang. Die islamistische Haltung zum traditionellen Rollenverständnis ist im übrigen widersprüchlicher, als gemeinhin angenommen wird.

So ist der Schleier einerseits eine Reaktion auf die patriarchalische Realität: er schützt vor sexueller Belästigung. Gewiß sollte es nicht Sache der Frauen sein müssen, sich auf diese Weise zu schützen, darüber hinaus signalisiert der Schleier Zustimmung zum Patriarchat. Zugleich aber ist es ein Akt des Widerstands, sich islamistisch zu kleiden und politisch aktiv zu werden, mithin ein Bruch mit dem traditionellen Rollenverständnis, der sehr oft einen Konflikt mit den Eltern nach sich zieht. Und noch in einem anderen Punkt steht die islamistische Bewegung quer zur patriarchalischen Tradition: sie propagiert die frühe Heirat als Mittel gegen die sexuelle Versuchung und erklärt die elterliche Zustimmung - in Ägypten meist immer noch Voraussetzung für eine "normale" Heirat - für nicht unbedingt erforderlich.

Angesichts der Tatsache, daß auch Angehörige der Mittelschichten die hauptsächliche Bedingung für eine familiär arrangierte Heirat, eine ausreichende eigene Existenzgrundlage, erst sehr spät erfüllen können, ist die Anziehungskraft der islamistischen Lösung groß, zumal praktische Hilfen (Wohnungssuche etc.) hinzukommen. Es ist mir ehrlich gesagt ein Rätsel, wie die islamistischen Paare angesichts der propagierten Geschlechtertrennung zueinander finden; irgendwie funktioniert es jedenfalls.

Ägypten auf dem Weg

zum "Gottesstaat"?

Wenn in diesem Artikel von islamistischen Gewalttaten kaum die Rede war, so deshalb, weil die Konzentration hierauf oftmals den Blick auf die sozialen Hintergründe und den mindestens ebenso einflußreichen reformistischen Islamismus verdeckt. Über dessen Stärke gibt es keine zuverlässigen Angaben, die Zahl der Aktiven mag bei 50-100.000 liegen. Wie groß ihr Einfluß ist, läßt sich schon deshalb kaum messen, weil Theologen des Regimes und populistische Prediger eine zum Verwechseln ähnliche Sprache sprechen; die Zustimmung zur Shari'a kann im heutigen Ägypten jedenfalls nicht als Bekenntnis zum Islamismus gewertet werden. Die revolutionär-islamistischen Organisationen (6) dagegen haben wahrscheinlich nicht mehr als 10.000 Mitglieder, allerdings handelt es sich hier um Kaderorganisationen, die eine weit größere Zahl von militanten Anhängern mobilisieren können.

Im übrigen sollte unterschieden werden zwischen tatsächlich terroristischen, gegen ZivilistInnen gerichteten Anschlägen und dem Guerillakrieg gegen das Regime, das in der Wahl seiner Mittel ja auch nicht gerade zimperlich ist. Wenn allerdings KoptInnen zunehmend Opfer religiös legitimierter Schutzgelderpressung

werden, wenn säkulare Intellektuelle nach dem Mord am Islamismus-Kritiker Farag Foda nur noch unter Polizeischutz leben können und dies von reformistischen Islamisten mehr oder weniger offen begrüßt wird, dann läßt sich ungefähr ermessen, was nach einer islamistischen Machtübernahme geschehen würde.

Eben hier liegt die "islamistische Gefahr": in der militanten Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen. Eben hier liegt auch ein Faktor, der dem islamistischen Erfolg Grenzen setzt - bei KoptInnen und SäkularistInnen, aber auch bei jenen, die die Shari'a bejahen, aber nicht einsehen mögen, warum fast jedes Vergnügen (Tanz, Musik, Sportveranstaltungen) unislamisch sein soll. Der rücksichtslose Umgang mit Menschenleben hat die revolutionären Gruppen viele Sympathien gekostet. Nach einem Bombenanschlag auf die Baustelle einer französischen Firma in Kairo, dem sieben PassantInnen zum Opfer fielen, kam es zu wütenden antiislamistischen Demonstrationen; jüngst soll in Kairo ein Islamist, der in einem Teehaus zufällig erkannt wurde, gelyncht worden sein.

Zu der moralischen Empörung kommt, was die Anschläge auf TouristInnen betrifft, ein wirtschaftlicher Faktor. Die Devisenverluste in Milliardenhöhe treffen vor allem jene, die als Taxifahrer oder Kunsthandwerker, Straßenhändler oder Kellner vom Tourismus leben. Ihre Zahl geht in die Millionen, und eine Alternative haben sie nicht. Ob die revolutionären Islamisten aus ihrer Destabilisierungsstrategie Nutzen ziehen können, werden die kommenden Jahre zeigen. Sicher ist, daß der revolutionäre Islamismus ein wichtiger politischer Faktor bleiben wird, solange das System ihn immer wieder neu hervorbringt und es an Alternativen fehlt.

Als eine der wenigen politischen Strömungen wagt es die islamistische Bewegung heute noch, eine universalistische Utopie zu vertreten. Arabischer und marxistischer Sozialismus sind durch ihr praktisches Versagen diskreditiert; die ägyptische Linke hat es bisher nicht vermocht, ihre Isolation durch neue Ansätze zu überwinden. Somit steht der fundamentalistischen Parole "der Islam ist die Lösung" vor allem die wirtschaftsliberale Parole "der Markt ist die Lösung" gegenüber.

Das herrschende Regime propagiert diese kapitalistische Erlösungsformel mit Vorsicht, denn es weiß um die drohenden sozialen Unruhen bei voller Anwendung der extremistischen IWF-Konzepte. Die liberale Wafd-Partei propagiert sie offensiver. Damit verliert sie viel von ihrer potentiellen Anziehungskraft auf die ärmeren Schichten. Solange politische Freiheit und die Freiheit zur Bereicherung und Ausbeutung als untrennbare Einheit gehandelt werden, ist die Distanz der unterdrückten und ausgebeuteten Bevölkerungsmehrheit zum Konzept der Demokratie nicht nur verständlich, sondern auch berechtigt. Was nützt AnalphabetInnen die Pressefreiheit?

Demokratie und Entwicklung kann es in Ägypten erst geben, wenn die Macht der Oligarchie gebrochen wird. Der Islamismus will die Herrschaft der Oligarchie durch seine eigene, mindestens ebenso autoritäre und in geistig-kultureller Hinsicht weit intolerantere Herrschaft ersetzen. Seine Hegemonie in der Opposition kann nur durch eine Bewegung gebrochen werden, die den Kampf um demokratische und soziale Rechte verbindet. Ansätze in diese Richtung gab es in der ArbeiterInnen- und StudentInnenbewegung, in den nichtislamistischen Berufsverbänden, nicht zuletzt auch im großen Aufstand des Jahres 1977, als Millionen ÄgypterInnen gegen Subventionskürzungen und Polizeiterror auf die Straße gingen. Nur neue Kräfte der sozialen Opposition können Ägypten aus der unfruchtbaren Auseinandersetzung Islamismus-Staat herausführen.

Anmerkungen:

1) Die Bedeutung des religiösen Faktors soll damit nicht geleugnet werden. Die islamistische Bewegung betreibt auch nicht "Politik unter dem Deckmantel der Religion", jedenfalls ist die religiöse Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der IslamistInnen - wie im übrigen auch die ihrer GegnerInnen im islamischen Lager - echt.

2) Sayyid Qutb, 1966 unter Nasser wegen angeblicher Beteiligung an einem Putschversuch hingerichtet, ist einer der wichtigsten Theoretiker des radikalen Islamismus. Seine Schrift "Wegzeichen" gab dem revolutionären Islamismus eine in sich logisch geschlossene Grundlage.

3) Obwohl der Gedanke naheliegend ist, gibt es keine eindeutige Zuordnung staatskapitalistisch-revolutionär und privatkapitalistisch-reformistisch. In Ägypten ist diese Tendenz vorherrschend, weil dort die privatkapitalistische Tendenz vorherrschend ist. In Syrien und in Algerien, wo die islamistische Bewegung

gegen von ihr als sozialistisch betrachtete Systeme antritt, gehen revolutionäre und privatkapitalistische Orientierung Hand in Hand.

4) Etwa 10% der ägyptischen Bevölkerung sind christlichen Glaubens. In ihrer großen Mehrheit gehören sie der koptischen Kirche an, die eine eigenständige, vom europäischen Christentum unabhängige Kultur entwickelt hat. Auch unter den KoptInnen, deren Sozialstruktur sich nicht wesentlich von der der muslimischen Bevölkerung unterscheidet, hat sich eine Tendenz zur Politisierung der Religion herausgebildet. Sie stellt den islamischen Charakter Ägyptens nicht in Frage, fordert aber Respekt für die koptische Kultur und eine angemessene Vertretung auf nationaler Ebene.

5) Die islamistische Bewegung ist dabei jedoch keineswegs populistisch. Wo es Widersprüche zur "Volksreligiosität" gibt, scheuen die Islamisten den Konflikt nicht. Totenkult, gemeinsame koptisch-muslimische Feste und viele mystische Praktiken der Sufi-Orden - alles traditionelle religiöse Ausdrucksformen vor allem der analphabetischen Unterschichten - lehnen sie als "unislamisch" ab. Hier stoßen wir wieder auf das elitäre Bewußtsein der islamistischen Führer aus den Mittelschichten, die sich für berechtigt, ja verpflichtet halten, durch Belehrung, oft aber auch mit Gewalt gegen solche "Abweichungen" vorzugehen.

6) Die organisatorische Struktur des revolutionären Islamismus ist schwer durchschaubar. Eine zentrale Führung existiert offensichtlich nicht, wohl aber taktische Absprachen zwischen verschiedenen Gruppen. Neben den Islamischen Gruppen/Gemeinschaften (gamâ'ât al-islamiyya) gibt es unter anderem die Jihâd-Organisation und die Islamische Befreiungspartei (hizb at-tahrîr al-islamî). Einige in der Presse auftauchende Gruppennamen werden anscheinend nur für Bekennerbriefe benutzt.

22. Peripherer Kapitalismus in Osteuropa

Von Hannes Hofbauer

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:32

Der folgende Artikel ist entnommen dem demnächst erscheinenden Buch der Wiener Gruppe "Kritische Geografie" (Hg.), Alte Ordnung - neue Blöcke? Polarisierung in der kapitalistischen Weltwirtschaft, Wien 1994 (Promedia Verlag).

Die Geschichte des peripheren Kapitalismus in Osteuropa ist alt und hängt mit den unterschiedlichen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Gegebenheiten auf dem Kontinent zusammen. Diese wurzeln in der Verschiedenartigkeit der feudalen mittelalterlichen Herrschaftsmodelle in West- und Osteuropa ebenso wie im Gegensatz zweier Christentümer, des deutsch geführten Heiligen Römischen Reiches, das sich in der Tradition Westroms verstand, und des - später von den Osmanen geduldeten - orthodoxen Ritus, der die oströmische Tradition fortgesetzt hat.

Kapitalistische Akkumulation fand vorerst in einzelnen westeuropäischen Zentren unter ganz bestimmten Bedingungen statt. Eine herrschaftliche bzw. staatliche Kontrolle des Marktes war dafür unabdingbar, wie auch regionale ethnische Homogenisierung eine Voraussetzung bildete. Ein moderner Nationalstaat mit einem klar abgrenzbaren Territorium sowie geistig-religiöse Monopolisierung waren die Zutaten, die dem mythologisierten Sinnbild der ursprünglichen Akkumulation zum Durchbruch verhalfen: Endlich war die Alchimie in der Lage, aus Scheiße Gold zu machen; oder zumindest dessen Verteilung durch Raubzüge und koloniale Ausbeutungsmethoden so zu manipulieren, daß das Wunder vollbracht schien. Die Vereinigten Niederländischen Provinzen, England und später auch Frankreich entwickelten sich zu den Zentren des "modernen Weltsystems" (1) an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert. Sie waren merkantilistisch sowie ethnisch und religiös homogen - gemacht. Der Protestantismus bildete die Grundlage der anti-habsburgischen Identität der nördlichen Niederlande, in England schuf der König selbst jenes separatistisch-protestantische Bollwerk, das zusätzlich zur Insellage die nötige Abgrenzung für die Herausbildung einer akkumulationsfreudigen Klasse schuf.

Der Osten Europas war demgegenüber bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts schon von seiner wirtschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Struktur her nicht akkumulationsfähig. Tributäre Ökonomien im Einflußbereich der Hohen Pforte erlaubten weder die Herausbildung einer starken, gegen den Fürsten agierenden lokalen Adelsschicht noch gar die Etablierung bürgerlicher Städte wie im Westen, die ja dort unter der Patronanz des Fürsten die Macht des aufsteigenden Adels beschneiden sollten. Religiöse Toleranz und ethnische Durchmischung verhinderten gleichzeitig die für merkantilistische Vorhaben notwendige geistige und völkische Vereinheitlichung. Im Osmanischen Reich gab es, anders als in Westeuropa oder unter den Habsburgern und freilich auch in Polen, keinen herrschaftlichen Anspruch auf die Seelen der Untertanen. Orthodoxe verschiedener Richtungen, Katholiken, Protestanten oder Juden lebten unbeschadet unter der formalen Schutzherrschaft des Sultan - solange sie Tribut leisteten. Zum Islam zu konvertieren war keinesfalls notwendig, oft nicht einmal erwünscht.

Ein Blick auf jede demografische Karte zeigt, daß noch heute von Bratislava/Poszony/Preßburg bis Byzanz/Konstantinopel/Istanbul ein für Westeuropa undenkbares Gemisch an Völkern lebt. Dreisprachige Hausfrauen in der slowakischen Hauptstadt sind keine Seltenheit, und in den Tälern des Balkans durchquert man auf kurzen Autoreisen nacheinander rumänische, polnische, ukrainische, ungarische, deutsche und slowakische Dörfer. Im bukowinischen Czernowitz wiederum kann es einem passieren, daß nach gequälter russischer Unterhaltung der Gesprächsparter plötzlich ins Jiddische verfällt und überrascht ist, daß es mit dem Wienerischen einigermaßen kompatibel ist.

Gebetet wird in Osteuropa auf katholische oder unierte Art Richtung Rom, russisch-orthodox nach Moskau, autokephal-orthodox nach Kiew, Sofia, Bukarest, Belgrad, Skopje ... oder auch mit Gebetsteppich in Richtung Mekka. In Westeuropa war eine solche Vielfalt seit dem Zurückdrängen des Islam inexistent. Geistige und wirtschaftliche Vereinheitlichung ermöglichte dort regional abgrenzbare Märkte, innerhalb derer

herrschaftlicher bzw. staatlicher Schutz sinnvoll und möglich war. Ohne diesen kommt Kapitalismus und seine Ideologie der freien Marktwirtschaft nicht in Schwung.

Sobald jedoch im Westen die entsprechenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen für erfolgreiche Geldvermehrung eingerichtet waren, peripherisierten sich alle Weltteile, die diesem Austausch angegliedert, aber nicht gewachsen waren. Für Österreich und später das Deutsche Reich, aber auch für die Weltmacht Nummer Eins, England, eröffneten sich Interventionsmöglichkeiten in Osteuropa. Siedlungsräume für sächsische, niederösterreichische oder schwäbische Landarbeiter und Häusler sowie jüdische Handwerker wurden zwischen dem Karpatenbogen und dem Balkan erschlossen; Englands Industriearbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit billigem Getreide aus der Walachei ernährt, das von griechischen und später jüdischen Händlern den Bojaren abgekauft und über die Donau und das Schwarze Meer nach Westeuropa verschifft wurde; polnische Ernten in deutschen Ländern verzehrt. Der Osten des Kontinents war spätestens im 18. Jahrhundert zum Kolonialgebiet westlicher Staaten und Reiche geworden.

Österreich setzte sich im Karpatenbogen bis in die Bukowina (1774) fest und dehnte seinen Einfluß nach dem Berliner Kongreß 1878 auf Bosnien-Herzegowina aus. Deutschland "eroberte" Ende des 18. Jahrhunderts Ostpreußen und Teile Polens, England besiegte in Allianz mit Frankreich und Rußland die türkisch-ägyptische Marine und sicherte sich bei der Gründung der griechischen Monarchie 1830 - mit Hilfe hetärisch-nationalrevolutionärer Griechen - Einfluß am Peloponnes. Im übrigen hielten sich englische Händler an rumänischen Bojaren schadlos.

Der Widerpart der westeuropäischen Imperialismen hieß - nach dem Zurückweichen der Osmanen - schon damals Rußland. Zaristische Truppen versuchten in acht russisch-türkischen Kriegen (bis 1877) nach Konstantinopel vorzustoßen, um geistig den Anspruch des Zaren als Führer des Christentums und wirtschaftlich seine Hegemonie im Donaudelta und im Schwarzen Meer zu demonstrieren. 1812 fiel Bessarabien unter russische Verwaltung. Und mit dem seit Mitte des 19. Jahrhunderts schrittweise unabhängig gewordenen Serbien lag ein mit dem Zaren verbündetes Land vor den Toren Mitteleuropas.

Modernisierungsversuche

So kann es nicht verwundern, daß die im Soge der deutsch-nationalen Renaissance des Jahres 1848 entstandenen Nationalbewegungen der Rumänen, Serben, Bulgaren oder Ukrainer sich gegen die Statthalter des deutschen, österreichischen oder britischen Kolonialreiches (wie auch der osmanischen Herrschaft) auflehnten - nicht zuletzt deshalb, weil diese in den Städten ein parasitäres Leben führten.

Der neue Nationalstolz wurde nicht selten von heimkehrenden Intellektuellen, die in Paris oder Wien studiert hatten, nach Hause mitgebracht. Dort entwickelte er antiherrschaftliche, sprich: antihabsburgische Züge, die bald den Bestand der Vielvölkermonarchie gefährden sollten. Wo Nationalstolz zusätzlich mit sozialen Argumenten befördert wurde, fanden sich Berührungspunkte mit der sozialistischen internationalistischen Bewegung, später auch mit der Russischen Revolution.

Die Rätebewegung, die 1917 bis 1919 zwischen Moskau, Tallinn und Budapest den Osten des Kontinents in ihren Bann zog, war jedenfalls nach dem Zusammenbruch der proletarischen Aufstände im Ruhrgebiet - entwicklungstheoretisch gesehen - der Anfang eines das 20. Jahrhundert prägenden Versuches, die Peripherisierung der jeweiligen Heimat zu überwinden und Anschluß an die ökonomischen Zentren in Westeuropa zu finden. Unter der sozialistischen Flagge war dem osteuropäischen Modernisierungsbestreben außerhalb Rußlands (und der Ostukraine) - vorerst - kein Erfolg beschieden; zu brutal waren die Niederschlagungen gegen die Räte durch deutsche Truppen im Baltikum und rumänische in Ungarn. Die unter britischer Führung lancierten Angriffe der Entente gegen die Bolschewiki am Schwarzen Meer brachen im Lauf des Jahres 1920 zusammen.

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre traten nationale Parteien erneut gegen den nunmehr wirtschaftlichen Kolonialstatus ihrer Länder, die ja zwischenzeitlich politisch unabhängig geworden waren, auf und konzipierten Programme für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung. Unter dem Einfluß des deutschen Volkswirtschaftlers Friedrich List (2) erarbeitete der Rumäne Mihail Manoilescu 1929 seine "Idee eines nationalen Entwicklungsplanes" (3), die später auch von afrikanischen und lateinamerikanischen Dependecia-Theoretikern aufgegriffen wurde. "Durch uns selbst" lautete die Devise der zeitgenössischen rumänischen Regierung Bratianu, des Vorsitzenden der Liberalen Partei, die eine Nationalisierung der

Industrie mit starken autarkistischen Zügen vorantrieb. (4) Die Weltwirtschaftskrise wirkte sich allerdings auf die weitgehend über Agrarexporte an den Weltmarkt ausgelieferten Länder Rumänien, Bulgarien, Polen, Jugoslawien oder Ungarn mindestens so verheerend aus wie im Zentrum; an eine Industrialisierung mit aus Agrarexporten akkumuliertem Kapital war nicht zu denken. Die Menschen wurden arbeitslos, und eine Radikalisierung von unten setzte ein. Die gegen deutsche, österreichische und britische Kolonialverwalter gepflegte nationale Identität kippte rasch in nationalistische Hetze, die sich nun vornehmlich gegen den jeweiligen Nachbarn sowie gegen Zigeuner und Juden richtete. Solcher Nationalismus, verbunden mit offiziell betriebener antikommunistischer Politik, wurde in den 30er Jahren zum Instrument des deutschen Vormarsches. Józef Pilsudski in Polen, die Eiserne Garde in Rumänien, Hlinka (und darauffolgend Tiso) in der Slowakei, Horthy in Ungarn ... sie alle benutzten die nationale Rhetorik, die jedoch nicht verhindern konnte, daß der deutsche Einfluß in der Region zunahm, bis er sich Ende der 30er Jahre auch politisch Kolonien schuf. (5)

Nach der Zurückschlagung der Wehrmacht und der Eindämmung deutscher Hegemonialansprüche in Osteuropa fand der nächste Modernisierungsversuch osteuropäischer peripherisierter Regionen unter sowjetischem Vorzeichen statt. Es war immerhin die Rote Armee, die die Befreiung vom deutschen Kolonialdasein erwirkte und mit deren Hilfe Truppen der ehemaligen Hitler-Verbündeten bis nach Berlin vorstießen. Ein typisches rumänisches Soldatendasein im Zweiten Weltkrieg gibt Einblick in die neue politische und wirtschaftliche Orientierung der osteuropäischen Länder: Alin Braileanu war Offizier der rumänischen Antonescu-Armee und marschierte bis 1944 zusammen mit Hitlers Wehrmacht Richtung Stalingrad. Bis König Karl II. im August 1944 unter dem Eindruck der Vormarsches der Roten Armee die Seite wechselte. Zu Kriegsende kommandierte der rumänische General mittlerweile rotbesternte rumänische Truppen in Berlin. (6)

Aufschwung nach 1945

Der Einfluß Moskaus rückte nach 1945 entscheidend nach Westen, Osteuropa orientierte sich politisch-militärisch und bis in die Mitte der 70er Jahre auch ökonomisch am russischen Imperium. Außer für die spätere DDR und für den böhmisch-mährischen Teil der Tschechoslowakei entsprach das nicht nur den neuen geostrategischen Verhältnissen, sondern auch der volkswirtschaftlichen Logik, die im Wiederaufbau die Chance einer Modernisierung wahrnehmen wollte. Westeuropa hatte sich spätestens 1948 abgeschottet, das ERP (European Recovery Program) und sein Gegenstück, die Embargopolitik gegen den Osten, entwarfen einen multilateralen Sanierungs- und Investitionsplan für den Westen bis zur neuen Demarkationslinie bzw. strikte Boykottlisten gegen alle Staaten und Völker jenseits davon. Marshall-Plan und Cocom (Coordination Committee), ein unter dem Einfluß der USA stehendes Gremium zur Exportkontrolle (7), hießen die Instrumente dieser Politik.

Anfängliche Versuche der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten, die Isolation zu durchbrechen, scheiterten - und wurden von beiden Seiten aus je unterschiedlichen Gründen vergessen gemacht. Wer weiß beispielsweise noch über die Anwesenheit sowjetischer Delegierter bei der Bretton Woods-Konferenz im Jahre 1944 oder den Aufnahmeantrag Moskaus in die NATO Bescheid?

Der Marshall-Plan desintegrierte Osteuropa, wie er den Westen integrierte. Durch die Gründung des Cocom mit seinen Embargolisten war diese Erkenntnis in Osteuropa und der Sowjetunion unumstößlich geworden. Stalin begann ab 1947, die eigene Isolation zu ideologisieren. In Osteuropa folgte man teils irritiert, wie in der CSR, und teils euphorisch, wie in Rumänien. Bald erinnerten sich osteuropäische Politiker und Ökonomen an die Theorien wirtschaftlicher Selbständigkeit aus der Zwischenkriegszeit und begannen im Schoße des sowjetischen Modells, mit sozialistischen Slogans verbrämte autozentrierte Entwicklungskonzepte zu entwerfen.

Der Aufbau im Osten verlief vorerst ökonomisch erfolgreich. Klassische industriestatistische Kategorien belegen den selbst im Verhältnis zu ausgewählten westeuropäischen Ländern beachtlichen Aufholprozeß. Beim Pro-Kopf-Energieverbrauch (8), einem prä-ökologischen Indikator für Fortschritt, haben osteuropäische Länder wie Ungarn, Rumänien oder Bulgarien zwischen 1950 und 1970 Steigerungsraten von 224%, 409% bzw. 754% zu verzeichnen. Demgegenüber verblaßt geradezu der vergleichbare Wert für das östlichste Marshallgelder-Empfängerland Österreich mit einer 167%igen Steigerung. Auch westeuropäische Randländer wie Portugal mit 188% Energieverbrauchszuwachs oder Griechenland mit 406% liegen keinesfalls über den

Wachstumswerten des Ostens. Für die industrielle Produktivität weist das Economic Bulletin for Europe ähnliche statistische Daten aus.

Aber auch im sozialen Bereich konnte sich der Aufschwung Ost europaweit sehen lassen. So wurde in allen Ländern des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) bis 1970 die Analphabetenrate praktisch auf 0% gedrückt. Vor dem Krieg lag sie in Rumänien noch bei zwei Drittel und in Polen noch bei 50%. Und die Lebenserwartung der Menschen stieg von durchschnittlich 40 (im Jahre 1930) auf 68 (1970) in Rumänien und von 54 (1930) auf 72 (1970) in Polen, um nur von den bevölkerungsreichsten Ländern des Ostens zu schreiben. Den Vergleich mit Westeuropa brauchen die ehemaligen Agrarkolonien um 1970 ebenfalls nicht zu scheuen. Die Kindersterblichkeit beispielsweise reduzierte sich in Ungarn von 85 pro 1000 Geburten im Jahre 1950 auf 36 im Jahre 1970. In Rumänien ging sie im selben Zeitraum von 116 auf 49, in Polen von 107 auf 33 zurück. Österreichs Gesundheitswesen verringerte die Kindersterblichkeit zwischen 1950 und 1970 von 66 pro 1000 Geburten auf 26, Portugal von 94 auf 58, Griechenland von 65 (1955) auf 30. Ausbildung, Wohnbau, Infrastrukturausbau ... die sozialen Errungenschaften Osteuropas widerspiegeln in vielen Bereichen einen gewaltigen Sprung vorwärts - absolut, gemessen an der Zwischenkriegszeit, aber auch relativ zu Westeuropa, wobei gegenüber dem peripheren Peloponnes und der iberischen Halbinsel viele Indikatoren auch ein absolutes Aufholen beweisen.

Gestoppt wurde der osteuropäische Höhenflug von der weltweiten Rezession Mitte der 70er Jahre. Erste Westkredite, die in Ungarn, Rumänien oder Polen Industrialisierungserfolge nach westlichem Muster stimulieren sollten, waren bald zur Rückzahlung fällig, ohne daß die damit betriebenen Investitionen sich gerechnet hätten. Die Überproduktionskrise in den Zentren bewirkte einen ungeahnten Preisverfall für industrielle Vorprodukte, aber auch für Fertigungen "ausgereifter Industrien" beispielsweise in der Metallbranche. Die mit Ronald Reagans Amtsantritt einsetzende restriktive Geldpolitik der USA, die innenpolitisch inflationshemmende und weltpolitisch zinsensteigernde Folgen zeitigte, trieb alle Dollar-Gläubiger, die in den 70er Jahren billiges Geld geliehen hatten, in die später so genannte Schuldenfalle. Vor allem deshalb, weil eben industriepolitisch falsch - das heißt gegen die Rationalität der sich verschärfenden Überproduktion - investierte wurde, wenn das kreditierte Geld nicht überhaupt in militärischer Aufrüstung oder als elitärer Nomenklaturakonsum unproduktiv zerrann.

Unter dem Druck der Zinsenlast stellten die KP-Regime die wirtschaftspolitischen Weichen auf Austerität. Zur Abschwächung der sozialen Folgen wurde etwa in Ungarn die sogenannte "zweite Wirtschaft" liberalisiert; damit entstand ein kleinkapitalistischer Sektor jenseits planwirtschaftlicher Kontrolle. Gleichzeitig bemühte man sich um ein Ankurbeln der Exportproduktion. So gelehrig sich die Staats- und Parteiführer an die Auflagen des IWF hielten, dem Rumänien im Jahr 1972, Ungarn im Jahr 1982 und Polen im Jahr 1986 beitrat, so wenig konnten sie ihre Haut damit auf die Dauer retten. Denn mit jedem Schritt, mit dem sie auf Anraten des IWF marktwirtschaftliche Reformen vorantrieben, verkleinerten sie die gesellschaftliche Domäne, die ihrer politischen Steuerungsfähigkeit unterlag. Um die Kontrolle so lange wie möglich zu erhalten, sägten sie also an den Grundlagen ihrer Macht. Und so war es nur mehr eine Frage der Zeit, bis dem ökonomischen Scheitern des realen Sozialismus als Instrument nachholender Modernisierung sein politischer Zusammenbruch folgte.

Mit 120 Mrd. US-Dollar stehen heute die Länder Osteuropas bei ihren Gläubigern in der Kreide. Ungarn ist mit 22,5 Mrd. US-Dollar das pro Kopf gerechnet höchst verschuldete Land des Kontinents, seine gesamten jährlichen Exporteinnahmen betragen weniger als die Hälfte der Nettoschulden. In Polen und Bulgarien liegt diese sogenannte Schuldenquote laut Berechnungen der Wiener Wirtschaftsforschungsinstitutes (9) gar bei 300%, die Zinszahlungen allein verschlingen rund ein Viertel der Exporteinnahmen. Einzig Rumänien bildet hierbei eine Ausnahme, trat doch Ceausescu als Inkarnation des Internationalen Währungsfonds auf, um mit einer drakonischen Sozialpolitik einen 10 Mrd. Dollar Schuldenberg abzubauen.

Jährlich 15 Mrd. US-Dollar fließen von Ost nach West, schätzt der Bukarester Ökonom und Mitglied des 1989er-Revolutionsrates Silviu Brucan (10). Diese Summe setzt sich im wesentlichen aus den Rückzahlungen von Kreditzinsen zusammen und schmälert die eigentliche Schuldenlast um keinen einzigen Dollar. Nur zum Vergleich: Diese 15 Mrd. US-Dollar sind mehr als die gesamte Kapitaldecke der Londoner Bank für europäischen Wiederaufbau, die in der EG als Parade-Hilfsinstrument für die "jungen Demokratien im Osten" gilt. Der Ressourcenabzug übersteigt die westlichen Hilfeleistungen - Osteuropa befindet sich in demselben Teufelskreis, in dem die Dritte Welt gefangen gehalten wird.

Der Umbruch

Der schrittweise Verlust des politischen Primats über ökonomische Prozesse ab Mitte der 70er Jahre markiert für die Länder Osteuropas die Wende zur erneuten Peripherisierung im Weltmaßstab. Osteuropa war zwar niemals in der Lage, einen von den Zentren Westeuropa und USA unabhängigen Akkumulationskreislauf zu etablieren, auch war die Modernisierungsphilosophie nachholender Entwicklung immer eng am Fortschrittsmodell der kapitalistischen Zentralräume orientiert, der Wachstumsfetisch ökologisch und letztlich auch ökonomisch irreal. Entscheidungen in der Investitions- und Distributionssphäre folgten dennoch einer eigenen, vom Weltmarktmaßstab entkoppelten politischen Logik. Ihr ist der Aufbau einer Atommacht Sowjetunion mit militärischer Ausstrahlung bis Berlin und Budapest ebenso geschuldet wie eine spezifische Mischung aus staatlichem und betrieblichem Sozialsystem, das zur Befriedung von proletarischen und ethnisch-nationalen Begehrlichkeiten beigetragen hat. Daß dieser "Sozialvertrag" während der Periode modernisierender, stalinistischer Industrialisierung politische Repression als Stabilisator benötigte, wirkt in Zusammenhang mit den propagandistisch formulierten rätedemokratischen Ansprüchen der "kommunistischen Welt" als Ironie, ist jedoch historisch betrachtet ein notwendiges Beiwerk jeder kruden Akkumulationsphase. Soziale Befriedung kann auch im kapitalistischen Zentrum, wie wir gerade heute wieder erfahren, nur räumlich und zeitlich begrenzt stattfinden; die (un)ausgesprochene Einigung auf relativ repressionsfreie Mittel gesellschaftlicher Konfliktaustragung wird in Phasen besonderer ökonomischer Kraftanstrengung oder Krisenüberwindung immer wieder durchbrochen.

Der Fall des sowjetischen Außenhandelsmonopols im Jahre 1988, von Michail Gorbatschow absurderweise als ökonomischer Effektivierungsschritt propagiert, trug wesentlich zum Verlust politischer Kontrolle und ökonomischer Interventionsmöglichkeiten bei - auch in den osteuropäischen Staaten, deren Wirtschaftspläne mit Moskau immer noch weitgehend akkordiert waren. Als dann am 28. Juni 1991 der RGW offiziell aufgelöst wurde, signalisierte dies den Ökonomien der Überproduktionszone im Westen von seiten einzelner Mitglieder der Nomenklatura oder neuer, ehemals dissidenter Kreise die Bereitschaft zur Auslieferung der einzelnen, ohnedies krisengeschüttelten Volkswirtschaften an Weltmarktpreise und -konkurrenz.

Die verheerenden Folgen sind bekannt. Konkurrenzunfähige Industrieprodukte und landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Westeuropa auf geschützte Märkte und subventionierte Produzenten trafen, finden seither keinen Absatz. Die Produktivität sinkt, Fabriken sperren ihre Tore, Arbeiter/innen werden entlassen und eine auch von einer restriktiven Budgetpolitik nicht zu bremsende Hyperinflation enteignet alle, die nur eine Arbeitskraft und ein Sparbuch in der Landeswährung zur Verfügung haben. In nackten Zahlen: die Industrieproduktion ging in Ungarn, Polen und Tschechien seit 1989 um knapp 40% zurück, in Bulgarien und Rumänien um mehr als 50%. Für die Bürgerkriegsländer im ehemaligen Jugoslawien liegen seriöse Statistiken nicht vor.

Die Preise für importierte Produkte ebenso wie die Verbraucherpreise gleichen sich dem Weltmarktniveau an. Allein im Energiesektor hat der RGW-Zusammenbruch exorbitante Kosten für alle osteuropäischen Nichtproduzenten von Erdöl und Erdgas bewirkt. Ab 1991 mußten sowjetisch/russische Energieimporte in die Ukraine, die Slowakei, nach Tschechien oder Ungarn, die zwar teilweise schon zuvor auf Dollarbasis berechnet waren, jedoch mittels Bartergeschäft bezahlt werden konnten, mit Dollar bezahlt werden. Diese waren (und sind) in den osteuropäischen Wirtschaften nicht ausreichend vorhanden. Engpässe, den Inlandsmarkt ignorierende und hilflose Exportoffensiven in Branchen, die im Zentrum ohnedies Absatzprobleme haben, sind nur die unmittelbaren Folgen.

Für die Menschen in Osteuropa wirkt sich der Zerfall des RGW und die Einführung des Dollars als Verrechnungsbasis für Energie und andere Grundstoffe in schockartigen Preiserhöhungen aus. Gleichzeitig fallen die Löhne in den Keller, weil einerseits die galoppierende Inflation den Geldwert auffrißt und andererseits der zweifelhafte Hoffnungsträger Exportwirtschaft keine Hochlohnpolitik, ja nicht einmal eine für das Überleben notwendige Lohnpolitik verträgt. Eine Studie des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche hat die osteuropäischen Nominallöhne mit jenen österreichischer Arbeiter/innen verglichen. (11) Am höchsten sind durchschnittliche Monatslöhne demnach in Ungarn, wo sie 10% des österreichischen Niveaus erreichen. In Polen muß sich ein Arbeiter mit 8%, in Tschechien und der Slowakei mit 6% einer österreichischen Gehaltsüberweisung zufrieden geben. Rumänen und Bulgaren bekommen gar nur 2% bzw. 3% eines Österreichers.

Arbeitslos gemeldet sind offiziell (im Mai 1993) zwischen 12% (in Rumänien) und 20% (in Bulgarien), die Wirklichkeit sieht oft noch trister aus. Einzig die tschechische Quote liegt deutlich darunter.

Wer Arbeit hat, dem nimmt die Inflation alles weg. 600% betrug sie in Polen im Jahre 1990, 500% in Bulgarien 1992, ebensoviel in Rumänien Anfang 1993, 1500% in der Ukraine. Auch in Tschechien und der Slowakei bzw. in Ungarn liegt sie mit 60% (1992) bzw. 40% (1991) weit über dem stabilen westeuropäischen Niveau.

Das Ausmaß von ökonomischer und sozialer Krise wird durch Zerschlagung der Wirtschaftskreisläufe osteuropäischer Staaten und Regionen zusätzlich verstärkt. Diese von potentiellen westeuropäischen Kreditoren wie auch Konkurrenten oder dem Internationalen Währungsfonds (IWF) betriebene Desintegration findet ihre Ansprechpartner vor Ort - im Revival nationalistischer "Wiedergeburtsbewegungen" und liberaler Schocktherapeuten. Die Nationalen begreifen den politischen und wirtschaftlichen Kleinraum als Chance für die Herausbildung eigener Identität, die Liberalen mißverstehen ihn als Vorbedingung für einen Anschluß an Europa. Seit der IWF - mit Zustimmung der ungarischen Regierung - im Februar 1991 den weltgrößten Bushersteller Ikarus zu einem Lieferstop von Bussen in den (ex-)RGW-Raum veranlaßte, ist der Bann gebrochen: Internationale Finanzinstitutionen und nationale westeuropäische Staatsbanken greifen längst nicht mehr nur in Budget- und Finanzangelegenheiten osteuropäischer Länder ein, sondern direkt in deren Produktionen.

Embargofolgen

Nicht nur in Ungarn fallen am Weltmarkt durchaus konkurrenzfähige Industriebetriebe dem Druck von Westbanken und Westregierungen zum Opfer. Landläufig bekannt und berüchtigt ist die Politik der deutschen Treuhandgesellschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Aber auch in der Slowakei geht es dem industriellen Herzstück an den Kragen. (12) Zerschlagen soll die alles in allem ca. 100.000 Arbeiter beschäftigende Rüstungsindustrie werden, noch dazu mit friedenspolitischen Argumenten. 1992 haben CSFR-Panzerlieferungen nach Syrien, wohlgemerkt nach dem Golfkrieg, in den USA einen Sturm der Entrüstung und in Havels Vorzimmer ein Njet kreditwilliger deutscher Banken ausgelöst. Sogar die BRD-Kriegsmarine kam zum Einsatz, als sie ausgelaufene Schiffe auf hoher See zur Umkehr zwang, weil diese tschechoslowakische Kriegsmaterialien nach Syrien bringen sollten. An dasselbe Land, mit dessen Truppen noch kurz zuvor tschechoslowakische Sondereinheiten im Rahmen sogenannter multinationaler Friedensverbände gegen Saddam Hussein zogen, durfte plötzlich - angeblich um des Weltfriedens willen - kein slowakischer Panzer mehr geliefert werden. In Wahrheit doch wohl eher deshalb, weil die USA und Westeuropa sowohl die militärische Kontrolle über den Nahen Osten behalten als auch die Waffenmärkte dortselbst beherrschen wollen.

Auch gegen eine eigenständige polnische Waffenindustrie werden alle Register gezogen. Im Sommer 1992 wurden z.B. zwei Direktoren der polnischen Lucznikfabrik aus Radom, die in der Hauptsache Sturm- und Maschinengewehre erzeugt, in Deutschland von FBI-Agenten verhaftet, als sie gerade mit arabischen Geschäftspartnern zusammentrafen. Ihre Auslieferung in die USA, wegen angeblicher Embargoverstöße, erfolgte trotz hochoffiziellen Arbeiterdemonstrationen vor der Warschauer US-Botschaft und trotz offizieller Proteste seitens der polnischen Regierung noch am selben Tag.

Bei der Energieproduktion und -versorgung herrschen ähnliche Praktiken "ungesunden" Konkurrenzdenkens. Alle AKWs, die mit sowjetischer Technologie ausgestattet sind, werden von der Internationalen Atomenergiebehörde als Sicherheitsrisiko eingestuft. Das südböhmische AKW in Temelin hingegen, demnächst mit US-Partner Westinghouse liiert, gilt höchstens noch im AKW-freien Österreich als Gefahrenquelle. Daß für die Ausschaltung mißliebiger Konkurrenten - und um nichts anderes geht es all den scheinbar ideologischen Interventionen zum Trotz - auch friedenspolitische und ökologische Argumente herhalten müssen, darf nicht verwundern. Denn mit ihnen ist jener gesellschaftliche Konsens herzustellen, den die Kolonisierung der osteuropäischen Peripherie in den Ländern des Zentrums braucht, um sich nicht ständig innerer Kritik ausgesetzt zu sehen.

Mit der wirtschaftlichen Desintegration einher geht politisches Gefügigmachen. Eine ideale Kombination für beide Prozesse der Unterwerfung bietet das von der internationalen Staatengemeinschaft via UNO-Sicherheitsrat verfügte Embargo - nicht nur gegen besonders halsstarrige Opponenten der neuen Globalisierung, sondern auch gegen alle, die mit den aus dem weltwirtschaftlichen Gefüge mittelfristig und

partiell Ausgeschlossenen intensiv kooperiert und gehandelt haben. Es ist kein Zufall, daß mit Irak, Libyen und Jugoslawien drei der ökonomisch potentesten Partnerländer des ehemaligen RGW mit Embargo belegt wurden. Den osteuropäischen Ländern kommt die Befolgung der in Washington beschlossenen Ächtung teuer zu stehen, viel teurer als den Westeuropäern oder gar den US-Amerikanern. Zudem stellt das dafür notwendige Unterwerfungsritual unter die jenseits des Atlantiks aufgestellten Spielregeln eine Art politischen Initiationsritus für die neue politische Kaste in Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Polen, Rumänien und Bulgarien dar.

Wie sehr das Embargo gegen Libyen, Irak und Jugoslawien letztlich auch auf Osteuropa zielt, kann man in den Protestresolutionen der Regierungen und im statistischen Zahlenmaterial nachlesen. Beides ist allerdings hierzulande nicht gerade weit verbreitet. Rumäniens Staatspräsident Ion Iliescu beklagte Anfang 1993 den Verlust von Märkten und machte dafür den Zusammenbruch der Ost-Ost-Kooperationen im RGW ebenso verantwortlich wie die UN-Embargopolitik: "Mit dem RGW ist eine Energie- und Rohstoffquelle versiegt. Auch haben wir für den riesigen sowjetischen bzw. russischen Markt keinen Ersatz gefunden. Außerdem gerieten andere, für uns wichtige Wirtschaftspartner außer Reichweite, wie z.B. Irak und die Golfregion und neuerdings auch Jugoslawien - durch den UN-Wirtschaftsboykott." (13)

Aus dem rumänischen Verkehrsministerium verlautete im Frühjahr 1993, daß die Verschärfung des UN-Embargos gegen Jugoslawien Verdiensteinbußen in der Höhe von 2 Mrd. US-Dollar beschert habe. Der bulgarische Premierminister Berov befürchtete zur selben Zeit "katastrophale Folgen für die bulgarischen Handelsbeziehungen mit Mitteleuropa" (14). Weiter bezifferte er den volkswirtschaftlichen Schaden für sein Land, ähnlich wie der ukrainische Außenminister Slenko, mit 2 Mrd. US-Dollar für das Jahr 1993. Präsident Schelju Scheljev forderte Anfang Oktober 1993 in einer Rede vor der UN-Generalversammlung Kompensationsleistungen für die durch das Embargo entstandenen Schäden.

Noch härter als Rumänien und Bulgarien ist Mazedonien vom Wirtschaftsboykott Jugoslawiens betroffen. Die junge Republik wurde fast gänzlich von den Handels- und Transportverbindungen zu ihren Nachbarn abgetrennt. Mit Serbien, dessen Anteil am innerjugoslawischen Handel für Mazedonien bis 1991 60% betrug, darf unter internationalem Druck kein Geschäftskontakt hergestellt werden. Und der zweite Nachbar, Griechenland, hat seine eigenen, innenpolitisch gestrickten Gründe für eine Isolierung des kleinen südslawischen Landes. Logische Folgen: Die Industrieproduktion sank in den vergangenen drei Jahren um 50%, die Inflation betrug 1992 1800%, die Arbeitslosenrate über 10%.

Solch wirtschaftlicher Zusammenbruch und die daraus resultierende soziale Verelendung implizieren politische Instabilität und nicht enden wollende territoriale Desintegration. In Jugoslawien ist dieser Prozeß am weitesten fortgeschritten. Er reißt soziale und wirtschaftliche Gräben auf und bringt auch Sprache und Volkszugehörigkeit als Waffe im Verteilungskampf zum Einsatz - in der trügerischen Hoffnung, dadurch Abgrenzung zum Nachbarn herstellen zu können, die bei der zu erwartenden Neuordnung der ökonomischen und politischen Verhältnisse bessere Ausgangsbedingungen bietet. Die vermeintliche Nähe zum westlichen Zentralraum definiert den Rassismus gegen die östlichen Nachbarn. Kroaten und Slowenen schotten sich mit solchen Argumenten gegen Serben ab, die Serben gegen die Kosovo-Albaner und andere Nichtchristen wie die muslimischen Bosnier. Desintegration geht aber auch über ethnischen Trennlinien, die ohnedies mit Vorsicht zu bewerten sind, hinaus. In Westbosnien hat sich Ende September 1993 die Enklave um die Stadt Bihac zur "Autonomen Region Westbosnien" erklärt, mit der "Serbischen Republik Bosnien" einen Seperatfrieden geschlossen und damit wohl endgültig eine vom Sarajewoer Kriegskabinett immer wieder postulierte, wenngleich inexistente bosnische Einheit ad absurdum geführt. Die westbosnische Autonomieerklärung unter der Führung des ehemaligen bosnischen Staatspräsidiumsmitglieds Filkret Abdic ist die vorläufig letzte, logische Konsequenz eines lang andauernden Zerfalls, der ökonomisch, sozial, kulturell, politisch und territorial Verwüstungen sondergleichen anrichtet.

Auf diese Weise werden sämtliche wirtschaftliche Bindungen ebenso wie soziale Netzwerke aus der Zeit des realsozialistischen Modernisierungsversuches zerrissen, politische Seilschaften aufgelöst und territoriale Integrität gesprengt.

Dieser Zustand bietet für die ehemals dominierenden Mächte West- und Mitteleuropas die Chance auf regional kleinräumig angelegte Interventionen im Osten - ökonomisch, politisch und militärisch. Eine rasche soziale Differenzierung in der osteuropäischen Peripherie vorausgesetzt, erwächst schnell jene Klasse, die nach dem

Vorbild der Zwischenkriegszeit Statthalterfunktionen für Deutschland und/oder die Europäische Union erfüllen kann. Sie ist zur Sicherung des Ressourcen- und Gewinntransfers ins Zentrum nötig. Daß dabei auch der eine oder andere mit mafiösen Praktiken reich gewordene Nomenklaturist der KP-Zeit zum Zuge kommt, schmerzt zwar die alteingesessenen kreolischen Familien, tut der Struktur des neu-alten Abhängigkeitsverhältnisses jedoch keinen Abbruch.

Ausgeschlachtet werden auf diese Weise schon heute - selektiv, versteht sich - industrielle und landwirtschaftliche Rohstoffe, menschliche Arbeitskraft, menschliche Körper und die Natur als Ablageplatz für Zentrumsmist. Erdöl aus dem sibirischen Tjumen, Gemüse aus Ungarn, (Schwarz-)Arbeiter aus Rumänien, Nieren aus polnischen "Spender"leibern und Herzen aus abchasischen Soldaten tragen zum "Wohlstandsgewinn" in den westeuropäischen Zentren bei. Die destruktiven Kräfte dieser ungleichen internationalen Arbeitsteilung drohen früher oder später auch den Westen zu erfassen - als soziale Zeitbombe und politisches Instrument zum Aufschwung rechtsradikaler Losungen und "Lösungen".

Anmerkungen:

1) vgl. Immanuel Wallerstein, Das moderne Weltsystem. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1986, S. 337f.

2) Friedrich List, Das nationale System der politischen Ökonomie, Berlin 1930 (Erstausgabe 1841).

3) Mihail Manoilescu. Idea de plan economic national. Bukarest 1938; vgl. auch: ders., Théorie du protectionisme et de l'échange international. Paris 1929.

4) vgl. Viorel Roman, Rumänien im Spannungsfeld der Großmächte Bd. 3 (1878-1944), S. 178

5) vgl. Andrea Komlosy, Die Ordnung eines Kontinents. Geschichte der europäischen Teilungen, in: Jürgen Elsässer u.a., Krisenherd Europa. Göttingen 1994, S. XXX

6) Gespräch mit Alin Braileanu. Bukarest, im Mai 1990

7) vgl. Hannes Hofbauer, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau. Wien 1992. S. 83 f.

8) Economic Bulletin for Europe. Vol. 31/2. Genf, New York 1980, S. 39.

9) in: Neue Zürcher Zeitung 13.2.1993

10) Gespräch mit Silviu Brucan. Bukarest, im Februar 1994

11) WIIW, August 1993; eigene Recherchen.

12) Andrea Komlosy/ Hannes Hofbauer, Gemeinsames Haus Europa: Ohne Mauern geht es nicht. in: Forum Okt./Nov. 1992, S.37

13) Interview mit Ion Iliescu. in: Salto Jg.3, Nr. 4, 22.1.1993. Wien

14) Salzburger Nachrichten, 29.4.1993

23. Nationale "Versöhnung" gescheitert. Mailand, 25. April: Massendemonstration gegen Geschichtsrevisionismus und Rechtsruck

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:28

Über den Unterschied zwischen Deutschen und Italienern ließen sich seitenlang Klischees zusammentragen. Daß die einen pünktlich, sauber, fleißig und obrigkeitshörig sind, während die anderen lieber feiern und singen, als zu arbeiten, und stets den Mächtigen mißtrauen, ist ja - trotz aller, das Individuum mißachtenden Verallgemeinerung - nicht völlig aus der Luft gegriffen. Den Vorurteilen des gemeinen Volkes wird auch von den Gelehrten Nahrung gegeben.

Elias Canetti, der in seinem Werk "Masse und Macht" die "Massensymbole der Nationen" untersucht hat, schreibt: "Das Massensymbol der Deutschen war das Heer. Aber das Heer war mehr als ein Heer: es war der marschierende Wald." Die "Sauberkeit und Abgegrenztheit (der Bäume) gegeneinander, die Betonung der Vertikalen, unterscheidet diesen Wald von dem tropischen, wo Schlinggewächse in jeder Richtung durcheinander wachsen."

Das italienische Volk muß Canetti zufolge ohne ein "Massensymbol" auskommen. Der Versuch der Faschisten, ein solches zu schaffen, so Canetti im Jahre 1960, als er sein Buch vollendete, hatte keine dauerhaften Folgen: "Das Rutenbündel (das Symbol des Faschismus; Anm. Js.) erregte nur den Haß derer, die mit Ruten gestrichen wurden; niemand war auf Drohung oder Züchtigung stolz. Der Versuch, Italien ein falsches nationales Massensymbol aufzuzwingen, ist zum Glück für die Italiener gescheitert."

Der Vergleich der jeweiligen nationalen Feiertage bestätigt das gängige Vorurteil. In Deutschland war jahrzehntelang der "Tag der deutschen Einheit", zurückgehend auf die Arbeiterrevolte in der DDR am 17. Juni 1953, das Datum, das nationale Identität stiften sollte. Daß dieser 17. Juni einen "gefährlichen Januskopf" hatte, formulierte Wolf Biermann in besseren Tagen so: Er war "schon ein demokratischer Arbeiteraufstand" und "noch eine faschistische Erhebung". Der 3. Oktober, der neue Feiertag der Deutschen, hat (neben seinem widerlichen Anlaß, dem Anschluß der DDR an die BRD) den Nachteil, daß er in eine Zeit fällt, in der hierzulande meistens schlechtes Wetter herrscht.

Anders in Italien. Am 25. April ist in der Mittelmeerregion der Frühling auf Hochtouren; der arbeitsfreie Tag ist hochwillkommen, zumal wenn er - wie in diesem Jahr - auf einen Montag fällt. Daß die Italiener ihn am liebsten am Meer oder beim Picknick im Grünen begehen, ist nur allzu verständlich. Vom allgemeinen Müßiggang ausgenommen sind der Staatspräsident und andere hohe Würdenträger, die an diesem Tag traditionell Kränze an den Orten nazistischer Greueltaten (Marzabotto, Fosse ardeatine) niederlegen. Das taten sie auch in diesem Jahr.

Was in den vergangenen Jahren eher unterging, der politische Inhalt des Feiertages, ist in diesem Jahr in das Zentrum des Interesses gerückt: der 49. Jahrestag des Volksaufstandes gegen Faschismus und deutsche Okkupation. 300.000 Menschen beteiligten sich an der zentralen Demonstration in Mailand; auch in Rom, Neapel, Bologna, Modena und anderen Städten gingen die Menschen trotz des - für Massenaktionen - ungünstigen Termins auf die Straße.

Der Anlaß: 25. April 1945

Nach der Landung anglo-amerikanischer Truppen auf Sizilien im Juli 1943 und Mussolinis Absetzung und Verhaftung kapitulierte Italien am 3. September bedingungslos. Erst am 8. September wurde die Kapitulation bekanntgegeben. Ebenfalls am 8. September begann die Besetzung durch deutsche Truppen. Einen Tag später folgten die Landung der Allierten auf dem Festland bei Salerno und die Befreiung Mussolinis durch deutsche Fallschirmjäger auf dem Gran Sasso. In Salò am Gardasee wurde die faschistische Repubblica Sociale Italiana gegründet. Italien war dreigeteilt: Der Norden besetzt von den Nazis, die Mitte regiert von Marschall Badoglio, der Süden von den Alliierten befreit. Der Partisanenkrieg begann. Nach Angaben des Historikers Claudio Pavone fielen 44.720 Partisanen im Befreiungskampf; 9.980 Menschen wurden Opfer von "Vergeltungsaktionen". Im April 1945 spitzten sich die Ereignisse zu:

10. April: Der Partito comunista d'Italia (PCI) erklärt in seiner Aufstandsdirektive Nr. 16 zu den unmittelbaren Aufgaben der bewaffneten Antifaschisten: "Es geht nicht mehr allein darum, den Partisanenkrieg zu intensivieren, sondern wirkliche und echte Aufstandshandlungen vorzubereiten und auszulösen."

19./22. April: Bologna und Modena werden befreit.

23. April: Beginn des Aufstands in Genua;

25. April: Das Comitato di liberazione nazionale (CLN), getragen von PCI, PSI, PLI, DC, Partito d'azione und Democrazia del lavoro, beschließt den allgemeinen Aufstand für Norditalien; "im Namen des italienischen Volkes und als Beauftragter der italienischen Regierung" übernimmt das CNL alle zivilen und militärischen Machtbefugnisse; Kapitulation der Deutschen in Genua;

26. April: Beginn des Aufstands in Turin;

27. April: Mailand befreit;

28. April: Turin befreit; Mussolini von Partisanen hingerichtet;

29. April: Mussolinis Leiche wird, mit dem Kopf nach unten, in Mailand öffentlich aufgehängt.

2. Mai: Die deutschen Besatzungstruppen in Italien ergeben sich.

8. Mai: Nazi-Deutschland kapituliert bedingungslos.

Daß die alliierten Truppen Italien auch ohne die Hilfe der Partisanen von den deutschen Besatzungstruppen und vom Faschismus befreit hätten, ist unstrittig. Militärisch waren die Partisanenaktionen nicht entscheidend, politisch jedoch hatten sie immense Bedeutung. König Vittorio Emanuele III., der Mussolini 1922 zur Macht verholfen hatte, wollte seinen Sohn Umberto als Fortsetzer der Monarchie einsetzen und hatte in der britischen Regierung seinen wichtigsten Unterstützer. Churchills Kalkül ging auf "Stabilität" und Eindämmung der "kommunistischen Gefahr". Der Aufstandsbeschluß des CNL, der diese Machenschaften störte, war das Signal für einen politischen Neuanfang. Er verschaffte dem CNL und seinen Trägerparteien enormes Prestige und trug bei der Volksabstimmung im Juni 1946 über die künftige Staatsform zur Niederlage der Monarchisten bei. Wäre die Befreiung nichts als ein Geschenk der Alliierten gewesen, wäre der knappe Sieg der Republik im Referendum wahrscheinlich nicht zustande gekommen.

Ebenso wahr ist allerdings, daß es in der Folgezeit - wie in Deutschland - keine Abrechnung mit dem Faschismus gab. Damals entstand der Spruch, Italien habe nach dem Kriege nicht 40, sondern 80 Millionen Einwohner gehabt: 40 Millionen Faschisten (bis 1943) und 40 Millionen Antifaschisten (ab 1945). Schon im Dezember 1946 konnte der Movimento sociale italiano (MSI) die Nachfolge von Mussolinis faschistischer Partei antreten, entgegen der Verfassung, die unmißverständlich festlegt, daß "die Reorganisation der faschistischen Partei ... unter jedweder Form verboten" ist. Ein Jahr später wurde ein Gesetz verkündet, das dieses allgemeine Verbot konkretisierte und die Wiedergründung der faschistischen Partei als "Partei oder Bewegung oder paramilitärische Organisation" unter Strafe von bis zu 20 Jahren Gefängnis stellte. Angewandt wurde es nicht. Statt dessen wurden die faschistischen "Mitläufer" amnestiert. Federführend für das Amnestiegesetz war Justizminister Palmiro Togliatti, der langjährige Sekretär der Kommunistischen Partei und Begründer des "italienischen Weges zum Sozialismus".

Der 25. April als Nationalfeiertag - festa della liberazione - ist auch Ausdruck der Legende, die erste italienische Republik, die in Wahrheit keinen totalen Bruch mit dem Faschismus vollzogen hat, habe im Antifaschismus ihr politisch-ideologisches Fundament. Die Parteien des arco cosituzionale ("Verfassungsbogen"), von der Democrazia cristiana bis hin zum PCI, bescheinigten einander damit, Träger gemeinsamer antifaschistischer und republikanischer Werte zu sein. Im Unterschied zu den Neofaschisten, die nicht dazugehörten und von offener Einflußnahme auf die staatliche Politik ausgeschlossen blieben.

Mit der Rehabilitierung des MSI, der seit Januar 1994 den Namen Alleanza Nazionale trägt, und seiner Einbeziehung in die Regierungsgeschäfte ist deutlich geworden, daß die alte politisch-moralische Grundlage der Republik, der Antifaschismus, nicht mehr "zeitgemäß" ist und "überwunden" werden muß. Verkauft wird das mit der Propagandaformel von der neuen, sauberen "zweiten" Republik, die gegenwärtig entstehe und die

korrupte und verfilzte "erste" Republik ablöse. Die Bemühungen, sich des Antifaschismus zu entledigen, beginnen natürlich nicht erst mit den Wahlerfolgen der Neofaschisten Ende vergangenen Jahres.

Historikerstreit all'italiana

Nicht um die Rekonstruktion der historischen Wahrheit und die Relativierung der Legende von den unwandelbaren Werten der italienischen Republik, sondern um die "Historisierung" des Faschismus geht es der nationalkonservativen Strömung unter den italienischen Historikern und anderen Rechtsintellektuellen. Renzo De Felice, Mussolini-Biograph und Verfasser des immer noch zitierfähigen Standardwerkes Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo ("Geschichte der italienischen Juden unter dem Faschismus"), sorgte schon 1975 für heftige Gegenreaktionen, als er den Faschismus für "ein abgeschlossenes Kapitel" erklärte. 1987 provozierte er die Öffentlichkeit mit der Forderung, die Verfassungsnormen gegen den Faschismus abzuschaffen, da sie "grotesk" seien. De Felices Hauptthese besagt, daß der italienische Faschismus - im Gegensatz zum Nationalsozialismus - innovativ und modern gewesen sei, auch in der Sozialpolitik. Für den Aufschwung der Neofaschisten fühlt sich De Felice in keiner Weise mitverantwortlich. Er habe nur - der historischen Wahrheit zuliebe - darauf bestanden, daß Mussolini größere Fähigkeiten besessen habe, als die jahrzehntelang dominanten Historiker hätten zugeben wollen.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Intellektuellen, die den Faschismus für nunmehr "überwunden" erklärten, beständig gewachsen. Der Philosoph Norberto Bobbio, früher ein Weggefährte der Sozialisten, findet selbst an dem provokativen Bekenntnis von MSI/AN-Sekretär Gianfranco Fini, Mussolini sei der "größte Staatsmann dieses Jahrhunderts", nichts auszusetzen: "Auch Stalin war ein großer Staatsmann." Während des Wahlkampfes rief Bobbio dazu auf, "die Gegenüberstellung von Faschismus und Kommunismus zu überwinden."

Sein Kollege Lucio Coletti bescheinigte den Verteidigern der faschistischen Republik von Salò, sie hätten bis zuletzt "für den Sieg eines - wenn auch für mich falschen - Ideals gekämpft". Diese Neubewertung der Vergangenheit - nicht Todfeinde, sondern politische Gegner mit jeweils unterschiedlichen, aber durchaus respektablen "Idealen" hätten sich 1945 gegenübergestanden - hat erheblich an Boden gewonnen. Immer häufiger wird gefordert, bei der Beurteilung des Faschismus das "Gute" gegen das "Schlechte" abzuwägen. Franceso Alberonis Aufruf, den 25. April als Festtag gegen "alle Totalitarismen" zu begehen, enthält Angebote für Menschen unterschiedlichster politischer Überzeugungen: "Das zwanzigste Jahrhundert wurde beherrscht von Kriegen, von Fanatismus und Totalitarismus. Nicht nur vom italienischen Faschismus, sondern auch vom deutschen Nazismus und vom sowjetischen Kommunismus." (Corriere della sera, 18.4.)

Gegen Rechtsruck und Geschichtsrevisionismus

Gianfranco Fini hatte sogar offen dazu aufgerufen, den diesjährigen 25. April als Tag der Versöhnung zwischen Gegnern und Anhängern des Faschismus zu nutzen. Daraus konnte nichts werden. Der Wahlsieg des Rechtsblocks Polo della libertà , der Berlusconi die Führungsrolle und den Neofaschisten die Anerkennung als koalitionsfähiger Partei bescherte, war eine Herausforderung. "Hunderttausende von Erwachsenen und Alten ohne Gedächtnis sind in die Falle des starken Mannes gelaufen, haben ihre Stimme der heiligen Allianz von Bourgeoisie und Faschismus gegeben, die eine Wirtschaftsdiktatur und neue Kriege vorbereiten", schrieben Antifaschistische Komitees aus Mailand zum Wahlergebnis. Die Frankfurter Rundschau, die diese Einschätzung zitiert, tut sie als "Kraftworte" ab, "die wohl von Enttäuschung über die März-Wahlen mitdiktiert sind". (FR, 13.4.) Vergessen werden dabei die - zunächst verbalen - Provokationen der Sieger, mit denen ihre Kampfansage unterstrichen wurde:

Finis Bekenntnis zu Mussolini, das auch bei der Lega Nord positive Aufnahme fand: Irene Pivetti, neugewählte Parlamentspräsidentin von der Lega, ergänzte sogleich, Mussolini habe viel für die Frauen getan. Den gegen sie u.a. von Marco Pannella erhobenen Vorwurf des Antisemitismus meinte sie entkräften zu können, indem sie auf einen von ihr angestellten jüdischen Assistenten verwies. Frau Pivetti, treue Anhängerin des erzreaktionären Kurienkardinals Ratzinger, hatte in einem Artikel die Juden als "rassische, religiöse und kulturelle Minderheit" bezeichnet, die ständig ihren Einfluß ausweite. Während sie am 25. April dem Präsidenten der jüdischen Gemeinde in Mailand die Hand reichte, attackierte sie die Journalisten, die ihr religiöse Intoleranz "unterstellt" hätten.

Der beim MSI für Außenpolitik zuständige Abgeordnete Mirko Tremaglia nutzte die Gunst der Stunde, um eine Grenzverschiebung nach Osten zu fordern. Der 1975 zwischen Italien und Jugoslawien geschlossene Vertrag von Osimo müsse revidiert werden. Damals war die 1945 von jugoslawischen Partisanen besetzte Zone B südlich von Triest endgültig Jugoslawien zugeschlagen worden. Der kleinere nördliche Teil dieses Gebietes gehört heute zu Slowenien, der größere südliche zu Kroatien.

All das trug sicherlich zur antifaschistischen Mobilisierung bei. Berlusconi und Fini blieben der Mailänder Demonstration wohlweislich fern. Umberto Bossi dagegen erschien und wurde ausgepfiffen, als Faschist beschimpft und aufgefordert, nach Pontida, dem Wallfahrtsort der nordischen Separatisten, zu verschwinden. Eine Ungerechtigkeit, fand PDS-Sekretär Achille Occhetto, der "Aufrührer" als Urheber der Proteste vermutete.

Dagegen erklärte Fausto Bertinotti, Sekretär von Rifondazione comunista, die Politik der Lega sei "inkompatibel mit dieser Demonstration". Womit er allem Anschein nach recht hatte. "Bella ciao", das Kampflied der Partisanen, habe wie ein junges Lied geklungen, fand La Repubblica. Neben der Erinnerung an die von Mussolini akzeptierte und unterstützte Deportation der Juden und neben dem Dank an die Partisanen beherrschten Parolen gegen den aktuellen Rechtstrend die Demonstration. "Die Geschichte sind wir" und "Reizt uns nicht!" stand auf Transparenten. Kein Tag der Rache an der siegreichen Rechten, wie die Reporter übereinstimmend berichten, aber auch keine Versöhnung mit den Mördern von einst und ihren unverbesserlichen Erben von heute.

Js.

"In Italien ist der Historikerstreit entschieden"

Mit besonderer innerer Anteilnahme verfolgt die FAZ die Vorgänge in Italien. Ein Herzensanliegen der Zeitung, die Herstellung "nationaler Identität" auf dem Wege der Aussöhnung mit der Vergangenheit, wird von gleichgesinnten italienischen Intellektuellen derzeit mit besonderer Entschlossenheit betrieben. Da läßt sich für die moralische Aufrüstung der Deutschen einiges lernen! Die Zwischenbilanz von Heinz-Joachim Fischer "Neue Ausgangspunkte in Italien" (FAZ, 23.4.) hätte durchaus auch unter Überschrift "Alle Achtung vor diesen Italienern!" erscheinen können.

Der Kommentator für Deutschland beginnt mit der Parlamentswahl Ende März, bei der die in Alleanza Nazionale umbenannte neofaschistische Partei 13% der Stimmen erreichte, und zieht dann seine Lehren, deren Beherzigung er - ohne es direkt auszusprechen - den Deutschen dringend anrät. Im folgenden einige Auszüge:

"Damit ist in Italien der antifaschistische Vorbehalt gefallen, ein Tabu des Vergangenheitserbes gebrochen, ein Denkverbot überschritten. Ob es gefällt oder nicht, eine Mehrheit der italienischen Wähler rückte von der reflexartigen Verurteilung des Faschismus ab und will unterscheiden zwischen dem Guten und dem Schlechten damals, in welchem Mischungsverhältnis auch immer. (...)

Der antifaschistische Hebel, früher in den kommunistischen Staaten und im Westen von der Linken gern gehandhabt, taugt also nicht mehr in der politischen Auseinandersetzung heute. Wer jetzt in Italien von Recht und Ordnung spricht, steht nicht mehr schlechter da als jener, der für den demokratischen Sozialismus eintritt. Gegen den letzten erhebt auch niemand mehr den Vorwurf, wie Botho Strauß jüngst anmerkte, ‚er mache Stimmung für die Wiederkehr stalinistischer Blutbäder`. Vielleicht haben es die Italiener damit leichter, weil Mussolini kein Auschwitz veranstalten ließ. Aber auch jenen, die für Hitler Verantwortung tragen, ist nun die antifaschistische Ausflucht versperrt.

Das bedeutet aber gerade nicht, daß der politische Geist Italien nun immer merkbarer nach rechts rückte. Aber jetzt herrschen zwischen links und rechts gleiche Bedingungen. Der eine kann sich nicht moralisch erhabener, intellektuell redlicher und historisch belehrter dünken als andere. (...)

Daß Berlusconi die ‚Inkubationszeit des Faschismus` wiederholen werde, erscheint als parteipolitisches Interpretationsmuster zur Polarisierung tauglich, doch als demokratische Sicherung nicht mehr brauchbar. Denn in Italien ist der Historikerstreit entschieden. Jetzt heißt es, sich in der Gegenwart zu bewähren. Für alle."

24. Vor 50 Jahren: Völkermord an Ungarns Juden. Teil 2

Teil 2 (Teil 1 in ak 365)

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Ungarn · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:36

Bis zum Frühjahr 1944 waren die Juden Ungarns von der deutschen Vernichtungsmaschinerie weitgehend verschont geblieben. Solange hatte Ungarn, obwohl mit Deutschland im Krieg verbündet und selbst eines der am meisten antisemitischen Länder Europas, dem seit 1942 ausgeübten deutschen Druck widerstanden, seine jüdische Bevölkerung in die Vernichtungslager auszuliefern. Etwa 725.000 Juden im religiösen Sinn lebten zu dieser Zeit in Ungarn. Unter ihnen befanden sich auch viele, die aus anderen Ländern unter NS-Herrschaft geflüchtet waren. Hinzuzuzählen waren nach nazi-deutschem Verständnis bis zu 100.000 Juden im biologischen Sinn: Christen jüdischer Geburt oder Abstammung.

Der Anfang vom Ende: 19. März 1944

Zwischen Mitte Mai und Anfang Juli 1944 wurden in der größten und schnellsten Einzelaktion der gesamten NS-"Endlösung" ungefähr 430.000 Juden aus Ungarn ins Vernichtungszentrum Auschwitz abtransportiert. Voraussetzung dafür war, daß am 19. März 1944 Einheiten der Wehrmacht und der SS in Ungarn einmarschiert waren und damit de facto zu erheblichen Teilen die Macht im Land in deutsche Hände genommen hatten. Verbunden damit war eine Neubildung der Regierung. Der eigentliche deutsche Wunschkandidat Imredy war nicht durchsetzbar (1), und mehr als Verlegenheitslösung wurde nach ein paar Tagen der frühere Gesandte in Berlin, Sztójay (2) zum Regierungschef gekürt. Mit den Faschisten Baky (3) und Endre wurden zwei vor gar nichts zurückschreckende Judenfeinde zu Staatssekretären im Innenministerium gemacht.

Dennoch war die neue Regierung, anders als die später am 15. Oktober 1944 an die Macht geputschte, keine absolut faschistische. Außerdem blieb die Stellung des schon seit 1919 amtierenden Regenten Horthy, vergleichbar einem Präsidenten mit sehr weitgehenden Befugnissen und Einflußmöglichkeiten, in dieser Phase noch stark. Horthy war ein Erzkonservativer mit starker rechtsextremer Tendenz, aber weder ein Faschist noch ein hundertprozentig zuverlässiger Ausführer deutscher Anweisungen. Daß Horthys Stellung nach dem 19. März unangetastet blieb, entsprach der deutschen Planung, die vom Interesse an größtmöglicher Stabilität der inneren Verhältnisse Ungarns bestimmt war und keine Konfrontation mit "Horthy-treuen" Kreisen der Armeeführung riskieren wollte. Zugleich lag in der deutschen Entscheidung für Horthy jedoch eine Ambivalenz, die auch das Risiko unerwünschter Sonderwege enthielt.

Der Hauptgrund für den deutschen Einmarsch am 19. März bestand zweifellos in der sachlich begründeten Furcht, Ungarn könne angesichts der immer aussichtsloseren Kriegslage Verhandlungen über einen separaten Waffenstillstand führen und kapitulieren. Italien hatte schon im September 1943 die Seite gewechselt; Finnland führte seit Ende 1943 konkrete Verhandlungen mit der UdSSR über die Waffenstillstandsbedingungen; die Situation in Rumänien war unsicher und wäre wahrscheinlich "gekippt", falls in seinem Rücken Ungarn kapituliert hätte; außerdem erwartete man im Frühsommer 1944 den großen Landungsversuch der West-Alliierten an der französischen oder belgischen Küste.

Das deutsche Vorgehen in Ungarn war also in der Hauptsache von militärischen Überlegungen bestimmt, doch spielte dabei offenbar auch das Ziel, direkten Zugriff auf Ungarns Juden zu gewinnen, um sie in die "Endlösung" einzubeziehen, eine erhebliche Rolle. Daß dies auch international so wahrgenommen wurde, zeigen die Äußerungen des US-Präsidenten Roosevelt auf einer Pressekonferenz am 24. März 1944: "Die Ereignisse der letzten Tagen haben dazu geführt, daß hunderttausende Juden, die zwar unter Verfolgung lebten, aber in Ungarn und auf dem Balkan wenigstens einen Schutz vor dem Tod gefunden hatten, nun, da Hitlers Truppen sich schwerer auf diese Länder werfen, von Vernichtung bedroht sind. Es wäre eine riesige Tragödie, wenn diese unschuldigen Menschen, die bereits zehn Jahre des Wütens Hitlers überlebt haben, gerade am Vorabend des Triumphes über die Barbarei, die ihre Verfolgung symbolisiert, umkommen würden." (4)

Zusammen mit Wehrmacht und SS war ein "Sondereinsatz-Kommando" unter Leitung Eichmanns (5) nach Budapest gekommen, das sofort seine Tätigkeit aufnahm. Aus den Aussagen von Wisliceny, einem engen Mitarbeiter Eichmanns, geht hervor, daß diese Arbeitsgruppe schon Anfang März 1944, also noch vor dem deutschen Einmarsch, auf einer Konferenz in Mauthausen zusammengestellt worden war. Eichmann habe dafür "alle Leute, die in seiner Abteilung irgendeine Funktion bekleideten", beordert. (6)

Horthy gibt freie Hand

für antijüdische Maßnahmen

Entscheidend für den weiteren Gang der Dinge war die erste Sitzung des neuen ungarischen Ministerrats am 29. März: Horthy ließ mitteilen, daß er der Regierung "freie Hand" hinsichtlich aller antijüdischen Maßnahmen gebe und in diesem Zusammenhang keine Einflußnahme beabsichtige. Gestützt auf diesen Blankoscheck wurden sechs Dekrete zur Diskriminierung und Isolierung der Juden beschlossen. Das folgenschwerste sah die Pflicht zur Kennzeichnung durch den gelben "Judenstern" ab 5. April vor. Es gab einige Ausnahmen, auf die Horthy und andere Konservative bekanntermaßen Wert legten, etwa für Veteranen des ersten Weltkriegs.

Am 7. April ordnete Baky intern an, die "Ghettoisierung" der Juden organisatorisch vorzubereiten. Tatsächlich handelte es sich darum, die Juden in denkbar kürzester Frist in improvisierten Unterkünften und Lagern zu sammeln, sie einige Tage später in größere Zentren an den Bahnlinien zu schaffen und sie von dort aus nach Auschwitz zu transportieren. Begründet wurde das damit, daß Ungarn dem Deutschen Reich Arbeitskräfte, vor allem für die Kriegswirtschaft, zur Verfügung stellen müsse. Das sei ein wesentlicher Beitrag Ungarns zu den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen. Daß unterschiedslos sämtliche Juden, auch Greise und Kleinkinder, deportiert wurden, begründete man ganz gemütlich damit, daß die Juden erwiesenermaßen viel eifriger arbeiten würden, wenn sie ihre Familien bei sich hätten. Tatsächlich stellte die Beschaffung von Arbeitskräften für große Rüstungsprojekte einen Punkt der deutschen Absichten dar (7); vor allem aber war sie für viele ungarische Politiker ein beruhigender Vorwand, um sich über die geplanten Massendeportationen keine Gedanken zu machen.

Für die Durchführung der "Judentransporte ins Reich" teilten die Organisatoren, der Eichmann-Stab und seine Helfer im ungarischen Apparat, das Land in sechs Zonen ein. Zone I: Karpatho-Ruthenien und Nordost-Ungarn. Zone II: Das nördliche Transylvanien/Siebenbürgen. Insgesamt großenteils Gebiete, die erst in den Jahren 1938 und 1940 von der Slowakei und Rumänien annektiert worden waren und deren Juden auch von vergleichsweise gemäßigteren Antisemiten wie Horthy als "fremde Elemente" betrachtet wurden. Zone III: Das übrige Nordungarn. Zone IV: Südungarn östlich der Donau. Zone V: Westungarn. Zone VI: Budapest und Umgebung.

Die praktische Durchführung der "Ghettoisierung" begann in der Zone I am 16. April, dem ersten Tag des Pessach-Festes. Ab Anfang Mai erfolgte die gleiche Vorgehensweise in der Zone II, ab Anfang Juni in der Zone III. Vom 15. Mai an begann, mit kleinen Unterbrechungen, Zone um Zone der Abtransport der zusammengetriebenen Juden mit Güterzügen nach Auschwitz, ungefähr 4.000 Menschen pro Zug, drei bis fünf Züge täglich. Insgesamt wurden nach ungarischen Angaben bis zum Stopp der Deportationen Anfang Juli mit 147 Zügen 434.351 Menschen abtransportiert, davon der größte Teil in den ersten drei Wochen (15.5. - 7.6.), nämlich 288.333 Menschen. (8)

Daß ein großer Teil der Deportierten gleich nach ihrer Ankunft in Auschwitz in die Gaskammern getrieben wurde, ist zweifelsfrei. Ihre Zahl annähernd genau festzustellen, ist jedoch schwierig. Schätzungen bewegen sich für den Anteil der sofort Ermordeten an den Transporten zwischen 90 Prozent und zwei Drittel. Diejenigen, die den Tag der Ankunft überlebten, blieben nur zum kleineren Teil in Auschwitz und seinen zahlreichen Nebenlagern, zum größeren Teil wurden sie nach einigen Tagen oder Wochen in andere Konzentrationslager "überstellt". Auch unter ihnen war die Todesrate durch Zwangsarbeit, Unterernährung, mörderische sanitäre Verhältnisse und minimale medizinische Versorgung, Brutalitäten des Wachpersonals, im Winter dann auch durch Erfrierungen und in den letzten Kriegswochen durch die "Todesmärsche", die Evakuierung der Lager zu Fuß, sehr hoch. Schätzungen gehen davon aus, daß von insgesamt rund 500.000 aus Ungarn verschleppten Juden - dies bezieht die Versuche Eichmanns im Herbst 1944 ein, die Vernichtungsaktionen wieder aufzunehmen - nur etwa 125.000 überlebten. (9)

Der Stopp der Deportationen

Anfang Juli sollte die jüdische Bevölkerung der Zone VI, Budapest und Umgebung, innerhalb kürzester Zeit in die Züge getrieben und nach Auschwitz geschafft werden. Eine Anordnung Horthys durchkreuzte die Planung von Eichmann, Baky, Endre & Co. Am Ende des Krieges hatten 119.000 Juden in Budapest überlebt.

Warum entschloß sich Horthy in dieser Situation zum Eingreifen, und warum konnte er sich gegen die Organisatoren des Genocid durchsetzen? Die Transporte aus Ungarn und die Massenmorde in Auschwitz waren im alliierten und neutralen Ausland genau genug bekannt. Dazu trug die Tätigkeit der Widerstandsbewegung in Auschwitz selbst, die Nachrichten mehr oder weniger oppositioneller Kreise und die internationalen Verbindungen jüdischer Aktivisten in Budapest bei. So konnten englische, amerikanische, Schweizer u.a. Zeitungen nicht nur die Zahl der Deportierten fast exakt nennen, sondern auch den Zielort, Auschwitz, als Vernichtungszentrum kennzeichnen, das für die meisten Ankommenden Tod innerhalb der nächsten Stunden bedeutete. Mehrere alliierte und neutrale Regierungen wandten sich mit Protesten und Warnungen an die ungarischen Machthaber. Vielleicht am meisten Eindruck machten die Interventionen des Papstes, weil die konservative Oberschicht Ungarns erzkatholisch war, und Roosevelts, weil dessen ultimativer Protest mit dem konkreten Argument von Bombenangriffen auf Budapest verbunden war.

Am 23. Juni beschäftigte sich der Ministerrat erstmals mit den negativen Reaktionen des Auslands. Erstes bescheidenes Ergebnis war, daß Endre und Baky angewiesen wurden, den extremen Grausamkeiten, die bei der Konzentrierung und Deportation der Juden von der ungarischen Gendarmerie angewendet wurden, ein Ende zu machen. (Es waren Dinge geschehen und von der internationalen Öffentlichkeit registriert worden, die selbst den deutschen Stellen willkommene Gelegenheit zu selbstgefälliger Distanzierung gegeben hatten.)

Am 26. Juni tagte seit langer Zeit wieder der von Horthy einberufene Kronrat. Der Regent legte eine Stellungnahme zur Beschlußfassung vor, die u.a. enthielt, die Deportationen entweder einzustellen oder sie, falls die Deutschen darauf bestünden, wenigstens künftig ohne ungarische Hilfestellung zu lassen, was sie vermutlich praktisch unmöglich gemacht hätte. Außerdem forderte Horthy, man müsse Endre und Baky ablösen, zumindest jedenfalls ihnen die Zuständigkeit für die "Judenfrage" entziehen. Ein Beschluß auf dieser Grundlage kam jedoch nicht zustande, und ebensowenig bei der Sitzung des Ministerrats am folgenden Tag. Immerhin enthob Innenminister Jaross am 30. Juni die Faschisten Endre und Baky ihrer Führungsrolle für die "Judenpolitik".

In den ersten Juli-Tagen kam es in Budapest zur Kraftprobe: Tausende von Mitgliedern der Gendarmerie, die zu großen Teilen mit den faschistischen Parteien sympathisierte, waren in Budapest zusammengezogen worden. Angeblich aus Anlaß eines feierlichen Aufmarsches am 2. Juli, tatsächlich aber erstens zur Durchführung eines Putsches und zweitens vermutlich zur unmittelbaren Durchführung der Deportation der Juden aus der Hauptstadt. Horthy ließ - unter Hinweis auf drohende englische und amerikanische Luftangriffe - den für den 2. Juli geplanten Staatsakt absetzen, ließ dann den Kommandanten seiner Palastgarde den Oberbefehl in Budapest übernehmen, erklärte zahlreiche pro-faschistische Gendarmerie-Offiziere für abgesetzt, und ließ schließlich die Gendarmen aus Budapest abrücken. Am 6. Juli ordnete Horthy die Einstellung der Deportationen an.

Absolut erfolgreich war er damit nicht: Erstens wurden die Abtransporte aus der Umgebung der Hauptstadt noch bis zum 8. Juli fortgesetzt. Zweitens ließ Eichmann auf eigene Faust am 19. und 24. Juli noch einmal Züge nach Auschwitz abfahren - vor allem wohl, um zu demonstrieren, wie begrenzt die Macht Horthys und seines Kreises real war. Im übrigen gelang es der ungarischen Seite aber, die Deutschen mit immer neuen Ausreden und Vertröstungen hinzuhalten, indem die Wiederaufnahme der Deportationen unter bestimmten Bedingungen zu einem bestimmten Datum in Aussicht gestellt wurde, dann aus wechselnden Gründen wieder verschoben wurde usw.

Diese Phase endete am 25. August mit der Anweisung Himmlers, keine weiteren Deportationen aus Ungarn anzustreben und durchzuführen. Inzwischen hatte sich die Kriegslage erheblich verändert: Mit der alliierten Landung am 6. Juni war im Westen eine neue Front eröffnet worden, die den Einsatz starker deutscher Kräfte erforderte. Sowjetische Truppen waren weit nach Rumänien vorgedrungen, und am 24. August wurde das Antonescu-Regime gestürzt, was zugleich den Seitenwechsel des Landes bedeutete. Deutschland war in den Monaten, die seit dem 19. März vergangen waren, gezwungen gewesen, seine militärischen Kräfte in Ungarn zu reduzieren, und hatte damit auch eine schleichende Veränderung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse ermöglicht. Am 29. August ernannte Horthy den General Lakatos, unter ungarischen Relationen wohl als

Rechtsliberaler zu bezeichnen, zum neuen Regierungschef. Anfang September verloren Endre und Baky ihre Posten als Staatssekretäre im Innenministerium.

Horthy und die neue Regierung nahmen die durch den 19. März unterbrochenen Kontakte zu den Alliierten wieder auf, um über die Bedingungen und Folgen eines ungarischen Ausstiegs aus dem Krieg zu verhandeln. Horthy hatte sich, mehr übel als wohl, bereits damit abgefunden, daß er keinen Sonderfrieden mit den Westalliierten schließen konnte, sondern daß sein eigentlicher Ansprechpartner die Sowjetunion war. Am 15. Oktober gab Horthy in einer Rundfunkrede seinen Entschluß bekannt, die Alliierten um einen Waffenstillstand zu bitten, d.h. praktisch zu kapitulieren.

In dieser Situation zeigte sich, daß die deutsche Präsenz in Ungarn immer noch stark genug war, die Dinge zu wenden. Jetzt erst stützten sich die deutschen Stellen voll auf die Partei der "Pfeilkreuzler" (10) und putschten sie an die Macht. Eine rein faschistische Regierung unter Szálasi wurde gebildet. Für die überlebenden Juden in Budapest bedeutete das neue Gefahren: Besonders in den ersten Tagen der "Pfeilkreuzler"-Herrschaft tobten sich faschistische Banden, überwiegend aus Jugendlichen bestehend, aus und ermordeten tausende von Juden. Im Vordergrund stand, neben der Freude an Gewalt und Mord, das Interesse an Raub und Plünderungen.

Im November versuchte Eichmann - er hatte Ungarn "auf eigenen Wunsch" Ende August verlassen und war sofort nach dem 15. Oktober zurückgekehrt -, die Deportationen wiederaufleben zu lassen. Die immer schlechtere militärische und logistische Situation erlaubte allerdings keine großen Transporte per Bahn mehr. So ließ Eichmann einige zehntausend Juden zu Fuß Richtung deutsche Grenze treiben, angeblich mit dem Zweck, sie an einem weiträumigen Verteidigungssystem für Wien arbeiten zu lassen. Tausende kamen auf diesen Märschen aufgrund der barbarischen Bedingungen um, wurden erschossen oder erschlagen.

Als der Krieg für Ungarn Anfang 1945 mit dem Vormarsch der sowjetischen Armee endete, waren von 795.000 Juden (Stand vor dem 19.3.44) rund 500.000 ermordet worden und umgekommen; 293.000 hatten überlebt. (11)

Die größte Geiselnahme der Geschichte

Es gab ein deutsches "Angebot", auf den Völkermord an den ungarischen Juden zu verzichten, wenn... : Am 25. April 1944 ließ Eichmann, der Cheforganisator der Deportationen, Joel Brand zu sich kommen, um ihm einen beispiellos makabren Vorschlag zu machen. Brand gehörte der dreiköpfigen Leitung der Budapester Hilfsorganisation Waada Ezra we Hazalah (Rat für Hilfe und Rettung) an. Die Waada war zu einer Zeit gebildet worden, als Ungarn vorübergehend zum vergleichsweise sicheren Zufluchtsort für Juden aus den schon vom Holocaust heimgesuchten Ländern Osteuropas - vor allem der Slowakei, Polen und der UdSSR - geworden war. Sie organisierte die Flucht über die ungarische Grenze, die Unterbringung der Flüchtlinge in Budapest, ihre Ausstattung mit falschen Personaldokumenten, ihre Versorgung usw. Zur Absicherung und Unterstützung dieser Arbeit unterhielt die Waada Beziehungen zu Agenten der ungarischen und deutschen Geheimdienste. Zum Teil beruhten diese Kontakte auf simpler Bestechung, zum Teil aber auch auf eigenen Interessen der gegnerischen Geheimdienste, wobei die Konkurrenz zwischen deutschen und ungarischen Stellen sowie zwischen unterschiedlichen deutschen Stellen (Abwehr der Wehrmacht einerseits, SD der SS andererseits) eine wesentliche Rolle spielten.

Die Waada hatte gleich nach dem deutschen Einmarsch vom 19. März Kontakte zu Agenten der Abwehr und durch deren Vermittlung auch zur SS und zum Stab Eichmanns aufgenommen, um Informationen über geplante antijüdische Maßnahmen zu gewinnen und Möglichkeiten der Gegenwehr zu sondieren. Auf diese Weise kam es zu Gesprächen mit Wisliceny, einem der engsten Mitarbeiter Eichmanns. Jüdischen Hilfsorganisationen war er seit 1942 ein Begriff: Damals hatte er gegen eine vergleichsweise kleine Bestechungssumme, 50.000 englische Pfund, den Stopp der Deportationen aus der Slowakei angeboten und scheinbar auch tatsächlich eingelöst. Tatsächlich handelte es sich lediglich darum, daß der SS-Funktionär sein Wissen über die von slowakischer Seite ohnehin schon beschlossene Einstellung der Deportationen - vor allem wohl aufgrund kirchlicher Proteste - schnell noch zu Geld zu machen verstand. Dieser Zusammenhang war aber im Frühjahr 1944 nicht klar, so daß auf jüdischer Seite Hoffnung bestand, das Geschäft mit der SS im größeren Umfang wiederholen zu können.

Diesmal bot die Waada gleich zwei Millionen Dollar an, zahlbar in Raten zu je 200.000 monatlich, sofern und solange sich die SS an die zu übernehmenden Verpflichtungen halten würde: Keine Ghettos und Konzentrationslager; keine Massenmorde und Pogrome; keine Deportationen; Möglichkeit zur Auswanderung nach Palästina.

Wisliceny antwortete, daß es weder Lager noch Deportationen geben werde. Einzelauswanderungen würden jedoch nicht gestattet. "Wenn Sie uns aber einen realen Vorschlag machen können, wie wir alle ungarischen Juden auf einen Schlag loswerden können, dann sieht die Sache anders aus. Ich könnte mir vorstellen, daß der Reichsführer SS (Himmler) darauf eingeht. (...) Wenn die Westmächte die Juden haben wollen , dann können sie sie bekommen." - Die jüdische Seite möge zu dieser Idee konkrete Vorschläge machen. (12)

Als Eichmann am 25. April mit Joel Brand sprach, war in einigen Teilen Ungarns die Sammlung der Juden in Lagern und Übergangsghettos schon in Gang, aber die Deportationen hatten noch nicht begonnen. Eichmanns sensationelle Eröffnung: Er sei bereit, "eine Million Juden zu verkaufen", d.h. ihre Ausreise aus dem deutschen Machtbereich zu ermöglichen. Jüdische Stellen könnten sich die Million unter allen noch überlebenden Juden - nicht nur in Ungarn, sondern auch in den Konzentrationslagern - selbst zusammensuchen. An Geld sei man auf deutscher Seite jedoch nicht interessiert; man wolle Waren. Was für Waren konkret, das werde man sich noch überlegen und dazu erwarte man auch Vorschläge der Gegenseite. Brand solle sich darauf vorbereiten, ins Ausland zu fahren, um "die direkte Verbindung mit Ihren Leuten (internationalen jüdischen Organisationen) und mit den Alliierten" herzustellen. Brand antwortete, daß Istanbul dafür der geeignete Platz wäre, weil von dort die Verbindungen der Waada nach Palästina weiterführten. (13)

Einige Tage später wurde er erneut zu Eichmann gerufen und diesmal mit konkreten Forderungen konfrontiert: Für das Leben von einer Million Juden müßten zehntausend Lkws geliefert werden, fabrikneu, mit Anhängern und für Winterbetrieb geeignet. "Ich kann Ihren Alliierten fest und ehrenwörtlich versprechen, daß wir diese Lastautos nie im Westen verwenden werden. Sie sind ausschließlich für den Einsatz an der Ostfront bestimmt." - Sobald Brand aus Istanbul mit der Meldung zurückkäme, daß das Angebot angenommen sei, würde das Vernichtungszentrum Auschwitz aufgelöst. Zugleich würden dann die ersten hunderttausend Juden "abholbereit" an die Grenze des deutschen Machtbereichs transportiert. Sobald als Gegenleistung tausend Lkws geliefert wären, würden die nächsten hunderttausend Juden "an die Grenze gestellt", usw. "Zug um Zug". (14)

Kurz nach dem ersten Gespräch Eichmann - Brand waren an 29. und 30. April erstmals zwei Züge mit insgesamt rund 3.800 Menschen aus Ungarn nach Auschwitz abgefahren, doch handelte es sich dabei noch nicht um den Beginn der allgemeinen Deportationen, die erst Mitte Mai einsetzten, sondern möglicherweise um eine Demonstration, die das eingeleitete Erpressungsmanöver verstärken sollte. 2.700 Menschen aus diesen Transporten wurden gleich nach der Ankunft in den Gaskammern getötet. (15)

Aus der Darstellung Joel Brands wird nicht verständlich, warum sich seine Abreise nach Istanbul bis Mitte Mai verzögerte. Es scheint jedenfalls nicht ausschließlich und hauptsächlich an Paß-Schwierigkeiten u.ä. gelegen haben, die auf deutscher Seite zu überwinden waren. Brand startete am 17. Mai. In seiner Begleitung befand sich Bandi Grosz, ein jüdischer V-Mann, der erst für die Ungarn gearbeitet hatte und nun wohl vorwiegend im Dienst der SS stand. Worin seine spezielle Mission bestand, außer der Überwachung Brands, kann nur Gegenstand von Spekulationen sein. (15 a)

Zwei Tage vor Brands Abreise, am 15. Mai, hatten die Deportationen nach Auschwitz begonnen. An diesem Tag war Brand noch einmal zu Eichmann gerufen worden, der ihm gesagt hatte: "Erledigen Sie diese Sache so schnell als möglich. Ich kann hier nicht länger warten. Ich muß heute mit den Deportationen beginnen. Zwölftausend Juden werden täglich abtransportiert. Ich bin aber geneigt, die Leute nicht nach Auschwitz zu schicken, sondern nach Österreich. Einen Teil werde ich in der Slowakei halten. Die Transporte warten dort, bis Sie zurück sind, und können dann gleich weitergehen an die spanische Grenze. Kommen Sie nicht oder nicht rechtzeitig zurück, dann gehen die Leute nach Auschwitz." (16)

Brand kam am 19. Mai in Istanbul an, das ebenso wie einige andere Metropolen neutraler Staaten während des Krieges ein Knotenpunkt von Geheimdiensten und Geheimdiplomatie war. Er nahm Kontakt zu den Verbindungsleuten jüdischer und zionistischer Organisationen auf. Bei ihnen überwog schließlich die Ansicht, man könne von hier aus nichts entscheiden und unternehmen. Brand müsse ins britische Mandatsgebiet

Palästina weiterreisen, um mit maßgeblichen zionistischen Politikern in Jerusalem zu sprechen, da diese ihrerseits anscheinend gehindert waren, selbst nach Istanbul zu kommen. Am 5. Juni bestieg Brand den Zug nach Aleppo/Syrien und wurde dort am 7. Juni von britischer Polizei festgenommen.

Der Rest dieser Geschichte läßt sich knapp zusammenfassen: Brand durchlief verschiedene Gefängnisse und Internierungslager, konnte dort endlich auch mit jüdischen Politikern wie Mosche Shertok (17) , Teddy Kollek (18), Ira Hirschmann (19) und Chajm Weizman (20) sprechen. Das Ergebnis war insgesamt in allen Fällen das gleiche: Entweder sahen Brands Gesprächspartner in seiner Botschaft von sich aus keine Chance, oder sie ordneten sich den höheren Geboten der alliierten Strategie und Gesamtpolitik unter. Brand selbst wurde von den britischen Behörden für etliche Monate aus dem Verkehr gezogen, seine Botschaft blieb wochenlang vor der Weltöffentlichkeit verborgen.

Am 20. Juli - zufälligerweise genau der Tag des Attentats- und Putschversuchs aus Wehrmachtkreisen gegen Hitler - brach die Londoner "Times" das Schweigen: "Ein ungeheuerliches ‚Angebot`/Deutsche Erpressung/Tauschgeschäft Juden gegen Kriegsmaterial". Der Artikel benannte auffallend exakt, daß bis Ende Juni 400.000 ungarische Juden "liquidiert" worden seien; das hatte BBC allerdings auch schon am 2. Juli gemeldet. (21) Ebenfalls im wesentlichen korrekt war die Wiedergabe der Botschaft Brands durch die "Times", einschließlich der Zusage, die verlangten Lkws nicht an der Westfront einzusetzen.

Die Zeitung schrieb dazu kommentierend, man könne derzeit nicht wissen, ob die deutsche Führung ernsthaft geglaubt hätte, Großbritannien könne sich auf dieses "Angebot" einlassen. Vermutlich hätten die Deutschen, schon bevor sie es machten, beschlossen gehabt, die Transporte nach Auschwitz einzustellen. (22) Das "Angebot" scheine "einfach ein phantastischer Versuch" zu sein, "zwischen den Alliierten Mißtrauen zu säen". London habe dafür gesorgt, daß Moskau und Washington schnell in den Besitz sämtlicher Fakten kamen. Es könne für die Juden und die anderen unterdrückten Völker Europas keine Sicherheit geben, bevor der Sieg errungen sei. Für diesen Sieg kämpften die Alliierten, und wohin das Nachgeben gegenüber Erpressungen führe, wisse man. (23)

Hätten Ungarns Juden

gerettet werden können?

Joel Brand und einige andere Autoren, die sich besonders mit dem Versagen der gesamten Welt angesichts des Holocaust beschäftigt haben, rechnen die Reaktion der Alliierten auf das Eichmann-"Angebot" unter die großen Fehler und Sünden auf diesem Gebiet. Zwar will niemand die Hypothese vertreten, man hätte sich auf das "Angebot" einlassen und es in ernsthaften Verhandlungen austesten sollen. Aber das, so argumentiert beispielhaft Brand, wäre doch auch gar nicht nötig gewesen: Die Verhandlungen hätten sowieso Monate gedauert, die Vorbereitung der ersten Auswanderer-Transporte ebenfalls, und am Ende würde Deutschland zusammengebrochen sein. Man hätte doch Eichmann und Himmler nur das Signal zu geben brauchen, daß man verhandeln wolle, dann wäre Auschwitz zerstört worden und die ersten 100.000 Juden (der "Vorschuß", wie Eichmann es genannt hatte) wären freigelassen worden. Man hätte dann nur noch sechs - acht Monate Scheinverhandlungen führen müssen, und die Deutschen hätten, selbst bei einem offenkundigen Scheitern der Gespräche, die Gaskammern nicht wieder aufgebaut. (24)

Was gewesen wäre, wenn..., bleibt immer eine spekulative Fragestellung. Mit dieser Einschränkung gesprochen erscheinen mir die Vorstellungen Brands als unrealistisch. Eichmann zumindest, vielleicht im Unterschied zu Himmler, dem eigentlichen Initiator des "Angebots", war nicht der Mann, der durch Scheinangebote hinzuhalten war. Selbst seine Zusage, er würde die ersten Transporte aus Ungarn noch nicht gleich nach Auschwitz schicken, sondern sie vorläufig in Österreich oder in der Slowakei "auf Eis legen" (das war sein Ausdruck), um Brand Zeit für Sondierungen zu geben, war eine Lüge. Als Brand in Aleppo verhaftet wurde, waren bereits über 250.000 ungarische Juden nach Auschwitz gebracht worden. Was Eichmann persönlich angeht, spricht ohnehin alles für die Hypothese, daß er das "Angebot" für eine schlechte Idee hielt, die es mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu durchkreuzen galt.

Anders möglicherweise SS-Chef Himmler, der zu denen gehörte, die im letzten Kriegsjahr Ausschau nach Ausstiegsmöglichkeiten hielten. Es ist eine plausible Hypothese, daß das "Angebot" in erster Linie dazu dienen sollte, einen Anknüpfungspunkt für allgemeinere Gespräche und Verhandlungen mit den West-Alliierten zu finden, letzten Endes vielleicht mit der Möglichkeit einer gemeinsamen Frontbildung gegen die UdSSR. Selbst

falls bei solchen Verhandlungen konkret gar nichts herausgekommen wäre, hätte ihr bloßes Stattfinden ausgereicht, um das immer wache Mißtrauen der sowjetischen Führung gegenüber ihren westlichen Verbündeten anzuheizen. Die Forderung nach Lkws, also Kriegsmaterial, die ausschließlich an der Ostfront eingesetzt werden sollten, traf tatsächlich auf einen kritischen Punkt. Die vielleicht übergroße Vorsicht der britischen Regierung, das feindliche Manöver gleich im Ansatz unschädlich zu machen, indem man den Überbringer der unwillkommenen Botschaft einsperrte, scheint vor allem aus dem Wunsch heraus zu erklären, Mißtrauen gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Wenn dies die Intention des deutschen "Angebots" war, so hätte ein scheinbares Eingehen darauf, wie Brand und andere Autoren es befürworten, allenfalls auf der Ebene der großen Politik liegen können. Wie aber hätte ein Gegenvorschlag der Alliierten aussehen können, der dem NS-Regime vertrauenswürdig vorkommen sollte, ohne gleichzeitig Moskau mißtrauisch zu machen? Eine westliche Taktik des "So tun als ob" wäre zu heikel und zweideutig gewesen, um in der gegebenen Situation das heimliche Einverständnis der sowjetischen Führung zu finden.

Knut Mellenthin

Anmerkungen:

1) Bela Imredy war Chef der 1940 von der Regierungspartei abgespaltenen rechtsextremen MMP, die im Unterschied zur sozialdemagogisch agierenden faschistischen Partei der "Pfeilkreuzler" eher den gehobenen Mittelstand ansprach. Er war Ministerpräsident von Mai 1938 bis Februar 1939 gewesen; in seine Regierungszeit fielen wichtige Gesetze zur Diskriminierung der Juden. Er mußte damals abtreten, weil seine (vergleichsweise eher rechtsliberalen) Gegner ihn mit seiner teilweise jüdischen Abstammung unter Druck setzten. Vermutlich scheiterte u.a. daran auch seine beabsichtigte Einsetzung als Regierungschef nach dem 19. März.

2) Döme Sztójay war 1925-33 Militärattaché und 1935-44 Botschafter in Berlin. Seine engen und loyalen Beziehungen zum NS-Regime waren bekannt, doch war er (auch wegen seines langjährigen Aufenthalts außer Landes) kein Mann der rechtsextremen und faschistischen Parteien Ungarns.

3) Baky war zunächst Mitglied und Abgeordneter der "Pfeilkreuzler" und gründete im Herbst 1941 die Ungarische Nationalsozialistische Partei mit.

4) Übersetzt nach Randolph L. Braham, The Politics of Genocide, Bd.2, 1981, S.1102.

5) Adolf Eichmann arbeitete seit 1934 im SD (Sicherheitsdienst) der SS, seit 1935 in dessen "Judenabteilung". Er wurde im März 1938 mit der Forcierung der jüdischen Auswanderung, richtiger Zwangsaustreibung, aus Österreich beauftragt; ab August 1938 baute er dann die Zentralstelle für jüdische Auswanderung auf. Nach Gründung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) im September 1939 wurde Eichmann dort Leiter der Abteilung für "Judenfragen", seit 1941 als IV B 4 bezeichnet. Er war in erster Linie als Organisator der Deportationen aus mehreren Ländern Europas tätig. Im Mai 1960 wurde Eichmann vom israelischen Geheimdienst in seinem argentinischen Unterschlupf festgenommen und 1962 in Jerusalem zum Tode verurteilt und hingerichtet.

6) Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, Bd. 4, S.407-408.

7) Gemäß Vereinbarungen zwischen Hitler, Himmler und Rüstungsminister Speer von März und Anfang April 1944 sollten 100.000 jüdische Zwangsarbeiter aus Ungarn für den Bau unterirdischer Flugzeugfabriken in der Tschechoslowakei ("Protektorat Böhmen und Mähren") beschafft werden. Praktisch realisiert wurde dies Projekt nicht.

8) Siehe Anm. 4; S. 606. Dies sind die Zahlen, die im Bericht des faschistischen Kommandeurs der ungarischen Gendarmerie, Ferenczy, genannt werden. In internen deutschen Informationen wurde die Zahl der Deportierten mit 381.661 angegeben.

9) László Varga in: Wolfgang Benz (Herausgeber), Die Dimension des Völkermordes, 1991, S.351. Fast ebenso Braham (siehe Anm. 4), S. 1144.

10) Die "Pfeilkreuzler", NYKP, waren den deutschen Stellen durch ihre heftige soziale Demagogie (verbunden mit einer klassenmäßigen Basis u.a. im Proletariat und Subproletariat) sowie durch ihren konsequenten Nationalismus, der auch Opposition gegen deutsche Oberherrschaft einschloß, suspekt. Die deutsche Politik war darauf orientiert gewesen, in erster Linie mit der traditionellen konservativen Oberschicht Ungarns zu kooperieren und Kontakte mit den rechtsextremen Parteien nur als Druckmittel einzusetzen.

11) Siehe Anm. 9.

12) Zitat und Darstellung nach Alex Weissberg, Die Geschichte von Joel Brand, 1956, S. 92-94. - Wisliceny sagte dazu als Zeuge im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß aus: Das Joint Distribution Committee (eine von den USA aus tätige jüdische Hilfsorganisation) habe sich um Kontakt zu Eichmann bemüht, um die Vernichtung der ungarischen Juden abzuwenden. Er selbst habe die Verbindung zu Eichmann hergestellt. Das JDC habe Vorschläge gemacht, vor allem finanzieller Art. "Eichmann sah sich veranlaßt, äußerst widerwillig diese Vorschläge an Himmler weiterzuleiten. (...) Eichmann aber hat sich von Anfang an bemüht, diese Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Noch ehe ein konkretes Resultat herauskam, wollte er fertige Tatsachen schaffen, das heißt möglichst viele Juden nach Auschwitz abbefördern." (Siehe Anm. 6, S.408-409).

13) Siehe Anm. 1; S.112-116. Leider lassen sich diese Geheimverhandlungen aus den deutschen Akten so gut wie überhaupt nicht rekonstruieren. Es wurde anscheinend auch in den Verhören Eichmanns in Israel 1961 kein Wert auf die Aufklärung dieser strafprozessual nebensächlichen Episode gelegt, so daß wir praktisch ausschließlich auf die Darstellung der Vorgänge durch Joel Brand angewiesen sind.

14) Siehe Anm. 1; S.124-127.

15) Danuta Czech, Auschwitz-Kalendarium, 2.5.44.

15 a) Brand behauptete, Grosz habe ihm anvertraut, er habe einen Geheimauftrag von Himmler: "Ich hatte die Aufgabe, hier mit den Engländern und Amerikanern Verbindungen aufzunehmen, aus denen Separatfriedensverhandlungen hervorgehen sollten. Deine ganze Judensache war eine Nebenfrage. (...) Himmler glaubt, daß es ihm gelingen kann, einen Keil zwischen den Westen und Rußland zu treiben. Er weiß, daß man mit Hitler zu keinem Separatfrieden kommen kann, aber vielleicht will er Hitler opfern, diesen Ballast ohne Bedenken abwerfen. Und er ist gescheit genug zu wissen, daß man sich von der Judenpolitik Hitlers distanzieren muß. Deshalb gehen diese beiden Sachen Hand in Hand." (Siehe Anm. 1, S.168-169)

16) Siehe Anm. 1; S.142-145.

17) Shertok (später: Sharett), späterer erster Außenminister Israels.

18) Mitarbeiter des späteren Regierungschefs Ben Gurion, später langjähriger Bürgermeister von Jerusalem.

19) Sonderbeauftragter des War Refugee Board an der US-Botschaft in Ankara. Nach einem Treffen mit Joel Brand im Juni 1944 empfahl Hirshman den Alliierten, durch Verhandlungen Zeit für die Rettung der ungarischen Juden zu gewinnen.

20) Der "große alte Mann" des Zionismus, später Israels erster Präsident.

21) Nach interner deutscher Statistik war die Zahl der aus Ungarn Deportierten Ende Juni 381.661.

22) Diese Vermutung ist durch den zeitlichen Ablauf zweifelsfrei als falsch zu widerlegen. Diese kleine propagandistische Manipulation wurde dadurch möglich, daß die "Times" den Zeitpunkt der Vorgänge nicht nannte, sondern so tat, als sei die Sache in den allerletzten Tagen geschehen.

23) Faksimile des Artikels im Anhang des in Anm. 1 genannten Buches.

24) Siehe Anm. 1; S.128-129; S.154-158.

Literatur-Empfehlungen:

Außer den im letzten "ak" und in den Anmerkungen genannten Büchern sei auf eine wichtige Neuerscheinung hingewiesen: Sándor Szenes und Frank Baron, Von Ungarn nach Auschwitz, Verlag Westfälisches Dampfboot, 1994. Es enthält Interviews und Dokumente, die zur Aufklärung der Frage beitragen, was und

wann Horthy und die ungarische Regierung, katholische Kirchenvertreter, die internationale Öffentlichkeit u.a., über die Funktion von Auschwitz als Vernichtungszentrum und über den Zweck der Deportationen aus Ungarn erfahren haben. U.a. enthält es im Wortlaut den "Auschwitz-Bericht" von Vrba/Wetzler.

Mit der These vom Versagen der Alliierten beschäftigt sich, stark auf die Deportationen aus Ungarn eingehend, u.a.: Martin Gilbert, Auschwitz and the Allies, 1981. U.a. untersucht der Autor die Frage, welche Möglichkeiten zur Bombardierung von Auschwitz und der Bahnlinien im Jahre 1944 bestanden hätten - und warum davon kein Gebrauch gemacht wurde.

Eine andere Sichtweise als die von Joel Brand auf die Verhandlungen jüdischer Funktionäre mit den Deutschen 1944 bietet: Andreas Biss, Der Stopp der Endlösung, 1966. Biss, der damals selbst zu den führenden jüdischen Aktivisten in Budapest gehörte, unterstellt Brand, er habe aus Feigheit bewußt die Rückkehr aus Istanbul vermieden und damit den ungarischen Juden sehr geschadet. Er schildert, wie die Verhandungen weitergeführt wurden, nachdem Brand von den britischen Behörden "kaltgestellt" worden war.

Elie Wiesel wurde als Zwölfjähriger mit seiner ganzen Familie aus Sighet in Ungarn nach Auschwitz deportiert und überlebte als einziger von ihnen. Seine eindringliche Schilderung der Ereignisse erschien 1958 in französischer Sprache unter dem Titel "La Nuit", wurde 1962 ins Deutsche übersetzt und 1986 unter dem Titel "Die Nacht zu begraben, Elischa" beim Bechtle Verlag neu aufgelegt.

Zur historischen Behandlung des Themas sei verwiesen auf: John S. Conway, Der Holocaust in Ungarn. Neue Kontroversen und Überlegungen, in den "Vierteljahresheften für Zeitgeschichte", 1984, Heft 2.

Sighet, Frühjahr 1944

Dann kam die Osterwoche.

Das Wetter war herrlich. Meine Mutter machte sich in ihrer Küche zu schaffen. Die Synagogen waren geschlossen worden, so daß man in Privathäusern zusammenkam: man durfte die Deutschen doch nicht herausfordern. Somit wurde praktisch jede Wohnung eines Rabbiners zu einem Ort des Gebets.

Man trank, man aß, man sang. Die Bibel verlangte, wir sollten uns während der acht Festtage freuen und fröhlich sein. Aber das Herz war nicht dabei. Das Herz schlug seit einigen Tagen heftiger. Man wünschte, das Fest möge zu Ende gehen, damit man nicht gezwungen war, diese Komödie zu spielen.

Am siebten Ostertag ging der Vorhang auf: die Deutschen nahmen die Oberhäupter der jüdischen Gemeinde fest.

Von diesem Augenblick an lief alles blitzschnell ab. Das Rennen zum Tode hatte begonnen.

Erste Maßnahme: Die Juden durften bei Todesstrafe drei Tage lang nicht das Haus verlassen.

Küster-Mosche kam angerannt und schrie meinen Vater ins Gesicht:

"Ich habe euch gewarnt..." Und ohne eine Antwort abzuwarten, entschwand er.

Am selben Tag drang die ungarische Polizei in alle jüdischen Häuser der Stadt ein: ein Jude hatte nicht mehr das Recht, Gold, Juwelen und Wertsachen zu besitzen; alles mußte bei Todesstrafe den Behörden abgeliefert werden. Mein Vater stieg in den Keller und grub unsere Ersparnisse ein.

Im Hause ging meine Mutter ihren Beschäftigungen nach und hielt nur manchmal inne, um uns schweigend anzublicken.

Nach Ablauf der drei Tage wurde eine neue Verordnung bekanntgegeben: jeder Jude mußte den gelben Stern tragen.

Honoratioren der Gemeinde suchten meinen Vater auf - der gute Beziehungen zu den höheren Stellen der ungarischen Polizei unterhielt -, um seine Meinung über die Lage zu hören. Mein Vater sah die Lage nicht allzu düster an, vielleicht wollte er die anderen auch nicht entmutigen und ihnen nicht noch weher tun:

"Der gelbe Stern? Na und? Man stirbt doch nicht davon ..."

(Armer Vater! Woran bist du dann gestorben?) Aber schon wurden neue Bestimmungen an den Häusern angeschlagen. Es wurde uns untersagt, Gaststätten und Cafés zu besuchen, in der Eisenbahn zu fahren, in die Synagoge zu gehen, uns nach achtzehn Uhr auf der Straße zu zeigen.

Dann kam das Ghetto.

Zwei Ghettos wurden in Sighet errichtet. Ein großes mitten in der Stadt umfaßte vier Straßen; ein zweites, kleineres, erstreckte sich über mehrere Gassen der Vorstadt. Die Straße, in der wir wohnten, die Schlangenstraße, befand sich im Umkreis des ersten. Wir blieben somit in unserem Hause wohnen. Da es aber ein Eckhaus war, mußten die nach der Straße gehenden Fenster zugenagelt werden. Wir überließen ein paar Zimmer Verwandten, die aus ihren Wohnungen vertrieben worden waren.

Langsam renkte sich das Leben wieder ein. Der Stacheldraht, der uns wie eine Mauer umschloß, flößte uns keine ernstliche Angst ein. Wir fühlten uns sogar ganz wohl: wir waren ja unter uns. Eine kleine jüdische Republik... Man rief einen jüdischen Verwaltungsrat ins Leben, eine jüdische Polizei, eine soziale Hilfsstelle, einen Arbeitsausschuß, ein Gesundheitsamt - mithin einen gesamten Regierungsapparat.

Alle staunten. Von jetzt ab würden wir nicht mehr den feindseligen Gesichtern, nicht mehr den haßerfüllten Blicken ausgesetzt sein. Furcht und Angst waren ausgestanden und vorbei. Wir lebten unter Juden, unter Brüdern...

Natürlich gab es immer wieder peinliche Augenblicke. Jeden Tag holten die Deutschen Männer zur Verladung von Kohle auf ihre Militärtransportzüge. Für diese Arbeit gab es wenige Freiwillige. Aber abgesehen davon war die Atmosphäre friedlich und beruhigend.

Allgemein wurde angenommen, daß wir bis zum Kriegsende, bis zum Einmarsch der Roten Armee, im Ghetto bleiben würden. Dann würde das alte Leben wieder einkehren. Somit herrschte weder der Deutsche noch der Jude im Ghetto, sondern die Illusion.

Elie Wiesel

aus: Die Nacht zu begraben, Elischa, München und Eßlingen (Bechtle Verlag) 1986; die französische Originalausgabe "La Nuit" erschien 1958 bei Editions de Minuit, Paris

Auschwitz-Birkenau

Der Zug lief jedoch in einen Bahnhof ein. Wer am Fenster stand, rief den Namen der Station in den Wagen hinein:

"Auschwitz!"

Niemand hatte den Namen jemals gehört.

Der Zug fuhr nicht weiter. Langsam schlich der Nachmittag. Dann wurden die Türen aufgeschoben. Zwei Insassen durften aussteigen, um Wasser zu holen.

Als sie zurückkehrten, erzählten sie, was sie im Austausch gegen eine goldene Uhr erfahren hatten. Auschwitz war die Endstation. Hier würde alles ausgeladen werden. Hier lag ein Arbeitslager. Gute Behandlung. Die Familien würden nicht getrennt. Nur die Jungen müßten in den Fabriken arbeiten. Die Greise und Kranken würden zur Feldarbeit eingesetzt.

Das Stimmungsbarometer stieg sprunghaft. Blitzartig fühlten wir uns von allen Schrecken der vergangenen Nächte befreit. Man dankte Gott.

Frau Schächter blieb in ihrem Winkel hocken, zusammengesunken, stumm, gleichgültig gegen die allgemeine Hoffnungsfreudigkeit. Ihr Bübchen streichelte ihre Hand.

Langsam kroch die Dämmerung in den Wagen. Wir schickten uns an, unseren letzten Proviant zu verzehren. Gegen zehn Uhr abends suchte jeder eine günstige Stellung, um ein wenig zu schlummern, und bald schliefen alle Wageninsassen. Plötzlich ertönte der Schrei:

"Das Feuer! Es brennt! Seht, dort...!"

Aus dem Schlaf aufgeschreckt, stürzten wir zum Fenster. Wieder hatten wir es geglaubt, wenn auch nur für den Bruchteil einer Sekunde. Aber draußen war nichts als Nacht. Tief beschämt nahmen wir wieder unsere Schlafstellung ein und waren trotzdem von Angst zerfressen. Da sie aber weiterschrie, schlugen wir von neuem auf sie ein und vermochten sie nur mit großer Mühe zum Schweigen zu bringen.

Der Wagenälteste rief einen deutschen Offizier, der auf dem Bahnsteig auf und ab ging, und bat ihn, man möge unsere Kranke in den Lazarettwagen überführen.

"Geduld", antwortete dieser, "Geduld. Man wird sie bald hinbringen."

Gegen elf Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Man drängte zu den Fenstern. Langsam fuhr man weiter. Eine Viertelstunde später hielt man wieder. Durch die Fenster sah man Stacheldraht. Das mußte das Lager sein.

Wir hatten Frau Schächter ganz vergessen. Plötzlich hörten wir furchtbares Schreien:

"Juden, seht! Seht das Feuer! Die Flammen, seht nur!"

Der Zug hielt an, und diesmal sahen wir Flammen, die in der tiefen Nacht aus einem hohen Schornstein schlugen.

Frau Schächter war von selbst verstummt. Schweigend, teilnahmslos, abwesend saß sie wieder in ihrem Eckchen.

Wir blickten auf die Flammen in der Nacht. Ein widerwärtiger Geruch lag in der Luft. Plötzlich öffneten sich die Türen. Seltsame, mit gestreiften Jacken und schwarzen Hosen bekleidete Gestalten, eine Stablampe in der einen, einen Knüppel in der anderen Hand, sprangen in den Wagen und riefen, nach links und rechts Hiebe austeilend:

"Alles aussteigen! Alles im Wagen lassen! Wird's bald!"

Wir sprangen auf den Bahnsteig hinunter. Ich warf einen letzten Blick auf Frau Schächter. Ihr kleiner Junge hielt ihre Hand.

Vor uns Flammen. In der Luft der Geruch von verbranntem Fleisch. Es mußte Mitternacht sein. Wir waren da. In Birkenau.

Elie Wiesel

aus: Die Nacht zu begraben, Elischa

25. Chile - Ein Lehrstück in Sachen Integration und Ausgrenzung politischer Gefangener

Autor: Chile AG Braunschweig · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:24

Der am 20.2.94 begonnene Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen die Zwangsverlegung in den Hochsicherheitsknast von Santiago (s. AK 364) ist am 10.4. abgebrochen worden. Der Grund für diese Entscheidung war einerseits die zunehmende Gefahr von schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden, denn schließlich befanden sich die 20 politisch gefangene Frauen und 49 Männer mehrheitlich schon seit 48 Tagen im Hungerstreik - darunter 7 Genossen mit einem zusätzlichen achttägigen Durststreik; andererseits demonstrierte der Staat weiterhin Härte, indem er neben einem "Kompromiß"angebot die Zwangsernährung für die nächsten Tage ankündigte. Der "Kompromiß" bestand darin, die Haftbedingungen durch zwei zusätzliche monatliche Besuche von Familienangehörigen ohne Trennscheibe und Einbeziehung der Kinder in die Besuchsregelung zu "entschärfen".

Gemessen an der Zielsetzung der Hungerstreikkampagne (nämlich deutliche Lockerung der Isolation) ist das Ergebnis eine schwere Niederlage. Noch nicht abzusehen ist, ob es dem chilenischen Staat aufgrund dieses Sieges über die Gefangenen gelingen wird, die verbliebene revolutionäre Restlinke aus politischen Prozessen weiter auszugrenzen bzw. in die Bahnen der Institution der "autoritären Demokratie" einzubinden. Wir wollen diese Kampagne genauer vorstellen.

Die Innovation der Folter ...

Pünktlich mit dem Regierungswechsel von Aylwin zu Frei am 11.3.94 erhielt die alte repressive Politik des Ex-Innenministers Krauss (Christdemokraten, DC) eine zusätzliche Variante durch den neuen Innenminister Correa (Sozialistische Partei, PS; in der Pinochet-Diktatur war er leitendes Mitglied des linken oppositionellen Sammelbeckens MDP). Er und der Chef der Gendarmeria (spezielle Knastpolizei), Martínez (ebenfalls PS), eröffneten den "Dialog" über die Notwendigkeit der neuen Haftbedingungen in den chilenischen Medien. Der Hochsicherheitsknast sei die humanste chilenische Strafanstalt. Die notwendigen Unannehmlichkeiten seien eine Antwort auf die besondere Gefährlichkeit der Gefangenen. Wenn diese abschwören würden, sei eine Rückverlegung in den Normalvollzug nicht ausgeschlossen (allerdings steht zunächst die Einweihung eines zweiten Hochsicherheitsknastes, Colina II, in der Nähe von Santiago bevor). Im Rahmen der neuen Offenheit und Dialogstrategie kümmert sich Martínez auch um die freien Entscheidungsmöglichkeiten der Gefangenen. So schütze die Isolationshaft auch ihre Rechte und Freiheiten: nämlich das Recht, sich an kollektiven Widerstandsaktionen wie Hungerstreiks oder Knastaufständen nicht zu beteiligen, ohne dabei von "politisch besser ausgebildeten" oder entschlossenen Gefangenen unter Druck gesetzt zu werden ("Epoca", 21.3.94).

Mit diesen öffentlichen Beiträgen war der bisher tabuisierte Umgang des Staates mit der bewaffneten revolutionären Linken (Ermordung, Folter, etc.) scheinbar in die demokratische Öffentlichkeit übergeben worden. Im Rahmen dieses "Dialogs" durften Ende März auch erstmalig Pressevertreter die bisher strengster Geheimhaltung unterlegene Haftanstalt besichtigen. Nach übereinstimmenden Berichten ist der Hochsicherheitsbereich in sechs Sicherheitszonen mit Kontrollstellen für die BesucherInnen eingeteilt. Alle Räumlichkeiten (mit Ausnahme der Zellen) werden vollständig durch Videokameras überwacht. In dem mit Trennscheibe versehenen BesucherInnenraum ist zusätzlich noch eine Videokamera auf den Besuch und die/den entsprechende/n Gefangene/n gerichtet. Das gesamte Gebäude ist extrem clean. Es gibt nur klimatisierte Luft, keine Gerüche und keine Geräusche. Durch die sehr kleinen Fenster kommt kaum Tageslicht, so daß alle Räume mit Neonlampen beleuchtet werden müssen. Die Gendarmes verhalten sich sehr leise und formell, menschliche Regungen sind auf ein Minimum reduziert. Die Zellen werden mit nur einer Person belegt, um Kommunikation und Gesellschaftsbildung auf ein Minimum zu reduzieren. Die Innenausstattung besteht aus einem Stuhl, einem Tisch, einem Betonpodest mit aufliegender Matratze als Bett und einer in den Boden eingelassenen Toilette. Aufschluß ist morgens 9 Uhr, Einschluß abends 18 Uhr. Dazwischen ist Hofgang (eine Art größerer Raum ohne Dach) und Fernsehen möglich. Die Gefangenen sind in sog. Modulen in Kleingruppen zusammengefaßt.

In nicht genau genannter Zukunft ist die Möglichkeit von Arbeit vorgesehen. Jegliche Zugeständnisse, z.B. längeres Fernsehen, müssen die Gefangenen durch Wohlverhalten "erkaufen", während "Fehl"verhalten mit verschärfter Isolation beantwortet wird.

Als Kommentar dieser Haftbedingungen sei hier nur noch einmal Innenminister Correa angeführt. Er erklärte gegenüber der Zeitung "La Epoca" (27.3.94), daß er körperliche Folter als Verstoß gegen die Menschenrechte strikt ablehne; schließlich gäbe es wesentlich modernere Methoden, um Geständnisse von Gefangenen zu erhalten.

... in der konstruktiven Kritik der Institution ...

Ein weiterer Vorstoß in Sachen Demokratisierung der Repression wurde unternommen, als der Knast von der Menschenrechtskommission der Abgeordnetenkammer besichtigt wurde. Ziel des Besuchs sollte die Konfliktbeilegung zwischen den streitenden Parteien sein ("La Nacion", 8.4.94). Dabei kam es auch zu Gesprächen mit den politischen Gefangenen, die wenige Wochen vorher noch als Terroristen verteufelt wurden. Das Treffen, so der Präsident der Kommission Ojeda (DC), sei "positiv und erhellend" gewesen. Und der Kommentar von Martínez: Der Besuch der Parlamentarier sei "sehr wichtig" gewesen, um eine "objektive Sichtweise" zu erhalten und die "Polemik zu beenden... Sie werden Empfehlungen und Vorschläge aussprechen können, für die wir auch offen sind" ("La Epoca", 22.3.94). Zu diesem Zweck traf sich das Gremium auch mit der ODEP (Organizacion de Defensa Popular, der Organisation, die draußen den Widerstand organisiert hatte und in der Angehörige der Gefangenen und verschiedene politische Organisationen vertreten sind), mit Martinez (Gendarmeria) und einer Vertreterin des Justizministeriums. Der Knackpunkt in der Auseinandersetzung, so ein Vertreter der PS in der Kommission, Jaime Naranjo, sei nach Mitteilung der Angehörigen die repressive Besuchsregelung. Hier könnte es aber zu Nachbesserungen kommen, ohne daß der gesamte Haftvollzug in Frage gestellt werden müßte. Eine solche Annäherung würde auch das Verhältnis zwischen den streitenden Parteien verbessern. Diese Position vertraten alle Mitglieder des Kreises einschließlich des Mitglieds der ultrarechten UDI (Union Democratica Independiente), Chadwick. Letzterer zeigte sich sogar besonders besorgt, weil den Gefangenen im Hungerstreik keine medizinische Betreuung von Nicht-KnastärztInnen zugestanden worden war. Von diesem Gremium wurde der eingangs genannte Kompromißvorschlag ausgearbeitet und schließlich von der Regierung akzeptiert. Die Aufhebung der Isolationshaft als Verstoß gegen die Menschenrechte, wie von den Angehörigen und ODEP gefordert, war dabei natürlich nicht Gegenstand der Verhandlungen.

... bei Unterdrückung außerparlamentarischer Politik

Nun bestand die Politik der ODEP und der Angehörigen während des Hungerstreiks nicht ausschließlich in Verhandlungen mit der Regierung. Vielmehr wurden zahlreiche Kontakte zu anderen linken Gruppierungen aufgenommen, beteiligte mensch sich an Demonstrationen mit speziellen Forderungen gegen den Hochsicherheitsknast, führte kurze Straßenblockaden und andere Aktionen durch (u.a. kurzfristige Besetzung der deutschen Botschaft).

Die Reaktion des Staates darauf zeichnete sich auch hier wieder durch eine gewisse Kreativität aus.

Während von Seiten der Ordnungskräfte alle Aktivitäten der ODEP und der Angehörigen auf Diskussions- und Verhandlungsebene keiner Unterdrückung unterworfen wurden, wurden sämtliche Aktionen "auf der Straße" zerschlagen bzw. standen unter enormen Zeitdruck, um der Repression der Carabineros zu entgehen.

Diesem Vorgehen war nicht nur die Gefangenenhilfsorganisation ausgeliefert sondern die gesamte Linke. In die Zeit des Hungerstreiks fielen diverse Kundgebungen und Demonstrationen. So gingen am 4.3., dem 3. Jahrestag der Veröffentlichung des "Informe Rettig" (Bericht über die Menschenrechtsverletzungen unter Pinochet), 4000 Menschen für die Aburteilung der Folterknechte und für die Einhaltung der Menschenrechte auf die Straße. Dabei war auch der Kampf gegen den Hochsicherheitsknast als Thema auf Transparenten und in Parolen vertreten. Diese Demonstration wurde gegen Ende von der Polizei mit großer Brutalität aufgelöst. Selbst als sich die TeilnehmerInnen schon längst in alle Richtungen zerstreut hatten, griffen Wasserwerfer und Schlagstockkommandos unter Einsatz von Tränengasgranaten unaufhörlich völlig willkürlich PassantInnen im dichtesten Berufsverkehr an. Das gleiche geschah am Ende der Kundgebung zum internationalen Frauentag, als aus Solidarität mit den Hungerstreikenden eine kurze spontane Demo durchgeführt werden sollte.

Geplante Protestaktionen bei der Amtsübernahme der neuen Regierung wurden durch den Quasi-Belagerungszustand der Polizei in der Innenstadt von Santiago unmöglich gemacht. Begründung von Vertreters der PS: Es bestehe ein terroristischer Gesamtplan, nach dem die Feierlichkeiten der Regierungsübernahme gestört werden sollten (was von einem Polizeisprecher öffentlich als Quatsch abgetan wurde).

Durch massive Bullenpräsenz wurde ebenfalls eine Solidaritätsdemo mit den politischen Gefangenen im Hungerstreik am 25.3. verhindert.

Dieses extrem repressive Verhalten des chilenischen Unterdrückungsapparates ist nicht einfach als Verlängerung der pinochetistischen Tradition zu werten, sondern wesentlicher Bestandteil der neuen Sicherheitsstrategie, wie Innenminister Correa in dem Interview mit "La Epoca" andeutete. U.a. forderte er Verständnis für das terroristische Verhalten der Carabineros, schließlich trügen Provokateure kein für den Beamten erkennbares Schild um den Hals. So könnte es schon zu unangemessenen Übergriffen auf Unbeteiligte kommen. Diese könnten dann eingestellt werden, wenn sich die Veranstalter der Protestaktionen von Gewalttätern distanzieren und "ihre eigenen Sicherheitsnormen" aufstellen würden, um selbst in den eigenen Reihen für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Innenminister Correa bezog sich dabei auch ausdrücklich auf seine Erfahrungen im MDP "auf der anderen Seite der Barrikade", die ihm nun zu Nutzen kommen würden.

Fassen wir beide Unterrichtseinheiten zusammen, kommen wir zu folgender Botschaft: Wer sich in die Mühlen der Institution begibt und sich dem "Dialog" mit der Übermacht unterwirft, erhält ein gewisses politisches Existenzrecht. Wer weiterhin radikale Politik auf der Straße verfolgt, wird politisch isoliert und vernichtet.

Chile AG Braunschweig

26. Das Ende des Abschiebestopps - der Anfang von Massenausweisungen

Neue Dimension des Staatsterrorismus:

Autor: Rote Hilfe Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:27

Nach den Protestaktionen gegen die Verbote der Newroz-Feiern in der BRD und den Bullenübergriffen gegen KurdInnen auf bundesdeutschen Autobahnen Ende März, wurden hunderte von Ermittlungsverfahren gegen KurdInnen eingeleitet. Alleine in Nordrhein-Westfalen sind es nicht weniger als 389, in Baden-Württemberg 54 Strafverfahren. (1)

Bayern übernahm unterdessen die Vorreiterrolle bei der beabsichtigten Massenabschiebung von kurdischen AktivistInnen. Bislang haben acht der 15 im Freistaat inhaftierten KurdInnen einen Ausweisungsbescheid nach §§42ff AuslG erhalten. Bei den ersten Fünf, die von der Ausweisung betroffen waren handelt es sich in drei Fällen um Asylbewerber, zwei von ihnen sind bereits anerkannt. (2) Diese Ausweisungen sollten "sofort vollzogen" werden. Und dies, obwohl nach Ansicht des Vize-Präsidenten des Augsburger Verwaltungsgerichts, Link, in keinem der anstehenden Fälle eine besondere Eilbedürftigkeit bestehe. (taz, 16.4.) Die folglich politisch gewollte Schikane dieses Sofortvollzuges liegt darin, daß der gegen eine derartige Ausweisungsverfügung eingelegte Widerspruch keine aufschiebende Wirkung mehr hat. Die Abschiebung könnte also vollzogen werden und die Person dürfte aus dem türkischen Folterkeller heraus ihr Widerspruchverfahren weiterführen. Die von der Abschiebung unmittelbar bedrohten KurdInnen mußten nun vor bayerischen Gerichten auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung klagen. Hier waren die vier Kurden, gegen die als erste die Ausweisung verfügt worden war, erfolgreich: Drei Tage, bevor sie der türkischen Militärjustiz übergeben werden sollten, stoppte ein Münchner Verwaltungsgericht das Vorhaben der bayerischen Staatsregierung - vorläufig! Die das Ausweisungsverfahren führende Ausländerbehörde der bayerischen Landeshauptstadt hätte sich "nicht ausreichend mit der konkreten Gefahr von Folter und Todesstrafe auseinandergesetzt, die den Häftlingen in der Türkei drohe". (SZ, 27.4.) In diesem Sinne hatte auch der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen in Bonn zugunsten der KurdInnen interveniert. (Tagesspiegel, 26.4.) Das bayerische Innenministerium zeigte sich von diesem Urteil unbeeindruckt und kündigte Rechtsmittel beim bayerischen Verwaltungsgerichtshof an.

Die christlich-soziale Staatsregierung Bayerns kann sich bei ihrem Vorgehen einer weitgehenden Rückendeckung seitens der um die Regierungsverantwortung in Bonn buhlenden SPD sicher sein. SPD-Spitzenlangweiler, Rudolf Scharping, sprach an einem Tag davon, die Türkei beginge in Kurdistan einen "Völkermord" (SZ, 28.3.), um dann nach Ostern damit zu prahlen, er würde "jeden Kurden in die Türkei abschieben, der sich in der BRD an Gewalttätigkeiten beteilige". (taz, 9.4.) Auch der SPD-Innenminster aus NRW, Schnoor, will in jedem der annähernd 400 gegen kurdische AktivistInnen eingeleiteten Strafverfahren prüfen lassen, ob eine Abschiebung in den Verfolgerstaat Türkei möglich ist. (FR, 2.4.)

Unter der Verantwortung des ebenfalls sozialdemokratischen Innenministeriums Baden-Württembergs wurde Anfang April ein Kurde festgenommen und unmittelbar darauf abgeschoben. Er hatte in Mannheim an einer Trauerfeier für zwei Kurdinnen teilnehmen wollen, die sich aus Protest gegen die menschenverachtende Kurden-Politik der Bundesregierung selbstverbrannt hatten (vgl. ak 365). Bei dem abgeschobenen Kurden habe es sich um einen bereits abgelehnten Asylbewerber gehandelt. Bei dessen Abschiebung seien dem Innenministerium des Ländle angeblich die Hände gebunden gewesen. (vgl. FR, 7.4.) Ob sich aus dem politischen Engagement des Kurden in der BRD nicht eine neue Gefährdung politischer Verfolgung, verbunden mit drohender Folter und gar Todesstrafe ergeben hätte, darauf mochte man in Stuttgart nicht antworten.

Auf jeden Fall will der Sozialdemokrat alle ausländerrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, die unterhalb der rechtlich allem Anschein nach tatsächlich nur schwer durchsetzbaren Abschiebung von KurdInnen liegen. (SZ, 8.4.) Wie das aussieht? Die im badischen Rheintal gelegene Stadt Offenburg hat einem asylberechtigten Kurden bereits am 7. März "die Teilnahme an öffentlichen politischen Versammlungen, Aufzügen und Demonstrationen im Bundesgebiet zur Durchsetzung kurdischer Interessen verboten". Als Begründung führt die Ausländerbehörde lapidar an, daß diese Maßnahme "im Vergleich zur Ausweisung das geringere Mittel der

Beeinträchtigung ihrer Belange darstellt". (3) Diese Repressionsmaßnahmen - Einschränkung der Bewegungsfreiheit bzw. Verbot der politischen Betätigung - sind in diesem Ausmaß zweifellos von besonderer Qualität. Bisher wurden derartige Verbote punktuell erlassen, wie z.B. nach dem Verbot der palästinensischen Arbeiter und Studentenvereine GUPS/GUPA 1972 (4) sowie z.B. anläßlich des Besuchs des damaligen türkischen Putsch-General Evren in der BRD Ende der 80er Jahre bzw. während des Golfkrieges 1991 (5). In ihrer möglicherweise massenhaften und flächendeckenden Anwendung und ihrer fehlenden bzw. unabsehbaren zeitlichen Begrenzung stellen diese Verbote für große Teile der in der BRD lebenden und politisch aktiven AusländerInnen eine gravierende Einschränkung und Abschreckung dar, ihre politischen Rechte wahr zu nehmen. Eine abschreckende Wirkung durch unverhohlene Drohung mit der Folter in der Türkei, genau das ist nach Bundesinnenminister Kanther einer der Gründe, für sein derzeitiges Vorgehen (SZ, 8.4.)

Diese Pläne werden sicherlich Schule machen. Entsprechend ernst zu nehmen sind denn auch die Zielvorstellungen, das Ausländerrecht bzw. die Strafprozeßordnung so zu ändern, daß politisch mißliebige KurdInnen und TürkInnen einfacher abgeschoben werden können. Denn, so Kanthers Absichtserklärung, er wolle auch Personen abschieben, denen bereits rechtskräftig politisches Asyl in der BRD zugesprochen worden ist. (SZ, 27.3.) Zudem soll der Strafrahmen, nach der es zu einer sog. "Mußausweisung" (derzeit 5 Jahre) bzw. einer "Regelausweisung" (bislang Freiheitsstrafe ohne Bewährung oder Verstoß gegen das Betäubungsmittelgeschäft) kommt, drastisch gesenkt werden. Zukünftig soll nach den Plänen des bayerischen Innenministers Beckstein, bereits in Fällen des einfachen Landfriedensbruches regelmäßig ausgewiesen werden, wobei dessen Strafrahmen "bloß" zwischen einem Jahr Freiheitsstrafe (die in aller Regel zur Bewährung ausgesetzt wird) und einer Geldstrafe liegt. (6)

Darüber sollte mensch ebenfalls wachen, daß es nicht zu einer sich häufenden Anwendung der bereits jetzt schon geübten Praxis kommt, AusländerInnen bereits vor dem Abschluß eines ordentlichen Gerichtsverfahrens abzuschieben. Nach Ansicht des bayerischen Innenministeriums reicht für eine derartige Maßnahme schon die - möglicherweise ja "unrichtigen" - Aussagen von Bullenzeugen, um die Abschiebung einer AusländerIn in Gang zu setzen. Nur wenn die zuständige Staatsanwaltschaft beim Vorliegen des "Verdachtes einer schwerwiegenden Straftat" auf die Durchführung eines Strafverfahrens besteht - wie im Falle der 15 in Augsburg verhafteten KurdInnen (SZ, 19.4) - kann diese Nacht-und-Nebel-Abschiebungspraxis verhindert werden.

Ein Wort noch zu den von Kanzler Kohl mittlerweile zur Chefsache erklärten "völkerrechtlich verbindlichen Abkommens" mit den türkischen RegierungskollegInnen, daß abgeschobene KurdInnen in der Türkei weder gefoltert noch zum Tode verurteilt werden sollen: Diese vollmundige Absichtserklärung (vgl. FR, 14.4) erlebte inzwischen eine drittklassige Beerdigung. Einen derartigen völkerrechtlichen Vertrag wird es nicht geben. Zum einen fühlt sich die türkische Regierung durch Bonns langjährige Hätscheleien soweit gestärkt, daß sie unter Hinweis auf ihre Souveränitätsrechte, die Publicity-trächtigen Bonner Absichten durchkreuzen kann. Die Behandlung der abgeschobenen KurdInnen in den türkischen Folterzellen wird somit nicht durch Besuche von unabhängigen Menschenrechtsvereinigungen überwacht werden können. Zudem käme ein derartiges Abkommen einem öffentlichen Eingeständnis der türkischen Regierung über die unhaltbare Menschenrechtssituation in der Türkei gleich. Die Bundesregierung ihrerseits möchte die Faschisten in Ankara aktiv in Schutz nehmen. "Ein völkerrechtlicher Vertrag solle nicht unbedingt ausgehandelt werden. Wegen der dann nötigen Beteiligung der Parlamente in Bonn und Ankara und der damit verbundenen innenpolitischen Diskussion würde ein Ratifizierungsabkommen die Angelegenheit in die Länge ziehen. Möglich sei ein Notenwechsel unterhalb eines Vertrages." (FAZ, 9.4.)

Das abschiebewütige bayerische Innenministerium ist unterdessen offenkundig bereit, sich selbst mit noch weniger zufrieden zu geben. Die Zusicherung der türkischen Botschaft in München, daß der abzuschiebende Kurde Mustafa Celik den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Türkei entsprechend behandelt würde, umfaßte ganze vier formlose Zeilen! (taz 26.4.) Wieso, so fragen sich die türkischen Folterknecht zurecht, sollen wir ein derart peinliches völkerrechtliches Dokument unterschreiben, wenn doch vier dürre Zeilen in den Augen der hiesigen RepressionspolitikerInnen vollkommen ausreichen?

Damit ist die Bonner Politik 1994 exakt dort angelangt, wo sie der ehemalige Generalbundesanwalt Kurt Rebmann schon vor vier Jahren haben wollte. Damals forderte er angesichts des noch zu dem Zeitpunkt in den Kinderschuhen steckenden Düsseldorfer KurdInnen-Prozesses den Bundesgesetzgeber auf "die

Strafprozeßordnung so zu ändern, daß Terroristen in ihre Heimatländer abgeschoben werden können" (Welt, 5.2.90).

Anmerkungen:

1) 25 Ermittlungsverfahren hiervon sind auf Fotos zurückzuführen, die bei der Polizei von JournalistInnen und aufgehaltenen deutschen Autofahrern abgegeben worden sind (SZ, 8.4.) In einem anderen Fall forderte die Staatsanwaltschaft Darmstadt die hessische Regional-Redaktion von RTL auf, ihr das gesamte ausgestrahlte, wie auch das unbearbeitete Filmmaterial der Bullenblockade der A5 (südlich von Frankfurt) vom 29.3. auszuhändigen ("M"-Zeitung der IG-Medien 5/94).

2) SZ, 08.04. Mindestens ein in Augsburg inhaftierter Kurde hat inzwischen einen Selbstmordversuch unternommen (taz, 16.4.)

3) zit. nach einer Presseerklärung in KurdInnen-Angelegenheiten aktiven RechtsanwältInnen vom 24.3.

4) vgl. "Die Würde des Menschen ist unantastbar". Teildokumentation für das Russell-Tribunal, Hamburg 1977

5) vgl. Rote Hilfe Berlin: "Wer die Interessen der BRD gefährdet ... Das AusländerInnen-Gesetz", Berlin 1992

6) Diese Ideen waren bereits 1992 Teil des von dem damaligen Bundesinnenminister Seiters vorgelegtem 10-Punkte-Programm zur "Inneren Sicherheit". Danach sollte bereits in Fällen - z.B. bei Demonstrationen nur schwerlich zu umgehenden - "kleinkriminellen Delikten" die Asylanträge etwaiger dabei erwischter AusländerInnen "mit Vorrang zu Ende" geführt und danach "konsequent abgeschoben" werden. (vgl. Info der Roten Hilfe Berlin, 11/92)

Die Rechtslage

Die nationale wie internationale Rechtslage ist sowohl für die Türkei, wie auch für die BRD eindeutig und bindend.

Nicht weniger als vier völkerrechtliche Verträge verbieten die Anwendung von "Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung" (1). Jeder dieser Verträge ist nicht nur für die Abschiebepraxis der BRD verbindlich. Auch die Türkei muß das Folterverbot z.B. der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beachten, auch wenn sie seit Jahren z.B. einzelne Bestimmungen dieser Konvention (GfK) außer Kraft gesetzt hat (wie die Versammlungs- und die Pressefreiheit) - Art. 3 EMRK ist nämlich "notstandsfest"!

Ein weiteres völkerrechtliches Dokument, nämlich Art. 33 der Genfer Flüchtlingskonvention, untersagt es den Unterzeichnerstaaten - hier der BRD - Personen abzuschieben, sofern "sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde." (2) Nach bundesdeutscher Rechtslage - hier dem Ausländerrecht - dürfen gem. §51 AuslG politisch Verfolgte nicht abgeschoben werden, ausgenommen "wenn der Ausländer aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland anzusehen ist oder eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen einer besonders schweren Straftat rechtskräftig verurteilt worden ist." Für den Fall "einer konkreten Gefahr für den Ausländer der Folter unterworfen zu werden" und/oder bei drohender Todesstrafe ergeben sich Abschiebverbote aus § 53 Abs. 1 und 2.

Als allerletztes kann mensch sich bei drohender Folter oder Todesstrafe im Falle einer Auslieferung auf das Grundgesetz, und hier speziell auf die körperliche Unversehrtheit gem. Art. 2 Abs. 1 sowie die Menschwürde gem. Art. 1 Abs. 1GG berufen.

Daß auch körperliche Unversehrtheit nur auf dem Papier garantiert ist, zeigen folgende Beispiele: "Asylbegründend ist die Verfolgung des politschen Feindes, nicht die Abwehr des Terrors. Repressive oder präventive Maßnahmen, die der Staat zur Abwehr des Terrorismus ergreift, sind deshalb keine politische Verfolgung im asylrechtlichen Sinne, wenn sie dem aktiven Terroristen, dem Teilnehmer ... oder demjenigen gelten, der im Vorfeld Unterstützungshandlungen zugunsten terroristischer Aktivitäten vornimmt ohne sich an diesen Aktivitäten zu beteiligen ... in einer dem offenen Bürgerkrieg vergleichbaren Lage ... verlieren die Maßnahmen (Anm: staatlicher Repression) insoweit den Charakter asylrechtlicher Verfolgung, mögen sie auch - wie nicht selten der Fall - völkerrechtswidrig sein". (3)

In einem zweiten Grundsatzurteil lehnten die Karlsruher Verfassungsrichter den Asylanspruch eines in der "Föderation der Arbeiter aus der Türkei in der BRD" (ATIF/ATÖF) aktiven Kurden ab, der sich auf die in der Türkei drohende Folter berief: "Politische Verfolgung (ist) möglich wenn ein (Anm: wegen Hochverrat) Verfolger in der Türkei mit der Anwendung von Folter rechnen muß, die über das Maß hinaus geht, das in den türkischen Gefängnissen Personen zu befürchten haben, die dort wegen krimineller Delikte inhaftiert sind ... die unmenschliche Behandlung wie die Folter (ist) als solche nach dem Wortlaut und Sinn des Art. 16 Abs. 2 GG nicht asylerheblich."

Anmerkungen:

1) Art. 7 des Paktes über Bürgerliche und Politische Rechte; Art. 3 der UN-Folterkonvention; Art. 3 der EMRK, sowie das Europäische Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung.

2) Nach Art. 33 GFK darf ein Konventions-Flüchtling ausgewiesen werden, der "aus schwerwiegenden Gründen eine Gefahr für die Sicherheit des Landes anzusehen ist ... ". Darunter ist, nach Auskunft des Pressesprechers der Bonner Vertretung des UN-Flüchtlingshochkommissars, Telöken, zu verstehen, daß ein Flüchtling mindestens zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden sein muß (taz, 6.4) Angesichts der bisherigen Tatvorwürfe gegen abschiebbedrohte Kurden (schwerer Landfriedensbruch, Nötigung und Körperverletzung) sind derartige Urteilshöhen praktisch ausgeschlossen.

3) (Bundesverfassungsgerichts-Entscheidung Bd. 80, S.315)

4) (Bundesverfassungsgerichts-Entscheidung Bd. 81, S.142)

Todesstrafe und Folter in der Türkei

Nach dem Militärputsch wurden über 50 Personen offiziell hingerichtet, gut die Hälfte wegen Separatismus und Hochverrat. Die letzte Hinrichtung wurde 1984 vollzogen. Dennoch wurden seither immer wieder Todesurteile gefällt, so z.B. Mitte 1993 gegen 15 PKK-Aktivisten. Jedes Todesurteil muß vom türkischen Parlament per Gesetz zum Vollzug freigegeben werden. Derzeit sind weit über 300 Hinrichtungen im Parlament anhängig. Zwar wurde 1990 durch eine Änderung der Gesetzeslage die Zahl der Tatbestände für die Todesstrafe von 27 auf 12 verringert, dennoch bleiben die klassischen Staatsschutzdelikte wie "Leitung einer kommunistischen Organisation", "Hochverrat", "Aufhetzen zum bewaffneten Aufstand" und "Separatismus" mit der Todesstrafe bedroht. Im letzten Jahr wurde im türkischen Parlament lauthals nicht nur darüber nachgedacht, den Vollzug von Hinrichtungen wieder aufzunehmen, sondern auch das Standrecht einzuführen, daß Erschießung unter dem Kriegsrecht ermöglichen würde.

Die Zahl der extralegalen Hinrichtungen durch zumindest mittelbar im staatlichen Auftrag handelnde Todesschwadrone hat sich in den letzten Monate dramatisch erhöht: Nach dem Jahresbericht des türkischen Menschenrechtsverein IHD wurden in der Türkei allein im Jahr 1993, 135 Menschen ohne Gerichtsverfahren exekutiert, 30 Menschen "verschwanden" unter Polizeiaufsicht und in 510 Fällen gilt die Todesursache offiziell als "unaufgeklärt". (Rote-Hilfe Zeitung 2/94)

Laut Menschenrechtsverein IHD sollen im letzten Jahr 20 Personen an der in Polizeihaft erlittenen Folter gestorben sein. Diese Zahl, der durch Folter zu Tode Gequälten ist nach Untersuchungen von "amnesty" bzw. "medico international" sowie der "Helsinki Watch Group" seit Jahren konstant hoch. Alle drei Organisationen prangern seit Jahren die "systematischen und grausamen Folterungen" in türkischen Gefängnissen an. Betroffen von der Folter sind Tausende. Unter den Getöteten befinden sich auch Kinder.

Selbst die Anti-Folterkommission des Europarates, die das "Europäische Übereinkommen gegen die Folter" überwachen soll, hat 1992 angesichts der desolaten Zustände in der Türkei erstmals seit seiner Gründung die Vertraulichkeit der Untersuchungen des 27-köpfigen ExpertInnen-Komitees aufgehoben. (Human Rights Law Journal 1993, S. 49) Auch dieses Komitee war nämlich von den zuständigen Stellen in der Türkei belogen worden. Die türkische Regierung hatte bei den beiden vorangegangen Besuchen (1990 und 91) der Anti-Folter-Kommission gegenüber verbindliche Zusicherungen gegeben, wirksame Maßnahmen zur Abschaffung der Folter zu ergreifen. Statt dessen mußte die Anti-Folter-Kommission, ebenso wie der UN-Folterausschuß 1993 feststellen, daß die Praxis schwerer Mißhandlungen in Polizeigewahrsam

weitverbreitet und insbesondere gegen Personen angewandt wird, die des "Terrorismus" verdächtigt werden. (Human Rights Law Journal 1993, S. 426)

Das Ende des Abschiebestopps - der Anfang der Massenausweisungen

Die Situation abschiebebedrohter kurdischer Flüchtlinge hatte sich schon vor den Bullenübergriffen auf die Newroz-Feiern dramatisch verschlechtert.

Seit Inkrafttreten des neuen Ausländer-Gesetzes 1991, in dem dem Bundesinnenminister eine Allein-Kompetenz in der Frage des Bleiberechts abgelehnter AsylbewerberInnen eingeräumt worden war, hat sich ein über Jahre andauerndes Tauziehen zwischen Bonn und einigen bis dahin dafür zuständigen (sozialdemokratischen) Innenministern abgespielt.

Tatsächlich gerät die rechtliche Argumentation für die Aufhebung des Abschiebestopps ins Wanken. Nach bisheriger Rechtsprechung wurde nämlich bestritten, in der Türkei würde es eine sog. "Gruppenverfolgung" von KurdInnen geben. Somit müsse nicht jede dorthin abgeschobene KurdIn politische Verfolgung fürchten. Zudem gäbe es mit dem nicht unter Kriegsrecht stehendem Westteil der Türkei eine sog. "inländische Fluchtalternative". (1) Dorthin werden die ausgewiesenen KurdInnen regelmäßig abgeschoben.

Bereits im vergangenen Jahr wurde folgende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts veröffentlicht: ein zuständiges Oberverwaltungsgericht hatte wieder einmal die offenkundige "Gruppenverfolgung" von KurdInnen in der Türkei schlichtweg geleugnet. Nunmehr fragte das BVerfG, ob angesichts der "weitreichenden Menschenrechtsverletzungen und Leiden bzw. Opfer der Bevölkerung, insbesondere im Zusammenhang mit den Newroz-Ereignissen 1992 ... (sowie) die Aktivitäten der Sicherheitsorgane so qualifiziert werden müßten, daß sie die am Konflikt nicht unmittelbar beteiligte Zivilbevölkerung ... unter den Druck brutaler Gewalt setzen ...(so daß sich) hieraus Anhaltspunkte für eine asylrechtliche Verfolgung ergeben könnten." Dieser Frage sind die Verwaltungsrichter nach Ansicht ihrer Karlsruher Kollegen "nicht in verfassungsrechtlich ausreichend tragfähiger" Weise nachgegangen. (2)

Auch auf der Ebene einfacher Verwaltungsgerichte, machte nun das VG Bremen das Dutzend derjenigen Gerichte voll, die angesichts des Völkermords in Kurdistan sowie den Übergriffen und Diskriminierungen, die sich KurdInnen im Westteil der Türkei durch TürkInnen ausgesetzt sähen, keine Fluchtalternative auf türkischem Staatsgebiet zu erblicken vermögen. Für abgeschobene KurdInnen bestünde "jederzeit" die Gefahr politischer Verfolgung. (taz, 15.4.)

Von den Richtersprüchen unbeeindruckt setzte sich in der Frage der Aufhebung des Abschiebestopps letztlich die Bundesregierung gegen Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz durch. Zum Jahresende wurde letztgültig der Ausweisungsstopp für KurdInnen aufgehoben. Seitdem sind bundesweit mehrere hundert KurdInnen in die Türkei abgeschoben worden - in Hessen sind es über 70, von alleine dort schätzungsweise über 300 nunmehr abzuschiebenden KurdInnen. (FR, 19.3.)

Auf das, was zwei von dieser Abschiebung betroffener Familien in der Türkei widerfahren ist, sei an dieser Stelle hingewiesen:

Am 17. März wurde von der bayerischen Bodensee-Stadt Lindau aus die kurdische Familie Fani nach Istanbul ausgeflogen. Herr Fani arbeitete für die pro-kurdische Partei DEP, deren Funktionäre im Zuge der diesjährigen türkischen Kommunalwahlen nicht nur kriminalisiert, sondern auch mit der Todesstrafe bedroht worden sind. Die befürchtete politische Verfolgung kümmerte die deutschen Richter ebensowenig, wie die Tatsache, das Frau Fani bereits vor ihrer Flucht 1989 in der Türkei gefoltert worden ist. Auf dem Fughafen angekommen wurde die Familie von türkischen Polizisten bereits erwartet und sofort festgenommen. (FR, 26.3.)

Ein ähnliches Schicksal erlitt der Kurde Ramazan Cetin. Sein Asylantrag war am 17.3. abgelehnt worden. Die Einspruchsfrist endete am 17.4. Cetin wurde aber schon am 6.4. von Sachsen aus zusammen mit seiner Familie in die Türkei abgeschoben und bereits am Flughafen verhaftet. In der anschließenden Polizeihaft wurde Ramazan ersten Berichten zufolge geschlagen und mit Elektro-Schlagstöcken gefoltert. (taz,16. und 18.4; FR, 15.4.)

Anmerkungen:

1) Zu der Fragwürdigkeit dieser Konstruktion vgl. Gusy, Zeitschrift für Ausländerrecht 1993, S. 63, 68f)

2) Bundesverfassungsgerichts-Entscheidung in: Informationsbrief Ausländerrecht 1993, S. 105, 108f

Foto: Asmus Henkel, PAN-Foto

27. "Frauen und Rechtsextremismus" - Eindrücke von einer Tagung

Autor: Petra Wlecklik · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:03

Am 26. Januar 1994 stellte die NRW-Frauenministerin Ridder-Melchers in den Räumen der Westfalenhalle Dortmund, die von ihr in Auftrag gegebene Studie "Rechtsextremismus und Gewalt: Affinitäten und Resistenzen von Mädchen und jungen Frauen" vor.

Hilde Utzmann-Krombolz vom polis-Institut zog vor rund 500 anwesenden Frauen das Fazit, daß unter den rechtsextremen "Schlägern" wenig Frauen zu finden sind. Von 1.000 Jugendlichen sind "nur" 25 Mädchen bereit, körperliche Gewalt anzuwenden. Dennoch gibt es bereits 19% Frauen, die bei den Republikanern organisiert sind und ca. 42% der 14- bis 24-jährigen befragten Frauen in NRW weisen ein rechtes, autoritäres Weltbild auf. In mehreren darauf folgenden Referaten wurde diese Thematik weiter vertieft.

Birgit Rommelspacher, Professorin für Sozialarbeit und Sozialpädagogik an der Fachhochschule Berlin, ging in ihrem Beitrag der Frage nach, ob Rassismus nur Männersache sei und Frauen wie ethnische Minderheiten gleichermaßen Opfer sind. Sie wies darauf hin, daß sowohl aktuelle Untersuchungen, so auch die NRW-Studie, wie historische Begebenheiten diese Annahme widerlegen. "Frauen waren weder in Zeiten des Kolonialismus noch im Nationalsozialismus in besonderer Weise gegen Rassismus und Antisemitismus immun oder hätten gar aktiv dagegen gekämpft." Die geschlechtsspezifische Erscheinungsform des Rassismus hat ihrer Meinung nach die Ursache in der Gleichzeitigkeit von Diskriminierung und Dominanz. "Frauen profitieren in unserer Gesellschaft auch als patriachal Unterworfene von diesem System. (...) Sie haben das Denken und die Ideologie dieser Gesellschaft internalisiert, so daß sie glauben, auf die anderen Gesellschaften und Kulturen herabblicken zu können, sie sind in dieser Gesellschaft also Ein- und Ausgeschlossene zugleich."

Frauen trachten auch immer wieder danach, ihren Dominanzanspruch, sei es ökonomisch, politisch, sozial oder psychologisch, zu bestätigen. So werden EinwanderInnen nicht nur die Arbeitsplätze mißgönnt, sondern in der Arbeit werden ihnen die schlechtesten Tätigkeiten zugewiesen, das Recht auf politische Beteiligungen wird ihnen verwehrt. Auch daran sind Frauen beteiligt!

Anita Huber, Mitarbeiterin am Deutschen Jugendforschungsinstitut München, setzte mit ihren Thesen zur feministischen Mädchenarbeit und antirassistischen Arbeit andere Akzente. Sie verortete die Grundlage für Rassismus im Selbstverständnis der Höherwertigkeit von Männlichkeit einerseits, im Konzept von Männlichkeit als Inbegriff von Stärke, Macht, Dominanz und Gewalt andererseits. Obwohl sie die Unterdrückungsformen des Sexismus und Rassismus nicht deutlich herausarbeitete, forderte sie die Pädagoginnen auf, "sich mit ihren eigenen Bildern von Ungleichwertigkeit auseinanderzusetzen, ihre rassistischen Einstellungen und ihre Funktion in der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher, insbesondere geschlechtshierarchischer Machtverhältnisse zu hinterfragen".

Petra Kolip, Mitarbeiterin an der Uni Bielefeld, gab einen Überblick über die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Verarbeitung jugendtypischer Belastungen und bot zum Schluß Hilfen für die Problembewältigung für verunsicherte Jugendliche an. In den Sozialisationsinstanzen, vor allem der Familie und der Schule, sieht sie die Möglichkeit für Veränderungen. Verläßliche Strukturen und Vereinbarungen sollten einen verbindlichen Rahmen für das Zusammenleben darstellen. Soziale Netzwerke bieten den Mädchen Zuverlässigkeit und können über Krisenzeiten hinweghelfen.

Während der anschließenden Diskussionen brachten viele der aus ganz NRW angereisten Frauen ihren Unmut als Pädagoginnen, Praktikerinnen aus Jugendzentren und Verbänden zum Ausdruck. Im Zentrum ihrer Forderungen standen vor allem Gelder für die Neugestaltung der Jugendhilfe im Hinblick auf feministische Mädchenarbeit und antisexistische Jugendarbeit.

Debatten über die inhaltlichen, von den Referentinnen eingebrachten Denkanstößen blieben leider rar. Purer Zufall? Offensichtlich nicht. Denn gerade bei Begriffen wie "Dominanzkultur" hätten sich viele der anwesenden Frauen unliebsamen Diskussionen bezüglich der eigenen Rolle gegenüber gesehen. Die Wechselbeziehungen zwischen dem alltäglichen Rassismus, der sich u.a. in Witzen, Sprüchen, Schweigen ausdrückt, den Anfälligkeiten junger Frauen für rechte Erklärungsansätze und den gesellschaftlich-institutionellen

Bedingungen wie den Gesetzen, den Medien, dem Erziehungsauftrag, den kulturellen Normen wurden nicht thematisiert.

Nichtdeutschen Frauen wird der Zugang zu städtischen Institutionen aller Art unmöglich gemacht, denn noch immer gilt das Arbeitsförderungsgesetz, das den Deutschen den Zugang zu vorhandenen Arbeitsplätzen in erster Linie sichert. Auch deutsche Frauen bleiben unter sich und profitieren von den ihnen zugewiesenen Privilegien.

Wer pädagogische Konzepte als Allheilmittel favorisiert und nicht die Strukturen, Machtverhältnisse und die daraus resultierende Ausgrenzungspraxis von Nicht-Deutschen und Flüchtlingen benennt, verkennt die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Rassismus und Rechtsextremismus und kann nur zu der Feststellung kommen: "Dominanzkultur" - interessante Begrifflichkeit, aber was hat das mit mir zu tun?

Petra Wlecklik

Die Broschüre "Rechtsextremismus und Gewalt: Affinitäten und Resistenzen von Mädchen und jungen Frauen - Ergebnisse einer Studie" ist beim Ministerium für Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein-Westfalen, Breite Str. 27, 40213 Düsseldorf erhältlich.

An dieser Stelle sei noch einmal auf eine ausführliche Darstellung von Birgit Rommelspacher in ak 361 (Dezember 1993) hingewiesen. In dem ak-Artikel über den Streit um die Ursachen von Rassismus und Rechtsextremismus setzt sich Birgit Rommelspacher neben den gängigen soziologischen und psychologischen Erklärungsansätzen auch mit dem feministischen Erklärungsansatz, der Rassismus mit Männergewalt gleichsetzt, auseinander.

28. Dokumentation der nicht veröffentlichten Erklärung der Redaktion der "Jungen Welt" vom 13.4.94

Betr.: "Zivilgesellschaft zwischen Affirmation und Kritik", ak 365 vom 13.4.94

Autor: Charlotte Wiedemann · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:25

Der Beitrag von Dirk Auer kommt mir ein wenig so vor, als sei er auf einem anderen Stern oder zu einer anderen Zeit geschrieben, jedenfalls nicht im Deutschland des Jahres 1994. Sicher kann man dem Begriff Zivilgesellschaft anlasten, daß er zur Beschreibung der bestehenden Verhältnisse wenig taugt und für ihre Analyse noch weniger hergibt. Das scheint mir aber, mit Verlaub, gegenwärtig eher ein seminaristisches Problem zu sein. Weitaus entscheidender für den Verlauf der politischen Debatte ist, daß konservative Meinungsmacher zunehmend die "Zivilgesellschaft" ins Visier nehmen, um dagegen ihre Auffassung eines national konturierten Staats zu setzen. Und das ist, leider, kein seminaristisches Problem mehr.

Worum es bei dieser Debatte geht, wird am deutlichsten bei Karlheinz Weißmann, dem führenden Autor der jungen "Neuen Rechten", nachzulesen in der "Jungen Freiheit" ebenso wie in der FAZ. Weißmann markiert den "neuen Frontverlauf" in Deutschland explizit mit dem Gegensatzpaar "Staat" gegen "Zivilgesellschaft", wobei "Staat" von ihm mit "Nation" in eins gesetzt wird. Das Staatsvolk als eine civil society, als Zusammenschluß freier Bürger mit persönlichem Bekenntnis zur Verfassung zu verstehen, lehnt Weißmann als "künstlich" ab, als Ausdruck eines "frühbürgerlichen Vernunftsglaubens", der leider zur Grundausstattung vieler westdeutscher Intellektueller gehöre. Auf Dauer lebensfähig sei nur ein Staat, der "zugleich Wertgemeinschaft, Rechtsgemeinschaft und Willensgemeinschaft" ist. Denn eine Ansammlung von Individuen, die dem Staat nur durch Vernunft verbunden sei, könne kaum veranlaßt werden, "Opfer zu bringen (vielleicht sogar das Opfer des Lebens), um den Bestand des Ganzen zu gewährleisten". Künstlich sei die rational begründete civil society aber nicht nur, weil sie jene "leidenschaftlichen Wir-Gefühle" nicht herstellen kann, die zum nationalen Existenzkampf, zum Krieg nötig sind, sondern weil sie entgegen anthropologischen Einsichten einem unrealistischen Bild des Menschen huldige: daß nämlich "Rassen- und Volkstumskämpfe durch Vernunft und Erziehung aus der Welt zu schaffen sind".

Ein wenig vornehmer im Vokabular tauchen diese Gedanken auch bei angesehenen konservativen Publizisten auf. Bei Joachim Fest etwa, dem Hitler-Biographen und vormaligen FAZ-Herausgeber. Auch er redet dem Ressentiment gegen die civil society das Wort; über "die offene Flanke der offenen Gesellschaft" räsonnierend, fällt ihm auf, daß die demokratische Gesellschaft auf Voraussetzungen beruhe, "die strenggenommen gegen die menschliche Natur gerichtet sind", nämlich "der Duldung und sogar Privilegierung von Minderheiten, dem Recht des Schwächeren, auch der Fremden und Nichtzugehörigen".

Oder, um einen politisch aktiven und einflußreichen Vertreter dieser Geisteshaltung zu nennen: Wolfgang Schäuble, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, würde der Begriff Zivilgesellschaft nie über die Lippen kommen, denn er spricht schon nicht mehr von "Gesellschaft", weil sich in diesem Wort alle jene heterogenen privatistischen Züge bündeln, welche die von ihm geforderte "nationale Gemeinschaft" unterminieren können.

Es geht also um eine staatspolitische Debatte (mit beträchtlichen Auswirkungen in der realen Politik), deren Ausmaß von denen, die sie als Herausforderung verstehen müßten, noch gar nicht begriffen worden ist. Hier trifft, neben den gezielten Vorstößen der Rechten, der Demokratieverdruß der Eliten zusammen mit der Wiederbelebung biologistischer Spekulationen über das Gewalttätige im Menschen an sich. "Die schwierige Freiheit" nannte Joachim Fest programmatisch sein jüngstes Buch; "Auch die Freiheit hat ihre Grenzen" überschrieb Marion Gräfin Dönhoff unlängst einen Leitartikel in der "Zeit" über die "Brutalisierung des Alltags". Immer geht es um den "inneren Halt" der Gesellschaft und den "entfesselten Menschen", um die Schelte der "Fortschrittsapostel", die glaubten, wenn man den Menschen nur von allen lästigen Fesseln befreie, werde die Gesellschaft ein Optimum an Freiheit genießen.

Zugegeben: Das Thema hat Weiterungen, die in dieser Zuschrift nur angerissen werden. Man braucht auch den Terminus Zivilgesellschaft nicht deshalb zu verteidigen, weil die Rechten ihn angreifen. Aber man sollte schon mitbekommen, daß unter diesem Label ein Generalangriff auf ein liberales Gesellschaftsverständnis läuft, dessen Wert Linke vielleicht erst bemerken, wenn Liberalität in den Untergrund verdrängt ist. Das aber ist, zugegeben, eine noch weitere Weiterung.

Charlotte Wiedemann

Charlotte Wiedemann hat zusammen mit anderen AutorInnen auch dieses Thema berührend einen Band im Werkstatt-Verlag, Göttingen, herausgegeben:

Ursel Sieber, Bernd Siegler, Charlotte Wiedermann u.a., Deutsche Demokraten: Wie rechtsradikal sind CDU & CSU?

Verlag Die Werkstatt, Göttingen

ISBN 3-923478-94-1

29. Über Schmäh- und Lumpenjournalismus

Autor: Heinrich Eckhoff · Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:39

Beim Biß in die Tischkante geht leicht die Übersicht verloren - dies demonstriert anschaulich Hermann L. in seiner Replik in "konkret" 5/94. Alle hatten sie ihn verleumdet, die "taz" und die beiden, Zitat, "national-sozialdemokratischen Blätter ‚Neues Deutschland` und ‚AK`". Wie man HLG kennt, sind es wohl nicht nur Wortspiele. Man gut, daß er uns schon exkommuniziert und aus dem Reigen der sozialistischen Kräfte ausgeschlossen hat, denn national und sozialistisch ergebe dann eben ...

Es muß ihn wirklich geärgert haben, daß es weit und breit keinen Artikel gab, in dem sein selbstloses Handeln gewürdigt wurde. Noch mehr scheint es ihn verstimmt zu haben, daß ihm von verschiedenen Seiten nachgesagt wurde, er würde als Herausgeber und Verleger zur "Jungen Welt" gehen. Lange Zeit ist mir nicht eingefallen, was an dieser Meldung so ehrenrührig sein soll, daß er gleich mit dem Gericht drohten mußte. Mehr und mehr komme ich zu der Überzeugung, daß Hermann L. ebenso wie andere der Meinung ist, eine solche Meldung würde der "Jungen Welt" schaden. Erst dann ergibt das Ganze einen Sinn.

Ich hatte geschrieben: "Die ‚taz` meldete es als erste, was an linken Kneipentischen seit langem erzählt wird: Hermann L. Gremliza geht als Herausgeber zur ‚Jungen Welt`." Nun schreibt Hermann L.: "Falsch. Gremliza wird nicht Herausgeber der ‚Jungen Welt`, sondern bleibt Herausgeber von KONKRET." Was für eine Richtigstellung! Vergleichen wir sie einmal mit der Aussage: "Falsch. Gremliza wird nicht Herausgeber der ‚Jungen Welt`, sondern ißt morgens warme Eier." Aus der Aussage, Hermann L. Gremliza gehe als Herausgeber zur "Jungen Welt" kann nicht geschlossen werden, er bleibe nicht Herausgeber der "konkret", genausowenig wie, daß er morgens kalte Eier liebt. Es wird also vorausgesetzt, daß die LeserInnen erwarten, Hermann L. Gremliza könne beide Aufgaben zusammen nicht bewältigen. Hier muß Hermann L. etwas mißverstanden haben.

Was will der Mann von "konkret": "Heini Eckhoffs gestammelte Erfindungen sind hier ausgestellt, um die wenigen KONKRET-Leser, die vielleicht darauf hereingefallen sind, zu informieren und andere vor ähnlichen Elaboraten eines politisch interessierten Lumpenjournalismus zu warnen." Parteihochschule, zweites Lehrjahr: Selbstverständlich gehen wir davon aus, daß es nur wenige "verderbte Elemente" in der "konkret"-LeserInnenschaft gegeben hat, die durch meine Elaborate verunsichert worden sind - genauso wie es immer nur einige wenige "verderbte Elemente" in der Arbeiterschaft gegeben hat, die den Eintrichterungen der Maoisten, der Trotzkisten, der Bucharinisten, der Abweichler, der Opportunisten und anderen Doppelzüngler gefolgt sind. Aber um andere zu warnen, muß das schlechte Beispiel aufs Podest gehoben werden.

Nachtreten verboten? Eine kleine Ausnahme muß gestattet sein. Wie wär's, die zuletzt zitierte Aussage noch einmal mit anderer Betonung zu lesen: "Heini Eckhoffs gestammelte Erfindungen sind hier ausgestellt, um die wenigen KONKRET-Leser (...) zu informieren".

HLG wirft den Stein der "schlampigen Recherche". Gar nicht nicht oft genug kann betont werden, wie recht doch der Volksmund hat. Er schreibt, ich hätte bei der PDS ein "nicht mehr erhoffftes Auskommen" gefunden. Falsch! Weder ein Ein- noch ein Auskommen! Diese Falschmeldung hätte er sich ganz leicht ersparen können, denn genügend Fachkundige hat er dafür ja um sich gesammelt.

Heinrich Eckhoff

30. Verletzte Eitelkeit? (Rückblick auf kritische ak-Artikel über Gremliza)

Autor: Js. · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:12

In den vergangenen zwölf Monaten haben wir - außer in dem Artikel über die Junge Welt - noch aus fünf weiteren Anlässen kritisch über Hermann L. Gremliza berichtet. Spekulationen über die Motive, die Gremliza veranlassen, uns mit einem möglicherweise kostspieligen Gerichtsverfahren zu drohen, unterlassen wir schon im Hinblick auf unsere angespannte Finanzlage. Die Auflistung der einschlägigen Artikel verfolgt allein den Zweck, das Gedächtnis unserer LeserInnen aufzufrischen.

Ein scheinheiliges Dementi (ak 355, S. 2): Wir zitierten aus einem Appell Gremlizas an die Linke, den "Terroristen" jegliche Solidarität zu verweigern. Gremliza in konkret von Mai 1977: "Dazu gehört: jeden Waffenfund anzuzeigen, jeden Paßdiebstahl zu melden, jeden Unterschlupf zu verweigern, den letzten Rest einer Solidarität, die diese Bombenleger selbst nie geübt haben, zu entziehen." Anlaß für uns, auf diese alte Geschichte zurückzukommen, war Gremlizas "scheinheiliges Dementi" gegenüber dem RAF-Gefangenen Lutz Taufer, der in der taz vom 10.4.93 an Gremlizas Aufruf erinnert, aber eine falsche Quelle (nämlich die konkret-Ausgabe von August 1977) angegeben hatte.

Der (anti-)deutsche Blickwinkel. konkret und der Krieg in Ex-Jugoslawien (ak 356, S. 39): In diesem Artikel wurden die gröbsten Zynismen zu diesem Thema, die mehrheitlich von Wolfgang Pohrt stammen, zusammengetragen. Erinnert wurde auch an die Dokumentation einer Rede von Slobodan Milosevic in konkret 10/91; Redaktion und/oder Herausgeber bescheinigten dieser Rede "Klarheit und Vernünftigkeit".

Das "Verfahren der Verfremdung" (Türcke). Wird demnächst der Begriff der Rasse von "links" besetzt? (ak 357, S.35): Eine Kritik an Christoph Türckes Referat "Die Inflation des Rassismus", gehalten auf dem Hamburger konkret-Kongreß im Juni. Gremliza wurde der Vorwurf gemacht, Türckes rassistischem Gerede durch die Einladung zum Kongreß und insbesondere durch Abdruck des Referats in konkret ein Forum geboten zu haben.

Ende oder Neuanfang? Zur Diskussion "drinnen und draußen" nach dem Bruch zwischen der RAF und der Mehrheit der Gefangenen (ak 362, S.27): Gremliza hatte in konkret 1/94 von ehemals linken Promis gefordert, sich für eine Teilamnestie der RAF-Gefangenen einzusetzen und ihren "Freunden von heute" zu sagen: "daß endlich Schluß sein muß mit den Mißhandlungen und alle, die den ‚bewaffneten Kampf` aufgeben, wie andere Delinquenten nach zwei Dritteln ihrer Haftzeit (bei lebenslänglichen nach fünfzehn Jahren) freizulassen sind." Die Kritik der ak-Autoren P. und D. an Gremliza gipfelte in dem - m.E. arg überzogenen - Vorwurf, er habe sich mit seinem Vorschlag "auf die Linie der KGT (‚Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung`) begeben." Gremliza antwortete darauf mit einem Leserbrief in ak 363 (S. 29).

"Wählt Heitmann!" Wie Hermann L. Gremliza einmal Karl Kraus überflügeln wollte (ak 363, S. 28): In polemischer Form wurde Gremlizas Aufforderung an die Bundesversammlung, Steffen Heitmann ("nationalbraun") zum Bundespräsidenten zu wählen, kritisiert.

Flott formulierte Fehleinschätzungen. Hermann L. Gremliza und der "Selbstmord" der Zapatisten (ak 365, S. 37): Eine Kritik an Gremlizas These in konkret 2/94, der Aufstand der Zapatisten in Chiapas sei ein "als Befreiungskampf inszenierter Selbstmord".

Und was fehlt? Ein Verriß von Gremlizas neuestem Elaborat, dem Leitkommentar "Creazione italiana" im Mai-Heft von konkret. Für Gremliza ist die Mafia eine "Erfindung ... süditalienischer und sizilianischer Bauern, die sich zum Schutz vor feudaler Willkür, dann vorm Diktat des Marktkapitals zusammenschlossen". Zu Verbrechern seien sie erst geworden, als sie anfingen, ihr Vorbild, den bürgerlichen Staat, nachzumachen. Dennoch - "einige Relikte ihrer Gründungsmotive blieben an ihnen (Camorra und Cosa Nostra; Anm. ak) hängen", glaubt Gremliza. Auf eine weitere Beschäftigung mit seinem Kommentar, einem Produkt von Zynismus und Unkenntnis, wird hier verzichtet. (Wer sich mit der längst widerlegten These vom ursprünglichen "Sozialrebellentum" und der "sozialen Funktion" der Mafia auseinandersetzen möchte, sei auf Werner Raiths lesenswertes Buch "Parasiten und Patrone" verwiesen.)

Js.

31. "Hang zum Kadi". Kein Interview mit Hermann L. Gremliza

Autor: Js. · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:11

Hermann L. Gremliza hat uns kein Interview gegeben. Hätte er es getan, dann wäre dies mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Wortlaut:

ak: Herr Gremliza, war das nötig, wegen kleiner sachlicher Unkorrektheiten in unserer Berichterstattung über Sie und Ihr Engagement bei der "Jungen Welt" gleich mit Klage und Prozeßkosten zu drohen? Wozu dieses schwere Geschütz?

HLG: Ich möchte darauf mit den Worten von Karl Kraus antworten. Karl Kraus schrieb in der "Fackel": "Ich habe nun einmal den Hang zum Kadi, wie andere zu Morphium. Berichtigungen habe ich sehr gern. Ich freue mich immer, wenn eine Zeitung zuerst eine Lüge über mich druckt, und dann, wenn sie genötigt ist, die Wahrheit zu bringen, hinzusetzt: Sorgen, was er hat!"

Ist denn dieser "Hang zum Kadi" ansteckend? Folge einer Überdosis Karl-Kraus-Lektüre? Haben Sie an sich selbst schon andere Anzeichen dafür bemerkt? Wollen Sie gar die "Junge Welt" ganz allein schreiben, so wie Karl Kraus die "Fackel" ganz allein geschrieben hat?

Wenn Sie das im ak schreiben, müßte ich auf Widerruf klagen.

Nun gut, akzeptieren wir also Ihre eigenartige Neigung. Aber könnten Sie die nicht gegen andere austoben, als ausgerechnet eine chronisch finanzschwache linke Zeitung wie den ak in Schwierigkeiten zu bringen? Meinen Sie, die Leser von "Konkret" und "Junge Welt" sind damit einverstanden, daß Sie mit der Justiz gegen ein linkes Konkurrenzblatt vorgehen?

Die erfahren es ja nur dann, wenn sie gleichzeitig ak lesen; solchen Leuten weinen wir ohnehin keine Träne nach. Im übrigen - was heißt hier Konkurrenzblatt? In jenen glorreichen Siebzigern, als das Blut des Klassenfeinds die Knie gewisser Hamburger Revolutionäre umspülte, hatte ich der "Konkret"-Redaktion empfohlen, den "Kommunistischen Bund" als die am entschiedensten linksmaoistisch orientierte Richtung der deutschen Sozialdemokratie verstehen und schätzen zu lernen. Daran hat sich nichts geändert.

Herr Gremliza, Sie wiederholen sich. Das haben Sie doch schon wortwörtlich im Februar in einem Leserbrief an den ak geschrieben.

Schon wieder verdrehen Sie die Tatsachen. Tatsächlich schrieb ich damals: "In jenen legendären Siebzigern ..."

Okay. In dem Leserbrief haben Sie übrigens auch angekündigt, erst in zehn Jahren mal wieder in den ak zu schauen. Lassen Sie etwa lesen?

Wenn Sie das behaupten, müßte ich auf Widerruf klagen.

Jetzt übertreiben Sie. Nichts gegen Ihre Sucht, aber warum soll die ausschließlich auf Kosten des ak gehen? An "taz" und "Neues Deutschland", die über Sie und die "Junge Welt" das gleiche geschrieben haben wie wir, haben Sie sich nicht herangetraut!

Seien Sie doch froh, daß ich nicht den Widerruf der Bildunterschrift in ak 365 verlange: "Welchen Film bespricht Gremliza das nächste Mal?" Eine beleidigende Unterstellung, ich würde, anstatt Karl Kraus zu lesen, meine freie Zeit im Kino verplempern.

Herr Gremliza, die letzte Frage: Welche Funktion haben Sie denn nun eigentlich bei der "Jungen Welt"?

Ich zitiere die ausnahmsweise korrekte Meldung des "Spiegel": Gremliza geht zur "Jungen Welt" als "Blattmacher in der Funktion eines Verlegers".

Aha. In "konkret" 5/94 steht aber gleichzeitig: Gremliza ist "lediglich als Berater für die ‚Junge Welt` tätig". Berater erinnert natürlich ein bißchen an "Beratervertrag" - im allgemeinen Sprachgebrauch eine vornehme Umschreibung für eine gutdotierte Nebentätigkeit mit minimalem Aufwand. Trifft es das?

Wenn Sie das im ak schreiben, müßte ich Widerruf verlangen.

Herr Gremliza, wir danken Ihnen für das aufschlußreiche Gespräch.

(Fragen: Js.; Antworten: ders.)

32. Warum gleich die Keule, Herr Gremliza? (Dokumentation des Briefwechsels der Anwälte)

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:38

Eine politische Zeitung, die sich keine Feindschaften zuzieht, muß sich um ihr Image Sorgen machen. Dennoch überrascht oft die Richtung, aus der die Steine gerade geflogen kommen.

Am Mittwoch, den 13.4., war Drucklegung und Auslieferung der ak-Ausgabe Nr. 365. Mit Datum vom Montag, den 18.4., bei uns eingehend am 19.4. erhielten wir vom Anwalt Hermann L. Gremlizas einen Brief:

In der Ausgabe des ak vom 13.04.1994 seien in dem Beitrag "Hilfe! Gremliza kommt! Rettet die "Junge Welt"!" falsche Behauptungen enthalten. Sein Mandant sei nicht bereit, diese hinzunehmen. "Sie werden daher aufgefordert, mir gegenüber verbindlich zu erklären, daß Sie es bei Vermeidung einer für jeden Fall der schuldhaften Zuwiderhandlung zu zahlenden Vertragsstrafe, die von meinem Mandanten festgesetzt und deren Höhe gegebenenfalls vom Landgericht Hamburg überprüft werden kann, unterlassen, zu behaupten, und/oder zu verbreiten, behaupten und/oder verbreiten zu lassen,

Hermann L. Gremliza

- geht als Herausgeber zur "Jungen Welt";

- gibt seine verlegerischen Tätigkeiten in Hamburg auf;

- engagiert sich im Elephanten Press Verlag;

- (ist) ab 02. Mai Verleger (der "Jungen Welt")"

Termin für den Eingang dieser Unterlassungsverpflichtungserklärung war einen Tag nach Eingang des Schreibens.

Auf die Unterlassungserklärung wurde dann noch eins draufgesetzt. Zum gleichen Termin sollten wir erklären, die Behauptungen in der nächsten Ausgabe des AK zu widerrufen und zwar in einer Form, die keine Grautöne zuließ.

Das hat uns denn doch vom Hocker gerissen. Unumwunden müssen wir zunächst zugeben, daß alle Formulierungen so nicht zu halten sind, jedenfalls, wenn man es mit Gremliza oder einem Gericht zu tun hat. Beim Durchsehen der übrigen Presse stellten wir fest, daß auch andere Hermann L. Gremliza zum "Herausgeber" oder wahlweise zum Verleger gemacht hatten. Zurück geht dies vielleicht alles auf eine dpa-Meldung vom 22.3., worin es hieß: "Wie eine Sprecherin des Verlages am Dienstag auf Anfrage bestätigte, wird der bisherige Herausgeber der Zeitschrift ‚Konkret`, Hermann Gremliza, das Konzept entwickeln und für eine ‚gewisse Zeit`als Verleger tätig sein." Diese Anhäufung von Falschmeldungen wurde von einigen Zeitungen übernommen. Anrufe beim "Neuen Deutschland" und der "TAZ" ergaben, daß diesen keine Widerrufsaufforderungen ins Haus geflattert waren. Also mußte Gremliza speziell etwas gegen uns haben. Oder es ist eben einfacher, einem kleinen finanzschwachen Verlag gewichtig mit dem Landgericht zu drohen, weiß man doch, daß die gute alte Klassenjustiz weniger durch krasse Fehlurteile zuungunsten der kleinen Leute auffällt, als durch den Umstand, daß die Großen es sich leisten können, mit jedem Unsinn vor den Kadi zu ziehen.

Anrufe bei der "Jungen Welt" brachten zwei Überraschungen. Zunächst bestätigten zwei Mitarbeiter, die auf der Gremliza-Einführungsveranstaltung anwesend waren, er sei dort als neuer Verleger vorgestellt worden. Aber die können sich ja verhört haben. Kann auch sein, daß der Chef vom Ganzen, Weihönig, nicht so richtig wußte, was denn noch alles werden soll. Der zweite Anruf war ebenso aufschlußreich. Die bisherige stellvertretende und künftige Chefredakteurin, Katrin Gerloff, antwortete auf die Frage, in welcher Funktion denn Herr Gremliza vom 2. Mai an arbeiten würde: "als Herausgeber". Auf die Nachfrage, ob dies eine offizielle Bezeichnung sei und ob es stimme, daß er als neuer Verleger vorgestellt worden sei: Nein, nein, Verleger werde er sicherlich nicht, denn das seien ja die Eigentümer. Es wäre schon so, daß die Sache am besten mit dem Begriff "Herausgeber" beschrieben sei, auch wenn dies vielleicht nicht so im Impressum stehen werde. Ein Glück, daß ein solches Durcheinander im Hause bald vorbei sein wird.

Die Antwort unseres Anwalts fiel gewählt aus:

Lieber Herr ...,

die von uns vertretene Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH als Herausgeberin von "ak" gibt hiermit die von Ihnen im Brief vom 18. April 1994 für Hermann Gremliza erbetene Verpflichtungserklärung ab.

Unsere Mandantin ist auch bereit, einen die Behauptung widerrufenden und an die rechte Stelle setzenden Text abzudrucken, ist aber mit mir der Meinung, daß durch die von Ihnen vorgeschlagene Formulierung bei der Leserschaft ein geradezu grotesker Eindruck entstünde, Hermann Gremliza habe mit der "Jungen Welt" überhaupt nichts zu tun, die ganze Meldung in "ak" in der Ausgabe vom 13. April sei von vorn bis hinten barer Unsinn, was tatsächlich ja nicht richtig wäre.

(...) Können wir versuchen, uns auf einen Text zu einigen, den beide Parteien tragen können und bei dem die Leser mit der Wahrheit nicht zu kurz kommen?

(Es folgt dem Sinn nach der Text, der in dieser Ausgabe auf Seite 1 veröffentlicht ist)

Am 22.4. rief Gremlizas Anwalt zurück. Er sagte, der Einwand, es entstehe durch den von ihm vorgeschlagenen Text ein falscher Eindruck bei den Lesern, sei richtig - und er sei bereit, mit uns über einen Text zu verhandeln, wenn und solange darin de facto der Widerruf erklärt werde. Gremliza sei weder Geschäftsführer noch Gesellschafter noch bekleide er irgendeine andere offizielle Position bei der "Jungen Welt", sondern er sei lediglich zeitweiliger Berater.

Wir änderten den Text noch einmal: Statt "Beauftragter des Verlags" quälten wir uns nun zur Bezeichnung "Berater" durch. Die Antwort erfolgte postwendend:

"Lieber Herr ...,

(...)

Über die endgültige Fassung des Widerrufs wollten wir uns noch verständigen. Mir liegt Ihr Fax vom 25.04.94 vor mit Ihrem Entwurf. Mein Mandant teilt mir dazu mit, daß er nicht bereit ist, sich auf diesen Text zu verständigen. Ich stimme dieser Beurteilung zu. Ein Einverständnis über den Abdruck dieses Textes wird nicht zustandekommen."

Sollten wir uns dennoch zu einer Veröffentlichung entschließen, würden wir eine weitere Widerrufsaufforderung riskieren..

Es folgt die Kostenrechnung für zwei Briefe und ein Telefonat: DM 1.002,57, berechnet nach einer Tabelle für einen Streitwert von DM 40.000.-, mittlerweile vom Streiter für Gerechtigkeit auf DM 778,32 reduziert.

33. "Seite an Seite mit DDR-Kollegen". AusländerInnen in der DDR - internationale Solidarität nach deutscher Hausordnung

Autor: Js. · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:06

In dem Artikel "Vorgriff auf die deutsche Einheit" (ak 364, S. 9) wurde daran erinnert, "wie eine gesamtdeutsche Aktion Ausländerstopp 1986 das ‚Loch in der Mauer` stopfte". Damals hatte die DDR-Führung überraschend beschlossen, Flüchtlingen ohne Visum die Durchreise nach Westberlin zu verbieten. Der hier vorliegende Artikel beschäftigt sich mit der Politik der DDR gegenüber ihren "eigenen" Ausländerinnen und Ausländern. Das Thema hat neue Aktualität erlangt: Am 17. April ist die Frist abgelaufen, innerhalb derer die noch verbliebenen 15.000 früheren "VertragsarbeiterInnen", u.a. aus Angola, Mosambik und Vietnam, Aufenthaltsanträge stellen konnten. Was aus ihnen wird, ob sie weiterhin "geduldet" werden oder demnächst abgeschoben werden sollen, ist ungewiß.

Im Oktober 1974 beschloß die Volkskammer der DDR, das "höchste Organ der Republik", eine Reihe bemerkenswerter Verfassungsänderungen. Aus dem bisher gültigen Artikel 1, beginnend mit dem Satz "Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation", wurde der Hinweis auf die "deutsche Nation" entfernt: "Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern", hieß es in der nun gültigen veränderten Fassung. Besonders hervorgehoben wurde das Freundschaftsbekenntnis zur Sowjetunion. War in der alten Verfassung von der "allseitigen Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den anderen sozialistischen Staaten" die Rede gewesen, hieß es nun kategorisch: "Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet" (Artikel 6). (1)

Beide Änderungen wurden vom wütenden Geheul der Revanchisten und kalten Krieger in Westdeutschland begleitet. Inbesondere die Absage an die deutsche Nation traf sie ins Mark. Allerdings war, was isoliert betrachtet wie ein Abrücken von jeglicher Deutschtümelei und eine verstärkte Hinwendung zum Internationalismus aussehen könnte, vor allem eine demonstrative Abgrenzung von der Bundesrepublik.

Während viele Institutionen der DDR die Begriffe "deutsch" oder "Deutschland" in ihrem Namen durch "DDR" ersetzten, wurde gleichzeitig ein besonderer DDR-Patriotismus gefördert. In einem Beschluß des Politbüros der SED über "Die weiteren Aufgaben der politischen Massenarbeit" von Mai 1977 wurden "sozialistischer Patriotismus" und "proletarischer Internationalismus" als Einheit bezeichnet: "Geringschätzung des Nationalen ist uns ebenso fremd wie Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern und Menschen anderer Hautfarbe." Die Gefahr der nationalen Überheblichkeit und rassistischen Diskriminierung wird in dem Dokument über diesen sehr allgemeinen Hinweis hinaus nicht weiter aufgegriffen. Thema ist das "sozialistische Nationalbewußtsein", das nicht zuletzt durch eine "das patriotische Handeln der Bürger fördernde populäre und lebendige Geschichtspropaganda" gestärkt werden soll: "Es ist eine politische Aufgabe von hohem Rang, den Stolz der Bürger auf ihr sozialistisches Vaterland zu fördern, das Bewußtsein von der aufblühenden sozialistischen deutschen Nation, ihren historischen Werdegang, ihre geschichtlichen Leistungen, ihrer großen Perspektive." (2) Die These, Ursache für die Eruption des Nationalismus im östlichen Teil des "wiedervereinigten" Deutschland sei die jahrzehntelange Unterdrückung des "Nationalen" durch die SED, entlarvt sich damit als Legende - wenn nicht als wohlkalkulierte Lüge von Leuten, die aus dem deutschnationalen Massenwahn politischen Profit ziehen wollen.

Es wäre allerdings verfehlt, die Förderung des "sozialistischen Nationalbewußtseins" - ein Widerspruch in sich - als Spiegelbild des westdeutschen Nationalismus zu sehen; immerhin verfolgte die in der DDR betriebene moralische Aufrüstung keinerlei expansive Ziele. Ein "Wiedervereinigungsgebot", wie in der Präambel des Grundgesetzes verankert, gab es in der DDR zu keinem Zeitpunkt. Honeckers 1981 ausgesprochene Warnung an die großdeutschen Sprücheklopfer im Westen, die "so tun, als ob ihnen die Vereinigung beider deutschen Staaten mehr am Herzen liegen würde als ihre Brieftasche", war rein rhetorischer Natur: "Seid vorsichtig! Der Sozialismus klopft eines Tages auch an eure Tür, und wenn der Tag kommt, an dem die Werktätigen der Bundesrepublik an die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland gehen, dann steht die

Frage der Vereinigung beider deutscher Staaten vollkommen neu." (Rede auf der SED-Konferenz in Berlin/DDR am 6.2.1981) (3)

Die Innenwirkung des "sozialistischen Patriotismus" dagegen entspricht in einem wesentlichen Punkt der des Nationalismus westdeutscher Prägung: Wo der Stolz auf die Leistungen der eigenen Nation, auf die DDR als "die größte Errungenschaft der Werktätigen in der ganzen Geschichte des deutschen Volkes" (Beschluß des SED-Politbüros vom 18.5.77), mittels "Geschichtspropaganda" planmäßig gefördert wird, werden die Nicht-Dazugehörigen zwangsläufig ausgegrenzt.

Daß die in der DDR lebenden Ausländer und Ausländerinnen nicht nur im Alltagsbewußtsein Außenstehende blieben, zeigt Marianne Krüger-Potratz (4) anhand von "Meyers Neuem Lexikon", erschienen 1972 in Leipzig. Unter dem Stichwort "Bevölkerung" ist dort zu lesen: "In der Deutschen Demokratischen Republik leben fast ausschließlich Deutsche; nur in den östlichen Kreisen der Bezirke Cottbus und Dresden lebt - zusammen mit Deutschen - eine gleichberechtigte nationale Minderheit der Sorben (etwa 100.000) westslawischen Ursprungs mit kulturellem Zentrum in Bautzen." (Die sorbische Kultur und Sprache wurde in der DDR besonders gefördert; Probleme gab es hier vor allem mit dem Neid derjenigen Deutschen, die sich über die den Sorben zugestandenen "Privilegien" ereiferten.) Andere ethnische Minderheiten kommen in "Meyers Neuem Lexikon" unter dem Stichwort "Minderheit/Minorität" nur im kapitalistischen Westen vor: als unterdrückte und besonders ausgebeutete Opfer von Profitstreben und Rassenhaß.

Die in der DDR lebenden Nicht-Deutschen wurden offensichtlich als nicht dazugehörig empfunden; ihr Aufenthalt blieb in der Regel auf einen Zeitraum von einigen Jahren beschränkt. Nach Abschluß einer Ausbildung oder nach dem Ende ihrer vertraglich festgelegten Beschäftigungszeit in DDR-Betrieben kehrten sie in ihre Herkunftsländer zurück. So wurde die ethnische Homogenität der DDR, auf die - gerade in Abgrenzung zum "multikulturellen" kapitalistischen Westen - öffentlich und stolz verwiesen wurde, scheinbar nicht beeinträchtigt.

Zwischenstaatliche Arbeitskräfte-Kooperationen

Zwischen 1950 und 1970 verließen mehr als zwei Millionen Menschen die DDR. Insbesondere Höherqualifizierte wanderten in die BRD ab. Durch berufliche Qualifikation der Werktätigen in der DDR konnten diese Verluste ausgeglichen werden; Arbeitskräftemangel entstand - ähnlich wie im Westen - vor allem im Dienstleistungsbereich (u.a. der Gastronomie) und bei unqualifizierten Tätigkeiten. Mitte der 60er Jahre begann die Regierung der DDR, in anderen RGW-Ländern Arbeitskräfte anzuwerben. 1963 schloß sie mit der polnischen Regierung ein Abkommen über die Beschäftigung und Qualifizierung von 500 polnischen Arbeitern, die in der Braunkohlegewinnung eingesetzt wurden. Es folgten polnische Bauarbeiter, Techniker, Gleisbauer und Monteure, 1971 auch Ingenieure und Ärzte. Die Vertragsarbeiter blieben anfangs drei, später vier oder fünf Jahre in der DDR. Hinzu kamen Arbeitspendler, die täglich die Grenze überschritten. 1989 waren allein im Bauwesen und im Dienstleistungsbereich 25.000 polnische Arbeitskräfte beschäftigt.

1967 wurde ein Abkommen mit Ungarn geschlossen. In den folgenden fünf Jahren sollten 16.000 "junge ungarische Werktätige" in verschiedenen Industriebetrieben und in der Gastronomie arbeiten. In den 70er Jahren arbeiteten durchschnittlich 10.000 Ungarn in der DDR. Weitere Verträge gab es mit Bulgarien, Jugoslawien, Mosambik und Cuba. In geringerer Zahl kamen auch Menschen aus Algerien, Angola, China, der Mongolei, Laos, Kambodscha, Nordkorea und Sambia zum Arbeiten und zur beruflichen Qualifikation in die DDR.

Die Anfang 1989 registrierten 166.000 AusländerInnen über 18 Jahre (1% der Gesamtbevölkerung) kamen aus 129 Staaten. Die größte Gruppe ausländischer ArbeiterInnen, StudentInnen und anderer Auszubildender kam aus Vietnam. Von den 85.000 AusländerInnen in Arbeit und Ausbildung waren 53.000 VietnamesInnen; 14.000 kamen aus Mosambik, 10.000 aus Cuba, 6.500 aus Polen, 1.000 aus Angola und 900 aus China. 43.000 Nicht-Deutsche hatten in der DDR ihren ständigen Wohnsitz, vor allem infolge von Eheschließungen mit DDR-BürgerInnen.

Keine "Gastarbeiter"? "Ausländische Werktätige" im Spiegel der DDR-Presse

Die AusländerInnenbeschäftigung in der DDR unterschied sich zunächst einmal ihrem Umfang nach erheblich von der in der BRD. Der Beitrag ausländischer ArbeiterInnen zu Volkseinkommen und Rentenkassen -

beliebtes Argument von Unternehmerverbänden und staatstragenden Parteien gegen allzu blindwütige "Ausländerfeindlichkeit" - war in der DDR erheblich geringer. Daß die Lage etwa der polnischen "Freunde" in der DDR mit der Situation italienischer oder spanischer "Gastarbeiter" in der BRD überhaupt nicht zu vergleichen sei, war schon weniger offensichtlich.

Welche "Aufklärungsarbeit" gegenüber der einheimischen Bevölkerung hier geleistet werden mußte, zeigt exemplarisch ein Artikel der FDJ-Zeitung Junge Welt vom 28.9.1972 (5). Ein Leser aus Eisenhüttenstadt fragte an, ob die Rolle der in der DDR beschäftigten "jungen Arbeiter" aus der Volksrepublik Polen zu vergleichen sei "mit den Gastarbeitern in westeuropäischen Ländern". Keineswegs, lautete die Antwort; es gebe "gewisse Begriffe", die "untrennbar mit dem Kapitalismus" verbunden seien: "Dazu gehören beispielsweise Ausbeutung, Profit und eben auch der des Gastarbeiters." Über die tägliche Sonderbehandlung der Arbeitsmigranten in den westeuropäischen Ländern wurde in dem Artikel einiges zusammengetragen: ihre Außenseiterposition, die schlechtere Bezahlung, die politische Rechtlosigkeit, der geringe gewerkschaftliche und staatliche Schutz.

Über die Lebensbedingungen der ausländischen "Freunde" in der DDR erfuhr der Leser dagegen kaum Konkretes. Nach Ansicht des Redakteurs wurden die polnischen und ungarischen Freunde schon durch ihren Beitrag zur "sozialistischen Gemeinschaftsarbeit" zu "echten Partnern" und "geachteten Bürgern": "In der Tat helfen uns unsere Freunde bei der Lösung unserer volkswirtschaftlichen Aufgaben und mehren damit gleichzeitig den Gesamtzuwachs des Sozialismus". Über etwaige Konflikte mit DDR-Bürgern, die diesen Beitrag nicht richtig zu schätzen wußten, wurde nichts mitgeteilt.

In anderen Artikeln wurde allenfalls vage angedeutet, daß es auch am Arbeitsplatz "nicht völlig konfliktlos" zugehe. Das Neue Deutschland (11.3.89) berichtete in einer Reportage über das Ludwigsfelder Automobilwerk ("Ausländische Werktätige Seite an Seite mit DDR-Kollegen") über einen angolanischen Kollegen, der "sich bei der Qualitätseinschätzung ungerecht behandelt (fühlte) und (...) kurzerhand für diese Schicht ‚in den Sack hauen`" wollte. Ein Fall für den zuständigen deutschen Kollegen, der sein schlichtendes Eingreifen allerdings nur vage umschrieb: "Schnell wird ein unbedachtes Wort ausgesprochen. Dann ist es wichtig, unverzüglich darauf zu reagieren." Wer hier zu wem welches "unbedachte Wort" gesagt hat und auf welche Weise der angolanische Kollege zum Weiterarbeiten bewegt werden konnte, wurde den ND-LeserInnen nicht mitgeteilt. Auch andere Presseberichte, in denen Konflikte mit AusländerInnen eingeräumt wurden, erinnern mit ihren allgemeinen Appellen zur gegenseitigen Rücksichtnahme an das alte Springer-Motto "Seid nett zueinander".

1981 wurde in der DDR-Presse mit besonderem Stolz auf "drei Jahrzehnte Ausländerstudium" zurückgeblickt. Seit 1951 hatten "18.000 ausländische Bürger aus 136 Ländern eine hochqualifizierte Ausbildung erhalten", junge Menschen, von ihren Heimatländern "zum Studium bei Freunden delegiert" (Artikelüberschrift des ND, 29.10.81). Diese Freunde hatten keineswegs nur Fachliches zu bieten, auch "Solidarität im Hörsaal" gehörte zum Alltag: "Von Anbeginn war das Ausländerstudium ein fester Bestandteil der Außen- und Wissenschaftspolitik der DDR und ein weithin sichtbarer Beweis der internationalistischen Haltung unseres sozialistischen Landes und seiner Menschen. (...) Überall in den Kollektiven spürt man die Kraft der Solidarität." (ND, 10.9.81)

Die Angst,

zurückgeschickt zu werden

Die ausländischen ArbeiterInnen und StudentInnen, die bis 1989 in den DDR-Medien zitiert wurden, formulierten zwar etwas zurückhaltender, waren aber gleichwohl voll des Lobes für das Gastland. So etwa ein vietnamesischer Arbeiter aus dem VEB Modedruck in Gera, der im DDR-Fernsehen hervorhob, er und seine Landsleute hätten am Arbeitsplatz "gleiche Rechte und Pflichten wie die DDR-Bürger". (6) Das ist nicht gelogen und dennoch nur die halbe Wahrheit.

Bei Befragungen, die Studenten der Berliner Humboldt-Universität unter Leitung von Irene Runge Ende 1989, unmittelbar nach der Maueröffnung, mit in der DDR lebenden AusländerInnen durchführten, ergab sich ein erheblich abweichendes Bild des Alltagslebens. (7) Die Befragten berichteten von der verbreiteten "Abneigung" der DDR-Bürger gegen Fremde; von Pöbeleien, vor allem gegen Menschen schwarzer Hautfarbe; von der Erwartung, Ausländer hätten sich einseitig den Gebräuchen des Gastlandes anzupassen; von der geringen Verankerung der offiziell verkündeten internationalen Solidarität; von ghetto-ähnlichen Wohnbedingungen und ungerechter Behandlung am Arbeitsplatz.

Wegen ähnlich kritischer Äußerungen über die Arbeits- und Wohnbedingungen und den teils unterschwelligen, teils manifesten Rassismus von Teilen der DDR-Bevölkerung hätten die Betreffenden früher sofort in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden können. Daß das einer Katastrophe gleichkam, wird am Beispiel der vietnamesischen ArbeiterInnen deutlich.

Arbeitsplätze in der DDR waren sehr begehrt. Um besser leben zu können, habe "jede Familie ein Kind ins Ausland schicken" wollen. Selbst die begrenzten Konsummöglichkeiten in der DDR reichten aus, um den Lebensstandard der Familie zu heben: "Wenn wir mit zwei Mopeds und fünf Fahrrädern zurückkommen (das ist das Maximallimit), dann leben wir etwa zehnmal besser als die Ärmsten in Vietnam, aber hundertmal schlechter als die Reichen", beschrieb ein Vietnamese die neuen Klassenverhältnisse. Mopeds, die in der DDR 2.000 M kosteten, konnten in Vietnam für das Zehnfache verkauft werden. Auch Nähmaschinen, von denen pro Person zwei Stück nach Vietnam ausgeführt werden durften, hatten einen hohen Wiederverkaufswert.

Das in solchen Geschäften realisierte Geld wurde von den Heimkehrenden dringend benötigt, um dafür eine Wohnung und einen Arbeitsplatz zu erwerben. Bestechungsgelder waren nach Auskunft der vietnamesischen ArbeitsmigrantInnen schon vor Abreise in die DDR zu zahlen. Allerdings hätte der größte Teil der Bestechungsgelder erst in der DDR erarbeitet werden müssen - "eine vorzeitige Rückkehr hätte den Ruin bedeutet". So ist es nicht verwunderlich, daß sich kaum jemand bei seiner Botschaft wegen Diskriminierungen zu beschweren wagte - aus Angst, zurückgeschickt zu werden. (8) Der für ausländische ArbeiterInnen zuständige Abteilungsleiter im Ministerium für Arbeit und Löhne, Jürgen Schröder, bezifferte die 1989 wegen "Disziplinarverstößen" nach Hause geschickten ausländischen VertragsarbeiterInnen auf 774. Von diesen kamen 369 aus Mosambik, 303 aus Cuba, 95 aus Vietnam und 7 aus Angola.

Einem besonderen Druck waren die Frauen ausgesetzt. Die "Vereinbarung über die Verfahrensweise bei Schwangerschaft vietnamesischer werktätiger Frauen in der DDR" aus dem Jahre 1987 sah vor, daß "vietnamesische Frauen, die die Möglichkeiten der Schwangerschaftsverhütung bzw. -unterbrechung nicht wahrnehmen", die "vorzeitige Heimreise" anzutreten haben. In Ausnahmefällen konnte das Staatssekretariat den "Verbleib von Mutter und Kind bis zur wiedererlangten Reisefähigkeit" genehmigen. (9) Ähnlich rigide Bestimmungen galten auch für Frauen aus anderen Ländern, u.a. Kuba, Angola und Mosambik.

Der nach der Wende zu hörende Hinweis, die Herkunftsländer hätten auf strengen Regelungen bestanden, ist zweifellos als Entschuldigung ungeeignet. Einig waren sich die DDR mit ihren Partnerländern darin, daß die VertragsarbeiterInnen zum Arbeiten bzw. zur Ausbildung in die DDR kamen. Alles, was diesem Vertragsziel zuwider lief und Kosten verursachte, hatte zu unterbleiben. Entsprechend wurde z.B. gegenüber Vietnam vertraglich festgelegt, daß "die vietnamesische Seite ... den zu delegierenden Frauen" das Schwangerschaftsverbot "als Delegierungsvoraussetzung" zu erläutern habe. Seit Anfang 1989 sind nach Angaben des oben zitierten Abteilungsleiters Schröder keine schwangeren Frauen mehr "gegen ihren Willen" zurückgeschickt worden.

Gegen unliebsame AusländerInnen, die sich nicht aufgrund von bilateralen Verträgen in der DDR aufhielten, konnte notfalls das Ausländergesetz zur Anwendung gebracht werden. Paragraph 6 dieses Gesetzes aus dem Jahre 1979 legte fest, daß die Aufenthaltsgenehmigung "zeitlich und örtlich beschränkt, versagt, entzogen oder für ungültig erklärt werden (kann). Die Entscheidung bedarf keiner Begründung." Entscheidungsberechtigt waren das Innenministerium, die Volkspolizei und nicht näher beschriebene "andere berechtigte Organe". (10)

Fünf Quadratmeter DDR

Die Anwerbungspolitik der DDR in der zweiten Hälfte der 80er Jahre war alles andere als planmäßig und organisiert. Aufgrund von Beschlüssen der Staats- und Parteiführung kamen 1987/88 etwa 50.000 Menschen ins Land, ohne daß in jedem Fall für ihre Unterbringung gesorgt war. Wohnheime wurden, meist am Rande der Städte, aus dem Boden gestampft. Jürgen Schröder räumt ein, daß es "schlimme Beispiele" gab, verweist aber auch auf "sehr gute" - letztere gab es vor allem in den Fällen, wo die Betriebe sich überdurchschnittlich für ihre neuen KollegInnen engagierten.

Aber auch für die als "sehr gut" bezeichneten Wohneinheiten galt der Richtwert von fünf Quadratmetern pro Person. Acht Menschen in einer eigentlich für eine Kleinfamilie gebauten 40-qm-Wohnung, fünf in einem Zimmer von 25 oder vier in einem von 20 Quadratmetern. Nicht selten wohnte ein Paar zusammen mit zwei

Männern in einem Zimmer; mittels quer durch den Raum gespannter Vorhänge wurde notdürftig die Illusion einer Privatsphäre aufrecht erhalten. Rigide Hausordnungen, die Besuche nach 22 Uhr oder überhaupt den Zutritt von "Unbefugten" zu den Wohnheimen untersagten, verstärkten das Gefühl, als "Produktionssoldat" in einer Kaserne gelandet zu sein.

Hinzu kamen unzureichende sanitäre Installationen und mangelhafte Kochgelegenheiten. Letzteres war vor allem für Menschen aus Afrika, Cuba und Vietnam, die das ungewohnt fette Kantinenessen nicht vertragen konnten, ein ernsthaftes Problem. So war der "Kompromißvorschlag", den der durchaus wohlmeinende Ausländerbeauftragte im VEB Elektro-Apparatewerk Berlin-Treptow "seinen" VietnamesInnen machte, nur schwer umsetzbar: "Wenn ihr nach Hause kommt, könnt ihr euer landestypisches Essen machen, und hier eßt ihr das, was die DDR-Bürger essen." (11)

"Seite an Seite

mit DDR-Kollegen"

In den Betrieben scheiterte die formal garantierte gleiche Bezahlung für viele ausländische ArbeiterInnen daran, daß sie die Norm nicht schafften: das nicht nur wegen geringerer Körperkräfte (wie im Falle der VietnamesInnen) oder einer anderen "Arbeitsmoral", sondern oft wegen Verzögerungen im Produktionsprozeß, die durch Material-Engpässe bedingt waren. Daß es auch mit den deutschen KollegInnen nicht selten zu Konflikten kam, berichtete ein Betreuer, der vor allem die "Wehleidigkeit" der cubanischen "Mädchen" dafür verantwortlich machte: "Wenn jetzt ein Einrichter mal ein bißchen grob spricht, dann wollen sie nicht arbeiten." Wenn sie keine Lust zur Arbeit hätten, würden sie sich krankschreiben lassen. (12)

Ein ehemaliger angolanischer Vertragsarbeiter aus dem Fleischkombinat Eberswalde berichtete nicht ohne Stolz über einen eintägigen Streik von etwa 100 seiner Landsleute im Jahre 1987, mit dem eine Lohnerhöhung durchgesetzt wurde: "Das war in der DDR eine Demonstration, einen Streik zu machen. Das war unmöglich für das deutsche DDR-Volk, aber das haben wir gemacht." (13) Solche Aktionen blieben die absolute Ausnahme. Auch politische Betätigung von AusländerInnen war nur unter der Regie von SED, FDJ oder FDGB möglich. Eigenständige Aktionen wurden nicht nur von Organen der DDR behindert oder untersagt; die Botschaften einiger realsozialistischer Herkunftsländer (u.a. Vietnam, Cuba, Korea) wachten ebenfalls darüber, daß ihre Klientel politisch enthaltsam blieb.

Die Qualität der vertraglich garantierten Ausbildung war sehr unterschiedlich. So wurde die Kooperation mit Angola zwar offiziell als Beitrag der DDR zur internationalen Solidarität deklariert. Die ostdeutsche Hilfe zur Selbsthilfe hatte allerdings teilweise so erhebliche Mängel, daß die angolanische Seite von Vertragsbruch sprach. "Es war mehr Produktion, als daß wir gelernt hätten", formulierte ein ehemaliger angolanischer Arbeiter, der eigentlich Schiffselektriker werden wollte und statt dessen ins Fleischkombinat gesteckt wurde. Ein angolanischer Jurist bemängelte, daß die Auszubildenden "mehr als Hilfskräfte benutzt" wurden; "im Prinzip hätten wir juristisch gesehen das Recht des Arbeiters einklagen müssen, aber aus politischer Rücksicht mußten wir dies unterlassen ..." (14)

Restriktionen gab es auch bei der Verwendung des hart erarbeiteten Geldes. Während polnische ArbeiterInnen 80% ihres Netto-Einkommens ausführen durften, war bei den VietnamesInnen die Ausfuhr auf die Hälfte des Einkommens beschränkt. Beim einzigen Heimaturlaub, der ihnen während fünf Jahren DDR-Aufenthalts gestattet war, durften sie nur 20 Kilogramm Gepäck mitnehmen. Wegen dieser Beschränkung hätten sich auf dem Flughafen Schönefeld immer wieder "Tragödien" abgespielt, berichtet eine Betreuerin, die sich am 1. November 1989 in einem Brief an Egon Krenz für weniger restriktive Verordnungen einsetzte. (15)

Asyl und deutsch-sowjetische Freundschaft

Ein generelles Asylrecht war in der DDR-Verfassung nicht verankert. Auch der Genfer Flüchtlingskonvention war die DDR nicht beigetreten. Asyl wurde per Regierungsbeschluß gewährt, so etwa nach dem Putsch in Chile, als eine größere Zahl chilenischer Linker in der DDR aufgenommen wurden. Auch für Verfolgte aus Franco-Spanien und für Gegner des griechischen Militärregimes wurde die DDR zum Exilland. Mitglieder von ANC, SWAPO und anderen Befreiungsbewegungen wurden in der DDR ausgebildet. Der heute oft zu hörende Vorwurf, die internationale Solidarität sei - wie auch der Antifaschismus - von oben "verordnet" gewesen,

verkennt, daß Antifaschismus und Internationalismus in der DDR-Bevölkerung durchaus eine Basis hatten. Allerdings weist Irene Runge zu Recht darauf hin, daß "zwischen tätiger Solidarität im Falle Nikaragua und Rumänien und rassistischen Vorverurteilungen kubanischer Arbeiter (...) die Übergänge fließend sein" können. (16) Auch sind die durchaus mit Sympathie aufgenommenen Gäste nach Jahren des Exils in der DDR nach Hause zurückgekehrt, ohne Spuren zu hinterlassen. "Kein chilenisches Kulturzentrum, keine griechische Kneipe, kein spanisches Restaurant" - die DDR sei eine "Bratwurstgesellschaft" geblieben, formulierte Anetta Kahane, Mitbegründerin des Arbeitskreises Ausländerfragen. (taz, 16.1.1990)

In die Kategorie der Asylgewährung für politische Freunde bzw. Bündnispartner fällt auch die "Resozialiserung" ausgestiegener RAF-Mitglieder. Während letztere notwendigerweise im Verborgenen geschah, war die zahlenmäßig größte Gruppe in der DDR lebender Ausländer in den Medien ständig präsent: die 400.000 sowjetischen Soldaten. Entgegen der offiziellen Propaganda wurden sie von großen Teilen der Bevölkerung weder als Freunde noch als Befreier betrachtet. Kontakte außerhalb offizieller Feiern waren nicht erwünscht; wo sie doch stattfanden, hatten die Beteiligten die Folgen zu tragen. Sowjetsoldaten, die deutsche Frauen schwängerten, wurden strafversetzt, die Produkte deutsch-sowjetischer Liebe nicht selten als "Russenkinder" diskriminiert. Den nach der "Wende" gemeldeten Übergriffen gegen sowjetische Soldaten war diese jahrzehntelange Feindseligkeit und Ablehnung vorausgegangen.

Der Rassismus in der DDR ist nicht quasi über Nacht entstanden. Ein palästinensischer Arzt aus Berlin/DDR widersprach im Dezember 1989 sogar dem "Eindruck, daß die Ausländerfeindlichkeit jetzt stark gestiegen sei. Sie war latent vorhanden, jetzt redet man offen darüber. Sie wird praktiziert." (17) Die Existenz einer Naziskin-Szene in der DDR wurde spätestens im Oktober 1987 unübersehbar, als nach einem Punk-Konzert 30 Skinheads die Zionskirche in Berlin/DDR stürmten und "Sieg Heil" und "Juden raus aus deutschen Kirchen" brüllten. In Rathenow (Mark Brandenburg) skandierten am 24.12. desselben Jahres Jugendliche vor einer Kirche "Gebt uns die Neger raus!" - einige Mosambikaner hatten sich das Recht herausgenommen, am Weihnachtsgottesdienst teilzunehmen. Im Sommer 1988 wurde bei Riesa ein Mosambikaner von Jugendlichen aus dem Zug gestoßen und schwer verletzt. Schon damals machten Jugendbanden immer wieder gezielt Jagd auf AusländerInnen. Das Totschlagwort "Nigger klatschen" entstand in der DDR, lange vor Öffnung der Mauer.

Im Unterschied zur jahrelangen Praxis in der BRD wurden organisierte Nazis und rassistische Gewalttäter allerdings hart bestraft und einige ihrer Treffpunkte geschlossen. Auch wurden Jugendliche wegen rassistischer Sprüche aus der FDJ ausgeschlossen.

Mitte der achtziger Jahre verstärkte die evangelische Kirche ihr Engagement bei der sozialen Betreuung von ausländischen ArbeiterInnen und StudentInnen. In dem einstimmig gefaßten Beschluß der Görlitzer Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen war von "Ängsten", "Vorurteilen" und gelegentlicher "Ausländerfeinlichkeit" die Rede. Ein Diskutant hatte in der allgemeinen Aussprache eine "Fülle von versteckten kolonialen Verhaltensweisen" gegenüber AusländerInnen beklagt. (Süddeutsche Zeitung, 23.9.1987)

Kommunales Wahlrecht

für Ausländer

Anfang 1989 beschloß die DDR-Führung, allen AusländerInnen über 18 Jahren, die länger als ein halbes Jahr in der DDR lebten, das aktive und passive Wahlrecht zu verleihen. Im März wurde eine entsprechende Änderung des Wahlgesetzes von der Volkskammer beschlossen, ohne daß darüber eine vorbereitende öffentliche Diskussion stattgefunden hätte. Auch für die zukünftigen ausländischen ErstwählerInnen kam das Geschenk überraschend. Daß sie sich darüber freuten, war für das Neue Deutschland keine Frage. Stolz wurde der "neuerliche Beweis" für die ständige Weiterentwicklung der realsozialistischen Demokratie gefeiert: "Hierzulande sind ausländische Bürger gleichberechtigt. Das sei ein gutes Gefühl, versichert Le Dinh Hoc. Diese Meinung teile er mit all seinen Landsleuten. Und erst jüngst habe die oberste Volksvertretung mit dem Beschluß, daß auch Ausländer an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen, einen neuerlichen Beweis dafür geliefert. Er werde dieses Recht auf jeden Fall nutzen." (ND, 11.3.1989) Nach Angaben von Jürgen Schröder erreichten 1989 insgesamt 122 ausländische WahlbewerberInnen ein Mandat in den kommunalen Vertretungen.

Wie viele AusländerInnen bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 wählen gingen, ist nicht bekannt. Daß die Gesetzesänderung vor allem ein Versuch war, "gegenüber dem Westen ein Zeichen zu setzen" bzw. "die Bundesrepublik zu übertrumpfen", dürfte den meisten klar gewesen sein. Er habe sich "mißbraucht" gefühlt und sei deshalb nicht zur Wahl gegangen, gab ein irakischer Übersetzer im Dezember 1989 zu Protokoll: "Gegen das Prinzip habe ich nichts, nur eben nicht zu Propagandazwecken." Ein vietnamesischer Wirtschaftsjurist fand, die DDR habe sich "durch die Art und Weise der Wahl sehr blamiert, auch bei meinen Landsleuten." (18)

"Rassismus

ist doch jetzt erlaubt"

Spätestens mit der Ablösung der Parole "Wir sind das Volk" durch "Wir sind ein Volk" wurde die Ausgrenzung Nicht-Deutscher für die gegen die SED gerichtete Massenbewegung zum integralen Bestandteil ihres Programms. "Das Volk" konnte, bei wohlwollender Interpretation, auch ausländische KollegInnen oder MitstudentInnen einschließen; "ein Volk" war definitiv deutsch und damit ausländerfrei. Viele von denen, die die Parole riefen, sprachen das auch offen aus. Jetzt, da die Grenze offen war und DDR-Bürger am Wohlstand des Westens teilhaben wollten, konnten die AusländerInnen gehen: die aus der DDR sowieso, aber auch die im Westen, etwa die 10% "ausländischer Bürger" in Westberlin, deren Zahl das Neue Deutschland schon 1986 unnatürlich hoch gefunden hatte. Inge Berndt, Mitglied des Neuen Forums in Leipzig, schrieb über den "Rausch des Sieges gegen die Großinquisitoren" nach dem 9. November 1989: "Man war gegen Reps und Ausländer. Es begann die Zeit der ‚Raus`-Ideologie: Reps raus, Rote raus, Nazis raus, Ausländer raus und einmal, und nur wenige, ‚Juden raus`." (19)

Denjenigen, die sich dem massenhaften Rassismus entgegenstellten und die eine eigenständige, demokratische und sozialistische DDR wollten, wurde auch von anderer Seite das Leben schwer gemacht. Es war ausgerechnet die Modrow-Regierung, die rassistischen Stimmungen neue Nahrung gab. Nach den von ihr verordneten Einkaufsbeschränkungen konnten "undeutsch" aussehende Menschen in der Kaufhalle jederzeit zur Vorlage ihres Ausweises genötigt werden. Waren sie nicht Staatsbürger der DDR, konnten ihnen Waren verweigert oder nur in Kleinstmengen verkauft werden. Betroffene berichteten von entwürdigenden Erlebnissen, schikanösem Verhalten des Verkaufspersonals und schadenfrohen Kommentaren der deutschen Kundschaft.

Begleitet wurde die Einführung der neuen Regelung durch eine Pressekampagne, die stellenweise an die Untaten westdeutscher Hetzorgane heranreichte. Insbesondere das polnische Volk wurde als gigantische Bande von Schiebern und Spekulanten verunglimpft, die den fleißigen DDR-Bürgern zum Zwecke der Bereicherung lebensnotwendige Dinge wegkaufte. Die traditionelle deutsche Polenfeindlichkeit war auch schon von der SED politisch instrumentalisiert worden: 1980/81, als die von Solidarnosc angeführten Arbeiterkämpfe, die Verhängung des Kriegsrechts und die Drohung mit "brüderlicher Hilfe" durch den Einmarsch sowjetischer Truppen die Lage im Nachbarland dramatisch zugespitzt hatten, war das rassistische Klischee von den "arbeitsscheuen Polen" das beste Mittel gegen ein Übergreifen "konterrevolutionärer Umtriebe". Wie tief das antipolnische Ressentiment auch bei DDR-Bürgern verwurzelt war, wird anhand der Leserbriefe deutlich, die damals in der Berliner Zeitung breit dokumentiert wurden (siehe Kasten).

Hans Modrow, heute nach Stolpe und Gysi vielleicht der größte Sympathieträger im deutschen Osten, mag ja damals in der Absicht gehandelt haben, "das Schlimmste zu verhindern": Chaos, Plünderungen und blindwütige Gewalt, die sich angesichts leerer Regale und bei vorhandener rassistischer Disposition leicht auch gegen die "polnischen Spekulanten" und andere Sündenböcke hätte richten können. Daß die von ihm zu verantwortende Verordnung das Gegenteil bewirkt hat, ist in den Leserbriefen der Rassisten ebenso nachzulesen wie in den Berichten der gedemütigten Nicht-Deutschen.

PDS, bitte melden!

Modrow und die PDS, die ja die "Aufarbeitung der Vergangenheit" zum Programmpunkt erhoben hat, hätten in dieser Frage allen Anlaß zur Selbstkritik. Beschleunigt werden könnte die späte Einsicht der damals Verantwortlichen durch die Intervention derjenigen, die sich in bezug auf ihre DDR-Vergangenheit nichts vorzuwerfen haben. Gefordert sind auch die Linken, die in den vergangenen Jahren zur Profilierung der PDS als oppositioneller, antirassistischer Partei Entscheidendes beigetragen haben.

Vor allem in Wahlkampfzeiten mag es opportun erscheinen, die leidige Vergangenheit ruhen zu lassen; die zu Recht von der PDS geübte und propagierte Solidarität mit dem von der Siegerjustiz verfolgten "Genossen Hans" wird mit Sicherheit mehr Wählerstimmen mobilisieren als eine - verspätete und irgendwie "unzeitgemäß" wirkende - Kritik an dem populären Helden der Arbeiterklasse. Dagegen steht das Gebot politischer "Glaubwürdigkeit", das gerade für eine um das Überleben kämpfende Partei mehr sein sollte als eine Floskel ohne Inhalt.

Das mindeste, was von der PDS zu fordern ist, wäre ein Beweis tätiger Reue und versuchter Teil-"Wiedergutmachung". Dazu gibt es aktuell Gelegenheit. Die noch verbliebenen ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen, deren Zahl auf 15.000 geschätzt wird, sind von Abschiebung bedroht. Einige haben einen Antrag auf Bleiberecht (der im Falle der Genehmigung nach zwei Jahren erneuert werden müßte) gestellt, andere sind untergetaucht und damit illegal.

Für eine Partei, die in der Frage der Asylrechtsänderung bis zuletzt Flagge gezeigt hat und die ganz unpopulär für offene Grenzen eintritt, dürfte es eigentlich kein Problem sein, alle Hebel für die Durchsetzung einer ziemlich bescheidenen, humanen und "machbaren" Forderung in Bewegung zu setzen: Unbegrenztes Bleiberecht für alle ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen!

Js.

Anmerkungen:

1) zitiert nach Hermann Weber (Hrsg.): DDR - Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985, München (dtv) 1987, S. 345

2) ebd., S. 367ff.

3) ebd., S. 380f.

4) Marianne Krüger-Potratz: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster/New York (Waxmann) 1991

5) dokumentiert in Krüger-Potratz, S.206

6) zitiert nach: Der Überblick 4/89, S.35

7) Irene Runge: Ausland DDR. Fremdenhaß, Berlin/DDR (Dietz) 1990

8) ebd., S. 49-54

9) dokumentiert in Krüger-Potratz, S. 204f.

10) dokumentiert ebd., S. 199ff.

11) zitiert nach Runge, S.70

12) ebd., S. 72

13) zitiert in Antirassistische Initiative Berlin (Hrsg.): Rassismus in Deutschland - das Beispiel Eberswalde, Berlin 1994, S. 75; zu dieser lesenswerten Broschüre vgl. ak 365, S. 39: "aufgeblättert"

14) ebd., S. 71

15) zitiert nach Runge, S. 73

16) ebd., S. 6

17) ebd., S.59

18) ebd., S. 52, 66, 98

19) zitiert bei Krüger-Potratz, S. 70

Erklärung der AG Antirassismus, ImmigrantInnen- und Flüchtlingspolitik der PDS

Zur Situation der VertragsarbeiterInnen in den ostdeutschen Ländern

Die deutsche Vereinigung hat tausende Menschen, die aufgrund der Regierungsabkommen über die Beschäftigung und Qualifizierung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die DDR geholt wurden, unverschuldet in soziale Not gestürzt. Mit der einseitigen Kündigung der Regierungsabkommen durch die De-Maizière-Regierung im Jahre 1990 und durch die Entlassungswellen, die diese Menschen trafen, wurden viele von ihnen in die Arbeitslosigkeit und ins soziale Abseits gedrängt. Zugleich wird ihre soziale Not auch massiv für rassistische Argumentationslinien mißbraucht.

Vergessen wir nicht: Auch diese Menschen haben ihren nicht geringen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR geleistet.

Viel Courage und Energie mußten sie in der Auseinandersetzung mit alltäglichen Diskriminierungen und bürokratischen Hemmnissen beweisen. Und müssen es täglich. In ihren Heimatländern, zum Beispiel in Vietnam, Angola, Mosambik, erwarten sie vielfach Perspektivlosigkeit und sogar Bürgerkrieg: Die persönliche Situation vieler Rückkehrerinnen und Rückkehrer ist, wie Berichte nachweisen, katastrophal.

Die spezifische Verantwortung der Parteien und Landesregierungen in den östlichen Bundesländern besteht darin, sich für die Besserung ihrer Lage einzusetzen. Eineinhalb Jahre nach der Vereinigung ist die unwürdige Ghettoisierung von Arbeitsimmigrantinnen und -immigranten im Osten Deutschlands noch immer nicht überwunden.

Wir fordern deshalb:

- die Verwandlung der Aufenthaltsbewilligungen in unbefristete Aufenthaltserlaubnisse;

- die Erweiterung der Gewerbeerlaubnis auch auf das Gebiet der westlichen Bundesländer;

- Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen;

- Projekte für diejenigen unter ihnen, die zurückkehren wollen, z.B. im Hinblick auf die Ausbildung in in ihren Herkunftsländern dringend benötigten Berufen;

- Bleiberecht und soziale Betreuung für alle hier geborenen Kinder sowie das Recht auf Familiennachzug;

- die Einbeziehung in staatliche Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Schaffung spezieller Förderungsmaßnahmen.

Gerade die Geschichte der DDR, in der die offizielle SED-Politik ausländische Menschen zum Objekt der wirtschaftlichen Interessen reduzierte und ihre kulturellen und sozialen Bedürfnisse oftmals ignorierte und rigoros beschnitt, zwingt uns in die Verantwortung. Die Übernahme des bundesdeutschen Ausländerrechts und eine einseitige Interpretation und Anwendung des Einigungsvertrages verursacht bei den Menschen, die aufgrund der Regierungsabkommen hierher kamen, verstärkt Rechtsunsicherheit und sozialen Druck. Die seit 1990 verbreitete Praxis der Abschiebung und Abfindung ist zutiefst menschenverachtend.

Wir halten es für erforderlich, daß die Landtagsfraktionen der PDS/Linke Liste die Initiative für ein gemeinsamens Agieren der östlichen Bundesländer im Bundesrat im Sinne der Interessen dieser Menschen ergreifen.

Berlin, 15. Februar 1992

"Jeder kennt die Mentalität der Polen"

Auszüge aus Leserbriefen an die "Berliner Zeitung" Ende 1989

"Seit vierzehn Jahren bin ich mit einer Bulgarin verheiratet. Seitdem weiß ich, daß es in der DDR Ausländerfeindlichkeit gibt. In all den Jahren mußte meine Frau unzählige Anfeindungen und Beleidigungen über sich ergehen lassen. Besonders erschreckend ist, daß diese Beleidigungen hauptsächlich von jungen Verkäuferinnen ausgehen. Es sind fast immer Menschen, die in der DDR geboren und aufgewachsen sind und die angeblich zum Internationalismus erzogen wurden."

Günter Sch., Berlin, 1157

"Es kann doch wohl nicht in Ordnung sein, daß die Probleme, die nicht zuletzt durch viele Streiks in Polen verschärft worden sind, durch die fleißige Arbeit unserer Bürger mit gelöst werden."

H. Sch., Berlin, 1020

"Im Zusammenhang mit den Erörterungen über notwendige Maßnahmen erinnere ich an die ‚plombierten` Züge, die Anfang dieses Jahrhunderts für den Transport von für das Durchfahrtsland unerwünschten Personen eingesetzt wurden. Damit bliebe die Durchfahrtsmöglichkeit der Polen in die BRD erhalten."

F. U., Renterin, Liebenthal

"Mit Bestürzung haben wir vom Antrag Hunderter Polen gelesen, die sich in unserem Land ansiedeln wollen. (...) Jeder kennt die Mentalität der Polen. Sie sind größtenteils arbeitsscheu und verdienen auch oft ihr Geld nicht auf ehrliche Weise. (....) Wir protestieren gegen eine Übersiedlung von Polen in die DDR aufs Schärfste! (...) Die Polen sind in unserer Bevölkerung im allgemeinen auch nicht sehr beliebt. (...) Kein Volk führt sich so im Ausland auf wie das polnische! (...) Die Polen sind für uns eine große Belastung, eben wegen ihrer legeren Einstellung zu vielen Dingen des Lebens."

Im Namen der Mitarbeiter mehrerer Bereiche des Betriebes VEB Haushaltselectric Berlin

Bärbel R., Berlin, 1136

"Denn was wir bisher von den polnischen Bürgern erfahren und gesehen haben, stinkt ja fast zum Himmel. Da ist nicht nur der berüchtigte Polenmarkt in Westberlin. Da sind nicht nur die Hamsterkäufe in den Geschäften der DDR - Grundlage des Spekulantentums. Ich gehe noch einen Schritt weiter. Da ist auch die Oder-Neiße-Grenze, die ich voll akzeptiere um des lieben Friedens willen. Aber was haben die Polen aus den ehemals blühenden Ländereien Schlesiens, Pommerns und Ostpreußens gemacht?"

H. H., Berlin, 1017

"Der Unmut der DDR-Bürger hat sich bei leeren Regalen meistens gegen die Unrentabilität der DDR-Wirtschaft gerichtet, in Wirklichkeit kann man schon fast damit rechnen, daß die Polen wieder mal ‚zugelangt` haben, wenn viele Waren des täglichen Lebens trotz zeitraubenden Herumlaufens nicht zu bekommen sind."

Gerda R., Berlin, 1195

"Unsere Bürger geben aus Unwissenheit oder Bequemlichkeit den Ausländern die Schuld, daß die DDR-Wirtschaft nicht in der Lage ist, ein ausreichendes Warensortiment anzubieten."

Sabine und Günter N., Berlin, 1058

"Die auch von der BZ mitgetragene Propaganda mit polemischen Überschriften über das ‚Spekulantentum der Polen` gegenüber kleinen Anmerkungen, die zum Nachdenken bewegen könnten, richten einen sehr großen politischen Schaden an, der in keinem Verhältnis zu einem eventuellen ökonomischen Nutzen steht. Die echten großen Spekulanten, von denen es in der DDR ebenso viele gibt, werden so nicht getroffen, nur wieder einmal Sündenböcke für unsere Mangelwirtschaft und unser Versagen gesucht und gefunden."

Mitglieder der Arbeitsgruppe "Gegen Vorurteile und Feindbilder", Neues Forum Berlin

"Es gab in letzter Zeit in der Berliner Zeitung Meinungen für eine Öffnung der DDR für Einwanderer. Ich bin voll dagegen. Sieht man sich die Bundesrepublik an, was sie in den fünfziger, sechziger Jahren getan hat, nämlich sich geöffnet hat, und wie es jetzt aussieht: Ausländerfeindlichkeit. Stopp von solchen Sachen, Rausekeln von Ausländern usw. Deshalb bin ich dagegen. Zum Beispiel Westberlin hat wohl ca. 50 Prozent Ausländer. Wollen wir etwa eine Mischrasse darstellen in zwanzig Jahren, oder wollen wir Deutsche in der DDR bleiben? Ich bin gegen die Öffnung der DDR für mehr Ausländer zu Arbeits- und Wohnzwecken."

Thomas K., Berlin, 1156

zitiert nach Irene Runge: Ausland DDR - Fremdenhaß, Berlin/DDR (Dietz) 1990 (vergriffen)

34. Fluchtpunkt "wirkliche Bewegung". Rezension von "Marxistisches Menschenbild - eine Utopie?"

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:33

"Wie sind wir Marxisten (...) früher, zur Zeit unseres bewußten und aktiven Wirkens für den ‚realen Sozialismus`, mit diesem Widerspruch zwischen der offiziellen Erhebung der Arbeiterklasse zum historischen Subjekt und dem gleichzeitigen, nahezu selbstverständlichen Infragestellen dieser Subjektrolle fertig geworden? Und wie werden wir heute (...) damit fertig?" Damit hat Ekkehard Sauermann die zentrale Frage benannt, um die es auf einem Kolloquium der Marx-Engels-Stiftung (MES) im Oktober 92 ging. Die Beiträge liegen jetzt unter dem Titel "Marxistisches Menschenbild - eine Utopie?" als Band 20 der Schriftenreihe der MES vor.

Sauermann (Das "Hineintragen des sozialistischen Bewußtseins" - eine antimarxistische Position, S. 115 - 135) begründet zunächst, inwieweit das "Hineintragen" "ein realer Gegenentwurf (...) zu der Auffassung von Marx über die Entwicklung des Proletariats zum historischen Subjekt" war und zeigt dann auf, wie Stalin diese Position als Teil des Gesamtkonstrukts "Marxismus-Leninismus" geschaffen und dogmatisiert hat und wie dies dann allgemein übernommen wurde. Auch MarxistInnen, die nie auf den Gedanken gekommen wären, für den "realen Sozialismus" zu wirken, haben mehr oder weniger ausdrücklich dieser Idee angehangen: Propagierung richtiger Ideen hatte allemal Vorrang vor der wirklichen, selbsttätigen politischen Bewegung der Massen. Gegenüber dem - von Sauermann zitierten (S.119, MEW 1,49) - Marxschen Satz "Sobald der Mensch gehen lernt, lernt er auch fallen, und durch Fallen lernt er gehen" haben alle Strömungen der Linken Defizite aufzuarbeiten. So hat das Buch auch mit uns zu tun, wenn es sich auch im Konkreten überwiegend mit dem ehemaligen "realen Sozialismus" und da besonders mit der DDR beschäftigt.

Vor allem die Beiträge von Gerhart Neuner (S. 71 - 109) und Adolf Kossakowski (S. 111 - 114) über die DDR-Pädagogik sind in diesem Sinne sehr speziell. Es sei deshalb hier nicht näher darauf eingegangen, auch wenn Neuner Interessantes zu seiner These ausführt, daß es "bis zum Schluß nicht gelungen ist, stalinistische und neostalinistische Denkweisen und Praktiken in Jugendpolitik, ideologischer Arbeit sowie Volksbildung und Erziehung vollends zu durchbrechen" (S. 89).

Wie dogmatische Konstrukte den Blick auf die Wirklichkeit verstellen, ist auch für Peter Oberhaus eine wesentliche Frage (Einige Einwände zu Betrachtungen der gesellschaftlichen Entwicklungsgeschichte in der sozialistischen Linken, S. 145 - 163). Er untersucht, wie die gesellschaftlichen Kräfte sich in und zu größeren sozialen Umwälzungen = Revolutionen verhalten (könnten). Dabei unterscheiden sich zwar die wirklichen Entwicklungen und ihre (ideologische) Wahrnehmung durchaus, aber es bleibt festzuhalten, daß "die Menschheit nur eine komplexe Geschichte (hat), zu der verschiedene, sich gegenseitig durchdringende Elemente gehören" (S. 150). Das zielt gegen Versuche (aus der PDS), die Gegenwart als "moderne Gesellschaft" wahrzunehmen und nicht als entwickelten Kapitalismus. Aber es geht auch gegen die orthodoxe Tradition, "die Produktivkraft Mensch (...) weitgehend auf ihre produktionsrelevanten Fähigkeiten zu reduzieren. Es gab ‚Helden der Arbeit`, aber keine ‚Helden der Demokratie`." (S. 153) Ein vorgegebenes Menschenbild, nach dem die Menschen dann zu funktionieren haben, kann nicht zum Sozialismus führen.

Das bringt Thomas Metscher (Argumente für eine dialektische Anthropologie, S. 49 - 69) zu der Aussage: "Der Marxismus als Staatsdoktrin verdient die Behandlung, die ihm gegenwärtig die Bevölkerung in den ehemals sozialistischen Ländern entgegenbringt." Er stellt fest, die marxistische Theorie sei - fern jeder Fähigkeit, dialektisch, also in Widersprüchen, zu denken - "zum Inbegriff eines festgeschriebenen Dogmas" geworden. Das habe zum Leben "in einer imaginierten Welt" geführt, "die als ganze unwahr war bei Wahrheit einzelner Teile" (S.50ff). Er folgert, nur als "kritische Selbstreflexion" mit einem "relativierten Erkenntnisanspruch" sei marxistische Theorie heute noch betreibbar (S. 58f).

Wohin das gehen könnte, zeigt Ute Osterkamp in ihrem Beitrag (Hat der Marxismus die Natur des Menschen verkannt oder: Sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen?, S. 7 - 27). Sie versucht, den Widerspruch zwischen (rationalem) Denken und (irrationalen) Gefühlen als Ideologie zu entschleiern: die Folgen der Unterdrückung - Flucht in Irrationalitäten - werden zu ihren Ursachen erklärt, die die Betroffenen

durch Therapie, (Selbst)Disziplin oder was auch immer individuell zu beheben hätten. So wurde revolutionäre Selbstaufopferung gefordert, der Sozialismus verkam zum "Maßstab, an dem sich die Menschen zu bewähren hatten" (S. 23). Dagegen sei der Kommunismus "nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll (...) Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetztigen Zustand aufhebt." (S. 26, Marx zitierend: MEW 3,35)

Durch das gesamte Buch zieht sich implizit die These, daß der Weg dahin nur über das Ende des Realsozialismus führen konnte. Das wird nicht dadurch falsch, daß sich dieser Untergang nicht revolutionär, sondern als (vorläufiger) Sieg des Kapitalismus vollzieht.

Marx-Engels-Stiftung (Hg.), Marxistisches Menschenbild - eine Utopie?,Bonn (Pahl-Rugenstein) 1993. 184 Seiten, 24,- DM.

Werner Rätz, Bonn

35. Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde

Autor: gg. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak366/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:10

"In Westdeutschland hat sich die Tarifautonomie 1994 in einer äußerst schwierigen Wirtschaftslage bewährt. Trotz erheblicher Spannungen im Vorfeld der Verhandlungen und anscheinend kaum überbrückbarer Differenzen zwischen Forderungen und Angebot sind Ergebnisse zustande gekommen, die in vieler Hinsicht den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen." So bewerten die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem aktuellen Frühjahrsgutachten die diesjährigen Tarifabschlüsse. Diese Sichtweise verwundert nicht, wurde doch ihre Empfehlung einer nominalen Lohnsteigerung von höchstens 2%, im Herbstgutachten vorgetragen, teilweise erheblich unterschritten.

Lagen die Tarifabschlüsse für die Gesamtwirtschaft 1993 mit durchschnittlich 3,8% schon deutlich unter der Inflationsrate, so bringen die Abschlüsse des Jahres 94 noch größere Reallohnverluste mit sich. Zwar wird gern auf die nominalen Lohnerhöhungen von 2% verwiesen. Doch unter Berücksichtigung von Leermonaten und Kürzungen von Sonderzahlungen bleibt von einer zweiprozentigen Nominallohnerhöhung in einigen Branchen kaum noch etwas übrig. Die Bandbreite der diesjährigen Lohnerhöhungen reicht dabei von 0,02% (Metall), 0,1% (Öffentlicher Dienst), 1,3% (Chemie), 2,2% (Banken) bis zu 2,4% (Bau).

Zu den realen Minusrunden kommen die vereinbarten Arbeitszeitkorridore in der Chemie- und Metallbranche hinzu. Durch die Zulassung niedrigerer Einstiegstarife für BerufsanfängerInnen und Langzeitarbeitslose wurde im Chemie-Bereich ein weiteres Tabu gebrochen. Neben diesen niedrigeren Einstiegstarifen in der Chemie-Branche werden in Zukunft in der Metallindustrie zumindest für die Festlegung von Arbeitszeiten betriebliche Vereinbarungen möglich - ein weiterer Schritt bei der Durchlöcherung des Flächentarifvertrages. Im Gegenzug wurde von den Unternehmen ein befristeter teilweiser Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen zugesagt.

Daß ein freiwilliger Verzicht auf Lohnerhöhungen nicht unbedingt honoriert wird, zeigt das Verhandlungsergebnis in der Stahlindustrie. In der krisengeschüttelten Branche wurde von der IG Metall zur Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen in diesem Jahr gänzlich auf Lohnforderungen verzichtet. Die Stahlkonzerne waren jedoch nicht bereit, für diese einseitige Vorleistung einen Ausgleich zu bieten. Klipp und klar wurde deutlich gemacht, daß trotz der Minusrunde die Rationalisierungen in den Stahlunternehmen weitergehen werden. Bis Ende 1995 sollen fast 20% der zur Zeit noch Beschäftigten entlassen werden. Auch in der Gesamtwirtschaft wird trotz Minusrunde weiter entlassen werden. Für 1994 wird von einem weiteren Arbeitsplatzabbau von 400.000 ausgegangen (Frühjahrsgutachten).

Von Unternehmern und Regierung, die voll des Lobes für das wohlwollende Verhalten der Gewerkschaften sind, werden schon jetzt die Weichen für die nächste Tarifrunde gestellt. Das Ziel von Unternehmerseite lautet: weitere Flexibilisierung, Null- oder Minusrunden im Westen und eine weitere zeitliche Streckung der Angleichung der Ost- an die Westlöhne. Der CDU-Wirtschaftsrat gibt als Ziel ein Zurückbleiben des Nominallohnanstieges hinter dem Produktivitätsfortschritt an. Gesamtmetall-Präsident Gottschol möchte in der Metalltarifrunde 1995, bei der die Orientierungsmarke für die anderen Branchen gesetzt wird, weitere betriebliche Öffnungen und eine offene Null- oder gar Minusrunde erreichen.

BDA-Präsident Murmann betont weiterhin die Notwendigkeit, über Urlaubsdauer und Urlaubsgeld zu verhandeln: "Wenn wir den deutschen Standort wieder wettbewerbsfähig machen wollen, dann müssen wir eine Antwort auf solche Fragen finden. Finden wir sie nicht, dann müssen wir uns mit der hohen Arbeitslosigkeit abfinden. Die Tarifvertragsparteien dürfen nicht glauben, daß sie nunmehr mit den Tarifergebnissen 1994 ihren endgültigen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet hätten und wieder zu ihren alten Ritualen zurückkehren könnten." (Handelsblatt, 25.3.94) Die Gewerkschaften befinden sich weiterhin in der Defensive und werden wie bisher selbst minimalste nominale Lohnerhöhungen als "schwierigen Sieg im Abwehrkampf" (ötv-magazin 4/94) verkaufen.

Die Arbeitgeber in Ostdeutschland werden von den Wirtschaftsforschungsinstituten förmlich aufgefordert, die Stufenanpassungspläne der Ost- an die Westlöhne - ähnlich wie in der ostdeutschen Metallindustrie im letzten Jahr - zu kündigen. Im Frühjahrsgutachten der Institute liest sich das so: "Eine weitere staatliche Unterstützung verlustbringender Unternehmen sollte nach Auflösung der Treuhandanstalt zumindest an die Bedingung

geknüpft werden, daß keine überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen vorgenommen werden. Es wäre dann - im Lichte dieser vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen - erneut Sache der Tarifparteien, zu prüfen, ob die Stufenpläne aufrechterhalten werden sollen oder nicht, bzw. in welcher Weise Öffnungsklauseln effektiver als bisher genutzt werden können."

Die Kapitalisten haben die Weichen für die nächste Tarifrunde also gestellt. Von Gewerkschaftsseite wird bisher wenig dagegengesetzt. Vielmehr signalisierte DGB-Chef Heinz Meyer, daß für die Gewerkschaften weitere Zugeständnisse bei den Einkommen kein Tabu seien. Voraussetzung dafür seien erkennbare arbeitsmarktpolitische Aktivitäten von Bundesregierung und Unternehmen. (Frankfurter Rundschau, 2.5.94)

Da von der jetzigen Bundesregierung keine positiven Schritte zu erwarten sind, setzt der DGB (alle vier Jahre wieder) auf einen Regierungswechsel im Herbst. Dafür wird kräftig die Werbetrommel gerührt. So war z.B. die Mai-Kundgebung des DGB in Hamburg eine reine SPD-Wahlkampfveranstaltung. Diese Orientierung läßt wenig Gutes für die nächste Zukunft erwarten. Statt Forderungen nach radikaler Arbeitszeitverkürzung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu vertreten und die Umverteilung von unten nach oben offensiv zu bekämpfen, wird in plattester Manier auf Scharping gesetzt. Die IG Medien, die zumindest teilweise kritische Anmerkungen zu dieser Orientierung macht, wird dabei in ihrem gegenwärtigen Arbeitskampf im Regen stehen gelassen.

Eine stärkere innergewerkschaftliche Opposition gegen den offiziellen Gewerkschaftskurs - obwohl dringend erforderlich - läßt sich zur Zeit leider auch nicht erkennen.

gg.

Aufruf zum

Klassenkampf

Daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung für die Unternehmer längst kein ernstzunehmender Gegner mehr ist, erfüllt mittlerweile auch Kräfte mit Besorgnis, die sich selbst der "Mitte" zurechnen. Im folgenden Auszüge aus einem Kommentar des im Axel-Springer-Verlag erscheinenden Hamburger Abendblatt vom 30. April/1. Mai 1994:

"Lange haben sich alle Arbeitnehmerorganisationen gegen die Einsicht gesträubt, daß Klassenkampf historischen Zuschnitts out ist. Heute stellen sie sich blind gegenüber den Anfängen einer neuen Klassengesellschaft, die viele als Zweidrittel-Gesellschaft empfinden, in der das letzte Drittel der Ärmeren kaum Beachtung findet, in der sich Arbeitsplatzbesitzer gegen Arbeitslose stellen, Ausländer und schlecht Ausgebildete als erste auf die Straße fliegen und ein Konflikt zwischen Alt und Jung droht. Schon ist die Rede von der ‚geprellten Generation`, der ersten Generation, der es wahrscheinlich schlechter gehen wird als ihren Eltern. Diesen Problemen sich offensiv zu stellen, könnte die Gewerkschaften wieder attraktiver machen."

36. Quelldatei 05.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak366/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:05

LeserInnenbriefe

Fußball und

Meinungsvielfalt

Betr.: "Der DFB sieht rot" (ak365)

Wie schön, daß alles so einfach ist: Die rechten Socken vom DFB wollten das Spiel in Berlin durchsetzen, linke Fußballfans werden gegen den DFB-Nationalismus aktiv; wunderbar, dann wissen wir ja gleich, auf welcher Seite wir zu stehen haben! Wer dies anders sieht - als Beispiel wird auf einen taz-Kommentar hingewiesen, ohne dessen Argumentation auch nur annähernd darzustellen -, der springt den rechten Socken hilfreich zur Seite. Alles Unterstützer des Nationalismus: Ignatz Bubis und die anderen, die der Meinung sind, daß eine Absage den Rechten einen Erfolg verschafft? Ich will hier gar nicht ausführlich auf diese Debatte eingehen - es gibt auch gute Gründe gegen ein Spiel am 20.4. und dann noch in Berlin, im Olympia-Stadion und gegen England -, allerdings ist diese Frage (wie im übrigen die Realität insgesamt!) nicht so einfach, daß wir mit einem simplen Schwarz-Weiß- (oder besser: Braun-Rot-)Schema weiterkämen. Wenn wir den rechten und rechtsradikalen Stimmungen und Taten von Teilen der Gesellschaft ernsthaft etwas entgegensetzen wollen, müssen wir wohl oder übel den unbequemen Weg gehen, uns mit verschiedenen Meinungen und Strategien, wie dies zu tun ist, auseinanderzusetzen. Was das Fußballspiel am 20.4. angeht, war in dieser Hinsicht manche sog. "bürgerliche" Zeitung um Längen informativer als der ak.

Erschreckend fand ich in dem Artikel die Verwendung der Formulierung "rechtes Gesocks"! Was heißt das? Wer ist damit gemeint? Wo ist für gg. die Grenze zwischen "Gesocks" und Menschen? Was sollte man mit dem "Gesocks" machen? Wo liegen die Unterschiede zwischen dieser Formulierung und anderen wie "Abschaum", "Asoziale" oder auch "linkes Gesocks"? Ist diese Formulierung ein Ausrutscher oder tatsächlich so gemeint? Was soll damit ausgedrückt werden?

Auf eine Antwort bin ich gespannt.

Calle

Antwort der ak-"Sportredaktion":

Keineswegs hatten wir die Absicht, "Ignatz Bubis und die anderen, die der Meinung sind, daß eine Absage den Rechten einen Erfolg verschafft", unterschiedslos als "Unterstützer des Nationalismus" zu diffamieren. Im Unterschied zu Bubis u.a. hat taz-Kommentator "Manfredo" dem DFB bis zuletzt die Treue gehalten. Auch die trotzige "Jetzt-erst-recht"-Kampagne des DFB und dessen offenes Bekenntnis, mit dem Spiel im Berliner Olympiastadion einen Beitrag zur "Bewältigung der deutschen Geschichte" leisten zu wollen, haben ihn in seiner Auffassung nicht schwankend werden lassen. Daß Ignatz Bubis die Position von "Manfredo" teilt, können wir uns ehrlich gesagt kaum vorstellen.

Zur Verwendung der Formulierung "rechtes Gesocks" verweisen wir auf das in der ak-Redaktion verwendete "Deutsche Wörterbuch" von Wahrig. Das Wort "Gesocks" wird dort erklärt als "fragwürdige Leute, Gesindel" - eine ziemlich harmlose Bezeichnung also, die Nazis und anderes ... Gesindel keineswegs aus der menschlichen Gattung ausgrenzt.

gg., Js.

Proimperialistische Positionen

Betr.: "Flott formulierte Fehleinschätzungen" (ak 365)

Daß es ausgerechnet die "Ex-KB-Mehrheit" sein muß, die einen "linken Minimalkonsens" einfordert, der die Positionen "Kampf dem imperialistischen Krieg und bedingungslose Ablehnung jedweden Einsatzes der Bundeswehr" beinhaltet, nimmt sich schon recht merkwürdig aus. Angefangen bei der Befürwortung marktwirtschaftlicher Mechanismen und reformistischen PDS-Entrismus' über die Propagierung eines

angeblich in dieser Form auf Lenin zurückgehenden "Selbstbestimmungsrechts der Völker", die in Wahrheit sich von der herrschenden reaktionären Ideologie nicht unterscheidet, wurde im Sommer 1993 schließlich auch die Diskussion über NATO-Angriffe in Jugoslawien nicht ausgelassen. Ein Eingreifen des Imperialismus in Jugoslawien wurde ausschließlich unter militärstrategischen Gesichtspunkten abgelehnt, wobei der Hauptgrund für die Ablehnung darin genannt wurde, daß die NATO nicht hart genug zuschlagen könne, also ein Eingreifen "sinnlos" wäre. Es wird wohl ernsthaft keiner behaupten wollen, daß es sich hierbei um eine Antikriegsposition mit antiimperialistischem Hintergrund handelt, die Teil eines "linken Minimalkonsenses" sein könnte.

Woher also ausgerechnet die Antikriegsposition im Golfkrieg II, die jetzt auf Jugoslawien eigentlich genauso anwendbar wäre. Wenn mensch mal nachschaut, gibt es eigentlich nur zwei Fragen (die bei näherer Betrachtung eigentlich eine sind), in denen die "Mehrheit" "linken Essentials" treu geblieben ist: in der Antikriegsposition im Golfkrieg II und in der sogenannten Palästinasolidarität. Ich habe mich vor zwei Jahren gegen den Vorwurf an die "Mehrheit" verwahrt, sie verweigere eine Aufarbeitung des Antisemitismus in der Linken. Heute befürchte ich, daß diese Vorwürfe gerechtfertigt sind. Warum legt die "Mehrheit" ausgerechnet in diesen beiden Fragen so viel Wert auf die Aufrechterhaltung "linker Essentials", wo sie sonst mit dem Einschwenken auf den Zeitgeist sehr schnell bei der Sache ist. Daß ihr am Antiimperialismus nicht gelegen sein kann, beweist ihre Position im Jugoslawienkonflikt. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Antiimperialismus im Golfkrieg II, in den Israel unfreiwillig mit hineingezogen worden war, tatsächlich aus einer Verweigerungshaltung der Thematisierung des Antisemitismus in der deutschen Friedensbewegung resultierte. Um den berühmten Satz des "Konkret"-Herausgebers mal umzudrehen: Die "Mehrheit" hat in der Golfkriegsfrage aus falschen Gründen zufällig das Richtige getan. Zu diesem Schluß muß mensch kommen, da sie für gewöhnlich das Falsche tut, und dieses in logischer Konsequenz aus ihren proimperialistischen Denkkategorien.

Die Kritik an HLGs Kriegsbefürwortung und seinen Positionen zu Befreiungsbewegungen partiell für richtig haltend, halte ich es andererseits für fragwürdig, wenn diese ausgerechnet von einem Autor der "Mehrheit" vorgebracht wird, die ihrerseits (andere) linke Essentials zugunsten von proimperialistischen Positionen über Bord geworfen hat. Ich glaube, die eine Seite scheint mir ebensowenig verlockend zu sein wie die andere!

Ulrich (Gruppe K)

PS: Auch auf die Gefahr hin, in den Verdacht zu geraten, nur eine ak-Seite zu lesen, noch ein Wort zum unmittelbar nebenstehenden Artikel "Hilfe! Gremliza kommt!":

Glaubt he. eigentlich wirklich, daß linke Publikationsorgane bzw. Zeitungen eine Perspektive erhalten, indem sie regional identitätsstiftend wirken?! Wie soll überhaupt linke Theorie mal neu fundiert werden, wenn nur immer dem lokalpatriotisch-spießigen Leserstamm nach dem Mund geredet wird? Wie oft soll die verstaubte Rede von der "Ost-Identität" noch aus der Mottenkiste geholt und als linke Perspektive verkauft werden?

Bosnien-Krieg

Betr.: ak-Berichterstattung der letzten zwei Jahre

Seit ca. 15 Jahren - mit Unterbrechungen - lese ich den ak. Vor vier Wochen habe ich mein Abo gekündigt und möchte euch den Grund nicht vorenthalten.

Ich habe eure Zeitung stets geschätzt als Quelle gut recherchierter Informationen über Themen, die die bürgerliche Presse gerne verschweigt. Als Forum entschiedener Parteinahme, z.B. für unterdrückte Völker und gegen Faschismus und Rassismus in jeglicher Form.

Diesen Anspruch sehe ich in dem, was ihr in den letzten zwei Jahren zum serbischen Völkermord in Bosnien und Kroatien geschrieben habt, mit Füßen getreten. Sicher, ihr seht mit dieser Mischung aus fatalen Fehleinschätzungen, Verdrängung, Bemäntelung und Scham nicht allein: Nicht nur die veröffentlichte Meinung, auch fast die gesamte deutsche Linke (oder: was sich noch so nennen will) hat das mitgemacht, bis in die jüngste Zeit.

Gerade von euch, die ich (s.o.) immer als kompromißlos und konsequent gegen Faschismus und Völkermord kannte, hätte ich aber anderes erwartet. Wie oft habe ich mit zitternden Händen den neu erschienenen ak

durchgeblättert und nach endlich klaren Worten zu Bosnien gesucht, die wenigstens das, was dort abläuft, als das benennen, was es ist - wenn man es schon nicht selbst verhindern kann: brutaler Massenmord aus rassistischen und Landnahmegründen, gepaart mit zynischer Verleugnung und Verhöhnung der Opfer. In Europa ohne Beispiel seit dem 2. Weltkrieg.

Manchmal fand ich Artikel, die die Schuld dafür bei den Opfern suchten, manchmal wurden Täter und Opfer auf eine Stufe gestellt, manchmal wurde davor gewarnt, den Tätern entgegenzutreten mit Waffen, da dann angeblich alles noch schlimmer würde.

Meist fand ich ... NICHTS!

Aber ich möchte euch nicht nur mit emotionalen Argumenten kritisieren. Obwohl ich glaube, daß emotionale Betroffenheit und Wut hier völlig am Platze sind. Eine politische Zeitung wie der ak verdient es, daß ich auch politisch Stellung nehme.

1. Ihr habt ganz lange Zeit den großserbisch-nationalen Chauvinismus und sein aggressives Expansionspotential unterschätzt. Schon während der Slowenienkrise war doch klar, daß die Serben, auf Kosten der kleineren jugoslawischen Völker, ihren Herrschaftsanspruch auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen versuchen. Wenn es nicht schon drei Jahre früher im Kosovo klar war.

2. Vielleicht in der irrigen Meinung, die serbischen Machthaber hätten mehr aus dem Erbe Titos übernommen als die spätjugoslawische Machtelite, den Parteiapparat und die Armee, habt ihr zunächst latent Partei für die serbische Seite ergriffen und deren eigentliche Ziele (s. 1.) übersehen. Sicher habt ihr dabei auch die tatsächlich vorhandenen ebenfalls nationalchauvinistischen Ziele Kroatiens im Blickfeld gehabt. Kann man sich denn hinter einen Staat wie Kroatien stellen (auch, wenn er angegriffen wird), der sich noch dazu auf Ustascha-Traditionen beruft? Man muß, denn: sich nicht auf die Seite des Angegriffenen zu stellen heißt: die Aggression zu billigen. Und natürlich war der serbische Staat der Aggressor! Selbst in der eroberten Krajina gab es vor dem Krieg mehr Kroaten als Serben! Von Vukovar und Dubrownik, rein kroatische Städte, ganz zu schweigen. Inzwischen gibt es über 300.000 kroatische Flüchtlinge aus den serbisch eroberten Gebieten ...

3. Allein der bosnische Staat hatte von allen jugoslawischen Nachfolgestaaten eine Garantie für ethnische Pluralität in Verfassung und politischer Realität weitgehend verankert. Aus gutem Grund: Lebten hier doch die drei genannten Völker (man könnte als viertes noch die jüdische Bevölkerung hinzunehmen) am engsten zusammen. Verstanden sich doch die Moslems als die größte Bevölkerungsgruppe vor dem Krieg nicht mal als ethnische oder religiöse Ethnität, eher schon als "Jugoslawen".

Warum habt ihr diese multikulturelle Einheit mit den großen Verfassungsrechten für alle Minderheiten nicht als schützenswert anerkannt? Warum habt ihr so spät gemerkt, daß es den Tschetniks nicht um Minderheitenrechte ging, sondern um ethnische Säuberung ("Wir können nicht mehr mit denen zusammenleben") und um Landnahme? Hat es euch nicht stutzig gemacht, daß die Serben ganz oft zuerst die Moscheen gezielt zerstört haben, um die Moslemkultur zu vernichten? Daß massenweise Menschen umgebracht wurden, weil sie, in serbische Hände gefallen, einen moslemischen Vornahmen sagten? Muß ein Staat denn erst eine sozialistische Staatsidee haben, ehe wir als Linke seinem Volk in einer solchen Bedrohung unsere Solidarität gewähren? (A propos: Wir kann man eigentlich unmittelbar nach dem Zerfall eines staatsverordneten Mangelsozialismus eine sozialistische Staatsidee haben?)

Haben euch die Vergewaltigungslager nicht zu denken gegeben, wo gezielt und systematisch Moslemfrauen zum Gebären von "kleinen Tschetniks" gezwungen wurden? Daß es ähnliche Greuel, reaktiv (und in viel geringeren Dimensionen) auch auf den anderen Seiten gab, wie ihr in einem Artikel zynisch und süffisant berichtet habt, ist kein Gegenargument, sondern blutige Realität in jedem Krieg. Aber was hat euch so verblendet, daß ihr darüber nicht mehr Angreifer und Verteidiger auseinanderhalten könnt?

4. Ihr habt bis heute noch nicht begriffen, was in Bosnien eigentlich auf dem Spiel steht. So habt ihr - zuletzt deutlich weniger - vor einer westlichen Intervention in Bosnien gewarnt und die imperialistischen Interessen der USA und Westeuropas zur Erklärung ins Feld geführt. Wenn die in Bosnien so groß wären, hätten diese Staaten längst das getan, was 1991 in Kuwait so rasch geschehen ist.

Nein, es geht hier nicht um die Erweiterung des westlichen Herrschaftsbereichs um ein paar unzugängliche und ärmliche Balkantäler. Es geht darum, daß sich ein aggressiver serbischer Nationalismus mit starken

faschistischen Tendenzen aufbaut. Um den Schutz der kleineren Völker in Osteuropa vor neuen "regionalen Ordnungsmächten", in Zukunft vielleicht auch vor dem großrussischen Nationalismus. Und darum, diese Entwicklung zu stoppen daran haben die USA, Westeuropa, NATO und UNO eben kein gesteigertes Interesse, darum die Zurückhaltung.

Das, was jetzt in Bosnien passiert, nimmt sich schon heute die Türkei als Beispiel für die Unterwerfung oder Ausrottung der Kurden, Rußland als Beispiel für den Umgang mit seinen nationalen Minderheiten, morgen mit dem "benachbarten Ausland", übermorgen mit Polen, wie ein Schirinowski heute schon verkündet.

Der Faschismus und der aggressive Nationalismus wurden noch nie durch Appeasement und Zurückweichen vor direkter Aggression gestoppt. Daß Westeuropa und die USA diesen Deal der Aufteilung Osteuropas mitmachen, daß Bosnien einem kurzen und wackeligen Friedhofsfrieden geopfert wird, hat mich wütend gemacht, aber nicht sehr überrascht. Daß der ak dazu aber keine klare Position findet, hat mich sehr enttäuscht.

Es ist noch ein weiter Weg zu neuen linken Grundpositionen im Bereich des Internationalismus.

Heinz-Peter Kuhlmann

37. Quelldatei 09.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak366/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:09

Kalender

Marxistische Abendschule Hamburg

Die MASCH Hamburg setzt ihr Sommerprogramm mit den folgenden Veranstaltungen fort:

17.5., 19.30 Uhr: Hans-Jürgen Bieling über "Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft - warum wird der Parlamentarismus von rechts kritisiert?" Uni Hamburg, Allende-Platz 1, Raum 104

27.5., 19 Uhr: Ernst Lohoff über "Die Kernphysik des bürgerlichen Individuums" (zur Subjektivitätskritik). Haus für alle, Amandastr. 58, Raum 13, Hamburg

28.5., 16 Uhr: Arbeitstreffen zur Subjektivitätskritik mit Ernst Lohoff. Haus für alle, Amandastr. 58, Raum 13, Hamburg

9.6., 19 Uhr: Markus Gunkel spricht über den Weg "Vom Ostermarsch zur APO". HWP, Von-Melle-Park 9, Raum S 28, Hamburg

Anthroposophische Volksgeister

Der Arbeitskreis Entwicklungspolitik veranstaltet am Pfingstwochenende ein Seminar zum Thema "Gefahr von rechts durch anthroposophische Volksgeister und Wurzelrassenlehre?" Im Mittelpunkt des Seminars solle es "um das Weltbild der Anthroposophie bezüglich Nationalismus und Rassismus" gehen, heißt es in der Einladung. Volkmar Wölk, Mitglied des BundessprecherInnenrats der VVN/BdA, wird über den ehemaligen Pfarrer der anthroposophischen Christengemeinschaft, Werner Georg Haverbeck, und Autor des Buches "Rudolf Steiner - Anwalt für Deutschland" referieren.

20.-22.5. in Vlotho. - Anmeldung und Informationen: AKE-Bildungswerk e.V., Horstweg 11, 32602 Vlotho

Volksuni 94

Auf dem Programm der diesjährigen Volksuni stehen die Themenblöcke Gewerkschaften (Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit; Zwischen Krise und Katastrophe; Sozialstaat oder Zivilgesellschaft), Frauen (Backlash und feministische Gegenschläge - Feminismus im Postfordismus; Körper, Sexualität und Herrschaft; Viele Erfahrungen - ein Feminismus?), Wissenschaft und Politik (Große Krise - Wie begreifen? Was tun?; Marxistisches Denken nach der "Wende"?), Ökologie (Standort Erde, Streitort Deutschland - Zur Lage der Ökologie in der Wirtschaftskrise), Internationalismus (Ost-Europa: Kämpfe um die Zivilgesellschaft; Europa Macht Krieg; ZwischenKulturen), Kultur (Widerhaken des Anti/Rassismus; Hauptstadtplanungen; Gegenwelten und Paralleluniversen im Alltag), Christen (Quergespräche; Feministische Theologie), Schwule (Wendepunkte; Berührungspunkte. Frauen- und Schwulenressort in Kooperation).

20.-23.5., Humboldt-Universität Berlin. Anmeldung und Informationen: Volksuni Büro, Groninger Str. 50, 13347 Berlin

Antifaschismus in Theorie und Praxis

Das Hamburger "Haus für alle" führt zwei Vortragsreihen zur Vertiefung und Intensivierung des Antifaschismus-Verständnisses durch. In der ersten Folge von acht Vorträgen, die sich auf den Zeitraum 1918-1945 beziehen, werden erörtert: 1. Italienischer Faschismus; 2. Dreyfus-Affäre, Bürgertum und Antisemitismus; 3. Deutschland 1929- 33, Politik von KPD und SPD; 4. Die Volksfrontpolitik der Komintern; 5. Bürgerkrieg in Spanien; 6. Edelweißpiraten und 20. Juli; 7. Willi Münzenbergs antifaschistische Strategie 1923-40; 8. Zusammenfassende Diskussion.

Ab 26.5. wöchentlich jeweils donnerstags 19.30. Haus für Alle, Amandastr. 58, Hamburg. (Teilnahmebeitrag: 20 DM. Anmeldung - erforderlich, weil Teilnehmerbegrenzung - bei Umdenken, Tel. 040 - 389 52 70)

EU-Gipfel in Essen

Am 9./10.12.94 werden sich die zwölf Regierungschefs der Europäischen Union zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen in Essen zusammenfinden. Auf dem ersten Treffen des "Essener Bündnisses gegen den EU-Gipfel" wurden u.a. die Durchführung regionaler Vorbereitungsseminare vereinbart und erste Aktionsplanungen für den 9./10.12. debattiert. (s.a. Artikel in diesem ak). Die zweite Aktionskonferenz findet statt am

4.6.94, 11.30-18 Uhr. Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen

Befreiungsbewegungen am Verhandlungstisch

Seit geraumer Zeit und mehr oder weniger ausschließlich haben eine Reihe von Befreiungsbewegungen den Weg der Verhandlungen eingeschlagen. Bei einer Veranstaltungsreihe des KB Berlin wird am Beispiel von El Salvador, Südafrika und Palästina über diese neuere Politik von Befreiungsbewegungen referiert und diskutiert.

7.6.94: El Salvador mit Manuel Conejo (FMLN) und Albert Sterr

8.6.94: Südafrika mit Bert Seraje (ANC) und Jörg Stoll

9.6.94: Palästina mit N.N., PLO und - zu Israel - Klaus Mellenthin

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr und finden statt im Kaufhaus KATO im U-Bahnhof Schlesisches Tor, Berlin

Video-Forum

Am achten Freiburger Video-Forum nehmen u.a. teil: Graham Weinbren aus New York (Interaktives Kino), die Medienwerkstatt Franken (Entwicklung von der Videobewegung zum Lokalfernsehen), TV-Zero und 3 Antena aus Rio de Janeiro. - Für das Hauptprogramm können VideomacherInnen aus der BRD, Österreich und der Schweiz ihre Produktionen einreichen (Einsendeschluß 15.6.).

1.-4.9.94, Freiburg. - Anmeldungsformulare (Dauerkarte 50 DM) und Informationen: Freiburger Video-Forum, Konradstr. 20, 79100 Freiburg

38. Offener Brief

CD-Datei: daten/aksuche/ak366/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:16

Zwei repressionspolitische Entwicklungen sind in den letzten Wochen für in der BRD lebende türkische und kurdische Oppositionelle zu einer tödlichen Bedrohung geworden.

Zunächst steht mit der bereits für zulässig erklärten Auslieferung des türkischen Gewerkschafters Mahmut Özpolat wie in den leidvollen 80er Jahren die Überstellung eines Genossen an die Folterknechte der faschistischen Türkei an.

Zum anderen beabsichtigt die Bundesregierung, mehrere hundert kurdische AktivistInnen, die im Zuge von Protestaktionen verhaftet worden sind, in die Türkei abzuschieben. Völkerrechtlichen und ausländerrechtlichen Argumenten, daß türkische und kurdische Oppositionelle unmöglich in ein Land abgeschoben oder ausgeliefert werden können, in dem ihnen nicht nur politische Verfolgung und Folter, sondern auch die Todesstrafe droht, versucht die Bundesregierung mit einem Trick aus dem Wege zu gehen, der sich bereits bei der Auslieferungswelle Anfang der 80er Jahre als verlogen herausgestellt hat. Kurze Erklärungen der türkischen Regierung, sich an das Völkerrecht zu halten, sowie ein Notenwechsel zwischen den Ministerien beider Länder hinsichtlich der Behandlung der Auszuliefernden sollten es der offiziellen Propaganda gewährleisten, daß die abgeschobenen KurdInnen und ausgelieferten TürkInnen korrekt behandelt würden.

Die Rote Hilfe Berlin will mit diesem Artikel auf den mörderischen Auslieferungs-Deal zwischen der BRD und der Türkei erinnern, der mit Hilfe einer derartig verlogenen Vernebelungstaktik Anfang der 80er Jahre an die Türkei durchgeführt wurde.

Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 versuchten die türkischen Generäle in über 150 Fällen türkische Oppositionelle überstellt zu bekommen. (1) 28 TürkInnen wurden auch tatsächlich an die faschistische Militärjunta ausgeliefert. 21 von ihnen waren AsylantragstellerInnen. 15 TürkInnen wurden dem türkischen Militär übergeben, noch bevor über deren in der BRD gestellten Asylantrag rechtsgültig entschieden wurde. (2)

Daß AsylantragstellerInnen vor Abschluß ihres Anerkennungsverfahrens ausgeliefert werden können, ergibt sich aus dem Asylverfahrensgesetz. §4 besagt: "Die Entscheidung über den Asylantrag ist in allen Angelegenheiten verbindlich (...) Dies gilt nicht für das Auslieferungsverfahren".

Am bekanntesten ist sicherlich der Asyl-und Auslieferungsfall von Cemal Kemal Altun, der sich am 30. August 1983 mit einem Sprung aus dem Fenster des Berliner Bundesverwaltungsgerichts das Leben nahm, um nicht an die faschistische Militärjunta ausgeliefert zu werden. (3)

Altun war wenige Monate nach dem Militärputsch in die BRD geflohen und hatte einen Antrag auf politisches Asyl gestellt. Er war Mitbegründer der linken GymnasiastInnenorganisation "Ankara Liseli Devrimci Genclik". Nach mehreren erfolgreichen Streiks war diese Vereinigung 1979 verboten worden. Altun und sein Bruder, ein Abgeordnete der sozialdemokratischen CHP, waren in der Presse mit der Ermordung des ehemaligen Zollministers und Vizepräsidenten der faschistischen "Nationalen Aktionspartei" (MHP), Gün Sazak, im Mai 1980 in Verbindung gebracht und öffentlich als "Terroristen" denunziert worden. Daraufhin ergriff Cemal die Flucht, während seine in der Türkei verbliebene Familie zahlreichen Schikanen und Folterungen ausgesetzt war.

Im Dezember 1982 erklärte das Berliner Kammergericht die Auslieferung Altuns für zulässig. Die Gefahr einer politischen Verfolgung in der Türkei bestünde nicht, urteilten die Berliner Richter. Das Bundesverfassungsgericht lehnte einen Antrag gegen die Auslieferung wegen mangelnder Erfolgaussichten ab. Die damals noch junge Kohl-Regierung befürwortete die Auslieferung von Altun ausdrücklich. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bestätigte das Auslieferungsersuchen der türkischen Generäle, da die türkische Regierung eine Spezialitätserklärung abgegeben habe. (4)

Derweil war Cemal Altun aber vom zuständigem Bundesamt als Asylberechtigter anerkannt worden. Er hatte auf seine Mitgliedschaft in der in der Türkei blutig verfolgten oppositionellen Jugendorganisation "Dev Genc" hingewiesen. Hiergegen legte im Auftrag der Bundesregierung der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten Beschwerde ein. Zusätzlich wurde im Juni 1983 die Aufhebung des

Auslieferungshaftbefehls vom Kammergericht abgelehnt. In dieser Situation, in der die BRD um jeden Preis die Auslieferung Altuns zu erreichen versuchte, setzte dieser - in panischer Angst vor einer Überstellung an die türkischen Folterknechte - mit dem Sprung aus dem Verwaltungsgerichtsfenster seinem Leben ein Ende.

In den Fällen, in denen eine Auslieferung an die türkische Militärjunta auch tatsächlich erfolgte, brach die Türkei nicht nur regelmäßig geltendes Völkerrecht, sondern auch alle mit der BRD-Regierung getroffenen Sondervereinbarungen:

Unmittelbar vor dem Militärputsch wurde Levent Begen an die Türkei ausgeliefert. Begen, der in der Türkei Exponent einer linken Organisation gewesen war, war 1979 in die BRD geflüchtet und hatte einen Asylantrag gestellt, der zum Zeitpunkt der Auslieferung noch nicht entschieden war. Begen wurde u.a. die Beteiligung an einer Schießerei mit den faschistischen "Grauen Wölfen" zur Last gelegt. Das zuständige Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart erklärte die Auslieferung für uneingeschränkt zulässig: Zum einen werde die Türkei den Grundsatz der Spezialität beachten. Zum anderen wäre die Einlassung Begens, in türkischen Gefängnissen gefoltert worden zu sein und nach seiner Überstellung erneut gefoltert zu werden, durch "keinen glaubwürdigen Anhalt" untermauert worden.

1982 stellte sich aufgrund von Recherchen, u.a. durch "amnesty international" heraus, daß Begen wenige Monate nach seiner Auslieferung von einer Militärstaatsanwaltschaft zusammen mit 19 weiteren Gefangenen wegen "Gründung, Führung und Mitgliedschaft" zunächst in der "Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei" (TIKP) angeklagt worden (§ 141 TStGB). Im Zuge des Revisionsverfahrens mußte sich Begen auch noch wegen desselben Vorwurfs in Bezug auf die TIKKO/TKP-ML verantworten.

Zusätzlich hatte Begen in einer Gerichtsverhandlung zu Protokoll gegeben, während der Vernehmungen durch die türkische Polizei (u.a. durch das Einführen von Polizeiknüppeln in seinen After) schwer gefoltert worden zu sein.

Die Türkei hat somit nicht nur gegen das Folterverbot der Europäischen Menschenrechtskonvention, sondern auch zweimal hintereinander eklatant gegen den Grundsatz der Spezialität des "Europäischen Auslieferungsübereinkommens" (EuAlÜbk) verstoßen hatte. Und dies, obwohl die Türkei vor der Überstellung Begens gegenteilige Zusicherungen gemacht hatte.

Der türkische Revolutionär Zeynel Aydindag floh 1975 in die BRD und stellte hier ein Jahr später einen Asylantrag. Gleich darauf wurde er in Abschiebehaft genommen. Die Türkei forderte seine Auslieferung, u.a. wegen der Mitgliedschaft in der verbotenen Jugendorgansiation "Dev Genc" sowie der angeblichen Tötung eines anderen "Dev-Genc"-Genossen.

1978 erklärte das OLG Düsseldorf seine Überstellung für unzulässig. Die Richter hatten - zutreffenderweise - erhebliche Zweifel an der Vertragstreue der türkischen Behörden: "Weder innerhalb noch außerhalb des Strafverfahrens ist ausreichend gewährleistet, daß Aydindag nicht aus politischen Gründen Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt sein wird."

Nach dem Militärputsch starteten die türkischen Generäle mit einem Trick einen zweiten Versuch, Zeynel Aydindag mit dem Zugeständnis habhaft zu werden: Der Aydindag zur Last gelegte Mord würde nicht mehr als Fememord angeklagt werden. Zudem wurde ausdrücklich der ohnehin gültige Spezialitätsgrundsatzes des EuAlÜbk anerkannt.

Das erneut zuständige OLG Düsseldorf sah den Mordvorwurf entsprechend der inzwischen gültig gewordenen Auslegungsregeln des "Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus" aus dem Jahr 1977 (zu dessen Erstunterzeichnern auch die Türkei gehörte) brav als "Straftat mit überwiegend kriminellem Charakter" an. Trotz der faschistischen Militärdiktatur wurde nunmehr zudem die offenkundige Gefahr einer politischen Verfolgung Aydindags bestritten.

Das Bundesverfassungsgericht lehnte schließlich die Überstellung Aydindags ab. Hierbei wurde aber festgestellt, daß die Bundesregierung von türkischer Seite vorsätzlich belogen worden war: In zwei Verbalnoten hatte Ankara mit allem Nachdruck versichert, ein mögliches Todesurteil gegen Aydindag werde in eine 30jährige Haftstrafe umgewandelt. Tatsächlich lagen aber in seinem Falle die Voraussetzungen für eine derartige Urteilsumwandlung nicht vor!

Den Grundsatz der Spezialität hat die Türkei auch bei der zunächst unproblematisch erscheinenden Auslieferung Ömer Ays gebrochen: Er wurde von türkischer Seite der Anstiftung zum Mord und illegalen Waffenbesitzes bezichtigt. Ays Befürchtung, er müsse in der Türkei mit politischer Verfolgung rechnen, wurde vom OLG Hamburg 1982 vom Tisch gewischt, war Ay doch vom Bundesamt als nicht asylberechtigt abgewiesen worden.

Nur durch Zufall wurde in einem anderen Auslieferungsfall bekannt, daß Ay nach seiner Auslieferung in der Türkei nicht nur wegen der Gründung einer politischen Organisation angeklagt, sondern auch zum Tode verurteilt worden war (das Urteil wurde später in eine Zeitstrafe umgewandelt).

Auch hier hatten die türkischen Behörden nicht nur gegen Art. 14 EuAlÜbk verstoßen. Sondern auch gegen eine zwischen der Bundesregierung und der faschistischen Junta durch Notenwechsel am 10./16.12.1981 getroffene besondere Spezialitätsvereinbarung, wonach der in einem Auslieferungsersuchen beschriebene Sachverhalt nach erfolgter Überstellung nachträglich nicht zu einem mit Todesstrafe bedrohtem Delikt uminterpretiert werden dürfe.

Spektakulär war auch der Fall von Sami Memis, der in den Jahren 1982-86 für einige Aufregung sorgte: Memis flüchtete 1980 in die BRD und stellte hier einen Asylantrag. Von der Türkei wurde er in einem Auslieferungsersuchen beschuldigt, bei einer Schießerei 1979 einer Person in den Fuß geschossen zu haben. Memis bestritt diesen Vorwurf und gab an, diese Verdächtigung sei nur vorgeschoben, um seiner habhaft zu werden, damit er in der Türkei wegen politischer Delikte angeklagt und gefoltert werden könne.

Tatsächlich war Memis über Jahre hinweg in der oppositionellen Jugendorganisation von "Dev Yol" aktiv gewesen. Der Asylantrag von Memis wurde mit der Begründung zurückgewiesen, die ihm zur Last gelegten Strafaten seien legitimerweise zu verfolgende Staatsschutzstraftaten. Im November 1982 gab das OLG Bamberg dem Auslieferungsersuchen statt: Das Auswärtige Amt erklärte, die Türkei hätte in einer Verbalnote ausdrücklich die Einhaltung des Spezialitätgrundsatzes zugesichert. Auch die Furcht vor Folterung durch die faschistische Polizei der Türkei hielten die bayerischen Richter für unbegründet. Sowohl das Bundesverfassungsgericht wie auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte lehnten die Beschwerden von Memis ab. So wurde Memis in einer Nacht-und-Nebel-Aktion am 12.8.83 in die Türkei ausgeflogen.

Wegen der im Auslieferungsersuchen bezeichneten Straftat wurde Memis freigesprochen. Entgegen der Regelungen des EuAlÜbk wurde Memis nach der Haftentlassung aber nicht die Möglichkeit zum Verlassen der Türkei gegeben. Vielmehr wurde er augenblicklich wieder verhaftet und wegen Teilnahme am Hochverrat angeklagt. Im Gefängnis wurde Memis nachweislich gefoltert. Nur auf intensiven diplomatischen Druck hin wurde Memis dann aus der Haft entlassen. Memis konnte in die BRD ausreisen und wurde vom VG Ansbach 1985 unter ausdrücklicher Würdigung seiner Auslieferungsgeschichte als politischer Flüchtling anerkannt.

Als letztes sei noch an den Auslieferungsfall Ibrahim Yüksel Sen erinnert:

Sen war 1976 in die BRD geflohen. Seit seinem 20 Lebensjahr war Sen Mitglied in der sozialdemokratischen Partei CHP aktiv gewesen. An der Uni kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen und Zusammenstößen mit Faschisten von der MHP. Sen und seine Genossen wurde daraufhin von den Faschisten bedroht, zusammengeschlagen - auf Sen wurde gar geschossen. 1975 kamen an der Uni faschistische Studenten zu Tode. Aufgrund der Aussagen faschistischer Zeugen wurde Sen verhaftet und während der Haft nachweislich gefoltert. Sen konnte seine Haftverschonung zur Flucht nutzen und wurde in Abwesenheit zu 27 Jahren Knast verurteilt. Nun verlangten die türkischen Militärmachthaber die Auslieferung Sens zwecks Verbüßung seiner Haftstrafe.

Sen wies im Auslieferungsverfahren auf seine erlittenen Folterungen hin und erklärte, die Beweise gegen ihn seien manipuliert, um seiner habhaft zu werden, damit er in der Türkei politisch verfolgt werden könnte. Das OLG Köln meinte wieder einmal keinen Anlaß zu haben, daran zu zweifeln, daß sich die Türkei an den Grundsatz der Spezialität halten werde. Es erklärte die Auslieferung Sens für zulässig.

Hiergegen klagte Sen vor dem BVerfG und bekam recht. In der bislang deutlichsten Entscheidung rüffelten die Verfassungsrichter 1983 - unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den Fall Levent Begen - ihre Kölner Kollegen. Das BVerfG gelangte zu dem Schluß, daß in dem Auslieferungsverkehr mit der Türkei das Völkerrecht mit

seinem Spezialitätsgrundsatz allein nicht mehr ausreichend sei, um den Auslieferungskandidaten nach seiner Überstellung vor einer politischen Verfolgung zu schützen.

Wie sich die Dinge gleichen

1993 bewilligte das OLG Hamm die Auslieferung eines 1979 von einem türkischen Militärgericht zum Tode verurteilten türkischen Revolutionärs. Dieser war damals für schuldig befunden worden, 1978 als verantwortliches Mitglied einer "terroristischen Vereinigung" an einem bewaffneten Gewaltakt beteiligt gewesen zu sein. Die westfälischen Richter verließen sich bei ihrem Urteilsspruch auf die türkische Zusicherung, daß die Todesstrafe in eine zehnjährige Haftstrafe umgewandelt würde. (5)

Nunmehr droht dasselbe Schicksal dem türkischen Gewerkschafter Mahmut Özpolat. Özpolat ist ein politischer Flüchtling gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention. Nur aus formalen Gründen (da er über einen "sicheren Drittstaat", den Libanon, in die BRD eingereist war), wurde er 1988 nicht als Asylberechtigter i.S. des Grundgesetzes anerkannt. Dennoch bestand damals auch für die Berliner Innenverwaltung kein Zweifel, daß Özpolat, als langjähriges Mitglied der türkischen Arbeiterpartei und Begründer der unabhängigen Textilgewerkschaft "Iplik Is", nach einer Abschiebung in der Türkei politisch verfolgt würde. Tatsächlich war Özpolat mehrfach in der Türkei inhaftiert und dort auch gefoltert worden.

Mit zehnjähriger Verspätung verlangt nun die Türkei seine Auslieferung. Özpolat soll 1980 mit anderen Genossen die Ermordung eines Mitglieds einer anderen linken Organisation geplant haben.

In dem Auslieferungsersuchen ist kaum ein Satz sprachlich bzw. grammatikalisch korrekt formuliert. (6) Zudem ergeben sich nach "medico international" keine Anhaltspunkte, die für eine Tatbeteiligung Özpolats sprechen würden. Wohl aber wartet auf den Gewerkschafter in der Türkei ein zweites Ermittlungsverfahren gem. §141 und §149 TStGB ("Leitung einer kommunistischen Organisation" und "bewaffneter Aufstand"). Das zuständige Kammergericht gab sich mit einer lapidaren Erklärung der Türkei zufrieden, die Menschenrechte einzuhalten, keine Todesstrafe zu verhängen, den Grundsatz der Spezialität zu beachten und somit Özpolat nicht wegen seiner politischen Überzeugung oder der Mitgliedschaft in einer politischen Vereinigung zu verfolgen. Daß das Militärgericht rechtsstaatliche Grundsätze außer acht lassen wird, dafür lagen den Berliner Richtern auch nach der hier zusammengestellten und gerichtsbekannten Verlogenheit der türkischen Behörden im Auslieferungsverkehr mit türkischen Oppositionellen wieder einmal "keine Anhaltspunkte" vor: "Bedenken gegen die Ernsthaftigkeit oder Verläßlichkeit der Zusicherung bestehen nicht". (7)

Die aktuellen Pläne der Bundesregierung, kurdische AktivistInnen und türkische Oppositionelle in den Folterstaat Türkei abzuschieben und diese gleichzeitig mit Zusicherungen der türkischen Regierung vor politischer Verfolgung, Folter und Tod bewahren zu können, diese Absichten sind trügerisch und bauen auf ein zu kurzes Gedächtnis der Linken.

Erklärungen der türkischen Regierung sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen! Die Erfahrungen der 80er Jahre haben gezeigt, daß die Türkei zu jeder Lüge bereit ist, um an Oppositionelle heranzukommen. In jedem einzelnen der oben dokumentierten Fälle hat die Türkei nicht nur geltendes Völkerrecht, sondern auch alle mit der Bundesregierung getroffenen Absprachen systematisch gebrochen.

Rote Hilfe Berlin

Anmerkungen:

(1) Arend-Rojahn, S. 111 (vgl. Anmerkung 3)

(2) Kimminich: "Der Schutz politisch Verfolgter im Auslieferungsverfahren", in: Europäische Grundrechtzeitung 1986, S. 317.

(3) Die folgenden Falldarstellungen beruhen auf folgenden Quellen: Arend-Rojahn (Hrsg.): "Ausgeliefert - Cemal Altun und andere", Reinbek 1983; Arbeitsgemeinschaft Türkei-Flüchtlinge: "Gefahr für das Recht auf Asyl - Auslieferungsbegehren gegen türkische Flüchtlinge" Basel (o.J.); Olbrich: "Die Auslieferungsausnahme bei politischer Verfolgung" (Diss.) Konstanz 1987.

(4) Bei der Spezialität handelt es sich um einen in der Auslieferungspraxis besonders wichtigen völkerrechtlichen Grundsatz. Dieser ist in Art. 14 des sowohl von der Türkei als auch der BRD ratifizierten

Europäischen Auslieferungsübereinkommens (EuAlÜbk) aus dem Jahr 1957 festgelegt. Demzufolge ist eine Auslieferung nur dann zulässig, wenn der Ausgelieferte nach seiner Überstellung auch nur wegen der Straftaten angeklagt wird, derentwegen die Auslieferung bewilligt worden ist. Wenn der um Auslieferung ersuchte Staat z.B. politische Delikte von der Auslieferungsbewilligung ausnimmt, darf der die Überstellung beantragende Staat den Auslieferungskandidaten nachträglich nicht wegen dieser oder einer anderen politischen Straftat anklagen.

(5) FR, 7.8.93

(6) Eine Kostprobe: "Es wurden zwei Personen wegen ideologischen Gründen mit einer Pistole geschossen und nach dieser Tat sind sie getötet wegen Schußwunde"

(7) Landespressedienst Berlin 17.3.94

Literaturtip: "Terroristen fliegen raus - Die Abschaffung des politischen Delikts im Auslieferungsrecht", eine Broschüre der Roten Hilfe Berlin aus dem Jahr 1993, 56 Seiten, 4,00 DM

Bestellungen an: A. Lüers, Grüntaler Str.30, 13357 Berlin

Offener Brief

Mittlerweile ist das Auslieferungsverfahren gegen Mahmut Özpolat vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig. Die Bundesregierung hat angekündigt, erst nach dem Karlsruher Urteilsspruch Stellung zu beziehen. Sie hat es nämlich in der Hand, auch nach einer Zulässigkeitserklärung des BVerfG, die Auslieferung Özpolats aus politischen Opportunitätserwägungen heraus zu unterbinden. Aus diesem Grund wendet sich der folgende Offene Brief an die zuständigen Politikerinnen.

An die Bundesministerin für Justiz

Frau Leutheusser-Schnarrenberger

und die Justizsenatorin Berlin

Frau Dr. Peschel-Gutzeit

Mahmut Özpolat, oppositioneller türkischer Gewerkschafter und anerkannter politischer Flüchtling (gemäß der Genfer Konvention), sitzt seit Dezember 1993 aufgrund eines Auslieferungsbegehrens des türkischen Staates unter Einzelhaftbedingungen im Gefängnis. Das Berliner Kammergericht hat der Auslieferung zugestimmt, obwohl Oppositionelle im In- und Ausland überwacht und verfolgt werden, in der Türkei systematisch gefoltert wird und von der Einhaltung rechtstaatlicher und menschenrechtlicher Prinzipien in gerichtlichen Verfahren in der Türkei nicht gesprochen werden kann.

Die Entscheidung über seine Auslieferung an den Verfolgerstaat liegt nun bei Ihnen.

Indes berichten internationale Menschenrechtsorganisationen über die Zunahme von Folterungen und Todesfällen in Polizei- und Strafhaft. Auch die bundesdeutschen Beobachtungsdelegationen der türkischen Kommunalwahlen im März 1994 berichteten über schwerwiegendste Verletzungen elementarer Menschen- und Völkerrechtsnormen, bei denen systematisch deutsche Waffen eingesetzt werden.

Nach dem türkischen Antiterrorgesetz, einem Instrument der Gesinnungsjustiz, wurden erst vor wenigen Wochen der Gewerkschaftsführer Münir Ceylan und der Dozent Fikret Baskaya zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Daß unter diesen Umständen Mahmut Özpolat nach wie vor in Haft ist, ist ein Skandal. Ebenso stellt die vom Bundesinnenminister betriebene massenhafte Abschiebung von Kurden in die Türkei eine eklatante Verletzung internationaler Rechtsnormen und verfassungsmäßiger Grundrechte dar. Die Zusage eines rechtstaatlichen Verfahrens, auf das sich dieses Abschiebegeschäft gründen soll - im ersten Abschiebeverfahren in München von der türkischen Botschaft in Form eines lapidaren Vierzeilers ausgestellt - steht im krassen Widerspruch zur türkischen Verfolgungspraxis.

Wir protestieren entschieden und in aller Form gegen die fortgesetzte Zusammenarbeit mit dem Verfolgerstaat Türkei und die Einschränkung von Grundrechten von Immigranten und Flüchtlingen in der Bundesrepublik.

Wir fordern Sie hiermit erneut auf, für die umgehende Freilassung von Mahmut Özpolat zu sorgen und die Auslieferung oder Abschiebung von türkischen und kurdischen Oppositionellen an den türkischen Verfolgerstaat definitiv zu verhindern.

39. Quelldatei 20.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak366/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:20

Irak

Die Lage der Kurden in Irak hat erst seit kürzerem und auch nur begrenzt öffentliche Aufmerksamkeit erregt, die Unterdrückung der schiitischen Bevölkerungsmehrheit des Irak ist - nach dem Zweiten Golfkrieg kaum registriert - wieder in Vergessenheit geraten. Und ein Interesse an den Repressionen gegenüber der Gesamtbevölkerung des Irak, ob nun Kurden, Schiiten oder Sunniten besteht ohnehin nicht. - Der von Exil-Irakern 1992 in Wien gegründete Iraqi National Congress hat eine Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen des irakischen Regimes vorgelegt.

Crimes against Humanity & the Transition from Dictatorship to Democracy. London, 1993. 216 S. Bezug: Iraqi National Congress, Trevor House, 100 Brompton Road London, SW 3 1ER, U.K.

Die Existenz schiitischer Muslime (knapp 90% der Muslime sind Sunniten, gut 10%, etwa 150 Millionen, Schiiten) geriet erst in den Blickwinkel des Westens, als der Schah im Iran gestürzt wurde und z.T. schiitische Muslime im Libanon Terrorgruppen bildeten. Seither stehen die Schiiten im Rufe von Terroristen und Religionsfanatikern, was noch durch die häufige - falsche - Gleichsetzung militanter Islamisten mit "den Schiiten" befördert wird. Im Irak werden die Schiiten, die dort eine Bevölkerungsmehrheit von etwa 55% bilden, blutig unterdrückt. Barbara Stapelton, Mitglied der britischen "Parliamentary Human Rights Group", die seit 1985 mehrfach die Region bereiste, hat eine Untersuchung über die Lage der Schiiten im Irak erarbeitet.

The Shias of Iraq. An historical perspective on the present human rights situation. A report to the Parliamentary Human Rights Group. London, 1993. A4, 43 S. Bezug: Parliamentary Human Rights Group, House of Commons, Westminster SW 1, London, U.K.

Südosteuropa

In der aktuellen Ausgabe von pogrom wird die Situation in den Ländern Südosteuropas unter dem Schwerpunkt "Chauvinismen und Nationalitätenprobleme auf dem Balkan" thematisiert. Berichtet wird u.a. über "Menschenrechte und Nationalitätenpolitik in der ‚Früheren jugoslawischen Republik Mazedonien`", die Lage der Roma in Mazedonien und der Slavomazedonier in Griechenland, das Ergehen der griechischen Minderheit in der Türkei, die Verfolgung der Albaner durch Serbien, Minderheiten in Bulgarien, den kroatischen Krieg gegen Bosnien-Herzegowina und die Slowakei.

pogrom, Nr. 176, April/Mai 1994. A4, 64 S., 8 DM.

EG und Internationalismus

Anläßlich ihres fünfjährigen Bestehens 1993 hat die Anti-EG-Gruppe Köln eine Auswahl ihrer Texte zur internationalistischen EG-Kritik zusammengestellt, mit der sie an das gewachsene Interesse an EG-kritischen Positionen anknüpfen will. Dem grundlegenden und die Entwicklung der EG nachzeichnenden Beitrag über "Die ungehinderte Renaissance des europäischen Imperialismus" folgen eine Vielzahl kleinerer Beiträge unter den Titeln "Alles im Griff: EG-Politik konkret", "Die EG gegen den ‚Rest der Welt`" und "Sand ins Getriebe der 'Weltinnenpolitik`".

Anti-EG-Gruppe Köln (Hg.): Verlassen wir dieses Europa. Texte zur Kritik der EG und zur Internationalismusarbeit. A4, 120 S., 10 DM. Im linken Buchhandel oder Bezug über: Anti-EG-Gruppe Köln, c/o Christa Aretz, Brüsseler Str. 23, 50674 Köln

Linke Publizistik

Die Linke verflüssigt sich mehr und mehr und/oder gibt eine neue Zeitschrift heraus. Diesmal die Quartalszeitschrift Die Beute, ein Projekt, über das es im Editorial der ersten Ausgabe heißt: "Es beinhaltet den Versuch, Beiträge von politischen AktivistInnen und Intellektuellen in einer Zeitschrift erneut zusammenzubringen, das Bestreben, Theoriebildung in den Zusammenhang politischer Praxis zu stellen und die Praxis theoretischer" usw.usf. Tatsächlich aber ist die Zeitschrift gar nicht so schlecht, wie das Editorial befürchten läßt, und das Sammelsurium an Beiträgen wohl eher den Anfangsschwierigkeiten geschuldet.

Die Beute. Politik und Verbrechen. Bd. 1/1994. 144 S., 14 DM (im Abonnement 12 DM plus Versandkosten). - Die Zeitschrift erscheint in der Edition ID-Archiv, Knobelsdorffstr. 8, 14059 Berlin

Sozialgeschichte

Peter Koppenhöfer vermehrt und vertieft das Wissen um die NS-Geschichte der deutschen Großindustrie mit seinem Beitrag "KZ-Arbeit und Gruppenakkord bei Daimler-Benz Mannheim". Steht im Zentrum des Beitrags der Zusammenhang von Gruppenakkord und Zwangsarbeit, können auch die Ausführungen besondere Aufmerksamkeit beanspruchen, in denen - an einem weiteren Beispiel - nachgewiesen wird, daß es nicht alleine die SS war, die die Zwangsarbeiter terrorisierte, sondern daß auch Vorarbeiter und Arbeiter schlugen und die Betriebsleitung selbst die SS zur Disziplinierung der Zwangsarbeiter heranzog. - Weitere Beiträge in 1999 behandeln u.a. die Organisation Todt und die Geschichte und Gegenwart der Burschenschaften. Karl Heinz Roth hat für diese Ausgabe eine umfassende Würdigung des im letzten Jahr verstorbenen Historikers und Theoretikers der Neuen Linken, Edward P. Thompson, verfaßt.

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. H. 2/94, 176 S., 18 DM

Radio please

Radio Dreyeckland, das 1977 aus Anti-AKW-Kämpfen hervorgegangene freie Radio für Freiburg und Umgebung, ist auch 17 Jahre nach seiner Gründung der einzige in der BRD mit einer 24-Stunden- Frequenz. Die Radiomacher berichten in ihrer Broschüre "Radio please" über Geschichte und Programm ihres freien Senders. Die Publikation kann zugleich als Gebrauchsanweisung für den Aufbau eines regionalen Radios, ausgehend von einer Bewegung oder einem Verein, genutzt werden, sind in ihr doch sowohl die rechtlichen Grundlagen gebündelt enthalten wie eine Vorstellung des Programms und aller einzelnen Redaktionen nebst deren Arbeitsweise.

Radio please. Radio Dreyeckland 1977-1994. Geschichte und Programm eines freien Radios. Freiburg, 1994. A4, 52 S., 6 DM. Im linken Buchhandel oder Bezug bei: Radio Dreyeckland, Adlerstr. 12, 79098 Freiburg i.Br.

40. Das Ergebnis soll den Streit lohnen

CD-Datei: daten/aksuche/ak366/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:41

Unser Verlag teilte vor wenigen Tagen unter dieser Schlagzeile unseren Lesern Veränderungen der Tageszeitung Junge Welt und Veränderungen in der Redaktion der Zeitung mit. Die RedakteurInnen versuchten, auf den Inhalt dieses Textes Einfluß zu nehmen. Das ist uns nicht gelungen. Deshalb halten wir es für nötig, unsere Darstellung des Sachverhaltes hinzuzufügen.

Hermann Gremliza war von unserem Verlag beauftragt, ein Konzept für eine Junge Welt zu entwickeln, das der Zeitung aus ihrer derzeit schwierigen Situation hilft. Gremliza ist Herausgeber des linken Hamburger Magazins konkret und im Westen Deutschlands für seine journalistische Arbeit und streitbare politische Thesen bekannt.

Mitte März stellte er der Redaktion sein Konzept vor. Zugleich kritisierte er unsere bisherige Arbeit - sowohl das Layout der Zeitung als auch die journalistische Qualität. Sein Konzept gab er mit der Bemerkung, daß er nur die Formen vorgeben wolle, die RedakteurInnen das Ganze aber mit Leben erfüllen müßten, zur Diskussion frei.

Wir begannen bereits in dieser ersten Versammlung mit Gremliza, über die praktische Umsetzung nachzudenken. Da die Junge Welt, so wie wir sie bisher machten, auch von den Bedingungen, unter denen wir arbeiteten, geprägt war und sich diese Bedingungen für uns nicht wesentlich ändern, vermutlich sogar verschlechtern werden, stritten wir uns darüber, ob das was Gremliza vorhat, machbar ist.

Die RedakteurInnen beantworteten diese Frage von Anfang an sehr unterschiedlich. Einige haben überhaupt kein Problem mit den vorgeschlagenen Formen, andere entwarfen Gegenkonzepte. Wir halten das für völlig normal, da wir nicht erst seit Gremliza Vorstellungen davon haben, wie man die Zeitung besser machen könnte, und da wir darüber seit langem zum Teil sehr harte Auseinandersetzungen führen. Im Laufe der Jahre gewannen wir die Erkenntnis, daß Veränderungen aus dem Inneren der Redaktion nur noch bedingt möglich sind. In Gremliza und den RedakteurInnen, die er mitbringt, sehen wir die notwendige Kraft von außen - und eine reale Chance. Die Redaktion hat Gremliza deshalb nach seinem ersten Auftritt mit einem Mehrheits-Votum bestätigt, daß wir uns auf ihn einlassen wollen.

Die Diskussion hätte beginnen können.

Ebenso hart wie Gremlizas Konzept und seine Kritik an uns, sind unsere Vorschläge und unser Kritik an ihm. Unseres Erachtens ist es völlig normal, daß wir aufgrund unser journalistischen Erfahrungen, mit der Vorstellung, die wir von unseren Lesern haben, aus Kenntnis der Region, in der unsere Zeitung vertrieben wird und aus der Kenntnis dessen, was in dieser Redaktion bisher möglich war, in eine Verteidigungsposition geraten sind. Wir verteidigen die Möglichkeiten einer erfolgreichen neuen Jungen Welt gegen die Ignoranz unserer Erfahrungen, gegen die Verweigerung, das zur Kenntnis zu nehmen, was bisher war. Vorgeworfen wird uns jedoch, daß wir ALT gegen NEU verteidigen.

Es entsteht also kein Streit: Es handelt sich um einen Machtkampf, bei dem der Gewinner von vornherein feststeht - nicht, weil er die stärkeren Argumente hat, sondern weil er etwas NEU macht. Gremliza hat bisher kaum Begründungen für seine Ideen gegeben, außer dieser: ALT war schlecht.

Die Diskussionsbedingungen wurden für uns zudem dadurch erschwert, daß Gremliza zwar sein Interesse an der Zeitung formulierte, uns von Anfang an aber damit unter Druck setzte, sich wieder zurückzuziehen, wenn wir nicht entsprechend mitmachen würden. Würde er tatsächlich wieder gehen, so würde das Geld, das der Verlag für die Umsetzung seiner Konzeption zur Verfügung gestellt hat, nicht fließen. Unsere letzte Chance wäre weg.

Die Auseinandersetzung Redaktion - Gremliza eskalierte am 6. April. In dieser Versammlung war von einem Teil der Redaktion eine Art Gegenkonzept zur Diskussion gestellt worden. Andere RedakteurInnen diestanzierten sich von ihm. Es hätte diskutiert werden können, wurde von Gremliza aber wieder als Nicht-Bereitschaft, sich auf Neues einlassen zu wollen, gewertet. Die Versammlung ist zum Kampfplatz geraten, fünf Redakteure verließen demonstrativ den Raum. Später auch Gremliza. Er kündigte an, bis zum nächsten Tag entscheiden zu wollen, ob er die Junge Welt verläßt. Die RedakteurInnen und auch fünf der

neuen West-Redakteure, die geblieben waren, wandten in den folgenden Stunden viel Kraft dafür auf, die Diskussion zu versachlichen. Wir bekundeten abermals unsere Bereitschaft und unsere Lust, gemeinsam zu einer neuen Zeitung zu kommen.

Am Morgen des 7. April ließ Hermann Gremliza uns wissen, daß er bleibe. Im selben Moment wurden die fünf Kollegen, die am Vorabend die Versammlung verlassen hatten, vom Geschäftsführer Peter Großhaus mit sofortiger Wirkung beurlaubt, da sie keinerlei Bereitschaft an einer Veränderung der Jungen Welt erkennen ließen.

Die Redaktion beratschlagte, was sie nun tut. Wir überlegten, ob wir die Arbeit niederlegen. Wir haben diskutiert, ob wir unseren Lesern gegenüber das Recht haben. Nach mehreren Gesprächen, die die Redaktion sowohl mit Gremliza wie auch Großhaus führte, nahm der Geschäftsführer die Beurlaubungen bedingungslos zurück. Wir wurden nicht zu extremen Kampfmaßnahmen gezwungen. Wir wären sie uns und unseren Lesern schuldig gewesen. Weil wir immer versucht haben, uns von der üblichen Medienlandschaft zu unterscheiden. Wir wollen anders sein. Dazu gehört für uns die Aufrichtigkeit, für das, was wir sonst schreiben, auch zu stehen. Wir hoffen, dies auch in einer konzeptionell neuen Jungen Welt nachweisen zu können.

Die Redaktion

41. Armut und Zwangsarbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak366/armut.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:armut

Der verschärfte Klassenkampf von oben ist nicht nur eine Angelegenheit, die sich innerhalb von Firmen und Unternehmen abspielt. Die propagierte "Grunderneuerung der Gesellschaft" (Bundeskanzler Kohl) dient der Verteidigung der führenden Stellung des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt und sucht systematisch alles der Logik der "Kostensenkung" zu unterwerfen. Während in den Betrieben die Löhne gesenkt, die Arbeitszeiten flexibilisiert und die Belegschaften ausgedünnt werden, "rationalisiert" der Staat die wachsende Armut durch Legalisierung und Organisierung von "dritten Arbeitsmärkten", wo sich Menschen bei Arbeitslöhne von drei Mark die Stunde plötzlich in den frühen fünfziger Jahren wiederfinden.

EmpfängerInnen von Sozialhilfe werden zu "gemeinnützigen Tätigkeiten" bei der Müllbeseitigung, in der Forstwirtschaft oder im Gesundheitswesen herangezogen. Demnächst sollen ArbeitslosenhilfebezieherInnen sogar zu unbezahlten "Gemeinschaftsarbeiten" oder "Ernteeinsätzen" herangezogen werden können. Abgesehen von der beabsichtigten gesellschaftlichen Degradierung und Demoralisierung der Betroffenen machen diese Regelungen für die Herrschenden vor allem diesen Sinn: Die gesamtgesellschaftlichen Lohnkosten werden weiter gesenkt, öffentlicher Arbeitsdienst tritt an die Stelle von Arbeit im öffentlichen Dienst. Der Marsch in die Armut immer breiterer Bevölkerungskreise ist damit vorgezeichnet.

Über Zwangsarbeit und geplanten Arbeitsdienst sowie über Aktionen dagegen berichten wir auf Seite 5; ein Überblick über die "neue Armut" findet sich auf Seite 6.

42. Quelldatei ddr.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak366/ddr.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:ddr

"Gewisse Begriffe", schrieb die FDJ-Zeitung "Junge Welt" 1972, seien "untrennbar mit dem Kapitalismus" verbunden, z.B. der des "Gastarbeiters". Die ausländischen VertragsarbeiterInnen, die seit den sechziger Jahren in der DDR den "Gesamtzuwachs des Sozialismus" mehrten, seien gleichberechtigte und geachtete Partner. Daß sie in überbelegten Wohnheimen untergebracht waren, war für die DDR-Presse ebensowenig ein Thema wie der teils unterschwellige, teils manifeste Rassismus in der Bevölkerung. Seite 32

Italien

"In Italien ist der Historikerstreit entschieden", freut sich die FAZ: "Die antifaschistische Ausflucht ist versperrt", Geschichte entsorgt, "nationale Identität" gestiftet. Das ist nur die halbe Wahrheit . Am 25. April, dem 49. Jahrestag der Befreiung von deutscher Okkupation und Faschismus, demonstrierten in Mailand 300.000 Menschen gegen Geschichtsrevisionismus und den Block der Rechten.

Seite 23

Mexiko

Lange Jahre galt Mexiko als ein vielversprechendes Schwellenland. Dann trat es vor allem als einer der größten Schuldner hervor. Mit dem NAFTA-Abkommen wird Mexiko vollständig in die Wirtschaftszone der USA und Kanadas einbezogen. Was für das Großkapital von Nutzen sein kann, wird für die Klein- und Mittelindustrie und damit auch für die dort Beschäftigten katastrophale Folgen haben. Der seit Jahren stattfindende Verarmungsprozeß wird sich unausweichlich fortsetzen.

Seite 16

43. WIDERRUF

CD-Datei: daten/aksuche/ak366/grem.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:grem

Noch einmal: "Hilfe! Gremliza kommt! Rettet die ‚Junge Welt`!"

Am 13. April berichteten wir über den Versuch, der in Ostberlin erscheinenden Tageszeitung "Junge Welt" neuen Lebenssaft und neue Abonnenten zuzuführen. In diesem Artikel schrieben wir, Hermann L. Gremliza, der Herausgeber der "konkret", gehe als Herausgeber zur "Jungen Welt", und zitierten das "Neue Deutschland" mit der Behauptung, er werde ab 2. Mai sogar deren Verleger; weiterhin behaupteten wir, er gebe seine verlegerischen Tätigkeiten in Hamburg auf; überdies habe sich Gremliza im Elefantenpress Verlag engagiert.

Hermann L. Gremliza schreibt uns, das stimme nicht. Tatsächlich wird er weder Herausgeber noch Verleger der "Jungen Welt", aber er ist für sechs Monate ihr Berater. Die Mitteilung des "Spiegel" aber, Gremliza gehe als "Blattmacher in der Funktion eines Verlegers" zur "Jungen Welt", bezeichnet das Mai-Heft von "konkret" als "vergleichsweise korrekte Meldung". Gremliza gibt seine verlegerische Tätigkeit in Hamburg nicht auf; wahr aber ist, daß "konkret" seit Dezember des vorigen Jahres nicht mehr im GLV Verlag GmbH, sondern in der KVV "konkret"-Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien GmbH & Co. KG erscheint. Und Gremliza engagiert sich nicht im Elefantenpress Verlag: Die "Junge Welt" wird vom VAIB, die ihren Sitz im Medienzentrum der Mediengruppe Schmidt + Partner hat, verlegt. Zur Mediengruppe Schmidt + Partner wiederum gehört auch der Elefanten Press Verlag.

ak-Redaktion

44. Islamismus in Ägypten

CD-Datei: daten/aksuche/ak366/islam.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:islam

Nachdem es geraume Zeit geheißen hatte, in Algerien seien "iranische Zustände" ausgebrochen, heißt es nun von Ägypten, es herrschten dort "algerische Zustände". So erklärt jeder denkfaule Leitartikler die jeweils neuere Entwicklung aus einer vorhergehenden. Und das Dogma bleibt: Gefährlich ist's im Orient, und der Islam, zum "Fundamentalismus" umgetauft, bedroht das Abendland. Diesem Muster entspricht auch das tägliche Nachrichtenbrot, das dem Medienkonsumenten vorgesetzt wird; Terror der "Fundamentalisten" in Algier, Anschläge auf Touristen in Ägypten, das Land der Pharaonen auf dem Weg zum Gottesstaat. Historische Ursachen, die soziale Lage der Bevölkerung, die Mitverantwortung der Westmächte für die Verelendung in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ...? Analytisches Bemühen nähme der Nachricht nur den Blutgeruch.

Der Islamwissenschaftler Jörn Schulz setzt in seinem Beitrag der Reduktion der islamistischen Bewegung(en) auf Bart und Schleier Tatsachen entgegen. Er stellt den ägyptischen Islamismus in den Zusammen hang seiner ideologischen Grundlagen, seiner Einflußfelder und der sozialen und politischen Ursachen seines Vordringens.

Seite 19

45. Massenabschiebungen von kurdischen Aktivisten

CD-Datei: daten/aksuche/ak366/kurd.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:kurd

"Wenn die Deutschen eines aus ihrer Geschichte gelernt haben," schrieb jüngst Henryk M. Broder, "dann dies: Juden umbringen gehört sich nicht. Bei den anderen ist man sich nicht ganz sicher." Zu diesen "anderen" gehören auch die türkischen und kurdischen Oppositionellen, die in die BRD geflohen sind. Die Bundesregierung beabsichtigt, mehrere hundert kurdische AktivistInnen, die bei Protestaktionen verhaftet wurden, in die Türkei abzuschieben. Über den türkischen Terror gegen Kurden berichtet zwar mittlerweile auch die bürgerliche Presse recht offen. Laut Völkerrecht dürfen Oppositionelle nicht in ein Land abgeschoben werden, in denen ihnen Folter und Todesstrafe drohen. Die Bundesregierung entzieht sich dieser Bestimmung mit einem Trick, der sich schon während der Auslieferungswelle Anfang der 80er Jahre als lebensbedrohlich für die Abgeschobenen herausgestellt hat. Eine simple Erklärung des türkischen Bündnispartners, sich an das Völkerrecht zu halten, ganz bestimmt weder foltern noch morden zu wollen, genügt damals wie heute, die Auslieferung in Gang zu setzen.

Bayern macht diesmal den Vorreiter. Acht der dort inhaftierten 15 KurdInnen haben einen Ausweisungsbescheid erhalten. Bei den ersten fünf, über deren Ausweisung beschlossen wurde, handelt es sich in drei Fällen um Asylbewerber, zwei von ihnen bereits anerkannt. Rebmanns Wunsch aus dem Jahre 1990, "die Strafprozeßordnung so zu ändern daß Terroristen in ihre Heimatländer abgeschoben werden können", scheint sich zu verwirklichen. Das "Umbringen" wird arbeitsteilig anderen Orts erledigt. Seite 27

46. Einwanderungsland USA

CD-Datei: daten/aksuche/ak366/usa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:366:usa

Die USA sind das Einwanderungsland der westlichen Welt. 20 Millionen der insgesamt 260 Millionen Einwohner haben den Einwandererstatus; 60 Millionen wurden seit 1850 gezählt. Noch immer kennen die USA kein "Ausländergesetz", sondern nur ein "Einwanderungsgesetz". Alle großen Zentren wie New York, Chicago, Detroit oder Los Angeles und San Francisco sind ohne die Communities der Einwanderer nicht denkbar. Unabhängig von der wirtschaftlichen Lage kommen Menschen, weil sie die Chance suchen wollen, die sie in ihren Heimatländern nicht haben.

Seit 1965 wurden die Möglichkeiten für eine legale Einwanderung Stück um Stück eingeschränkt; aufgrund des starken Drucks verschiedener Kapitalkreise, die Interesse an billigen Arbeitskräften haben, wurden sie aber ab 1990 wieder gelockert. Das sorgt seit Jahren für immer größere soziale Spannungen. Innerhalb der USA wird der Standard eines Billiglohnlandes geschaffen, womit gleichzeitig bisher in Arbeit Stehende verdrängt werden. Dies trifft häufig die Schwarzen, die im Zuge der Bürgerrechtsbewegung begannen, Rechte einzuklagen.

Das Einwanderungsgesetz kann so zu einem Steuerungsmechanismus der Sozialstruktur werden. Seite 17